

**Die außenpolitische Konzeption der CSU und ihre
Durchsetzung in der Großen Koalition 1966–1969**

Inaugural–Dissertation

zur

Erlangung eines Doktors der Philosophie (Dr. phil.)

im Fachbereich Politische Wissenschaft

der Freien Universität Berlin

vorgelegt von

DETLEF BISCHOFF

aus Brieg

Tag der mündlichen Prüfung:

24.8.1972

Die außenpolitische Konzeption der CSU und ihre Durchsetzung in der Großen Koalition 1966–1969

Inaugural–Dissertation

zur

Erlangung eines Doktors der Philosophie (Dr. phil.)

im Fachbereich Politische Wissenschaft

der Freien Universität Berlin

vorgelegt von

DETLEF BISCHOFF

aus Brieg

Tag der mündlichen Prüfung:

24.8.1972

Berichterstatter : Professor Dr. Arnulf Baring
Professor Dr. Hartmut Jaeckel



Kurzfassung der Inhaltsübersicht

	Seite
Einleitung	10
Teil I Rahmenbedingungen der Untersuchung	15
1. Der Weg der CSU in die Große Koalition	15
2. Die außenpolitische Führungsgruppe der CSU	22
Teil II A Die außenpolitische Konzeption der CSU	28
1. Zum Gesellschafts- und Geschichtsbild der CSU-Führungsgruppe	28
2. Außenpolitische Grundkategorien der CSU-Konzeption	43
3. Die Einschätzung des Ost-West-Konflikts und der Entspannungspolitik	48
4. Die Analyse der Ursachen der deutschen Spaltung und die Konzeption zur Wiederherstellung der deutschen Einheit	64
5. Die Europakonzeption	81
6. Exkurs: Ist die CSU-Konzeption eine gaullistische?	92
7. Die europäische Verteidigungskonzeption	98
8. Die Rolle der BRD in der internationalen Politik - Einschätzung ihrer Grenzen und Möglichkeiten	110
9. Die langfristigen außenpolitischen Ziele	115
B Wirtschaft und der Primat der Außenpolitik	117
Teil III Die CSU unter dem Kompromißzwang der Großen Koalition. Die Konzeption in der Auseinandersetzung mit der politischen Realität	131
A Ausgangspunkt: Die Frage nach dem Status quo in Europa	131
B Priorität: Sicherheitspolitik	149

	Seite
1. Der Kampf gegen den Atomwaffen-sperrvertrag	149
2. Die NATO-"Reform" und die Reaktion des Bündnisses auf die CSSR-Krise	225
C Ordnungspolitik	244
1. Die Haltung zur Deutschland- und Ostpolitik	244
2. Zum Problem der Erweiterung der EWG	282
D Außenwirtschaftspolitik: Die Währungs-krise von 1968/69	296
Schlußbemerkungen	306
Literaturverzeichnis	315

Ausführliche Inhaltsübersicht

	Seite
Einleitung	
1. Untersuchungsgegenstand und Untersuchungsziel	10
2. Abgrenzungen	12
3. Methode	13
4. Quellen	13
5. Durchführung	13
Teil I	
Rahmenbedingungen der Untersuchung	15
1. Der Weg der CSU in die Große Koalition	15
2. Die außenpolitische Führungsgruppe der CSU	22
Teil II A	
Die außenpolitische Konzeption der CSU	28
1. Zum Gesellschafts- und Geschichtsbild der CSU-Führungsgruppe	28
1.1. Vorbemerkungen	28
1.2. Gesellschaft und Demokratie	31
1.3. Das Geschichtsbild	37
2. Außenpolitische Grundkategorien der CSU-Konzeption	43
2.1. Straußens doppelter Souveränitätsbegriff	43
2.2. Nation und Nationalbewußtsein	44
3. Die Einschätzung des Ost-West-Konflikts und der Entspannungspolitik	48
3.1. Vorbemerkung	48
3.2. Die Beurteilung der weltpolitischen Lage Mitte bis Ende der 60er Jahre	51
3.2.1. Das Verhältnis der USA-Sowjetunion	52
3.2.2. Die Aufnahme der westöstlichen Entspannungspolitik durch die CSU	58
3.3. Zusammenfassung	62

	Seite
4. Die Analyse der Ursachen der deutschen Spaltung und die Konzeption zur Wiederherstellung der deutschen Einheit	64
4.1. Die Analyse der Ursachen der deutschen Spaltung	64
4.2. Die Wiedervereinigungskonzeption	68
4.2.1. Die innenpolitische Funktion der Wiedervereinigungskonzeption	74
4.2.2. Die außenpolitische Funktion der Wiedervereinigungskonzeption	75
4.2.3. Denkfehler der CSU-Wiedervereinigungskonzeption	77
5. Die Europakonzeption	81
5.1. Die Ausgangssituation	81
5.2. Die Motivationen der Europakonzeption	82
5.2.1. Die machtpolitische Motivation	83
5.2.2. Die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Motivation	86
5.2.3. Die deutschland- oder wiedervereinigungspolitische Motivation	87
5.3. Der europäische Stufenplan	87
6. Exkurs: Ist die CSU-Konzeption eine gaullistische?	92
7. Die europäische Verteidigungskonzeption	98
7.1. Umstrukturierung der NATO als Weg zur Gleichberechtigung Europas	98
7.2. Gleichberechtigung der BRD durch Zugang zu Atomwaffen	104
8. Die Rolle der BRD in der internationalen Politik - Einschätzung ihrer Grenzen und Möglichkeiten	110
9. Die langfristigen außenpolitischen Ziele	115
B Wirtschaft und der Primat der Außenpolitik	117

Teil III	Die CSU unter dem Kompromißzwang der Großen Koalition. Die Konzeption in der Auseinandersetzung mit der politischen Realität	131
A	Ausgangspunkt: Die Frage nach dem Status quo in Europa	131
1.	Vorbemerkung	131
2.	Das Grenzproblem	134
3.	Die Anerkennung der DDR	139
4.	Das Münchener Abkommen	142
5.	Das Berlinproblem	144
B	Priorität: Sicherheitspolitik	149
1.	Der Kampf gegen den Atomwaffensperrvertrag	149
1.1.	Vorbemerkung	149
1.2.	Die Argumente gegen den Atomwaffensperrvertrag	150
1.2.1.	Argumente gegen den allgemeinen Charakter des Vertrags	153
1.2.2.	Der Vertrag als Bestandteil der sowjetischen Deutschlandpolitik	160
1.2.3.	Die Bedrohung der NATO-Allianz und des westeuropäischen Einigungsprozesses	165
1.2.4.	Wissenschaftlich-technische Diskriminierung der BRD	173
1.3.	Die Verhinderungstaktik der CSU	175
1.3.1.	Vorbemerkung	175
1.3.2.	Die Taktik der Entscheidungsverhinderung	177
1.3.2.1.	Erste Reaktionen	177
1.3.2.2.	Rückkehr zu einer flexibleren Taktik	182
1.3.2.3.	Straußens Madrider Rede vom Herbst 1967	183

	Seite
1.3.2.4. Die Situation nach der Veröffentlichung der identischen Entwürfe durch die USA und die Sowjetunion	186
1.3.2.5. Der Stand der Diskussion im Frühjahr 1968	193
1.3.2.6. Die Verzögerungstaktik nach der Vertragsverabschiedung durch die UN-Vollversammlung	200
1.3.2.7. Die Auswirkungen der CSSR-Invasion auf die Diskussion	204
1.3.2.8. Hoffnung auf Nixon	208
1.3.2.9. Der Atomwaffensperrvertrag im Wahlkampf	214
1.4. Exkurs: Erstrebt die CSU eine nationale Atomrüstung?	218
2. NATO-"Reform" und die Reaktion des Bündnisses auf die CSSR-Krise	225
2.1. Die Vorschläge zur Umstrukturierung der NATO	225
2.2. CSSR-Krise und Bündnisstruktur	232
C Ordnungspolitik	244
1. Die Haltung zur Deutschland- und Ostpolitik	244
1.1. Das Fehlen einer ostpolitischen Konzeption	244
1.2. Die CSU und die "neue Ostpolitik"	247
1.2.1. Die ostpolitischen Absichten der Koalition	247
1.2.2. Die Rolle Guttenbergs im Bundeskanzleramt	248
1.2.3. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien	251
1.2.3.1. Gründe für die Haltungsänderung gegenüber Rumänien	252

	Seite
1.2.4. Innen- und außenpolitische Grenzen der "neuen Ostpoli- tik"	255
1.3. Die deutschlandpolitischen Initiativen vom Frühjahr und Sommer 1967	260
1.4. Die Phase der ost- und deutschland- politischen Stagnation	267
1.4.1. Zwischenerfolg: Die Wieder- aufnahme diplomatischer Be- ziehungen zu Jugoslawien	271
1.4.2. Die tschechoslowakische Krise und die deutsche Ostpolitik	274
1.5. "Neue Ostpolitik" - Mißerfolg oder notwendiger Anfang ?	281
2. Zum Problem der Erweiterung der EWG	282
D Außenwirtschaftspolitik: Die Währungs- krise von 1968/69	296
Schlußbemerkungen: 1. Zusammenfassende Thesen	306
2. Ausblick	311
Literaturverzeichnis	315
Abkürzungsverzeichnis	347

Einleitung

1. Untersuchungsgegenstand und Untersuchungsziel

Die vorliegende Studie ist selbständiger Bestandteil einer aus fünf Einzelstudien bestehenden Gesamtstudie mit dem Titel: "Die Große Koalition 1966-1969. Grenzen und Möglichkeiten westdeutscher Außenpolitik."¹⁾

Untersuchungsgegenstand dieser Studie ist die außenpolitische Konzeption der CSU-Führungsgruppe, wie sie sich in den schriftlichen und mündlichen Äußerungen ihrer Mitglieder von etwa Anfang 1966 an bis zum Ende der Großen Koalition darstellt, sowie die Auseinandersetzung dieser Konzeption mit den Konzeptionen der Koalitionspartner und mit den vom internationalen System gesetzten Rahmenbedingungen bei der Gestaltung der konkreten Außenpolitik der Großen Koalition.

Untersuchungsziel ist die Beantwortung der Fragen, ob die außenpolitische Prädisposition des Koalitionspartners CSU eine Neuorientierung der bundesrepublikanischen Außenpolitik zuließ; ob die CSU die Neuformulierung außenpolitischer Ziele selbst vornahm, anregte, tolerierte oder blockierte; welches ihr konzeptioneller Anteil an den realisierten außenpolitischen Entscheidungen der Großen Koalition war; ob und in welcher Weise der Kompromißzwang der Koalition Rückwirkungen auf

- 1) Die fünf Einzelstudien analysieren (1.) die Bedeutung des westlichen Systems (Bolko von Oetinger), (2.) die Bedeutung des östlichen Systems (Paul von Kodolitsch) für die Außenpolitik der Großen Koalition sowie die außenpolitischen Konzeptionen und ihre Durchsetzung in der Großen Koalition (1.) der CDU (Henning Storz), (2.) der SPD (Claudia von Braunnühl), (3.) der CSU (Detlef Bischoff).

die Konzeption hatte; welche gesellschaftlichen Interessen hinter der Gesamtkonzeption oder Teilkonzeptionen stehen.

Für die Gesamtstudie stellt sich damit die Frage nach dem Grad des Konsensus¹⁾ der Großen Koalition in der Behandlung der außenpolitischen Probleme, denen sich die außenpolitische Handlungseinheit Bundesrepublik Deutschland von 1966-1969 konfrontiert sah. Das Problem des Konsensus erfuhr in der Großen Koalition eine Verschärfung, die weit über die Probleme von Konfrontation und Konsensus in der Ära Adenauer hinausging. Denn obwohl die Große Koalition sich auf die größte parlamentarische Mehrheit der Nachkriegszeit stützen konnte, ging die außenpolitische Scheidelinie nicht mehr quer durch das Parlament und trennte Regierung und Opposition, sondern die außenpolitische Konfrontation war in die Koalition inkorporiert. Es ergab sich daher eine ungemein schwierige Aufgabe der Konsensusbildung zwischen teilweise erheblich differierenden Konzeptionen. Während in der Ära Adenauer auch die heftigste Konfrontation die Regierung nicht am Handeln hindern konnte, solange sie die Mehrheit besaß, war für die Große Koalition die Heterogenität ihrer Mehrheit das entscheidendste Hindernis für außenpolitisches Handeln. Die Bundesrepublik geriet damit in Gefahr, entweder den außenpolitischen Handlungsspielraum, den ihr das internationale System ließ, nicht zu nutzen oder aber den von diesem ausgehenden Zwang zum Handeln unter dem Risiko außenpolitischer Isolierung ignorieren zu müssen.

1) Wolfram Hanrieder unterscheidet zwischen "the concept of c o m p a t i b i l i t y ..of foreign policy goals, given the strictures and opportunities of the i n - t e r n a t i o n a l s y s t e m" und "the concept of c o n s e n s u s (gesperret im Original), which assesses the measure of agreement on the ends and means of foreign policy on the d o m e s t i c (gesperret im Original) political scene." ders., West German Foreign Policy 1949-1963. International Pressure and Domestic Response, Stanford 1967, S.7

2. Abgrenzungen

Die Untersuchung ist zeitlich begrenzt auf die Dauer der Großen Koalition. Sachlich beschränkt sie sich auf die Analyse einer noch zu definierenden außenpolitischen Führungsgruppe der CSU. Diese Beschränkung ist nicht unproblematisch, da die Abgrenzung der CSU zur CDU nicht ideologisch-programmatisch bedingt ist (trotz unterschiedlicher Parteiprogramme), sondern historisch und organisatorisch. Als bayrische Schwesterpartei der CDU stützt sich die CSU auf die gleichen gesellschaftlichen Gruppen wie die Bundes-CDU, und ihr weltanschauliches und gesellschaftspolitisches Credo läßt sich ohne allzu große Schwierigkeiten mit der CDU in Übereinstimmung bringen¹⁾. Eine Beschränkung der Untersuchung auf die CSU soll daher nicht bedeuten, daß hier eine strenge Scheidelinie zur CDU gezogen wird. Da für den Zeitraum der Großen Koalition CDU und CSU niemals in die Lage versetzt wurden, sich offen und grundsätzlich für eine fest definierte außenpolitische CDU-Linie oder CSU-Linie zu entscheiden, bleibt in dieser Arbeit die Frage nach der Gefolgschaft der einen oder der anderen Linie jenseits der organisatorischen Grenzen von CDU und CSU unberücksichtigt.

Eine weitere Abgrenzung muß hinsichtlich der außerparlamentarischen Basis der CSU-Konzeption vorgenommen werden. Die Frage nach dem Grad der Übereinstimmung der CSU-Konzeption mit Gruppen wie den Vertriebenenverbänden oder der NPD kann nur am Rande untersucht werden. Aussagen darüber haben insofern nur einen begrenzten Wert. Eine vertiefte Analyse hätte ein weit über den Rahmen dieser Arbeit hinausgehendes Quellenstudium erforderlich gemacht.

1) Das soll nicht heißen, daß es nicht eine Reihe von Unterscheidungsmerkmalen gäbe, wie den ausgeprägten bayerischen Föderalismus, das Fehlen eines Arbeitnehmer-Flügels in der CSU usw..

3. Methode

Die Untersuchung hat monographischen Charakter. Sie beschreibt die außenpolitischen Ziele und Handlungsmaximen einer definierten innenpolitischen Gruppe in einer bestimmten historisch-politischen Konstellation sowie die Versuche, sie im politischen Prozeß zu realisieren. Sie will ein Beitrag zur Erforschung des Verhältnisses von Innen- und Außenpolitik sein. Über die bloße Deskription hinaus will die Untersuchung zur kritischen Analyse einer konservativen, machtpolitischen und technokratischen außenpolitischen Konzeption sowohl hinsichtlich ihrer eigenen Voraussetzungen als auch ihrer gesellschaftlichen Interessengebundenheit gelangen.

4. Quellen

Der kurze zeitliche Abstand zum Untersuchungsgegenstand schloß den Zugang zu unveröffentlichten Akten aus. Da es sich bei der Arbeit um eine kritische Konzeptionsanalyse handelt, wurde hypothetisch davon ausgegangen, daß sich Konzeptionen aus den öffentlich zugänglichen Quellen erschließen lassen, auch wenn dabei in Kauf genommen werden muß, daß die gewonnenen Erkenntnisse nicht den gleichen Grad an Absicherung haben können wie die weiter rückschauende Betrachtung des Historikers, dem auch die Akten zugänglich sind.

Primärquellen der Arbeit waren daher Buchveröffentlichungen, Reden, Aufsätze, Zeitungs- und Zeitschriftenartikel, Zeitungs-, Rundfunk- und Fernsehinterviews der Mitglieder der außenpolitischen Führungsgruppe der CSU.

5. Durchführung

Die Untersuchung gliedert sich in drei Hauptteile. Im ersten werden die Rahmenbedingungen abgesteckt: der

Weg der CSU in die Große Koalition und die personelle Abgrenzung der außenpolitischen Führungsgruppe der Partei.

Der zweite Hauptteil enthält die Darstellung und Analyse der Konzeption in ihrer noch nicht vom Kompromißzwang der Koalition geprägten Form.

Im dritten Hauptteil wird am Beispiel der wichtigsten außenpolitischen Probleme, mit denen die Koalition sich auseinanderzusetzen hatte, die Suche nach dem Konsensus zwischen der außenpolitischen Konzeption und den politischen Interessen der CSU auf der einen und Konzeptionen und Interessen der Koalitionspartner auf der anderen Seite dargestellt werden.

Teil I : Rahmenbedingungen der Untersuchung

1. Der Weg der CSU in die Große Koalition

Nach der SPIEGEL-Krise im Herbst 1962 sondierten der damalige Bundeswohnungsbauminister Lücke, Herbert Wehner und Karl Theodor zu Guttenberg mit Billigung Adenauers, aber ohne Wissen von Strauß, die Möglichkeiten zur Bildung einer Großen Koalition. Guttenberg zog sich für diese Aktion hinter dem Rücken der CSU einen Parteitadel zu. Wenige Monate danach, im März 1963, aber sprachen sich Guttenberg und Jaeger für die CSU, von Brentano und Wehner auf einer Tagung der Münchener Katholischen Akademie für eine befristete Große Koalition aus, "da nur sie in der Lage sei, die großen Aufgaben in der Wirtschafts-, Innen- und Außenpolitik zu meistern und das Regierungssystem durch die Einführung des Mehrheitswahlrechts zu stabilisieren."¹⁾

Im Jahre 1965 ließ der Parteivorsitzende Franz Josef Strauß, dessen Sturz im Herbst 1962 die FDP durch den Rücktritt ihrer Minister mit herbeigeführt hatte, zum ersten Male erkennen, daß auch er ein solches Regierungsbündnis mit den Sozialdemokraten für im Bereich des Möglichen liegend hielt, als er vor der Nürnberger CSU-Landesversammlung ausführte: "Es ergibt sich die Frage, inwieweit Verfassungsreform oder eine politische Not-situation die Zusammenfassung der großen politischen Kräfte in der Regierung notwendig machen können."²⁾

Als im Dezember 1966 die Große Koalition perfekt war, war sie also für die CSU nicht überraschend gekommen und hatte sie nicht unvorbereitet getroffen. Sie selbst, die 1963 auf die Ablösung Adenauers durch Erhard gedrängt hatte, ließ diesen fallen, als seine Führungsschwäche immer offensichtlicher wurde und er sich von seinem

1) Franz Schneider, Große Koalition. Ende oder Neubeginn? München 1969, S.24

2) Zit. nach: ebenda, S.26

Außenminister Gerhard Schröder auf eine eindeutig pro-amerikanische Linie festlegen ließ und im Gegensatz zu den Forderungen von Strauß und Guttenberg zu keiner Verstärkung der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf Kosten der atlantischen zu bewegen war.

Während Erhards Stern innerhalb seiner Partei und in der Öffentlichkeit zusehends verblaßte, schien es, als sei der Aufstieg von Strauß unaufhaltsam. Dessen CSU-Landesgruppe übernahm die Rolle einer Opposition innerhalb der Koalition¹⁾.

Erhard war seit jeher ein Gegner einer Großen Koalition²⁾. Wenn daher Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion einschließlich Adenauer und Strauß in der Öffentlichkeit die Ansicht vertraten, nur in einer Großen Koalition seien die notwendigen Reformen wie Notstandsgesetzgebung, Steuer- und Wahlrechtsreform durchzuführen³⁾, so war dies auch als deutliches persönliches Votum gegen den Wahlsieger von 1965, Ludwig Erhard, aufzufassen.

Die nordrhein-westfälischen Landtagswahlen vom 10. Juli 1966 beschleunigten den politischen Zerfallsprozeß der Regierung Erhard. Sie gaben gewissermaßen den Start frei für ein Hindernisrennen, dessen Ausgang nicht voraussehbar war, obgleich es so gut wie sicher schien, daß Erhard politisch auf der Strecke bleiben würde.

In einem Interview mit der "Süddeutschen Zeitung", das 14 Tage nach den Wahlen erschien, äußerte sich Strauß ausführlich zur Frage einer Großen Koalition⁴⁾. Er sprach sich "grundsätzlich" dagegen aus, relativierte aber den Begriff derart, daß sich am Ende die Bereit-

1) Vgl. Thomas Dalberg, Franz Josef Strauß. Porträt eines Politikers. Gütersloh 1968, S.32. Es handelt sich bei diesem Buch weniger um eine kritische Biographie als um eine Hagiographie.

2) Vgl. Schneider a.a.O. S.27

3) Vgl. ebenda, S.27

4) Strauß, Interview mit der "Süddeutschen Zeitung" (SZ) vom 23./24.7.1966, "Große Koalition unter drei Voraussetzungen"

schaft dazu herauslesen ließ. Er sagte: "Grundsätzlich heißt aber nicht, daß ich aus weltanschaulichen Gründen dagegen wäre, sondern grundsätzlich heißt 'als Regelfall'".¹⁾

Er nannte die drei Voraussetzungen, unter denen er eine solche Koalition für denkbar hielt: 1. für den Abschluß eines Friedensvertrages, 2. zur Bewältigung außergewöhnlicher wirtschafts- und sozialpolitischer Notstände, die er nicht für gegeben hielt, 3. für "Aufgaben von Fall zu Fall" wie Finanzreform und Wirtschaftsstabilisierung sowie Notstandsgesetzgebung, der er nicht die gleiche Bedeutung zuerkennen wollte wie jenen²⁾.

Während die beiden ersten Voraussetzungen mehr hypothetischer Natur waren und eine Große Koalition auf den Fall einer außerordentlichen staatlichen Situation beschränkt hätten, lagen ganz konkrete Bedingungen vor, die die dritte Voraussetzung als gegeben anzuerkennen zuließen. Die großzügige und planlose Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung Erhard hatte die Bundesrepublik aus einem Boom in Rezession und Finanzkrise steuern lassen. Die Finanzreform zwischen Bund, Ländern und Gemeinden stand als dringliche und schwierig zu bewältigende Aufgabe an, wenn sie auch keineswegs eine so gewaltige Aufgabe war, daß sie mit der außergewöhnlichen Situation der von Strauß genannten beiden ersten Voraussetzungen vergleichbar war, zumal die Hauptschwierigkeiten weniger in unterschiedlichen Auffassungen zwischen CDU/CSU und SPD als zwischen Bund und Ländern lagen. Die Beteiligung der SPD an der Regierungsmacht schien viel eher erforderlich, um ihre Zustimmung zur von Strauß heruntergespielten Notstandsgesetzgebung zu erhalten, die wegen ihres verfassungsändernden Charakters noch keine Bundesregierung hatte gegen den Willen der SPD durchbringen können.

1) ebenda

2) Vgl. ebenda

Mit diesen Überlegungen bewies Strauß, daß er konsequent auf die Ablösung Erhards hinarbeitete, dessen Politik zu stützen er sich weigerte, als er bereits im voraus einen wegen des Vetos der FDP noch gar nicht ergangenen Ruf zum Eintritt in die Regierung ablehnte¹⁾. Bereits im Hochsommer 1966 war Erhard damit praktisch in eine Pattsituation geraten, denn eine Regierungsumbildung hätte an Strauß nicht mehr vorbeiführen können, die FDP aber, die immer noch unter dem Nimbus litt, eine "Umfallerpartei" zu sein, wollte Strauß im Kabinett nicht dulden.

Das bedeutete für Strauß und seine Anhänger, sich auf eine politische Konstellation hin zu orientieren, die die personalpolitische Entscheidung einer Rückkehr von Strauß ins Kabinett ermöglichte, gleichzeitig aber zu einer weniger einseitig atlantischen und stärker pro-gaullistischen Ausrichtung des außenpolitischen Kurses²⁾ sowie zu einer Reorganisierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik nach den Gesetzen der mittelfristigen Vorausplanung und zur Ablösung der liberalen Wirtschaftspolitik Erhardscher Prägung durch eine stärker staats-interventionistische führte.

Die FDP war hierfür untauglich, denn außer ihrer Sperrigkeit gegenüber Strauß zeigte die Ende September mit voller Wucht aufbrechende Haushaltskrise, daß sie auch nicht bereit war, die zur Deckung des aufgerissenen Haushaltsdefizits erforderlichen Steuererhöhungen zu be-

1) Vgl. ebenda und Dalberg a.a.O. S.241

2) Vgl. "Bayernkurier" vom 10.9.1966. In einem ohne Namensangabe erschienenen Hauptartikel auf der ersten Seite hieß es: "Die klassische Europapolitik darf von keiner Bundesregierung aufgegeben werden. Die CSU kann sich nicht dazu hergeben, ohne ihre politischen und historischen Grundlagen zu verlassen. Sie wird nicht umhin können, dem Kanzler die sonst immer loyal erwiesene Gefolgschaft zu verweigern, falls nicht gerade im Bereich der Europapolitik die entscheidenden Ansätze einer konsequenten Unionskonzeption geschaffen werden."

willigen. Strauß sah weder in dem mit seiner "Wettbewerbsmystik"¹⁾ gescheiterten Kanzler noch in der mittelständisch orientierten FDP die geeigneten Partner für eine Politik, die rationale staatliche Planung und Konzernstrategie in Einklang bringen würde.²⁾

Der Weg führte folglich zu den Sozialdemokraten, die nicht glaubten, daß die FDP eine Koalition mit der SPD würden durchstehen können, die aber den desolaten Zustand der CDU/CSU für die gegebene Situation hielten, um zum ersten Male in der Nachkriegszeit selbst Regierungsverantwortung zu übernehmen. Die SPD war in der Tat für eine finanz- und wirtschaftspolitische Reorganisation wie auch für eine Neubelebung des deutsch-französischen Verhältnisses ein geeigneter Partner, zumal die drängenden Aufgaben der Sanierung der Staatsfinanzen und der Abwendung der Rezession die bestehenden unterschiedlichen Zielvorstellungen für den Augenblick verschleierten.

Für manche CSU-Politiker und besonders für das Fußvolk der Partei war es gewiß nicht ganz leicht, sich an den Gedanken zu gewöhnen, daß die seit der Gründung der Bundesrepublik häufig genug verketzerzte Oppositionspartei nunmehr an der Regierungsmacht teilhaben sollte, denn die Unionsparteien hatten ihr ja immer wieder von der hohen Warte sicherer Mehrheiten aus die Regierungs-

1) Heinz Theo Risse, Strauß ante portas. In: "Atomzeitalter", Heft 10, 1966, S.287.

2) Vgl. ebenda; vgl. auch Straußens in seiner Rede vor der CSU-Landesversammlung vom 8.10.1966 vorgelegten 15 Punkte zur Wirtschaftspolitik, abgedr. in: Dokumentation Landesversammlung 1966, "Die deutsche Aufgabe Bayerns", hrsgg. von der Abt. Öffentlichkeitsarbeit der CSU-Landesleitung, S.21 ff. Punkt 1 lautete: "Die Wirtschaftspolitik des Bundes muß auf den Schutz, die Erhaltung, die Stärkung und den Ausbau der nationalen Produktivkräfte ausgerichtet sein. Das für frühere Perioden gültige und auch im Lauf der ersten Phase der Nachkriegszeit erfolgreich gewesene Spiel der freien Kräfte, wenn es naturgemäß auch gewissen Einschränkungen unterworfen werden mußte, ist für die zweite Phase der deutschen Nachkriegszeit nicht mehr die allein gültige Formel. Die Produktivkräfte in der Gegenwart und für die Zukunft stehen auf dem Spiel."

unfähigkeit bescheinigt. Aber seitdem die SPD im Godesberger Programm ihren Frieden mit dem kapitalistischen System gemacht hatte, waren die programmatischen Unterschiede zwischen Union und Sozialdemokraten durch die Unionspropaganda größer gemacht worden, als sie in der Realität waren.

Die Aussicht auf den Machterhalt erleichterte auch die Zugeständnisse, die man in erster Linie den Sozialdemokraten in der Ost- und Deutschlandpolitik würde machen müssen und deren Ausmaß schon deswegen nicht allzu groß sein würde, weil weder die Struktur des internationalen Systems noch der Zustand der Staatsfinanzen und die gesamtwirtschaftliche Lage allzu große politische Veränderungen in die eine oder andere Richtung zulassen würden.

Auf der entscheidenden Sitzung des CSU-Landesvorstands am 25. November 1966 zeigte es sich, daß einige CSU-Politiker einen starken Widerspruch zwischen der bisherigen Haltung der Partei zu den Sozialdemokraten und der nunmehr anstehenden Entscheidung für eine Koalition empfanden, die doch ein gewisses Mindestmaß an Übereinstimmung in wesentlichen politischen Fragen erforderte. Es wurde auch das Argument vorgebracht, man könne nicht mit der SPD, die man jahrelang bekämpft habe, eine "Gesinnungsgemeinschaft" eingehen¹⁾. Aber Strauß, der in die Koalition drängte, beschwichtigte die Bedenken wegen der immer noch bestehenden weltanschaulichen und politischen Differenzen mit dem Argument, es handele sich nicht um eine Gesinnungsgemeinschaft, sondern nur um eine politische Gemeinschaft auf Zeit, die aus der Not der politischen Stunde geboren sei. Er machte den noch Zaudernden die Koalition schmackhaft, indem er die weitgehenden Zusagen der SPD in den einzelnen politischen Fragen betonte, besonders, was das außenpolitische Konzept anbetreffe, bei dem sie Gedanken entwickelt habe,

1) Vgl. "Demokratisch-Konservative Korrespondenz" (DKK), 3. Jg., Nr. 48 vom 30.11.1966

die sich weitgehend dem Europakonzept der CSU angleichen. Eine große Mehrheit billigte daraufhin schließlich den Eintritt in die Große Koalition¹⁾.

Die CSU hatte viel gewonnen. Sie hatte Erhard stürzen geholfen und den von ihr favorisierten Außenseiter Kiesinger mit auf den Thron gehoben. Franz Josef Strauß zog als Finanzminister in eine Schlüsselposition des Kabinetts ein, ausgerüstet mit der Vollmacht, mit seinem SPD-Kollegen Schiller als Wirtschaftsminister ein neues Instrumentarium staatlicher Wirtschaftslenkung zu schaffen, das die Anpassungskrisen des Kapitalismus überwinden und in ihren Auswirkungen mildern, das System selbst aber in seinem Bestand erhalten sollte²⁾.

Als geschlossene Gruppe innerhalb der Koalition behielt die CSU im Kabinett wie im Bundestag eine Einflußposition, die weit über ihre zahlenmäßige Stärke hinausging. War vorher die FDP liberales Korrektiv zur konservativen Union gewesen, so übte nunmehr die CSU die Funktion eines konservativen Bremsers aus, der jedes Abrücken von den althergebrachten Maximen christlich-demokratischer Politik, so wie sie sie verstand, mit einem Bannstrahl belegte.

Da die SPD nach ihrem gescheiterten Redneraustausch vom gleichen Jahre der Koalition auch mit der Absicht beigetreten war, die Deutschland- und Ostpolitik, die zunehmend an Realitätsgehalt verloren hatte, vor einem völligen Versanden zu retten, konnte es nicht ausbleiben, daß in den außenpolitischen Fragen nach dem Abklingen der ersten Koalitionseuphorie die unterschiedlichen Konzeptionen aufeinanderstoßen würden, denn auf Adenauers Leitvorstellungen waren die Sozialdemokraten hier nicht mehr einzuschwören. Die CSU hingegen war entschlossen, ihren ganzen Einfluß aufzuwenden, um nicht gezwungen zu werden,

1) Vgl. ebenda

2) Vgl. Risse a.a.O. S.288

von den lieb gewordenen Vorstellungen des Kalten Krieges Abschied nehmen zu müssen, die immer noch die Grundlage ihrer eigenen außenpolitischen Konzeption abgaben. Sie war bereit, den begrenzten Konflikt nicht nur mit der SPD, sondern auch mit der CDU zu riskieren und den offenen anzudrohen, und sie konnte darauf hoffen, daß die bloße Drohung mit dem Ausscheiden aus einer Koalition, die sich wegen ihres tiefen Eingriffs in das normale Funktionieren des parlamentarischen Systems selbst zum Erfolg um jeden Preis verurteilt hatte, ausreichen würde, um in allen entscheidenden Fragen die CDU an ihre Seite zu zwingen und die SPD zu majorisieren.

2. Die außenpolitische Führungsgruppe der CSU

In dieser Studie geht es in erster Linie um die Erarbeitung der außenpolitischen Konzeption der CSU. Und auch da, wo es um die Analyse der konkreten Außenpolitik geht, so wie sie formuliert, durchgesetzt oder auch verhindert wurde, interessiert vorrangig die Frage, welche Konzeption in bestimmten außenpolitischen Entscheidungen oder Strategien eine größere, welche eine geringere Berücksichtigung gefunden hat. Es handelt sich also nicht um eine Entscheidungsanalyse, die detailliert aufschlüsselt, wer, wann, wo, mit welchen Mitteln, zu welchen Zwecken eine Entscheidung beeinflußt hat.

Für die Zwecke dieser Arbeit wird daher die außenpolitische Führungsgruppe der CSU gesucht, die die außenpolitische Konzeption der Partei formuliert und sie an hervorragender Stelle nach außen vertritt. Da es sich um eine Konzeptions- und nicht um eine Entscheidungsanalyse handelt, ist es erforderlich, sowohl die Außenpolitiker der Partei, die sich in entsprechenden Positionen befinden, als auch die wichtigsten Berater einzubeziehen, obwohl diese über keine legitimierte Position innerhalb

der Parteihierarchie verfügen. Da nicht direkt die Frage nach der Macht im politischen Entscheidungsprozeß gestellt ist, kann von einer eingehenderen Auseinandersetzung mit den Ansätzen der Elitetheorie abgesehen werden¹⁾.

Was im weiteren Verlauf dieser Arbeit als die "außenpolitische Führungsgruppe" der CSU bezeichnet wird, umfaßt einen relativ engen Kreis von außenpolitischen "opinion leaders" der Partei, also solchen Personen, die sich öffentlich zu außenpolitischen Fragen äußern und die entweder durch ihre Position innerhalb von Bundesregierung, Bundestag und Bonner CSU-Landesgruppe unmittelbaren Einfluß auf den außenpolitischen Meinungs- und Willensbildungsprozeß haben oder aber die durch eine institutionalisierte Funktion in diesem Prozeß direkten Zugang zur und Einfluß auf die erstgenannte Gruppe haben, obwohl sie ihr selbst nicht angehören.

Eine solche Abgrenzung bedeutet keine Gleichsetzung von Position und Funktion²⁾ im außenpolitischen Entscheidungsprozeß, d.h. es bleibt offen und ist nicht Gegenstand der Untersuchung, ob die auf diese Weise benannten Mitglieder der Führungsgruppe auch in jedem Falle diejenigen sind, die im Entscheidungsprozeß den größten Einfluß haben, oder ob andere, die weder "opinion leaders"

1) Eine solche Auseinandersetzung findet sich z.B. bei Peter C. Ludz, Partielite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung. Eine empirisch-analytische Untersuchung. 2. unveränderte Aufl., Köln-Opladen 1968, S.37 ff; vgl. hierzu auch Wolfgang Zapf, Wandlungen der deutschen Elite. Ein Zirkulationsmodell deutscher Führungsgruppen 1919-1961. 2.Aufl., München 1966, insbes.S.12 ff; Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. München 1966, S.245 ff; Kritisch zu den vorhandenen Elitetheorien äußern sich Oskar Negt, Gesellschaftsbild und Geschichtsbewußtsein der wirtschaftlichen und militärischen Führungsschichten. Zur Ideologie der autoritären Leistungsgesellschaft, in: Gert Schäfer und Carl Nedelmann (Hrsg.), Der CDU-Staat. 2. Analysen zur Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik. Frankfurt 1969, S.360 f; Urs Jaeggi, Macht und Herrschaft in der Bundesrepublik. Frankfurt 1969, S.19 ff

2) Vgl. Ludz a.a.O. S.38

sind, noch sich durch ihre institutionalisierte Funktion als Mitglieder der außenpolitischen Führungsgruppe ausweisen und nach außen nicht in Erscheinung treten, im Entscheidungsprozeß ebenfalls Einfluß ausüben und welcher Art dieser ist.

Als Auswahlkriterien wurden danach herangezogen:

1. die Position in der CSU-Landesgruppe bzw. in Regierung und Fraktion, Mitarbeit im Auswärtigen Ausschuß oder Verteidigungsausschuß;
2. falls nicht dieser Gruppe zugehörig: eine außenpolitische Beraterfunktion beim Parteivorsitzenden bzw. bei der Fraktion und/oder Landesgruppe; sowie
3. öffentliche Stellungnahmen zu außenpolitischen Fragen
 - a) in den außenpolitischen Debatten des Bundestags;
 - b) im Parteiorgan "Bayernkurier";
 - c) in der Bonner Ausgabe der "CSU-Correspondenz-UC";
 - d) in Rundfunk, Fernsehen, Presse in der Eigenschaft als Vertreter der CSU.

Die Auswahl nach diesen Kriterien ergab die folgenden Mitglieder der die außenpolitische Konzeption der Partei prägenden Führungsgruppe, deren Vorstellungen in dieser Studie analysiert werden sollen:

1. Franz Josef Strauß, Parteivorsitzender und Finanzminister der Großen Koalition,
2. Freiherr Karl Theodor zu Guttenberg, von April 1967 bis Juni 1969 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeskanzleramt,
3. Richard Stücklen, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion und Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Bundestag seit Februar 1967,
4. Dr. Friedrich Zimmermann, Vorstandsmitglied der CDU/CSU-Fraktion und Vorsitzender des Verteidigungsausschusses,
5. Dr. Richard Jaeger, Vizepräsident des Bundestags, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses.

6. Dr. Walter Becher, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, seit 1968 Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft
als Mitglieder des Bundestags.

Hinzu kamen als außenpolitische Berater mit reger publizistischer Tätigkeit:

1. Dr. Klaus Bloemer, außenpolitischer Berater von Franz Josef Strauß und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit Sitz in Bonn,
2. Marcel Hepp, persönlicher Referent von Strauß als CSU-Vorsitzender und Berater in politischen Fragen mit Sitz in der CSU-Landesleitung in München, als Vertreter des Herausgebers Strauß Geschäftsführender Herausgeber des Parteiorgans "Bayernkurier".

Am Rande der Gruppe, aber wie es scheint ohne besonderen Einfluß auf die Formulierung der Konzeption, können noch genannt werden: der 1969 tödlich verunglückte Prinz Konstantin von Bayern und Dr. Max Schulze-Vorberg sowie der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe Leo Wagner.

Die Reihenfolge der oben aufgeführten Politiker bedeutet keine Hierarchisierung, abgesehen von Franz Josef Strauß, der mit vollem Recht an erster Stelle steht. Er ist hinsichtlich seiner Macht innerhalb der Partei und seines Anteils an der Formulierung der außenpolitischen Konzeption der Partei die unbestritten dominierende Persönlichkeit. Die Konzeption verrät weitgehend seine Handschrift. In der Parteiführung sind keine gewichtigen originellen Ergänzungen oder abweichende Vorstellungen von der von Strauß formulierten Linie festzustellen. Eine gewisse Sonderstellung nehmen die deutschland- und ostpolitischen Vorstellungen Guttenbergs ein, die aber im Grunde nichts anderes sind als der Versuch, die deklamatorische Politik der 50er Jahre unter verän-

derten weltpolitischen Umständen fortzuschreiben¹⁾. Immerhin, da bei Strauß eine auffällige Lücke festzustellen ist, wo es sich um Überlegungen zur Ost- und Deutschlandpolitik handelt, können die Vorstellungen Guttenbergs als Ergänzung der Straußschen gelten.

Die anderen Mitglieder der genannten außenpolitischen Führungsgruppe blieben im Rahmen der von Strauß und Guttenberg entwickelten Konzeption mit Ausnahme des Beraters Klaus Bloemer, der originelle, aber nicht auf der Parteilinie liegende Gedanken zur Deutschland- und Ostpolitik entwickelte²⁾ und aus diesem Grunde schließlich fallen gelassen wurde.

Walter Becher, der Vertriebenenfunktionär, der erst nach den Wahlen von 1965 auch CSU-Mitglied wurde, spielt insofern eine besondere Rolle, als er im Gegensatz zu den anderen Politikern der Führungsgruppe seinen Aufstieg nicht über die Stufenleiter der Parteihierarchie genommen hat, sondern ihn bestimmten wahltaktischen Überlegungen verdankte, da mit ihm das Vertriebenenpotential innerhalb der bayerischen Wählerschaft noch stärker an die CSU gebunden werden sollte. Während in der Straußschen Konzeption die europäisch-technokratische Zukunftsperspektive eine dominierende Rolle spielt, kreist sein

1) Vgl. hierzu insbesondere Guttenbergs noch zur Erhard-Zeit erschienenen Buch: Wenn der Westen will. Stuttgart 1964. Dort heißt es z.B. auf S.175: "Da Deutschlands Teilung eine Folge des Kalten Krieges ist, fördert jeder deutsche Beitrag zur Stärkung des Westens auch die deutsche Wiedervereinigung; denn er dient dem Ziel, den Westen insgesamt instandzusetzen, die Vorbedingungen zur Wiedervereinigung zu schaffen - nämlich im Kalten Krieg die Oberhand zu gewinnen."

2) Klaus Bloemer zitierte nach dem Ende seiner Berater-tätigkeit zustimmend ein Vorstandsmitglied der Unionsfraktion, das gesagt hatte, man müsse Bloemer als Verdienst zuschreiben, das Interesse von Strauß für die Menschen jenseits der Elbe wenigstens zeitweilig geweckt zu haben; vgl. ders., Das schwarz-weiß-rote Jahr der CDU/CSU, in: "Vorwärts" Nr. 39 vom 25.9.1969.

Denken in erster Linie um die Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkriegs. Während Strauß bei allen nationalistischen Zungenschlägen seine Konzeption auf eine supranationale Ordnung hin entwickelt, ist Bechers Denken nationalistisch-restaurativ und offen revanchistisch. Insofern besteht ein gewisser Gegensatz zu Strauß. Andererseits treffen sich beide in der Nichtanerkennung des Status quo und in der Zielsetzung, diesen zugunsten der westlichen Seite zu überwinden. Einer engen Kooperation steht daher nichts im Wege, zumal Becher weder die geistige noch die politische Potenz besitzt, um Strauß etwa den Führungsanspruch zu bestreiten. Straußens europäisch verbrämter Nationalismus ist latent genug, um den weniger europäisch orientierten manifesten Nationalismus Bechers an der rechten Flanke der CSU (von Flügeln zu reden verbietet sich bei dieser Partei) als Bündnispartner zu akzeptieren, zumal er die Macht der CSU in Form von Wählerstimmen stärkt.

Die Konzeptionsanalyse wird sich vornehmlich auf Strauß und Guttenberg stützen, während im Teil III, wenn die Frage der Durchsetzung der Konzeption in praktische Politik unter dem Vorzeichen der Großen Koalition untersucht wird, auch die anderen Mitglieder der Führungsgruppe stärker berücksichtigt werden.

Es ist an der Zeit, darauf hinzuweisen, daß mit der Beschränkung der Analyse auf die Vorstellungen einer kleinen Gruppe von Personen dennoch keine personalisierte Sicht der Politik verbunden ist. Vielmehr werden sie als exemplarische Vertreter bestimmter gesellschaftlicher Werthaltungen, Interessenkonstellationen und Zielvorstellungen verstanden, die mit Hilfe gewisser gesellschaftlich-politischer Aufstiegsmechanismen an die Schalthebel sichtbarer politischer Macht gelangt sind, ohne damit autonom von ihrer gesellschaftlichen Basis agieren zu können.

Teil II:

A Die außenpolitische Konzeption der CSU

1. Zum Gesellschafts- und Geschichtsbild der CSU-Führungsgruppe

1.1. Vorbemerkungen

Unter dem Begriff "außenpolitische Konzeption" soll der Gesamtzusammenhang von auf bestimmten Wertentscheidungen, gesellschaftlichen Interessen und historischen Erfahrungen beruhenden langfristigen außenpolitischen Zielvorstellungen verstanden werden.

Als Ausgangspunkt für die in diesem Teil der Arbeit vorzunehmende Analyse der außenpolitischen Konzeption der CSU-Führungsgruppe dient daher eine Skizze des Gesellschaftsbildes und des Demokratieverständnisses der Gruppe. Dieser gleichsam nach innen gewandten Betrachtung der Grundlagen der außenpolitischen Konzeption schließt sich die Frage nach dem Geschichtsbild, d.h. nach der Bewertung der historischen Ursachen der gegenwärtigen Situation der deutschen Nation und nach der Einschätzung ihrer zukünftigen Rolle an. Nachdem diese Grundlagen, wenn auch nur ansatzweise, abgeklärt sein werden, kann die im herkömmlichen Verständnis "außenpolitische" Dimension einbezogen werden, nämlich die Frage nach der Einordnung der eigenen Nation bzw. im Falle der Bundesrepublik Deutschland, der außenpolitischen Handlungseinheit, die Teil einer gespaltenen Nation ist, in das internationale System und nach ihrer politischen Strategie innerhalb dieses Systems.

Hierzu bedarf es noch einiger einführender Bemerkungen:

Unter dem "Gesellschaftsbild" sei mit Popitz jenes "mehr oder minder differenzierte Gesamtbild zur Interpretation und Bewertung unserer gesellschaftlichen Erfah-

rungen¹⁾ verstanden, das zwar nicht ein für allemal festliegen, jedoch den Charakter des Dauerhaften haben und eine gewisse Stimmigkeit einzelner Vorstellungen innerhalb eines Ganzen besitzen muß²⁾.

Dabei kann diese Arbeit keine detaillierte und stark differenzierte Aussage über das Gesellschaftsbild der außenpolitischen Führungsgruppe machen, wie sie von Wolf-Dieter Narr in anderem Zusammenhang für die CDU und die SPD vorgelegt wurde³⁾. Die Frage nach dem Gesellschafts- wie nach dem Geschichtsbild soll im Zusammenhang dieser Arbeit als ein heuristisches Instrument zur Erschließung der außenpolitischen Konzeption der CSU benutzt werden und kann daher auch nur skizziert werden.

Eine solche Skizze des Gesellschaftsbildes steht allerdings nicht beziehungslos im Raum, denn der außenpolitische Willensbildungsprozeß findet ja nicht in einem gesellschaftlichen Vakuum statt. Auch werden außenpolitische Entscheidungen in der industriellen Massengesellschaft nicht mehr wie im Zeitalter der Territorialstaaten von homogenen aristokratischen, kosmopolitischen Eliten getragen, sondern Innen- und Außenpolitik, innerstaatliche und internationale Gesellschaft sind unauflöslich miteinander verflochten und beeinflussen sich gegenseitig.

Die Frage nach der gesellschaftlichen Bedingtheit des Denkens und Handelns außenpolitischer Führungsgruppen sollte allerdings nicht in eine schier ausweglose Diskussion des Ideologieproblems hineinführen, auch wenn es nicht ohne Reiz ist, den Propagandisten der "Entideologisierung", der "Einebnung der Klassen" und der "nivell-

1) Heinrich Popitz, Hans Paul Bahrdt, Ernst August Jüres, Hanno Kesting, Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Tübingen 1957, S.8

2) Vgl. ebenda, S.9

3) Vgl. Wolf-Dieter Narr, CDU-SPD. Programm und Praxis seit 1945. Stuttgart u.a. 1966, insbes. S.160 ff

lierten Mittelstandsgesellschaft" die ideologische Befangenheit ihres Standpunktes vorzuhalten und den Nachweis zu erbringen, daß diese Formeln "von den Mächtigen der Gesellschaft" geprägt wurden, um das "falsche Bewußtsein" oder soziale Selbstverständnis zu erzeugen, "das ihrem Bedürfnis nach Machtsicherung und Konsolidierung dient"¹⁾.

Den Ideologieverdacht aufzustellen, ist jedoch bei einer Analyse außenpolitischer Konzeptionen leichter, als ihn zu belegen. Was Senghaas für den Zusammenhang von kybernetischer Theorie und technokratischer Ideologie gesagt hat, besitzt auch in diesem Zusammenhang seine Berechtigung: "So notwendig und berechtigt ideologiekritische Untersuchungen von Bewußtseinsformen sind, vor allem, sobald sie zur praktischen Gewalt in der Geschichte werden können, so problematisch sind sie, solange sie im Ideologieverdacht stecken bleiben."²⁾

Wenn trotz dieser Vorbehalte versucht wird, neben der immanenten Interpretation der logischen Stimmigkeit des Gesellschaftsbildes und der gesamten außenpolitischen Konzeption in bescheidenem Umfange "ideologiekritisch" vorzugehen, dann ist es der Versuch, entgegen den Behauptungen der Agierenden, sie handelten nur gemäß den "nationalen Interessen" oder den "Sachzwängen" der industriellen Massengesellschaft im Sinne Liebers, die Einsicht in die soziale Bedingtheit von Bewußtseinsstrukturen und Bewußtseinsgehalten und in deren soziale und politische Funktion³⁾ zu vermitteln.

-
- 1) Hans Joachim Lieber, Philosophie - Soziologie - Gesellschaft. Gesammelte Studien zum Ideologieproblem. Berlin 1965, zit. nach: Peter Christian Ludz, Parteilite im Wandel, 2. unveränderte Aufl., Köln-Opladen 1968, S.46
 - 2) Dieter Senghaas, Sozialkybernetik und Herrschaft, in: Robert H. Schmidt (Hrsg.), Methoden der Politologie. Darmstadt 1967, S.555
 - 3) Lieber a.a.O. S.83, zit. nach: Ludz a.a.O. S.46

Wenn man die Hypothese akzeptiert, daß Außenpolitik "als Manifestation der zum Staate organisierten Gesellschaft" von dieser nicht abstrahiert analysiert werden könne¹⁾, kann man auch dem Schluß folgen, daß das objektive gesellschaftliche Sein, wie auch das subjektive Gesellschaftsbild ein mehr oder minder differenziertes Gesamtbild der Staatengesellschaft und der Rolle der eigenen Nation oder außenpolitischen Handlungseinheit in dieser Staatengesellschaft mitprägt.

Diese Vorüberlegungen gilt es in der folgenden Analyse der außenpolitischen Konzeption zu konkretisieren.

1.2. Gesellschaft und Demokratie

Die Mitglieder der außenpolitischen Führungsgruppe der CSU sind keine Gesellschaftstheoretiker. Aussagen, in denen sie ein von ihnen reflektiertes Gesellschaftsbild entwickeln, sind selten zu finden. Andererseits kann man davon ausgehen, daß sie, die sie seit Anbeginn der Bundesrepublik fast alle dem Bundestag angehörten und zeitweilig Minister gewesen sind, mithin die gegenwärtige Gestalt von Staat und Gesellschaft der Bundesrepublik an entscheidender Stelle mitgeformt haben, von dem von der CDU und den sie unterstützenden Kreisen in Industrie und Gesellschaft propagierten Leitbild der "nivellierten Mittelstandsgesellschaft"²⁾ nicht wesentlich abweichen.

Es ist dies das Bild einer befriedeten Gesellschaft, die sich mit Hilfe der modernen Naturwissenschaft und Technik auf dem Wege der Vervollkommnung befindet und

1) Ekkehart Krippendorf, Ist Außenpolitik A u ß e n - p o l i t i k ? in: "Politische Vierteljahresschrift", 4. Jg., Heft 3, 1963, S.244

2) Helmut Schelsky, Auf der Suche nach der Wirklichkeit. Köln-Düsseldorf 1965, zit. nach: Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. München 1966, S.146

die die Realität gewordene Widerlegung der marxistischen Klassenkampftheorie darstellt. Dieses harmonisierte Bild der gesellschaftlichen Realität der Bundesrepublik wird auch auf die gesellschaftlichen Verhältnisse in allen westlichen kapitalistischen Staaten übertragen: "In den hochindustrialisierten Ländern sind die 'Massen' kein potentiell Instrument der Weltrevolution nach dem Rezept von Marx und Lenin mehr. Sie müssen nicht mehr um annehmbare Lebensbedingungen, um gleiche Rechte oder um Freiheit kämpfen, denn sie haben einen guten Lebensstandard erreicht, der immer höhere Ansprüche befriedigen wird."¹⁾

Strauß folgt hier Schelsky, der vorschlägt, anstelle des überholten Begriffs der Klasse die Strukturen des Konsum- und Freiheitverhaltens in den Mittelpunkt der Gegenwartsdeutung der Gesellschaft zu stellen: "Es scheint so, als ob an Stelle des Klassenstatus die Verbraucherposition zur zentralen Determinante aller Verhaltensformen wird, sei es in der Kindererziehung, in der Politik oder in den kulturellen Bereichen, so daß der negative Prozeß der Nivellierung der Klassengesellschaft positiv als die Herausbildung der hochindustriellen Freizeit- und Verbrauchergesellschaft zu bestimmen wäre."²⁾

Wie Schelsky leugnet auch Strauß nicht, daß die so beschriebene Gesellschaft Konflikte aufweist, aber er erkennt ihnen keinen grundsätzlichen Charakter zu. Sie müssen mit den verfassungsmäßigen Mitteln einer parlamentarischen Demokratie ausgetragen werden³⁾. Er geht nicht auf die Inhalte der Konflikte ein, die unter dem verschleiernnden Mantel der Wohlstandsgesellschaft eben doch ihren Klassencharakter behalten.

1) Franz Josef Strauß, Herausforderung und Antwort. Ein Programm für Europa. Stuttgart 1968; zitiert wird nach der Lizenzausgabe des Bertelsmann-Verlages, Gütersloh o.J. (1968), S.40.

2) Schelsky a.a.O. S.341, zit. nach Dahrendorf a.a.O.S.147

3) Vgl. Strauß, Rede vor der CSU-Landesversammlung vom 14.6. 1969 in München, abgedr. in: "Bayernkurier (BK)-Dokumentation" vom 21.6.1969

Strauß erklärt, nur die Marktwirtschaft, nicht aber der Marxismus bringe die klassenlose Gesellschaft¹⁾, aber er argumentiert im gleichen Atemzuge angesichts der als Folge des kapitalistischen Systems wachsenden Ungerechtigkeiten in der Einkommens- und Vermögensverteilung²⁾, daß die öffentlichen Haushalte "in geringerem Umfange der Einkommensumverteilung, in immer größerem Umfange der Schaffung der Voraussetzungen des Wohlstandes für alle dienen müssen."³⁾ Was er verschweigt, ist, daß Eigentum und Verfügungsgewalt dieser zu schaffenden "Voraussetzungen des Wohlstandes" bei denen verbleiben, die ohnehin schon besitzen. Er erweist sich damit als ein typischer Verfechter des gesamtgesellschaftlichen Status quo, der nur allzu schnell dazu neigt, die Notwendigkeit gesellschaftlicher Reformen mit dem Argument, es gelte in der Vorstellung von der inneren Ausgestaltung der Bundesrepublik "auf dem Boden des Möglichen zu stehen und sich nicht von Wunschträumen der vollkommenen Gerechtigkeit und des absoluten Glücks auf Erden leiten zu lassen"⁴⁾, in den Bereich des Ideologischen zu verweisen⁵⁾.

Es liegt auf der Hand, daß bei dieser Sicht der Gesellschaft als einer, die - von wenigen reparablen Defekten abgesehen - "eigentlich" dem Bild der Vollkommenheit ziemlich nahe kommt, die Frage nach dem Demokratieverständnis, von wem auch immer sie aufgeworfen wird, immer

1) Vgl. ders., Entschlossen die Zukunft sichern. Freiheit des einzelnen - Souveränität der Nation, in: BK vom 14.6.1969

2) Vgl. hierzu: Urs Jaeggi, Macht und Herrschaft in der Bundesrepublik. Frankfurt a.M. 1969, S.39 ff

3) Strauß, BK vom 14.6.1969, a.a.O.

4) ebenda

5) wobei nach Georg Lukács unter "Ideologie" ein falsches Bewußtsein verstanden wird, dem das richtige Bewußtsein des Neo-Positivismus als objektive Wissenschaft gegenüberstehe, die angeblich entideologisiert sei; vgl. Georg Lukács, Interview mit dem "SPIEGEL", Nr.17, vom 20.4.1970, S.161

formal, niemals inhaltlich beantwortet wird.

Die CSU erkannte niemals Gruppen als Diskussionspartner an, die angesichts der Diskrepanz zwischen liberaler Theorie des Parlamentarismus und der ständig wachsenden politischen Macht der kapitalgebundenen gesellschaftlichen Interessen vor der Manipulation gesellschaftlicher Bedürfnisse warnten und zu einem neuen inhaltlichen Demokratieverständnis aufriefen, das Demokratie als einen fortschreitenden Prozeß ansieht, "der immer größeren Bevölkerungsguppen auf gesellschaftliche Entscheidungen Einfluß einräumt, und zwar nicht nur insoweit, als es diesen Gruppen erlaubt ist, alle paar Jahre einmal die Arbeit einer Oligarchie kritisch zu beurteilen."¹⁾ Diese kritischen radikaldemokratischen Stimmen mußten sich gefallen lassen, mit dem Appell an die nach 25 Jahren des doktrinären Antikommunismus in weiten Teilen immer noch vorhandene, die rationale Auseinandersetzung verdrängende, irrationale Kommunistenfurcht einfach als "geistige Geburtshelfer dieser linksgestrickten Rotfaschisten"²⁾ diffamiert zu werden.

Ein derart auf den gesellschaftlichen Status quo und auf die formalen Mechanismen der parlamentarischen Demokratie in ihrer konkreten bundesrepublikanischen Ausprägung fixiertes Verständnis von Gesellschaft und Demokratie muß in allen, die auf die Disparitäten in jener angeblich nivellierten Mittelstandsgesellschaft hinweisen, die also den gesellschaftlichen Status quo in Frage stellen, Glieder einer finsternen Verschwörung sehen, mit der "ein Prozeß der geistigen Auflösung und Abbröckelung"³⁾ einhergeht. Strauß, der mit seinem Verhalten in der

1) Jaeggi a.a.O. S.16

2) Richard Stücklen, Rede vor dem CSU-Parteitag vom 13./14. 6. 1969; abgedr. in: BK-Dokumentation vom 21.6.1969, S.7

3) F.J. Strauß, Grundfragen deutscher Politik. Heft 5 der Schriftenreihe des Neuen Presseclubs München. München 1965, S.21

SPIEGEL-Krise die schwerste Staatskrise der Nachkriegszeit zu verantworten hatte, kann sich von seinem Demokratieverständnis her erlauben, kaum drei Jahre danach besorgt festzustellen: "Es geht darum, ob in diesem Staate die verfassungsmäßigen Gewalten herrschen oder ob unkontrollierte oder unkontrollierbare Gewalten, die unser Rechtssystem und unsere Freiheiten mißbrauchen, allmählich eine terroristische Herrschaft auszuüben beginnen."¹⁾

Die Störungen der inneren Entwicklung der Bundesrepublik bestehen daher darin, daß die BRD von Anfang an nach der Überzeugung des CSU-Vorsitzenden unter Tendenzen der öffentlichen Meinung schwer zu tragen hatte, die "mehr Sinn für Rechte als für Pflichten einer demokratischen Gesellschaft zeigen und rein staatspolitischen Erfordernissen gegenüber sich allergisch verhalten."²⁾

Gesellschaftspolitik als der Versuch, die soziale Ordnung eines Staates gerechter zu gestalten, wird von Strauß in ihren Intentionen diffamiert und in einen Gegensatz zu den Erfordernissen der Außenpolitik gebracht, wenn er schreibt: "Man trifft heute in Europa nach den beiden schrecklichen Bürgerkriegen dieses Jahrhunderts, die diesen Kontinent von seiner glanzvollen Höhe innerhalb einer Generation an den Rand des geschichtlichen Abgrundes geführt haben, als bewegende Ursache mehr das Wohlstandsmotiv, oft auch als Gesellschaftspolitik bezeichnet, aber nicht mehr den politischen Willen, politisch zu überleben. Der Rückzug Europas aus der Weltpolitik ... wird nicht dazu führen, daß die Europäer ein Glück im stillen Winkel finden und ihre Art im Schatten der neuen Konstellation der Weltmächte pflegen und erhalten können, sondern die großen Veränderungsprozesse in der Welt, politisch, soziologisch, wissenschaftlich-tech-

1) ebenda

2) F.J. Strauß, Bayerns deutsche Aufgabe für Sicherheit und Wohlstand. BK vom 8.10.1966

nisch, wirtschaftlich-industriell, und die damit verbundenen Verschiebungen im Kräfteverhältnis und in der Machtverteilung werden es auch erbringen, daß die Europäer in Fragen ihres eigenen Schicksals, von der Gestaltung ihrer Zivilisation im Inneren bis zur Frage der Sicherheit nach außen, nicht mehr bestimmen und in immer geringerem Maße mitbestimmen werden."¹⁾

Strauß konstruiert eine Trennung zwischen innerstaatlicher Gesellschaftsordnung und Außenpolitik, die in der Realität nicht existent ist. Kein Staat kann auf Dauer eine Außenpolitik betreiben, die keine Rücksicht auf seine innere Ordnung nimmt, wie andererseits Außenpolitik nicht losgelöst von den innerstaatlichen gesellschaftlichen Interessen konzipiert und in die Tat umgesetzt wird. Außenpolitik, die die gesellschaftlichen Bedürfnisse entweder ignoriert oder derart manipuliert, daß sie die gesellschaftliche Unterstützung unter jeder Bedingung und um jeden Preis erhält, ist nur unter totalitärer Herrschaft möglich. Die von Strauß vorgenommene Konstruktion eines Primats der Außenpolitik steht im Gegensatz zu der Einsicht, daß gute Innenpolitik auf lange Sicht die beste Außenpolitik verbürge²⁾.

Karl-Dietrich Bracher schreibt zu diesem Problem, daß die These vom Primat der Außenpolitik im Zeitalter des Weltbürgerkriegs, nach den Erfahrungen der Weltkriege, im Zeichen des Wettstreits zwischen verschiedenen Gesellschaftsordnungen und der globalen Interdependenz aller Politik keine Daseinsberechtigung mehr besitze³⁾. "Die

1) Strauß, Vorwort zu J.-J. Servan-Schreiber, Die amerikanische Herausforderung. Sonderausgabe. Hamburg 1969, S.12; ähnlich in: Herausforderung ..., a.a.O. S.151

2) Vgl. Karl Dietrich Bracher, Zum Primat der Außenpolitik, in: Uwe Nerlich (Hrsg.), Krieg und Frieden in der modernen Staatenwelt. Beiträge der Sozialwissenschaft II. Gütersloh 1966, S.157.

3) Vgl. ebenda, S.157

Bundesrepublik ist den darin liegenden Gefahren besonders ausgesetzt: nicht nur auf Grund ihrer besonderen außenpolitischen Lage, sondern nicht weniger angesichts der 'versäumten Reform' eines Staates, dessen Innen- und Gesellschaftspolitik nach wie vor durch außenpolitisches Primatdenken beeinträchtigt wird, so wenig das Deutschlandproblem dadurch gelöst werden kann.¹⁾ Gesellschaftspolitik als bloßes "Wohlstandsmotiv"²⁾ verstanden, das nur von der eigentlichen Aufgabe der Politik, der Beteiligung an der Machtpolitik, abhalte, ignoriert auch die Erfahrungen, die die USA und Frankreich in jüngster Zeit machen mußten, als sie einem vorgeblichen Primat der Außenpolitik nachgaben und ihre Gesellschaften in tiefste Existenzkrisen stürzten, ohne die außenpolitischen Ziele, die sie sich gesetzt hatten, zu erreichen.

1.3. Das Geschichtsbild

Die Entwicklung einer außenpolitischen Konzeption bedarf der Berücksichtigung historischer Erfahrungen. In einem historischen Vakuum können außenpolitische Entscheidungen ebensowenig wie in einem gesellschaftlichen getroffen werden. Der Grad der außenpolitischen Entscheidungsfreiheit wird neben anderen Faktoren auch durch das historische Selbstverständnis einer außenpolitischen Handlungseinheit sowie die ihr vom internationalen System zugeschriebene historische Rolle bestimmt.

Die Divergenz der außenpolitischen Konzeptionen der Partner der Großen Koalition findet auch ihre Erklärung

1) ebenda, S.157

2) Eine solche Abwertung der Gesellschaftspolitik als bloßes "Wohlstandsmotiv" ist unglaublich und im Grunde eine Distanzierung der Union von sich selbst. Denn es war die CDU/CSU, die seit der Währungsreform mit der Wähler werbenden Beschwörung des Wohlstandsmythos eine Reihe von gesellschaftlichen Fehlentwicklungen heraufbeschwor, weil sie die Illusion erweckte, der Wohlstand werde alle gesellschaftlichen Probleme lösen.

in der unterschiedlichen Bewertung der für die Gestaltung der gegenwärtigen Politik relevanten historischen Erfahrungen, in dem, was hier Geschichtsbild genannt sein soll.

Dieses setzt sich aus zwei Komponenten zusammen. Die eine weist in die Vergangenheit. Es ist die Frage, ob der Verlauf der jüngsten deutschen Geschichte als Hypothek die gegenwärtige und zukünftige Gestaltung der außenpolitischen Ziele belastet; ob der Politik der Gegenwart also neben den durch die Machtverteilung im internationalen System gesetzten Grenzen moralische Grenzen durch die historischen Belastungen der jüngsten Vergangenheit gezogen werden, die für andere Nationen nicht gelten, weil deren Geschichte einen anderen Verlauf genommen hat. Dabei ist zu bedenken, daß eine Überschreitung dieser Grenzen nicht nur moralische, sondern auch machtpolitische Konsequenzen haben würde. Die zweite Komponente weist in die Zukunft. Sie fragt nach der historischen Rolle, die die Akteure der außenpolitischen Handlungseinheit Bundesrepublik Deutschland für diese in der Zukunft sehen.

Die folgende Skizze eines Geschichtsbildes stützt sich wiederum auf Franz Josef Strauß. Seine Vorstellungen scheinen aber in der Parteispitze allgemein akzeptiert zu sein. Es sind zumindest von seiten der anderen Mitglieder der außenpolitischen Führungsgruppe keine öffentlich geäußerten abweichenden Stellungnahmen bekannt. Die Behauptung einer relativen Homogenität des Geschichtsbildes wird gestützt durch die Haltung der CSU in den Diskussionen um die Frage der Verjährung von Nazi-Verbrechen, in denen sich die CSU im Gegensatz zur CDU geschlossen gegen eine Verlängerung der Verjährungsfrist für Mord aussprach.

Will man Straußens historisches Credo auf eine kurze Formel bringen, dann lautet diese: Anerkennung der nicht zu leugnenden Hauptschuld des Dritten Reiches

am Ausbruch des 2. Weltkriegs, aber Nichtanerkennung einer aus der historischen Schuld resultierenden moralischen Beschränkung für die Politik der Gegenwart. Das Jahr 1945 ist die historische Zäsur, die die, man könnte sagen anormale Normalität der Gegenwart in einer geteilten Nation von der "tragisch-katastrophalen Vergangenheit"¹⁾ trennt. "Man muß zwei Dinge unterscheiden: die volle Anerkennung der Fehler und Verbrechen der deutschen Politik in der Vergangenheit und eine normale, nüchterne und vernünftige politische Einstellung gegenüber den gegenwärtigen und künftigen Aufgaben Deutschlands."²⁾

Die Anerkennung der deutschen Schuld am 2. Weltkrieg ist allerdings keine vorbehaltlose. Strauß unternimmt den Versuch einer Relativierung der historischen Schuld des deutschen Volkes, wenn er in einem Satz beteuert, die Schuld der deutschen politischen Führung nicht schmälern zu wollen, und dann ausführlich "die außergewöhnliche Nachgiebigkeit der westlichen Nachbarn bei den Ereignissen, die zum Ausbruch des Krieges führten"³⁾, beschreibt, um sich dann hinter einem Satz Kurt Schumachers zu verschanzen, daß die Machtergreifung durch die Nationalsozialisten, Vorbereitung und Auslösung des Krieges, nicht nur eine Sache nationaler deutscher Schuld, sondern auch internationaler Schuld gewesen sei⁴⁾.

Jene ambivalente Haltung erleichtert es Strauß, sich dafür auszusprechen, daß unter das Jahr 1945 früher oder später ein Strich gezogen werde⁵⁾, und sich mit dem Wunsch

1) Strauß, Interview mit dem Süddeutschen Rundfunk vom 25.1.1966, S.4 (Anm. des Verf.: Rundfunk- und Fernsehitate erfolgen, falls nicht anders vermerkt, nach der Kommentarübersicht des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung.)

2) Strauß, Entwurf für Europa. Stuttgart 1966, S.143; ders., Herausforderung ..., a.a.O. S.201

3) ders., Entwurf ..., a.a.O. S.138

4) Vgl. ebenda, S.140

5) Vgl. ebenda, S.145; Herausforderung ..., a.a.O. S.202

"der Deutschen" zu identifizieren, daß die nächste Generation in einer "normalen Atmosphäre" aufwachsen könne und "weder unter nationalem Größenwahn noch unter Komplexen aus der Vergangenheit leiden" ¹⁾ müsse.

Aber während Strauß schnell bereit ist, in der Frage nach Schuld und moralischer Verantwortung tabula rasa zu machen, zur "Normalität" zurückzukehren, sind die Folgen der verbrecherischen Politik des Dritten Reiches, die Spaltung Europas und Deutschlands in Bestandteile zweier antagonistischer Blöcke, die 25 Jahre nach Kriegsende zur machtpolitischen Normalität geworden ist, für Strauß und die CSU noch keineswegs als - wenn auch schmerzliche - Realität akzeptabel. Realität heißt in diesem Falle Anerkennung der Tatsache, daß die Folgen des 2. Weltkriegs in ihrer ganzen Tragweite für die deutsche Nation selbstverschuldet sind und daß diese historische Belastung zwar aus dem eigenen Bewußtsein, aber nicht aus dem der Opfer der deutschen Vergangenheit verdrängt werden kann.

Er fordert von den anderen Nationen, sie mögen die Deutschen aus ihrer moralischen Verantwortlichkeit entlassen, während er für die Deutschen selbst die Nachkriegszeit erst nach einer Veränderung des bestehenden Status quo zu ihren Gunsten beendet sehen möchte:

"Für uns kann die Nachkriegszeit im umfassenden Sinn des Wortes gesprochen, erst zu Ende sein, wenn wir wieder ein gerechtes Urteil der Welt über das deutsche Volk erlangt haben, wenn die Wiederherstellung der deutschen Einheit erfolgt ist und wenn dieses Deutschland im Rahmen einer europäischen Staatengemeinschaft seinen Platz einnimmt, also aus dem labilen Gleichgewichtszustand, in dem es sich ohne europäische Einigung zwangsläufig befinden muß, ²⁾ zu einem stabilen Gleichgewichtszustand gelangt ist."

An anderer Stelle heißt es:

"Die politische Behandlung der Deutschen steht in der Tat in einem grotesken Mißverhältnis zu der

1) ebenda, S.145; Herausforderung ..., S.202

2) Strauß, Entwurf ..., S.152

wirtschaftlichen Kraft der Deutschen, die man sich auf der anderen Seite gern nutzbar macht. Man kann aber auf die Dauer nicht einen Staat wie die Bundesrepublik als wirtschaftlichen Riesen oder zumindest wirtschaftlich Erwachsenen in Anspruch nehmen (Leistungen für Europa, Leistungen für die atlantische Verteidigung, Leistungen für die Entwicklungshilfe, Leistungen für die soziale Stabilität gegenüber dem Kommunismus usw.) und andererseits dasselbe Deutschland immer als entmündigtes Kind behandeln, das einer besonderen Fürsorgeerziehung durch ehemalige Sieger, durch Berufene oder Unberufene benötigt." 1)

Strauß verleiht damit jener weitverbreiteten Strömung der bundesrepublikanischen Nachkriegsmentalität Ausdruck, die meint, durch Bündnistreue, Erfüllung eines Übersolls an Antikommunismus²⁾, den wirtschaftlichen Wiederaufstieg und die materielle Wiedergutmachung vor allem gegenüber Israel der deutschen Vergangenheit Genüge getan zu haben, um nun unbeschwert von historischen Belastungen die nationalen Interessen vertreten zu können, damit die BRD machtpolitisch endlich die Rolle spielen könne, die ihr nach ihrem Potential zustände.

Damit wäre der Punkt erreicht, an dem zu ergründen ist, welche historische Aufgabe Strauß den Deutschen für die Zukunft zuweist. Er sieht einen Akt der "historischen Wiedergutmachung" für Deutschland, das einen Beitrag zur Auflösung und zum Zusammenbruch der europäischen Staatenordnung geleistet habe, darin, "jetzt zur Wiederherstellung der europäischen Familie beizutragen, eine wesentliche Rolle bei der Schaffung einer europäischen Einheit zu spielen und durch die Aufgabe nationaler Souveränitätsrechte die Vergangenheit zu überwinden, ein neues Europa zu bauen und zum Fortschritt und zur Entwicklung des ganzen Kontinents beizutragen." 3)

1) ders., Interview mit: "Die Entscheidung", 14. Jg., August 1966, S.15, "Neues Selbstverständnis der Deutschen"

2) Vgl. hierzu: Eugen Kogon, Die Funktion des Antikommunismus in der Bundesrepublik Deutschland. In: Frankfurter Hefte, 25. Jg., Heft 2, Februar 1970, S.81 ff

3) Strauß, Entwurf ..., S.144, Herausforderung ..., S.201 f

- Konservative Ideologen verstehen Geschichte als Vergangenheit oder ruhmreiche Zukunft, aber sie können die Gegenwart nicht als geschichtliches Problem begreifen¹⁾. Strauß sieht die außenpolitische Aufgabe der Gegenwart in der Revision der Vergangenheit um einer neuen machtvollen Zukunft willen. Die Vergangenheit ist schlecht und unerfreulich, also frage man nicht nach ihren gesellschaftlich-politischen Ursachen und verdränge man sie und mache man sie ungeschehen, indem man ihre historischen Konsequenzen in der Gegenwart umzukehren versucht:

"Das Deutsche Reich hat ... den ersten Weltkrieg, wenn auch mit erheblichen Gebietsverlusten überstanden. Es ist im zweiten Weltkrieg durch deutsche Schuld zerbrochen. Das deutsche Volk steht heute wieder im härtesten Kampf um seine Selbstbehauptung und sein Selbstbestimmungsrecht. Adenauer hat durch geschickte Ausnutzung der Situation, durch Nachgiebigkeit, Elastizität, Zähigkeit und durch seine persönliche Autorität erreicht, daß den ehemaligen Kriegsgegnern Deutschlands sozusagen zwei Drittel des Sieges über unser Volk wieder allmählich entwunden wurden. Heute kämpft die Sowjetunion mit ihrer Deutschlandpolitik darum, diesen Prozeß wieder rückgängig zu machen, indem sie nicht nur ihre Kriegsbeute konsolidieren und durch internationale Anerkennung festigen will, sondern indem sie auch die Bundesrepublik diffamieren, diskriminieren und international isolieren will." 2)

1) Vgl. Oskar Negt, Gesellschaftsbild und Geschichtsbewußtsein der wirtschaftlichen und militärischen Führungsschichten. Zur Ideologie der autoritären Leistungsgesellschaft, in: Gert Schäfer und Carl Nedelmann (Hrsg.), Der CDU-Staat 2. Analysen zur Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik. Frankfurt 1969, S.390

2) Strauß, Europa und die deutsche Frage, in: "Das Profil", Heft 6, München 1966, S.III

2. Außenpolitische Grundkategorien der CSU-Konzeption

2.1. Straußens doppelter Souveränitätsbegriff

Ein zentraler Begriff für die Erschließung der außenpolitischen Konzeption der CSU ist der der Souveränität. Strauß verwendet ihn in doppelter Weise, ohne immer die unterschiedlichen Bedeutungen zu kennzeichnen: einmal in der herkömmlichen völkerrechtlichen Bedeutung des Begriffs¹⁾, etwa dann, wenn er vom supranationalen Zusammenschluß spricht, der den Verzicht der Souveränitätsrechte der Nationalstaaten erfordert²⁾, und ein anderes Mal in einer Bedeutung, die einen Schlüssel zum Verständnis seiner gesamten Konzeption darstellt. Er hat sie zuerst in seiner Georgetown-Rede vom Herbst 1961 entwickelt. Strauß gab dort dem herkömmlichen völkerrechtlichen Souveränitätsbegriff, der dem von jeher bestehenden Gefälle an Macht und Einfluß zwischen den einzelnen Völkerrechtssubjekten nie gerecht wurde, eine neue, machtpolitische Deutung, indem er sagte: "Es handelt sich darum, daß Eigentum und Verfügungsgewalt über Kernwaffen zum Symbol, ja zum Charakteristikum, zum bestimmenden Kriterium der Souveränität zu werden sich anschicken."³⁾

1) Vgl. z.B. Wolfgang Heide Meyer, Souveränität. In: Karl Dietrich Bracher und Ernst Fraenkel (Hrsg.), Internationale Beziehungen. Fischer Lexikon Bd. 7, Frankfurt/M. 1969, S.260 ff. Auf S. 265 heißt es: "Der Begriff der Souveränität in völkerrechtlicher Bedeutung ist nichts anderes als ein Element zur Personalisierung des Subjektes Staat und damit ein Kriterium zur Abgrenzung seiner besonderen Rechte und Pflichten. Die Beschreibung...als souverän gewährleistet seine Anerkennungsfähigkeit als Glied der Völkerrechtsgemeinschaft und Träger der Völkerrechtsordnung, seine Abgrenzung gegenüber den Akten anderer Subjekte des Völkerrechts und seine Pflicht zur Wahrung des allen Gliedern dieser Ordnung gemeinsamen Rechts."

2) Vgl. z.B. Strauß, Grundfragen ..., a.a.O. S.10

3) Vorlesung vor der Georgetown University zu dem Thema: "Nationale Souveränität und Bündnis", abgedr. in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 224 vom 1.12.1961, S. 2100

In einem Interview mit der Zeitschrift der Jungen Union, "Die Entscheidung", griff er seine neue Deutung des Souveränitätsbegriffs wieder auf: "Was heißt überhaupt Souveränität? Zur Souveränität gehört neben anderen Merkmalen sicher eine Voraussetzung, nämlich die Fähigkeit, sich selbst verteidigen zu können, d.h. in der Militärterminologieder heutigen Zeit die Kraft, aus eigenen Mitteln eine abschreckende Wirkung gegen jeden Angriff entfalten zu können."¹⁾

Die europäischen Nationalstaaten besitzen in Straußens Terminologie gegenüber den Weltmächten USA und Sowjetunion allenfalls noch "Protokoll-Souveränität", aber nicht mehr diese "echte Souveränität"²⁾. Die Entwicklung der atomaren Militärtechnologien, mit der auch die europäischen Nationalstaaten, die sich an ihr beteiligten, nicht Schritt halten konnten, hat dazu geführt, daß die ehemaligen europäischen Großmächte sich gegenüber den USA und der Sowjetunion in einem Stadium vermindelter Souveränität befinden, das zu beenden, wenn man Strauß folgen will, die Realisierung der scheinbar paradoxen Formel erforderte: durch Aufgabe von Souveränität zur Souveränität. Das heißt: Verzicht der (west-)europäischen Nationalstaaten auf ihnen nach dem herkömmlichen völkerrechtlichen Verständnis zustehende Souveränitätsrechte zugunsten einer größeren europäischen Einheit, um damit einen eigenständigen europäischen Machtfaktor zu schaffen, dessen Potential und politischer Wille ausreichen, um die Kriterien jener neuen in Straußens Sinne "echten Souveränität" zu erfüllen.

Souveränität heißt so verstanden also: unabhängige Verfügbarkeit über Massenvernichtungsmittel, was nichts

1) Strauß, Interview mit: "Die Entscheidung" a.a.O. S.13

2) Vgl. ders., Interview mit der Deutschen Welle vom 15.10.1967, S.4; ders., Interview mit dem Südwestfunk vom 23.3.1969, S.4

anderes ist als unabhängige Macht. Die atomare Komponente seines Souveränitätsbegriffs fasziniert Strauß derartig, daß es ihm nicht gelingt, die Problematik, ja die Ohnmacht zu erkennen, die in der Verfügbarkeit über höchste Macht mit inbegriffen ist. Denn Atommacht bedeutet, wie John Herz es formuliert hat, "daß jede Einheit die andere durchdringen kann, daß die Macht einer jeden überall zur gleichen Zeit vorhanden und fühlbar ist. ... Die Macht der Allzerstörung geht Hand in Hand mit absoluter Machtlosigkeit, d.h. dem Unvermögen, die eigene Totalzerstörung zu verhindern: in den höchstentwickelten Sicherheitssystemen plötzlich keinerlei 'Sicherheit' mehr; Verschwinden der Schutzfunktionen von Staat und Block, trotz all ihrer Macht und Glorie."¹⁾

Es stellt sich die Frage, ob eine so verstandene Souveränität ein Wert sui generis sein kann und wem sie nutzen würde. Würde sie einem Vereinigten Europa ein Mehr an Sicherheit gegenüber der heutigen strategischen Situation bieten oder nicht vielmehr dieses in den Sog des Wettrüstens hineinreißen, das zu beenden die beiden Supermächte sich unter großen Mühen anschicken? Würde sie nicht eher die Spannungen in Europa erhöhen und die Kriegsgefahr vergrößern, weil die Sowjetunion bei der Rolle, die der BRD in einem solchen Gebilde zwangsläufig auf Grund ihres Potentials zufiele, eine gewaltsame Veränderung (oder die Drohung einer gewaltsamen Veränderung) des territorialen Status quo in Osteuropa befürchten müßte?

Die Tatsache, daß Strauß und seine Partei bei der Entwicklung ihrer außenpolitischen Konzeption sich solche Fragen nicht selbstkritisch vorlegten, läßt die Hypothese zu, daß die CSU bereit ist, den Versuch zu unternehmen, das Konzept einer Politik der Stärke ohne Rücksicht auf seine Auswirkungen auf die internationale Umwelt durchzusetzen.

1) John H. Herz, Weltpolitik im Atomzeitalter. Stuttgart 1961, S. 97 f

2.2. Nation und Nationalbewußtsein

"Auch Nationen sind etwas Natürliches und deshalb immer zeitgemäß." ¹⁾

"Ich war und bleibe ein geschworener Gegner des Nationalismus. Ich betrachte den Nationalismus als den Totengräber der europäischen Staatenwelt." ²⁾

Die beiden ~~Strauß~~-Zitate verdeutlichen die Schwierigkeit einer Position, die den Deutschen ihr "nationales Selbstverständnis" ³⁾ neu gewinnen will, was immer darunter in einer geteilten Nation zu verstehen ist und die gleichzeitig die Nationalstaaten im heutigen Europa auf Grund ihrer Größenordnung für anachronistische Gebilde hält, "die ihre Funktion als lebens- und wettbewerbsfähige Einheiten nicht mehr zu erfüllen vermögen" ⁴⁾.

Strauß hält das Bewußtsein, einer historisch zusammen- gewachsenen und mit schöpferischen Fähigkeiten ausgestat- teten Menschheitsgruppe anzugehören, sich also zu einer Nation und der ihr im Rahmen einer allgemeinen zivilisato- rischen Entwicklung gestellten Aufgabe zu bekennen, für die "Voraussetzung für das praktische Mitwirken am Auf- bau einer Völkergemeinschaft" ⁵⁾. Eine solche These ist wissenschaftlich nicht begründbar. Es lassen sich für die Lösung einer solchen Aufgabe andere Voraussetzungen denken - wie die Notwendigkeit der Friedenssicherung, der Abbau von wirtschaftlichen Barrieren, das Gefühl übernationaler Solidarität gegen Bedrohungen von außen und andere mehr -, von denen stärkere Impulse für einen übernationalen Zusammenschluß ausgehen als von einem wie auch immer strukturierten Nationalbewußtsein. Aber für Strauß handelt es sich hierbei um eine "Erkenntnis", die

1) Strauß, Interview mit: "Die Entscheidung" a.a.O. S.13

2) ders., Interview mit dem "SPIEGEL" Nr. 1/2 vom 2.1. 1967, S.18

3) ders., "Nation mit neuem Auftrag", in: "Die politische Meinung", 12. Jg., Heft II/III, 1967, S.16

4) ebenda, S.16

5) ebenda, S.15

ihm dialektisch zu einer Synthese von europäischem Einigungsstreben und Wiedererweckung eines deutschen Nationalbewußtseins verhilft. Er schreibt: "Diese Erkenntnis führt zu dem Schluß, daß das Zustandekommen der erstrebten europäischen Einheit nicht zuletzt von einem wiedergewonnenen Nationalbewußtsein der Deutschen abhängt."¹⁾

Wie ist die "Wiedergewinnung des Nationalbewußtseins" in einen logischen Kontext mit der europäischen Einigung zu bringen, die ja gerade eine Überwindung des nationalstaatlichen Denkens oder zumindest eine Unterordnung nationalstaatlicher Egoismen unter höherrangige Prinzipien verlangt?

Ein solcher Kontext ist nur herstellbar, wenn man Strauß und seine Partei nicht als Überwinder, sondern als Verwandler nationalstaatlicher und auch nationalistischer deutscher Traditionen sieht. Weil der Nationalstaat als technisch-ökonomische Basis für eine Machtpolitik, die in der Weltpolitik noch Gehör findet, überholt ist, werden die früher auf nationalstaatliche Machtentfaltung gerichteten Energien auf eine höhere europäische Ebene umgeleitet, während gleichzeitig die Notwendigkeit eines "geläuterten Nationalgefühls" und eines "gereinigten Nationalselbstbewußtseins"²⁾ betont wird. Die Formel, die Strauß für die Verbindung von Restauration nationaler Traditionen, auf deren Vagheit Kurt Sontheimer zu Recht hingewiesen hat³⁾, und dem Bekenntnis zu einem Vereinigten Europa geprägt hat, heißt: "Um Deutsche bleiben zu können, also um die Grundlagen unserer nationalen Eigenständigkeit in die Ära des Raumfahrtzeitalters hinüberzuretten und die Gemeinschaft unseres Volkes wiederher-

1) ebenda, S. 15

2) Strauß, Interview mit: "Die Entscheidung" a.a.O. S.15
vgl. auch Eugen Gerstenmaier, Neuer Nationalismus?
Stuttgart 1965, S. 60 ff und S. 128 ff

3) Vgl. Kurt Sontheimer, Die Wiederkehr des Nationalismus
in der Bundesrepublik, in: Sehnsucht nach der Nation.
Drei Plädoyers. München 1966, insbes. S. 16 f

zustellen, müssen wir Europäer werden."¹⁾ Es deutet sich hier schon an, was später noch ausführlicher zu untersuchen sein wird, daß die Straußsche Konzeption die Lösung der deutschen nationalen Frage der Wiedervereinigung zwar zurückstellt, sie aber bis zu dem Zeitpunkt, an dem sich ein europäischer Machtfaktor herauskristallisiert hat, offenhalten will.

3. Die Einschätzung des Ost-West-Konflikts und der Entspannungspolitik

3.1. Vorbemerkung

Die nationale außenpolitische Strategie eines Landes wie der Bundesrepublik, die ebenso wie ihr sozialistischer Antipode, die DDR, ein Produkt der Nachkriegszeit und Bestandteil jenes globalen Gleichgewichts ist, das sich als Konsequenz der wechselseitigen Vernichtungskapazität der Weltmächte USA und Sowjetunion herausgebildet hat, muß in der Lage sein, mit geradezu seismographischer Empfindlichkeit Veränderungen der weltpolitischen Situation zu registrieren und sie in ihr Bezugssystem einzubauen. Sie muß versuchen, sich anbahnende Entwicklungen vom Standpunkt ihres nationalen Interesses in ihrem Sinne zu beeinflussen oder aber, wenn die Bedingungen des internationalen Systems dies nicht zulassen, die Strategie revidieren, um nicht in Konflikt mit den neuen Entwicklungen und damit in die außenpolitische Isolierung zu geraten, die sie vollends von der Mitwirkung an den Entscheidungen ausschließen würde.

Das gleiche gilt für die Formulierung einer außenpolitischen Konzeption. Sie kann versuchen, bestimmte Entwicklungen zu ignorieren oder sich gegen sie aufzulehnen. Sie gerät aber dabei leicht in die Gefahr, von über-

1) Strauß, Nation ..., a.a.O. S. 16

holten Prämissen auszugehen und damit die gesamte Konzeption fernab von der Realität im Bereich der Illusion anzusiedeln.

Wenn man den Kalten Krieg als das dominierende weltpolitische Phänomen vom Ende der 40er Jahre bis zum Ende der 50er Jahre ansieht, so muß man gewiß als das Kennzeichen der 60er Jahre die Milderung der Formen des Konflikts und die beginnende weltpolitische Zusammenarbeit der beiden Weltmächte und die zunehmende Entspannung zwischen den beiden militärischen Blöcken bezeichnen.

Für diese Arbeit ist es von besonderem Interesse, wie die CSU die Wandlungen des Ost-West-Konflikts in den 60er Jahren und insbesondere für den Zeitraum der Großen Koalition einschätzt, als die beiden Supermächte trotz zweier regionaler Kriege in Indochina und im Nahen Osten, in die sie mehr oder weniger direkt verwickelt sind, sich in ihren gegenseitigen Beziehungen mehr und mehr aus den Erstarrungen des Kalten Krieges lösen und sich angesichts des Gleichgewichts des Schreckens zunehmend jenseits der fortbestehenden ideologischen Kluft zur praktischen Zusammenarbeit vor allem auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle bereitfinden.

Grundlage dieser neuen Entwicklung, die mit dem Begriff "Entspannung" charakterisiert wird, war bekanntlich die Erkenntnis, die die USA wie die Sowjetunion endgültig aus der Kuba-Krise von 1962 gewannen, daß infolge der Fähigkeit der Supermächte, sich mit ihren Interkontinentalraketen und Wasserstoffbomben wechselseitig zu vernichten, eine Veränderung des weltpolitischen Status quo vor allem in Europa nur unter dem Risiko eines atomaren Vernichtungskrieges, der weder Sieger noch Besiegte kennt, möglich wäre.

Sie zogen daraus die Konsequenz, sich dort, wo sie direkt aufeinanderstoßen, wie in Europa und insbesondere in Deutschland, ihre als Folge des zweiten Welt-

krieges entstandene jeweilige Einflußsphäre, also den Status quo, stillschweigend wechselseitig zu garantieren.

Daher muß eine realistische Einschätzung der deutschen Situation unter Berücksichtigung des weltpolitischen Patts davon ausgehen, daß der augenblickliche Status quo in Europa und in Deutschland militärisch unverrückbar ist, daß aber auch das Patronat der Weltmächte über ihre europäische Klientel alle politischen Entwicklungen, die zu einer Verschiebung des europäischen Gleichgewichts führen könnten, bereits im Keime zu ersticken versucht, ohne daß ein solcher Versuch zu einer ernsthaften Gegenreaktion der anderen Weltmacht führt, wie es das Beispiel der CSSR zeigte. Andererseits hat gerade die Tatsache, daß keine Seite mehr die Gefahr eines gegnerischen Überraschungsangriffs allzu ernst nimmt, auf beiden Seiten ein neues Sicherheitsgefühl entstehen lassen, das es möglich gemacht hat, die starke militärische Konfrontation zu überwinden und das Problem der europäischen Sicherheit nicht mehr unter rein militärischen Aspekten zu betrachten, sondern sich um politische Lösungen zu bemühen.

Das Gefühl einer schwindenden Bedrohung von außen hat zudem in beiden Blöcken die Tendenzen begünstigt, die auf mehr Eigenständigkeit vom Zentrum und bilaterale Kontakte mit den Mitgliedern des anderen Blockes dringen, ohne daß sie damit die ihnen von der Vormacht gesetzten Grenzen und den Status quo in Frage stellen wollen.

Entspannung in Europa bedeutet also: Anerkennung des Status quo, wie er sich nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt hat, aus der Erkenntnis heraus, daß seine militärische Veränderung die atomare Vernichtung bedeutet und daß der Versuch einer politischen Veränderung durch Heraussprengen von Blockmitgliedern auf den entschlossenen Widerstand der jeweiligen Vormacht stößt, bei gleichzeitiger Vergrößerung des politischen Spielraumes der einzelnen Nationen durch Kooperation über die Blockgrenzen

hinweg mit dem Fernziel einer europäischen Friedensordnung, die das gegenwärtige noch immer auf Hochrüstung beruhende Gleichgewicht der Blöcke durch ein System ersetzen soll, das den Beteiligten größere Sicherheit garantiert. Das heißt, die Mitglieder beider Blöcke beginnen, mehr oder weniger ausgeprägt, Sicherheit nicht mehr ausschließlich als Produkt militärischer Anstrengungen zu begreifen, sondern ebenso als Produkt einer über die ideologischen Divergenzen hinausgehenden Zusammenarbeit im politischen Bereich ebenso wie im wirtschaftlich-technischen und im kulturellen.

Wie hat nun die CSU bzw. Strauß und die CSU in seinem Gefolge diese hier nur angedeuteten Entwicklungen akzeptiert, und welche Konsequenzen werden daraus gezogen?

3.2. Die Beurteilung der weltpolitischen Lage Mitte bis Ende der 60er Jahre

Die CSU ¹⁾ geht davon aus, daß die Zweiteilung der Welt in zwei kompakt geschlossene Blöcke vorbei ist und daß sie abgelöst wurde durch eine pluralistische Aufsplitterung, wobei es sich aber um einen Pluralismus verschieden großer Mächte mit einem verschieden großen Potential, aber gleichem Selbständigkeitswillen handele. Dieser Pluralismus gibt auch den kleineren Mächten wieder Spielraum, was de Gaulle als einer der ersten westlichen Staatsmänner erkannt hat. Den Anstoß zu dieser Veränderung der weltpolitischen Lage hat der sowjetisch-chinesische Konflikt gegeben.

Andererseits ist zwar dank der Existenz der NATO ein Nachlassen der sowjetischen Aggressivität festzustellen, das aber darf nicht mit einem Nachlassen der sowjetischen Aktivität gleichgesetzt werden. "Die kommu-

1) Die Darstellung folgt hier Strauß, Grundfragen ..., a.a.O. S. 4 ff.

nistischen Methoden sind variabel geworden, aber das Ziel ist unveränderlich geblieben."¹⁾

Gleichzeitig ²⁾ führte die Entwicklung sowjetischer strategischer Waffen zur Verwundbarkeit des Territoriums der Vereinigten Staaten, und diese direkte Konfrontation der beiden Nuklearmächte verursachte eine Neubewertung der geographischen Perspektiven der amerikanischen Verteidigung, die Europa aus dem Mittelpunkt des amerikanischen Interesses verbannte. Da einerseits die Weltmächte in der Polarregion aufeinanderstoßen, andererseits außerdem an der Gegenküste zur amerikanischen Pazifikküste mit China eine neue Weltmacht aufstieg, wurde Ostasien für die USA zu einem ebenso wichtigen Brennpunkt des Interesses wie Europa.

Die Europäer zogen nach Ansicht der CSU hieraus ebensowenig wie die Amerikaner Konsequenzen in der strategischen Planung und gingen, um sich den bequemen Status eines militärischen Protektorats der USA zu erhalten, das Risiko ein, daß die USA Wege für eine Entspannung auf der Grundlage des Status quo in Europa suchten, um die Gefahr einer direkten militärischen Konfrontation mit der SU zu verringern.

Da dem Verhältnis der beiden Weltmächte USA und Sowjetunion eine besondere Schlüsselfunktion für die Entspannungspolitik zukommt, soll die Bewertung dieses Verhältnisses durch die CSU etwas eingehender untersucht werden.

3.2.1. Das Verhältnis USA - Sowjetunion

Die CSU betrachtet die begonnene Kooperation zwischen den USA und der Sowjetunion mit unverhohlenem Mißtrauen. Dabei tritt das dieses leitende ursprüngliche

1) ebenda, S.4

2) Die Ausführungen folgen hier Strauß, An Alliance of Continents, in: International Affairs.(London) Vol.41 No. 2, April 1965, S.194 f

Motiv für eine Politik der "friedlichen Koexistenz", nämlich das Bemühen, zu einer gemeinsamen globalen Krisenbeherrschung zu kommen, die die weltweite Vernichtung durch einen Atomkrieg unmöglich macht, hinter die den beiden Mächten unterstellten Motivationen zurück.

Es ist eine Haltung äußerster Skepsis gegenüber den nach den eindeutigen Optionen des Kalten Krieges in Bewegung geratenen Prozessen der Entspannungspolitik, die ein Überdenken der von der CSU bisher vertretenen Politik der Stärke erforderlich machen, ohne daß erkennbar ist, zu welchem Ende die neuen Entwicklungen führen werden.

Strauß und seiner Partei fällt es schwer, sich den Forderungen der Entspannungspolitik nach größerer Flexibilität und der zumindest teilweisen Ablösung der Propaganda durch die Diplomatie anzupassen; denn Sicherheit bleibt für sie ein Produkt aus militärischer und wirtschaftlicher Kraft und der Bereitschaft, diese notfalls auch einzusetzen¹⁾.

Seiner Irritation über den Dialog der USA mit der Sowjetunion, dessen Höhepunkt im Zeitraum der Großen Koalition der gemeinsame Entwurf für einen Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen war, gegen den sich eine bis an die Grenze der Hysterie gehende Agitation der CSU richten sollte, verlieh Strauß in seiner, was den Inhalt wie auch was Ort und Zeitpunkt betrifft, bemerkenswerten Madrider Rede vom 30. Oktober 1967 Ausdruck, in der er u.a. ausführte:

1) Vgl. Strauß, Rede vor der CSU-Landesversammlung vom 8.10.1966, abgedr. in: "Dokumentation Landesversammlung 1966", "Die deutsche Aufgabe Bayerns", a.a.O. S.35 f; ders., Rede vor der CSU-Landesversammlung vom 1.7.1967, abgedr. in: "BK-Dokumentation" vom 8.7.1967, S.10 f; ders., Interview mit dem Süddeutschen Rundfunk vom 8.3.1968, S.2

"Die Welt erlebt zur Zeit ein interessantes, aber auch nicht weniger merkwürdiges Doppelspiel der beiden großen Weltmächte. Beide atomaren Supermächte rüsten gegeneinander und wissen dennoch, daß sie sich bald gegen einen Dritten verbünden müssen. Die von den Sowjets perfektionierte und von den Amerikanern ausgezeichnet kopierte Kunst der Dialektik verschleiert diese Entwicklung so gut, daß die Weltpolitik, vor allem in Europa, nur noch als Streben nach Entspannung und nicht mehr als ein unerbittliches Ringen um die Macht erkannt wird.

Die Großmächte spielen ihre große Partie auf zwei Ebenen. Auf der ersten werden die Propagandaschlachten ausgetragen. ... Auf der gleichen Ebene vollzieht sich aber auch der Rüstungswettlauf zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten. Beide fragen bei ihren eigentlichen Plänen für die Verteidigung nicht in erster Linie nach den Absichten, sondern nach den militärischen Möglichkeiten eines Angreifers. ...

Auf der zweiten Ebene suchen die potentiellen Gegner, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten, jedoch die Zusammenarbeit, um gemeinsam eine sichere politische und militärische Position gegenüber Rotchina aufzubauen.

... Die Annäherung vollzieht sich auf einer Ebene, die dem amerikanisch-sowjetischen Bilateralismus sukzessiven Vorrang vor der Europa- und Allianzpolitik einräumt. Niemand anders bekommt dies deutlicher zu spüren als die Staaten Europas. Solcher Bilateralismus der Supermächte bildet also letztlich den Hintergrund der Krise in der NATO.

Solange sich die Staaten Europas nicht zu einer gemeinsamen Politik aufraffen, stehen sie diesen Entwicklungen machtlos gegenüber. Die europäischen Staaten müssen erkennen, daß die weltpolitische Entwicklung sie dazu zwingt, die Rolle eines Objekts der Politik aufzugeben, um Europa zu einem Subjekt der Weltpolitik zu machen. Sie müssen sich allen Ansätzen neuen sowjetisch-amerikanischen Globalarrangements nach den Maßstäben von Jalta, die zu europäischen Lasten gehen, widersetzen, weil der Status quo in Europa die friedliche und sinnvolle Entwicklung unseres eigenen Kontinents bedroht." 1)

-
- 1) F.J. Strauß, Rede vor der Deutschen Handelskammer in Madrid am 30.10.1967, auszugsweise abgedr. in: "Rheinischer Merkur" vom 10.11.1967. Vgl. hierzu auch den Aufsatz des SPD-MdB Hans Matthöfer, "Die bedenklichen Absichten des Franz Josef Strauß", in: "Frankfurter Rundschau" vom 28.11.1967. Matthöfer ergänzt zwei Auslassungen des Rheinischen Merkur am Be-

Seiner ablehnenden Haltung gegenüber dem Verlauf der neuen Phase der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen hatte Strauß ähnlich wie in der Madrider Rede bereits 1966 noch als Vorsitzender der CSU-Landesgruppe in zwei die Aufmerksamkeit einer breiten Öffentlichkeit im In- und Ausland erregenden Reden Ausdruck verliehen. Die erste Rede hielt er am 17. Juni 1966 vor den Mitgliedern des Londoner Royal Institute of International Affairs. Sie wurde allerdings durch die am gleichen Tag von Rainer Barzel vor dem Council on Germany in Washington gehaltenen Rede etwas in den Hintergrund gedrängt, in der Barzel zu dem Schluß gekommen war, daß auf dem Boden eines wiedervereinigten Deutschlands im Rahmen eines europäischen Sicherheitssystems Platz auch für Truppen der Sowjetunion bleiben könne¹⁾. Strauß erklärte am gleichen Tage, es sei für Europa zu einer Existenzfrage geworden, "sich in das anbahnende Zusammenspiel der beiden Weltatommächte einzuschalten, bei dem Moskau zur Zeit am längeren Hebelarm sitzt"²⁾, denn die Sowjets rechneten sich bei einem Arrangement mit den USA über Europa Chancen für laufende Erpressungsmanöver aus, "mit denen sie den Status quo noch zu ihren Gunsten verändern wollen"³⁾. Es ist eine für Strauß typische Wendung, eine

Fortsetzung der Anm. 1 von Seite 54:

ginn der Rede, die auf den geistigen Standort von Strauß ein bezeichnendes Licht werfen. Danach stellte Strauß an den Anfang seiner Ausführungen ein Bekenntnis zur "oft erprobten" deutsch-spanischen Freundschaft und der "geistigen Verwandtschaft" beider Völker und nannte Spanien ebenso wie die BRD, die als "ein Bollwerk gegen das aus dem Osten herandrängende Gedankengut" angesehen werden dürfe, "ein Bollwerk am Becken des Mittelmeeres".

- 1) Vgl. Rede Rainer Barzels vor dem Council on Germany, Washington, am 17.6.1966, abgedr. in: EA, Folge 15/1966, S. D408
2) Strauß, Rede vor dem Royal Institute of International Affairs, London, vom 17.6.1966, abgedr. in: EA, Folge 15/1966, S. D400 f
3) ebenda, S. 401

die eigene Konzeption einer offensiven Veränderung des Status quo in Frage stellende Entwicklung so auszudeuten, daß es so scheint, als sei sie der erste Schritt zu einer offensiven Veränderung des Status quo unter sowjetischem Vorzeichen.

Einige Monate später wiederholte er vor der CSU-Landesversammlung¹⁾ seine negative Bewertung des sowjetisch-amerikanischen Annäherungsprozesses.

Er sagte: "Was heute schon von den beiden Weltmächten als 'Entspannungspolitik' formuliert wird, läuft auf eine gegenseitige Garantie des Status quo innerhalb Europas hinaus, die Konsequenzen einer derartigen bipolaren Ost-West-Entspannung laufen auf eine unvorstellbare Schwächung der freien Welt hinaus. Der Status quo, wie ihn Moskau zielbewußt anstrebt, soll nämlich nicht nur die Demarkationslinie von Jalta legalisieren und damit die staatliche Teilung Deutschlands besiegeln, sondern gleichzeitig die Konsolidierung Europas zu einer eigenständigen Macht vereiteln. Unsere Pflicht als Deutsche und Europäer ist es, den amerikanischen Partner aus dieser Zwangslage zu erlösen."²⁾ Die Sowjetunion suche die "Komplizenschaft" Washingtons bei dem Versuch, einen neutralistischen Staatengürtel von Skandinavien bis Italien zu schaffen, dessen Kernstück die BRD sein solle³⁾.

Aus den hier aufgeführten Zitaten lassen sich folgende Schlüsse ziehen:

1. Strauß ist sich nicht sicher über die Absichten, die die USA in der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion verfolgen: Ob nicht der Versuch, zu einem Ausgleich zu kommen unter dem Einfluß der immer stärkeren Verwicklung der USA in Südostasien und einer wachsenden isolationistischen Stimmung in der Heimat der Vorwand für einen beschleunig-

1) Ab 1969 wurde sie entsprechend dem Parteiengesetz in "CSU-Parteitag" umbenannt.

2) Strauß, Rede vor der CSU-Landesversammlung vom 8.10. 1966, a.a.O. S.33

3) Vgl. ebenda, S.33

ten Abzug aus Europa ist, ohne daß sich Westeuropa zu einer eigenständigen Macht entwickelt hat, die das durch einen amerikanischen Abzug entstehende machtpolitische Vakuum, in das seiner Ansicht nach die Sowjetunion stoßen würde, selbständig auffüllen könnte.

2. Ein anderer Aspekt ist, daß Strauß eine dogmatische Position in der Frage des europäischen Status quo, konkreter, in der Frage der Teilung Deutschlands in zwei Staaten, der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze und der Herrschaft des kommunistischen Regierungssystems in Osteuropa vertritt. Er nimmt den Status quo zwar hin, weil er gegenwärtig nicht zu verändern ist, aber das Wiederaufrollen der Frage des Status quo nach der Schaffung des geeinten politisch, militärisch und wirtschaftlich mächtigen Westeuropa ist integrierender Bestandteil seines Europakonzepts. Solange Europa schwach ist, darf es nichts tun, um die Spaltung des Kontinents und Deutschlands endgültig werden zu lassen.

Eine vorzeitige Anerkennung des Status quo und seine Garantie durch die Amerikaner verstößt gegen die europäischen Interessen, wie sie von Strauß und seiner Partei interpretiert werden.

3. Der vielleicht bedeutsamste Aspekt ist, daß Strauß sich die Lösung der europäischen Probleme immer noch von einer Politik der Stärke verspricht. Politik der Stärke bedeutet aber auch Politik der Spannung. Die militärische Integration des Westens fand im Zeichen der internationalen Spannungen statt, und in dieser Zeit bewiesen die NATO-Staaten ihre größte Geschlossenheit. Mit einem Nachlassen der Spannung erfolgte auch ein Nachlassen der inneren Kohäsion mit den bekannten Folgen für das Bündnis. Ebenso geriet der während des Kalten Krieges begonnene europäische Einigungsprozeß in den 60er Jahren ins Stocken, weil bei den Westeuropäern - und sicherlich nicht nur bei den Franzosen - unter dem Eindruck der beginnenden

Entspannung die Einsicht in die Notwendigkeit einer über den wirtschaftlichen Bereich hinausgehenden Integration abnahm und die nationalen Interessen der einzelnen Länder den großen Sprung nach vorn nicht zustande kommen ließen.

Der Zustand Europas, der Strauß vorschwebt, würde eine beinahe revolutionäre Neubelebung der Europabewegung erforderlich machen, da er weit über das bisher Erreichte hinausginge und vor allem den Besitz einer unabhängigen Nuklearstreitmacht einschlösse. Eine solche Streitmacht aber würde bei dem Gewicht der BRD in Europa diese zwangsläufig an den "atomaren Drücker" bringen. Der Gedanke daran ist bisher im Osten wie im Westen auf einhellige Ablehnung gestoßen. Die vorhandenen psychologischen Barrieren gegen eine atomare Beteiligung der BRD könnten auch bei den westlichen Partnern wohl nur unter dem Eindruck schwerer internationaler Spannungen und einer ernsthaften Bedrohung Westeuropas durch die Sowjetunion und ihre Verbündeten überwunden werden. Strauß ist im Zeichen allgemeiner Entspannungshoffnungen klug genug, nicht offen auszusprechen, daß sein Konzept die Spannung braucht, weil sie der Kitt ist, der die divergierenden Interessen in Europa wieder zusammenbringen und weil sie das auch bei den Verbündeten noch immer vorhandene Mißtrauen gegenüber den Deutschen überwinden helfen könnte, das im Zeichen der Entspannung größer zu sein scheint als die Furcht vor aggressiven Absichten der Sowjetunion.

3.2.2. Die Aufnahme der west-östlichen Entspannungspolitik durch die CSU

Der Verdeutlichung des im vorherigen Abschnitt Gesagten soll eine qualitativ-inhaltsanalytische Untersuchung der Verwendung des Begriffs "Entspannung" durch die außenpolitische Führungsgruppe der CSU dienen.

Zunächst unterscheidet die CSU zwischen zwei Formen der "Entspannung": die erste, die praktisch ausnahmslos mit einem negativen Vorzeichen versehen wird, ist diejenige, die vom Status quo in Europa ausgeht. Dementgegen steht eine eigene Interpretation des Entspannungsbegriffs, deren Verwirklichung "echte" Entspannung bedeuten würde. Diese Form der Entspannung kann nach Strauß nur durch eine Beendigung der Teilung Deutschlands und der Teilung Europas erreicht werden¹⁾. Grundlage für diese "echte" Entspannung ist daher die Schaffung eines "Kristallisationskerns" für eine politische Aktionsgemeinschaft in Westeuropa, "aus dem sich eine eigenständige Macht entwickeln kann, die Anerkennung als Bündnispartner in Washington und das entsprechende Ansehen als Gesprächspartner in Moskau findet"²⁾.

Die Entspannung auf der Basis des Status quo ist in den Augen der CSU "eine politische Moderichtung"³⁾ oder eine "neue Form der Konfrontation"⁴⁾. Der Bayernkurier überschreibt einen Artikel Friedrich Zimmermanns, in dem dieser die Ansicht vertritt, es gebe im militärischen Bereich bisher überhaupt keine Anzeichen einer Entspannung, mit "Die Entspannungs-Lüge"⁵⁾. Nach der Besetzung der Tschechoslowakei nennt Stücklen das Wort Entspannung "trügerisch"⁶⁾, und der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmann-

1) Vgl. Strauß, An Alliance of Continents, in: "International Affairs" (London), Vol. 41 No.2, April 1965, S.198

2) Strauß, Rede auf der CSU-Landesversammlung vom 8.10.1966, a.a.O. S.33; vgl. auch Karl Theodor zu Guttenberg: "Ich bin der Meinung, daß eine recht verstandene, im Interesse des gesamten Westens formulierte deutsche Politik nur vor einer falschen Entspannung warnen muß, die dem Irrtum huldigt, auf dem jetzigen Zustand des geteilten Europas wirkliche Entspannung auch erreichen zu können." Gespräch mit Alfred Grosser: "Wohin Deutschland in Europa?" Bergedorfer Gespräche zu Fragen der freien industriellen Gesellschaft, 14. Tagung vom 4.5.1964, "Bergedorfer Protokoll", Nr. 14, 1964, S.12

3) Karl Theodor zu Guttenberg, Vortrag im Bayerischen Rundfunk vom 15.2.1967, S.1

4) Strauß, Interview mit David Hotham, in: "The Times", London, vom 17.3.1967

5) BK vom 16.12.1967

6) "Die Welt" vom 23.8.1968

schaft, Walter Becher, spricht in einer Rede vor der Bundesversammlung seiner Landsmannschaft, die die rechtsradikale "Deutsche National-Zeitung und Soldatenzeitung" weitgehend abdruckte, von der Wiedergeburt "jener atlantischen Solidarität ..., die wir im Zeichen der Fehlkonzeption falscher Entspannungspropheten zusehends bereits verspielt haben" ¹⁾.

Strauß wiederum schreibt: "Die übertriebene Bekundung des Westens zur Entspannung um jeden Preis hat die Entscheidung der Sowjetunion zu ihrer Intervention am 21. August 1968... leichter gemacht, weil sie die Sowjetunion zu dem gefährlichen Hochmut verführte, nun tatsächlich 'der Größte' zu sein und die USA nicht mehr als gleichwertigen, geschweige denn als überlegenen Gegenspieler anzusehen." ²⁾

Die Begriffe "Entspannung" auf der Grundlage des Status quo und "Sicherheit" werden antithetisch verstanden. Entspannung als Voraussetzung für die Schaffung eines höheren Grades von Sicherheit, den man im Gegensatz zu der bisherigen auf Abschreckung beruhenden Sicherheit als "politische Sicherheit" bezeichnen könnte, ist ein Denkansatz, den sich die CSU noch nicht zu eigen gemacht hat. Entspannung im Bereich des Diplomatischen, die Bereitschaft der Regierungen, miteinander zu verhandeln - Strauß nennt das geringeschätzig "nur Atmosphäre" ³⁾ -, bildet die Grundlage für Entspannung auch auf dem militärischen Sektor. Sie findet ihren Niederschlag zunächst in Gesprächen über eine beiderseitige ausgewogene Truppenverringerung, über atomwaffenfreie Zonen, die Begrenzung der strategischen Rüstung, die trotz ins Astronomische steigender Kosten kein Mehr an Sicherheit, keine Steige-

1) Walter Becher, Rede vor der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft am 26.10.1968, auszugsweise abgedr. in: "Deutsche National-Zeitung und Soldatenzeitung" vom 15.11.1968

2) Strauß, Herausforderung ..., a.a.O. S.104

3) Strauß am 30.10.1967 in Madrid, a.a.O.

rung der Abschreckungswirkung mehr gewährt, da der Gegner jeden waffentechnischen Schritt mittut und ihn somit neutralisiert. Hierzu gehört als erstes konkretes Ergebnis auch der Atomwaffensperrvertrag, der bei allen Vorbehalten, die einzelne Länder gegen ihn vorzubringen haben, nur auf der Grundlage der Entspannung möglich war und als solcher ein erster Schritt zur Eindämmung des Wettrüstens ist.

Solche Überlegungen finden bei der CSU keinerlei positives Echo, weil sie Sicherheit auf der Basis der militärischen Stärke oder besser noch der Überlegenheit des Westens als Ausgangspunkt für die Entspannungspolitik ansieht; wobei, wie im vorigen Abschnitt gezeigt wurde, Entspannungspolitik nicht im Sinne der Status-quo-Politik interpretiert werden darf, sondern verstanden werden muß als das, was von der CSU als "echte" Entspannungspolitik ausgegeben wird, also als Offenhalten der Möglichkeit der Veränderung des Status quo zugunsten des Westens.

Daher warnt Strauß davor, die NATO zu einem "Werkzeug oder gar zum Handelsobjekt einer Entspannungspolitik zwischen den USA und der Sowjetunion"¹⁾ zu machen, denn die Entspannungspolitik sei kein Ersatz für Sicherheitspolitik²⁾ und "theoretische Sicherheitsgarantien, internationale Verträge oder noch so idealistisch formulierte Satzungen einer Weltorganisation" seien "das Papier nicht wert, auf dem sie stehen, wenn die Zeichen der Zeit gerade ungünstig für diese Konstellation gelagert sind"³⁾.

1) Strauß, "Europas eigene Verteidigung, in: "Rheinischer Merkur" vom 7.10.1966

2) Vgl. Strauß, Rede vor der Landesversammlung der CSU am 1.7.1967 in München, abgedr. in: BK-Dokumentation vom 8.7.1967, S.10

3) ebenda, S.10; vgl. auch Richard Jaeger vor dem Deutschen Bundestag, Stenographische Berichte, 5. Wahlperiode, 141. S. vom 7.12.1967, S.7239

3.3. Zusammenfassung

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die von der CSU vertretene Haltung zur Entspannungspolitik den herrschenden Tendenzen der westlichen Politik Ende der 60er Jahre zuwiderläuft. Sie versucht, die zur Realität der west-östlichen Beziehungen in Europa gewordene Entspannung auf der Grundlage des Status quo als nicht existent zu betrachten und sieht in ihr eine Gefahr für die westliche Sicherheit. Sie handelt dabei so, als sei sie unfähig, zu erkennen, daß alle Bündnispartner der BRD, die einmal die Kriegsgegner des Deutschen Reiches gewesen sind, eben diesen Status quo de facto als endgültig hinnehmen.

Das Festhalten an den inhaltsleeren Formeln des Kalten Krieges, das Bemühen, die europäischen Probleme ausschließlich unter dem machtpolitischen Aspekt zu beurteilen, ein Antikommunismus, der es ermöglicht, die historischen Ursachen für das deutsche Dilemma zu verdrängen und eine differenzierende Betrachtung der Absichten und Möglichkeiten der sowjetischen Außenpolitik gar nicht erst ins Bewußtsein dringen zu lassen, sondern in jedem Schritt der Sowjetunion die Bestätigung für die "Generalthese von der sowjetischen Aggressionsentschlossenheit"¹⁾ zu sehen, lassen die Schritte, die um des Friedens willen zu einer Verbesserung des gesamteuropäischen Klimas unternommen werden, in den Augen der Partei nur Schritte auf dem Wege zu einer Kapitulation vor dem Kommunismus sein.

Während die Entspannungspolitik, insbesondere die deutschen, häufig als zwar gutwillige Idealisten hingestellt werden, die aber in der internationalen Politik, wo Macht und nicht Moral den Ausschlag gibt, von ihren kommunistischen Gegenspielern an die Wand gedrückt wer-

1) Eugen Kogon, Die Funktion des Antikommunismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: "Frankfurter Hefte", 25. Jg., Heft 2, Februar 1970, S.88

den¹⁾, weisen sich ihre außenpolitischen Führer, vor allem natürlich Strauß, die Rolle der Realpolitiker zu, die wissen, daß man Macht nur mit Macht begegnen kann. Die Überzeugung von der immerwährenden Richtigkeit der eigenen Generalthese erlaubt es der CSU, eine vom herkömmlichen Kalter-Krieg-Denken abweichende Analyse der Motive und Ziele sowjetischer Außenpolitik zu unterlassen. Die eigenen festgefügtten Urteile werden ohne Rücksicht auf internationale Entwicklungen laufend reproduziert, und die Partei kann trotz des Mißerfolgs der Politik der Stärke keinen Weg zur längst praktizierten Alternative der Entspannungspolitik finden.

Trotz ihrer Selbsteinschätzung als Realpolitiker befindet sich die CSU-Führungsgruppe ideologisch noch in der Zeit der Illusionen des "roll back", glaubt aber stark und überzeugend genug zu sein, um die internationalen Tendenzen in das alte Bett Adenauerscher und Dullescher Vorstellungen zurückleiten zu können, statt sich ihnen anzupassen.

Eine solche Einschätzung der Entspannungspolitik mußte in einer Koalition mit einem Partner, der von einer beinahe diametral entgegengesetzten Analyse der Möglichkeiten der Entspannungspolitik ausging, zwangsläufig zu Konflikten führen. Deren Überbrückung machte Kompromißformeln nötig, die schließlich jeder Partner für sich ausdeuten konnte mit der Konsequenz, daß, sobald die Politik ins Entscheidungsstadium geriet, die Koalition unweigerlich sich gegenseitig blockierte.

1) Vgl. hierzu z.B. Strauß, Sinnlose Wallfahrt nach Moskau. Traumtänzer und Dampfplauderer, in: BK vom 30.8.1969

4. Die Analyse der Ursachen der deutschen Spaltung und die Konzeption zur Wiederherstellung der deutschen Einheit

4.1. Die Analyse der Ursachen der deutschen Spaltung

Die Entwicklung einer deutschland- und ostpolitischen Konzeption macht auch ein Eingehen auf die Ursachen der deutschen Spaltung erforderlich. Wenn eine Konzeption realistisch sein soll, muß sie auch in der Lage sein, zunächst einmal die Grundlagen der eigenen bisherigen Politik in Frage zu stellen, weil in ihnen ebenso wie in der Politik des außenpolitischen Gegenspielers die Gründe für außenpolitische Fehlentwicklungen zu finden sein können. Es ist daher erforderlich zu fragen, ob die Spaltung überwunden oder zumindest in ihren Folgen gemindert werden kann, wenn die Schuld an der deutschen Teilung einseitig dem weltpolitischen Gegner, der Sowjetunion und den deutschen Kommunisten in der früheren Sowjetischen Besatzungszone zugeschoben wird. Eine selbstkritische Analyse würde auch fragen, ob nicht auch in den Maßnahmen der Westmächte und später der Bundesregierung Adenauer spalterische Elemente enthalten waren, die eine Wiedervereinigung erschwerten, statt sie näherzurücken, weil Forderungen aufgestellt wurden, die von der Sowjetunion nicht weniger als die Aufgabe ihres Kriegsgewinns zugunsten des Westens verlangten.

Der Zusammenschluß der britischen und amerikanischen Zonen zur Bi-Zone, der Ausschluß der Sowjetunion von der Kontrolle des Ruhrgebiets, die Währungsreform und die mit ihr einhergehenden Maßnahmen, die zu einer Restauration des von Hitler nicht angetasteten privatkapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems führten, die von Adenauer so leidenschaftlich betriebene Wiederaufrüstung und Westintegration und schließlich die gemeinsame hastige Zurückweisung der sowjetischen Noten vom 10. März 1952 und später vom 14. Januar 1955 ¹⁾ durch

1) Beide Noten sind abgedr. in: H. Siegler, Wiedervereinigung und Sicherheit Deutschlands. 6. erw. Aufl. Bd. I 1944-1963. Bonn-Wien-Zürich 1967, S. 41 f und S. 63 f

die Westmächte und Adenauer, ohne daß diplomatische Schritte zur Auslotung der Ernsthaftigkeit des sowjetischen Angebots einer Wiedervereinigung in den Grenzen von 1945 und gesamtdeutscher freier Wahlen unternommen wurden, sind Stationen, deren Bedeutung im Prozeß der deutschen Spaltung niemals völlig richtig wird eingeschätzt werden können. Eine zukunftsorientierte politische Konzeption darf sie aber auch nicht einfach übergehen¹⁾.

Eine Konzeption, die angesichts des tiefen Grabens, der mittlerweile die beiden deutschen Staaten voneinander trennt, das ausschließliche Beharren auf völkerrechtlich wie moralisch umstrittenen Rechtspositionen für eine konstruktive Deutschland- und Ostpolitik hält, ohne jemals die politischen Interessen und das Sicherheitsbedürfnis der anderen Seite ins Kalkül einzubeziehen, und die unterhalb der Schwelle des Kapitulationsangebots der anderen Seite nicht zu Verhandlungen bereit ist, mag den Status quo gegen den eigenen Willen zementieren; wenn sie jedoch verspricht, damit ein Rezept für die Lösung der deutschen Frage in der Tasche zu haben, gerät sie in den Bereich eben jener Illusionspolitik, die ihre Vertreter den Entspannungspolitikern immer wieder vorwerfen.

Wenn man die Äußerungen der CSU-Politiker zu den Ursachen der deutschen Spaltung betrachtet, muß man feststellen, daß die oben geforderte selbstkritische Betrachtung der deutschen Nachkriegsgeschichte nicht zu finden ist. Derartiges zu erwarten, wäre sicherlich auch von einer konservativen Partei zuviel verlangt und würde den Bruch mit der Tradition christlich-demokratischer Außenpolitik voraussetzen. Die CSU hatte ja auch Adenauers These gestützt, daß der Weg zur deutschen Einheit über die westeuropäische Einigung und den Anschluß an das west-

1) Vgl. hierzu z.B. Gustav W. Heinemann, Verfehlte Deutschlandpolitik. Irreführung und Selbsttäuschung. 2. Aufl., Frankfurt/M. 1969, S.174 ff

liche Bündnis führen werde¹⁾. Wenn die CSU nicht nachträglich die von Adenauer wider seine bessere Einsicht aus Rücksicht auf gesamtdeutsche Gefühle in der Öffentlichkeit, in seiner Partei, der FDP, der SPD und dem BHE vertretene Hauptthese, daß seine Westpolitik die wahre Ostpolitik sei²⁾, als widerlegt ansehen will, was sie nicht kann, da sie ein integrierender Bestandteil ihrer eigenen Konzeption ist, dann muß sie bei der undifferenzierten schwarz-weiß-malerischen Verteilung von Schuld und Unschuld an der Teilung Deutschlands bleiben, die sie von jeher vertreten hat.

Die deutsche Teilung ist nach Guttenberg "entstanden und wird aufrechterhalten durch den Willen der Sowjetunion, die außerdem die Macht hat, ihren Willen dort, wo sie steht, auch durchzusetzen. Solange weder Macht noch Wille der Sowjetunion entscheidend geändert oder beeinflußt werden kann, gibt es auch keinen wirklichen Schritt nach vorn"³⁾.

Strauß nennt die Teilung Deutschlands die Folge der Politik Hitlers, der Beschlüsse von Jalta und der Kurzsichtigkeit des Westens nach dem zweiten Weltkrieg⁴⁾. An anderer Stelle sagt er, die Spaltung sei sicherlich ein Werk der Politik Hitlers, sie sei aber auch das Ergebnis eines mit dem Wiener Kongreß beginnenden "zum Teil durch fehlerhafte und dann durch verbrecherische deutsche Politik hervorgerufenen geschichtlichen Fehlentwicklungsprozesses mit dem schauerlichen Höhepunkt oder Tiefstpunkt

1) Vgl. Strauß, der am 7.2.1952 vor dem Bundestag erklärte: "Wer auf den Anschluß der Bundesrepublik an die Gemeinschaft der freien Völker verzichtet, gibt die deutsche Einheit preis, ob er will oder nicht, ob er es weiß oder nicht.", zit. nach: F.J. Strauß, Bundestagsreden. Hrsgg. von Leo Wagner, Bonn 1968, S.32

2) Vgl. Arnulf Baring, Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie. München und Wien 1969, S.332 f

3) Guttenberg, Gespräch mit Alfred Grosser vom 4.5.1964, a.a.O. S.12

4. Vgl. Strauß, Entwurf ..., a.a.O. S. 53

des Jahres 1945" ¹⁾. In der dann folgenden Aufzählung von historischen Stationen, deren Betrachtung zu einem "intellektuell klaren und historisch fundierten Zugang zur deutschen Frage" ²⁾ führen soll, fehlt wie an anderer Stelle ³⁾ eine Analyse der Nachkriegsereignisse.

In den ausgewerteten Quellen konnte keine Aussage gefunden werden, die eine substantiellere Deutung der historischen Prozesse der Nachkriegszeit vorgenommen hätte als die hier zitierten. Eine kritische Neubewertung der Nachkriegsgeschichte, die vielleicht den Ansatz dafür geliefert hätte, die deutschland- und ostpolitische Stagnation zu überwinden, findet bei der CSU nicht statt.

Auch eine Kritik dieser Haltung der CSU kann bei einer Abwägung der historischen Entwicklungen der Nachkriegszeit, insbesondere der Jahre 1945 bis 1955, nicht umhin, sich Rudolf Augsteins Feststellung anzuschließen, daß man nicht mit letzter Sicherheit ausschließen kann, daß die Wiedervereinigung erreicht worden wäre, wenn es keinen Adenauer gegeben hätte, daß aber andererseits auch das Gesamt der negativen Imponderabilien so groß war, daß die Behauptung, er habe sie verhindert, obsolet erscheint ⁴⁾.

Allerdings hätte eine ehrliche Bewertung der Nachkriegspolitik, deren Bemühen ein Abbau der Spannungen in Europa gewesen wäre, bereit sein müssen zuzugeben, daß Adenauers Politik die Wiedervereinigung auf absehbare Zeit ausschloß ⁵⁾ und daß ein Weiterleben mit Adenauers Grundwiderspruch zwischen Westintegration und Verzicht auf eine Ostpolitik einerseits und der Behauptung, dies

1) Vgl. Strauß, Interview mit dem ZDF vom 11.5.1967, "Deutschland-Gespräch", S.9

2) ebenda, S.9

3) Vgl. Strauß, Gegenwartsfragen ..., a.a.O. S.11 f

4) Vgl. Rudolf Augstein, Konrad Adenauer und seine Epoche, in: Die Ära Adenauer. Einsichten und Ausblicke. Frankfurt 1964, S.48

5) Vgl. ebenda, S.48

sei der Weg zur Wiedervereinigung, andererseits, weder die europäische Einigung näherbringen noch die Kluft zwischen den beiden deutschen Staaten ebnen würde.

4.2. Die Wiedervereinigungskonzeption

Die Haltung der CSU zur Frage der Wiedervereinigung ist nicht ohne Zweideutigkeit. Auf den ersten Blick läßt Straußens wiederholte Bekundung, eine Wiedervereinigung im Sinne einer nationalstaatlichen Restauration des Deutschen Reiches sei nicht vorstellbar¹⁾, den Eindruck entstehen, die Partei habe einen mutigen Schritt nach vorn getan, den Adenauer unterlassen hatte, und habe die bundesrepublikanische Politik von der permanenten Wiederholung der Wiedervereinigungsforderung entlastet, die angesichts der Nachkriegsentwicklung an Realitätsnähe verloren hatte. Vor allem das Erstarken der DDR

1) Vgl. Strauß, Interview mit "DIE ZEIT" vom 8.4.1966: "Zurück ins Kabinett?" Strauß sagte: Und ich glaube nicht an die Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaates, auch nicht innerhalb der Grenzen der vier Besatzungszonen." Ders. im "Deutschland-Gespräch" des ZDF am 11.5.1967, S.10: "Und hier wird die Wiederherstellung einer deutschen Nation in einem deutschen Staate ohne eine Änderung der politischen Umwelt und gerade der europäischen Architektur nach meiner Überzeugung höchstens durch ein Wunder möglich sein. Ders., Interview mit Deutsche Welle vom 15.10.1967, S.3: "Die deutsche Wiedervereinigung ist eine unlösbare Frage, wenn man in den Dimensionen der Vergangenheit denkt, d.h. nur an die Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaates, der souverän unabhängig nach West und Ost sein Eigendasein führt." Ders., Interview mit der Wochenzeitung "PUBLIK" vom 23.1.1969, zit. nach "CSU-Correspondenz" Nr. 6/1969 vom 22.1.1969, S.14: "Ich habe seit vielen Jahren oder vielleicht von Anfang an die Wiederherstellung eines selbständigen, unabhängig zwischen West und Ost operationsfähigen Deutschen Reiches für nicht mehr erreichbar und angesichts der Erfahrungen auch in einem langen Zeitablauf - für nicht mehr durchsetzbar erklärt." Ähnliche Äußerungen finden sich im Entwurf ..., a.a.O. S.50 f, und Herausforderung ..., a.a.O. S.143. Im neuen Grundsatzprogramm der CSU, das vom CSU-Parteitag am 14.12.1968 verabschiedet wurde, taucht der Begriff "Wiedervereinigung" nicht mehr auf; vgl. hierzu "DIE WELT" vom 31.10.1968: "Auch die CSU verneint die Gretchenfrage".

nach dem Bau der Berliner Mauer und die Furcht der westlichen Verbündeten¹⁾ der BRD vor der "kritischen Größenordnung" (Kiesinger), die ein wiedervereinigter deutscher Nationalstaat innerhalb Europas haben würde, sowie die amerikanisch-sowjetische Garantie des europäischen Status quo hatten die Wiedervereinigung als aktuelles Ziel der Politik auch in den Augen der CDU zunehmend in den Hintergrund gerückt, ohne daß eine westdeutsche Regierung es völkerrechtlich verbindlich aufzugeben bereit gewesen wäre.

Bei genauerer Analyse der CSU-Vorstellungen stellt sich allerdings heraus, daß von einem mutigen Schritt nach vorn keineswegs die Rede sein kann. Im Gegenteil, die Partei hält mit einer die genannten Entwicklungen in Abrede stellenden Starrheit an der von Konrad Adenauer verkündeten Fiktion der Wiedervereinigung über den Weg der Westintegration und einer daraus resultierenden Politik der Stärke fest.

Sie geht dabei von der zweifelsohne richtigen und von der Sowjetunion und ihren Verbündeten häufig bestätigten Beurteilung aus, daß es keinen für die Bundesrepublik zahlbaren Preis gibt, um eine Wiedervereinigung im Sinne einer Übertragung des bundesrepublikanischen Gesellschaftssystems auf die DDR und deren Aufgehen in einem von der Bundesrepublik dominierten Gesamtdeutschland zu erkaufen, wobei über die Ostgrenzen zu reden wäre.²⁾

- 1) Strauß sieht diese Furcht durchaus, ohne daß deutlich wird, wo er sie in sein politisches Kalkül einbaut, wenn man von einigen verbalen Beteuerungen absieht. Sein Streben, an den "atomaren Drücker" zu gelangen, die Haltung zum Atomwaffensperrvertrag, waren wenig geeignet, europäische Bedenken abzubauen; vgl. auch Strauß, Entwurf ..., a.a.O. S.15
- 2) Vgl. Strauß im Deutschland-Gespräch des ZDF am 11.5. 1967, a.a.O. S.15; ders., Interview mit "DER SPIEGEL" Nr. 1/2 vom 2.1.1967, S.31

Auch die Chance eines österreichischen Modells für die DDR - Freiheit der gesellschaftlichen Entwicklung im westlich-kapitalistischen Sinne mit einem auf einen längeren Zeitraum befristeten Verbot eines Zusammenschlusses mit der Bundesrepublik - wurde und wird erst recht nach der Verkündung der Breschnew-Doktrin als praktisch nicht gegeben angesehen. Strauß pflegt seine Einschätzung der Härte des östlichen Standpunktes durch das folgende Beispiel zu demonstrieren:

" Wenn wir heute Moskau folgendes anbieten würden: Austritt aus allen europäischen Organisationen, Austritt aus der NATO, Abbau der Bundeswehr, praktisch: Abschaffung der Bundeswehr, hundert Jahre Neutralisierung...und dazu noch: Internationale Kontrolle, und dazu noch: Verzicht auf die deutsche Wiedervereinigung bis zum Jahre 2000, Thema wird bis dahin überhaupt nicht mehr von uns erwähnt, und dazu noch, sagen wir einmal, hundert Milliarden Mark Liquidation des zweiten Weltkrieges, Investitions- nicht nur Darlehen, sondern einfache Investitionszahlungen für die wirtschaftliche Entwicklung der Sowjetunion. Ein gewaltiges Angebot. Mehr kann man ja überhaupt nicht anbieten. Und wir würden nur verlangen, lassen wir die Zone als selbständigen Staat, aber mit derselben inneren und äußeren Freiheit wie das heutige Österreich, das ja auch einmal früher ein Teil Deutschlands war, einer größeren Reichsform war. Was wäre die Moskauer Antwort? Die wäre: Kameraden, ein großartiger Gedanke, was ihr da habt. Macht einmal alles. Dann unterhalten wir uns über den letzten unbedeutenden Punkt vielleicht später in einer besseren Atmosphäre wieder. Selbst dieses Angebot, bei dem wir alles opfern würden, was wir überhaupt opfern könnten, würde bestimmt nicht zur inneren Autonomie der Zone im Sinne von freien Wahlen, Pressefreiheit usw. führen." 1)

1) Strauß, Interview mit dem Deutschen Fernsehen, "Zu Protokoll" vom 8.9.1968, S.7

Bei diesem Beispiel handelt es sich um eine Hypothese, die niemals ernsthaft überprüft wurde, auch nicht zu Zeiten, als die Sowjetunion Vorschläge machte, die auf ein ähnliches Modell hinausliefen. Es veranschaulicht, daß die CSU keinen Weg zur Wiedervereinigung oder zu einer Vorstufe der Wiedervereinigung erkennen kann, der über Moskau führt. Wie aber soll er, wenn eine Wiedervereinigung mit Gewalt außerhalb des Denkbaren bleibt ¹⁾, dann verlaufen? Ist in einer Politik nicht ein unauflöslicher Widerspruch enthalten, die es für zwecklos hält, mit der Weltmacht, die den Schlüssel zur Lösung der deutschen Frage in den Händen hält, Verhandlungen anzustreben, die die Anwendung von Gewalt ausschließt, aber gleichzeitig die Forderung nach Wiedervereinigung aufrechterhält?

Die CSU hält nach den Worten Guttenbergs "das Koordinatensystem der Adenauerschen Politik " für unverändert richtig²⁾. Aber Adenauers Koordinatensystem war, wie Arnulf Baring nachgewiesen hat ³⁾, keineswegs stimmig. Er selbst war entschlossen, die BRD nicht als Provisorium oder Transitorium aufzufassen. Durch die Westeingliederung wollte er die "Bundesrepublik mit der Niederlage ... versöhnen und sie als eine ideell und territorial saturierte⁴⁾ Einheit ... etablieren" ⁴⁾. Trotzdem wagte er aus innenpolitischen Gründen nicht, seine Sicht der Lage den Deutschen ungeschminkt vor Augen zu führen. Vielmehr versuchte er,

1) Vgl. Strauß, Entwurf ..., a.a.O. S.48

2) Guttenberg, Deutschland-Politik - warum nicht mit de Gaulle? , in: "DIE ZEIT" vom 7. 10. 1966

3) Vgl. Baring a.a.O. S.332 f

4) ebenda, S.333

+) politische

die Quadratur des Kreises zu lösen, indem er einerseits die "Selbstanerkennung" der Bundesrepublik als vollgültiges Staatswesen durchzusetzen sich bemühte und andererseits aus verschiedenen Gründen die nationalen Sehnsüchte der Deutschen nährte, zumindest aber alles unterließ, was den Eindruck hätte erwecken können, er teile sie nicht.

Die CSU sieht die deutsche Teilung als Teil der europäischen Teilung an. Daher führt für sie der Weg zur Wiedervereinigung über ein geeintes "europäisches Europa", mit dessen Hilfe die bestehenden Machtgefälle zwischen beiden Teilen Europas und ihren jeweiligen Vormächten USA und Sowjetunion ausgeglichen werden sollen¹⁾. Die deutsche Frage kann nach ihrer Ansicht nicht als nationales Anliegen nur eines Staates, sondern muß als eine gemeinsame europäische Angelegenheit behandelt werden. Die 17 Millionen Deutschen in der DDR teilen ihr Schicksal, unter kommunistischer Herrschaft leben zu müssen, mit den anderen osteuropäischen Ländern. Deswegen kann nicht die Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaats, die von vornherein zum Scheitern verurteilt ist, das deutsche Anliegen sein, sondern die "Europäisierung der deutschen Frage". Das heißt, "daß die Forderung der Deutschen nach Wiedervereinigung ihres geteilten Landes von der westeuropäischen Gemeinschaft voll übernommen und vertreten wird"²⁾.

Diese westeuropäische politische, militärische und wirtschaftliche Gemeinschaft soll der Kern für ein eines Tages selbständig von den im Augenblick den Kontinent beherrschenden außereuropäischen Vor-

1) Vgl. Strauß, Entwurf ..., a.a.O. S.13 f

2) ebenda, S.13

mächten handelndes Gesamteuropa sein. Die Lösung der deutschen Frage muß nach Überzeugung der CSU Teil eines zukünftigen allgemeinen europäischen Übereinkommens sein¹⁾. "Ziel einer europäischen Politik kann nicht das Zusammenwachsen von Ost- und Westeuropa in Freiheit sein, ohne daß sie sich damit nicht auch auf die Wiedervereinigung eines Volkes verpflichtet, von dem zwei Drittel in Westeuropa leben und das restliche Drittel Mitglied eines von Moskau dirigierten Warschauer Paktes ist." 2)

Entscheidend ist, daß der Weg zu dieser gesamteuropäischen Vision zunächst über die politische Union Westeuropas führt³⁾. Der alte Widerspruch zwischen der Westintegration und der Wiedervereinigungsforderung wird durch die Einbettung in einen langfristigen historischen Prozeß zwar abgemildert, aber nicht aufgehoben. Strauß wie auch die anderen Mitglieder der Führungsgruppe blieben bisher die Antwort darauf schuldig, wie sie die Lösung der deutschen Frage im Rahmen der Europa-Politik sehen. "Darüber soll man reden, wenn die Voraussetzungen gegeben sind"⁴⁾, entgegnete er auf eine diesbezügliche Frage. Die Voraussetzungen sind aber nicht gegeben, "weil wir nicht die europäische Architektur haben, in die wir ein wiedervereinigtes Deutschland ohne Beunruhigung für seine Nachbarn einbauen könnten"⁵⁾.

1) Vgl. ebenda, S.14

2) ebenda, S.15

3) Vgl. hierzu auch: Stellungnahme der CSU-Landesgruppe im Dt. Bundestag zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Jugoslawien, abgedr. in: Pressemitteilung der CSU-Landesgruppe im Dt. Bundestag vom 13.12.1967

4) Deutschlandgespräch im ZDF am 11.5.1967, S.12

5) ebenda, S.12

Eine derartige Wiedervereinigungskonzeption entzieht der Behauptung, Wiedervereinigungspolitik und Westpolitik seien miteinander identisch, und die Politik der europäischen Einigung sei das einzige wirklich aktive Mittel deutscher Ostpolitik¹⁾, den Boden. Sie ist bloße Spekulation, ein Wechsel auf die Zukunft, von dem Strauß und seine Partei nicht wissen, wie er eingelöst werden soll.

4.2.1. Die innenpolitische Funktion der CSU-Wiedervereinigungskonzeption

Diese Konzeption kann jedoch eine doppelte Funktion erfüllen. Die Behauptung, es handle sich bei der Frage, ob Wiedervereinigungspolitik und europäische Einigungspolitik einander im Wege stehen, um eine "Pseudo-Alternative"²⁾ so, als sei der Weg über die westeuropäische Einigung der einzige Weg zu einem wie auch immer gearteten Wiederzusammenfinden der Deutschen, ermöglicht es der CSU, die Illusion zu nähren, sie habe den Stein der Weisen gefunden, mit dessen Hilfe die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges revidiert werden könnten, ohne daß man die bestehenden Realitäten wie die Existenz der DDR, die Oder-Neiße-Grenze als polnische Westgrenze usw. zur Kenntnis zu

1) Vgl. Guttenberg, Braucht Deutschland eine neue Außenpolitik? in: "Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik", 7. Jg., Heft 1, 1967, S.21

2) Guttenberg, Vortrag vor den Cercle Franco-Allemand in Paris am 26.4.1968, abgedr. unter dem Titel "Deutschland und Europa" in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung" Nr. 53 vom 3.5.1968, S.434

nehmen brauchte. Eine solche Politik spekuliert innenpolitisch auf die Unterstützung der Gruppen der Bevölkerung, deren politisches Wunschdenken verbunden mit einem sorgsam gehegten Antikommunismus ihnen die Einsicht in die Tatsache verwehrt, daß die Folgen des verbrecherisch von Deutschen begonnenen und dann verlorenen Krieges von niemandem ohne das Risiko eines neuen Krieges nachträglich im Prinzip geändert, sondern im besten Falle in ihren Auswirkungen auf das individuelle Schicksal der Menschen gemildert werden können.

Strauß kann sich andererseits den Vorwürfen, seine Partei steuere einen nationalistischen Kurs, sie mobilisiere die Emotionen von extremen Rechten und radikalen Vertriebenen, immer mit dem Argument entziehen, daß gerade er ja seit Jahren die Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaates für nicht mehr erreichbar und auch in einem langen Zeitablauf für nicht mehr durchsetzbar halte¹⁾.

Diese ambivalente Haltung erlaubt es ihm, je nach Publikum und Situation einmal als Staatsmann aufzutreten, der den Europäern den Weg in die Zukunft weist, ein anderes Mal demagogisch vom "Ausverkauf" zu sprechen, der drohe, wenn die Bundesrepublik sich um einen Abbau der Spannungen in Europa und um eine Normalisierung der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern bemüht.

4.2.2. Die außenpolitische Funktion der Wiedervereinigungskonzeption

Die zweite - außenpolitische - Funktion dieser Konzeption ist es, die deutsche Frage durch das Be-

1) Vgl. Interview mit "PUBLIK" vom 23.1.1969, a.a.O. S.14

harren auf Rechtspositionen auch für die Zukunft offenzuhalten. Die als Folge der deutschen Nichtanerkennung der bestehenden Grenzen im Osten periodisch wiederkehrenden heftigen und polemischen Angriffe von seiten der Sowjetunion und ihrer Verbündeten gegen einen westdeutschen Revisionismus wurden wiederum als Beweis für die östliche Aggressivität in Europa genommen. Ein Klima gegenseitiger Beschuldigungen und des wechselseitigen Mißtrauens verhindert die europäische Entspannung. Für eine in ihren Konsequenzen so weitgehende europäische Blockbildung, wie sie sich die CSU vorstellt, ist aber eine ähnlich spannungsgeladene Atmosphäre des europäischen Nicht-Kriegs die Voraussetzung wie für die Westintegration am Beginn der 50er Jahre. Nur die Wiederbelebung des Gefühls gemeinsamer Bedrohung aus dem Osten könnte, wie an anderer Stelle bereits gesagt wurde, die in Westeuropa vorhandenen Schranken für eine europäische Atomstreitmacht mit deutscher Beteiligung beseitigen.

Ziel der CSU ist es, die deutsche Frage als ungelöstes Problem offenzuhalten, indem die BRD die Anerkennung des gegenwärtigen Status quo auch weiterhin umgeht und sich seine Revision - allerdings auf friedliche Weise - vorbehält. Gleichzeitig soll der immer wieder propagierte europäische Bundesstaat entstehen, der mit allen Merkmalen "echter Souveränität" im Straußschen Sinne ausgerüstet zu sein hat. Zu dessen essentiellen Merkmalen hätte Strauß zufolge zu gehören, "daß der rechtmäßige deutsche Anspruch auf Wiedervereinigung gemäß dem Prinzip der Selbstbestimmung von allen Regierungen... aufrechterhalten und integraler Bestandteil des gemeinsamen Programms der größeren europäischen Völkerfamilie wird"¹⁾. Dann wäre der Zeitpunkt gekommen,

1) Strauß, Rede vor der CSU-Landesversammlung vom 8.10.1966, a.a.O. S.27

an dem man von der Basis eines hochgerüsteten europäischen Bundesstaates aus, dessen Bündnis mit den USA auf der Grundlage der Gleichberechtigung bestehen bleiben soll, die Frage der Wiedervereinigung neu an die Sowjetunion stellen könnte. Strauß geht dabei von der Vorstellung aus, daß, je stärker die Anziehungskraft eines eigenständigen Westeuropas auf die mittel- und osteuropäischen Staaten im sowjetischen Einflußbereich wäre, die Sowjetunion sich desto eher bereitfinden müßte, den Weg einer gesamteuropäischen Auflockerung mitzugehen, in dessen Verlauf die deutsche Teilung im Rahmen einer europäischen Wiedervereinigung aufgehoben werden würde¹⁾.

4.2.3. Denkfehler der CSU-Wiedervereinigungskonzeption

Das von Strauß verfolgte und von seiner Partei übernommene, von Guttenberg mit einer antikommunistischen Ethik versehene, doch in machtpolitischen Kategorien verbleibende, historische Erfahrungen und politisch-psychologische Elemente verdrängende Denken läßt die CSU zum Opfer einiger von ihr selbst gezüchteter Illusionen werden.

Mag das illusionäre Element der Straußschen Ostpolitik, die in der Tat eine Nicht-Politik ist, durch den Verweis auf die Hypothese verwischt werden, daß ein Wiederzusammenkommen der beiden deutschen Staaten unter der Voraussetzung der europäischen Einigung mög-

1) Vgl. Herausforderung ..., a.a.O. S.108 f.
Die Straußsche Europakonzeption wird im folgenden noch eingehender untersucht werden.

lich wäre, zu der immerhin erste konkrete Schritte erfolgt sind, so wird die Realitätsferne seiner Einschätzung Westeuropas schnell offenbar.

Sie besteht, drastisch ausgedrückt, in dem Trugschluß, man könne die Westeuropäer vor einen gesamteuropäisch verbrämten deutschen Wiedervereinigungskarren spannen, die dann in Kauf nehmen müßten, daß Deutschland nicht nur seine Kriegsniederlage im Osten nachträglich revidieren könnte, sondern auf Grund seines Potentials auch die Vorherrschaft in einer europäischen Föderation gewinnen würde, von der die Sowjetunion und die USA ausgeschlossen wären. Straußens Formel von der "Europäisierung der deutschen Frage" könnte sich dann in ihr Gegenteil verkehren: die Germanisierung der europäischen Frage¹⁾.

Strauß übersieht zwei Dinge: Erstens, daß einer der treibenden Faktoren für die westeuropäische Integrationsbewegung es bis in die Gegenwart hinein war, das deutsche Potential nach den furchtbaren Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs unter Kontrolle zu behalten, nicht aber, ihm eine verbreiterte, nunmehr europäische Basis für seine Irredenta zu verschaffen. Alle gegenteiligen Bekundungen blieben, da ihnen Taten nicht folgten, deklaratorisch. Zweitens übersieht Strauß die sich daraus ergebende Konsequenz, daß das Westbündnis seit der Existenz des nuklearen Patts zur unverbrüchlichen Garantie der

1) Vgl. Strauß, Interview mit "DIE ZEIT" vom 8.4.1966. Die sozialistische britische Zeitschrift "New Statesman" drückt ihre dahingehenden Befürchtungen folgendermaßen aus: "It is impossible to escape the impression that he (Strauß) once again hopes to make the tail wag the dog: a German tail this time, and a European dog." ; ebenda, vom 13.12. 1968
Trotz der Anklänge an de Gaulles Formel von der Europäisierung der deutschen Frage" (vgl. Pressekonferenz de Gaulles vom 4.2.1965, abgedr. in: H. Siegler, Wiedervereinigung und Sicherheit Europas. Bd. II, 1964-1967. Bonn-Wien-Zürich 1968, S.57 f) gibt es einige bedeutsame Unterschiede zur gaullistischen Konzeption. Vgl. hierzu unten S.92 ff

Nichtdurchsetzung¹⁾ der deutschen territorialen Ansprüche geworden ist.

Wenn man die Entwicklung der europäischen Szenerie betrachtet, läßt sich unschwer die Hypothese aufstellen, daß das gesamteuropäische Bewußtsein - falls es ein solches überhaupt gibt - darin besteht, zu verhindern, daß in Zentraleuropa wieder ein deutscher Machtstaat entsteht, dessen Dynamik eines Tages die lästig werdende Integrationsbindung sprengen oder sie auf Grund seines Übergewichts seinen machtsstaatlichen Zielen dienstbar machen könnte.

Betrachtet man unter diesen Aspekten die Wiedervereinigungskonzeption der CSU, so muß man erkennen, daß die apodiktisch verkündete Möglichkeit einer Wiedervereinigung im Rahmen einer europäischen Föderation beileibe nicht zwangsläufig ist, sondern sie liegt ebenso im "Niemandland"²⁾, ist ebenso historische Spekulation und abhängig von vielen Unwägbarkeiten, die mit der bloßen Nichtanerkennung der Nachkriegsrealitäten in Europa politisch keinesfalls gemeistert werden, wie der von der sozialliberalen Koalition eingeschlagene Kurs einer europäischen Entspannungspolitik, die vom Status quo ausgeht. Die CSU-Konzeption ist jedoch durch die Befruchtung des europäischen Integrationsprozesses mit der Wiedervereinigungsforderung und der Nichtanerkennung der bestehenden Grenzen im Osten geeignet, diesen Integrationsprozeß selbst zu hemmen, wenn nicht unmöglich zu machen. Sie ist andererseits dazu angetan, die bestehenden Spannungen zwischen den Blöcken in unbegrenzte Zukunft fortzusetzen.

1) Vgl. Sebastian Haffner, Die bedingungslose Integration, in: Karl-Dietrich Bracher (Hrsg.), Nach 25 Jahren. Eine Deutschland-Bilanz. München 1970, S. 21

2) Golo Mann, Was gilt uns die Nation ? in: "DIE ZEIT" vom 30.1.1970

zen, weil die Forderung nach einer Veränderung des Status quo in Europa die Existenzfrage an das sozialistische Lager stellt.

Diese Konzeption ging an den Entspannungsbemühungen der westlichen Verbündeten der BRD und insbesondere den französischen vorbei, die eine stetige Verbesserung der bilateralen Beziehungen zu allen osteuropäischen Ländern anstreben. Franzosen wie Amerikaner erkennen dabei die Unverrückbarkeit des territorialen Status quo in Europa unausgesprochen an und versuchen, von seiner Anerkennung her zu einer Überwindung des starren Blöckegegensatzes zu gelangen. Störversuche der BRD, die auf die politische Unterstützung ihrer Verbündeten angewiesen ist, müssen daher zwangsläufig auf lange Sicht zu ihrer Isolierung führen¹⁾.

1) Die nach Einleitung der neuen Ostpolitik der sozialliberalen Koalition vor allem in den USA und in Frankreich von inoffizieller Seite geäußerten Bedenken gegen Tempo und Methode der Ostpolitik Brandts und Scheels zeigen, daß der Spielraum der BRD selbst bei dem von den Verbündeten gewünschten Einreihungsversuch in die Entspannungspolitik eng gesetzt ist, ändern aber nichts an der oben geäußerten grundsätzlichen Beurteilung der Notwendigkeit, sich dieser Politik anzuschließen und die Hypothesen des Zweiten Weltkriegs abzubauen.

5. Die Europakonzeption

5.1. Die Ausgangssituation

Das Kernstück der Straußschen Gesamtkonzeption ist die Europakonzeption. Sie wurde von der Partei ohne Modifikationen übernommen.

Sie basiert auf der Erkenntnis, daß mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs der schon früher begonnene Abstieg der europäischen Nationalstaaten von der Bühne der Weltpolitik offenkundig geworden ist. Die Entwicklung der atomaren Massenvernichtungsmittel und die zweite industrielle Revolution ließen erkennen, daß die vom Kriege zerstörten oder zumindest stark in Mitleidenschaft gezogenen Nationalstaaten Europas in ihren nationalen ökonomischen Potentialen und Märkten zu klein waren, um aus eigener Kraft den Weg zurück zur Teilhabe an der Weltpolitik zu gehen. Motor der europäischen Integrationsbewegung war das Gefühl einer europäischen Frustration und Ohnmacht gegenüber den aus dem Krieg als alleinige Siegermächte hervorgegangenen USA und Sowjetunion, die Furcht vor den in der gewaltsamen politisch-sozialen Umwälzung in den von der Roten Armee besetzten osteuropäischen Staaten scheinbar offenkundigen aggressiven Absichten der Sowjetunion auch gegenüber dem im amerikanischen Einflußbereich liegenden Westeuropa, sowie das Bemühen, einen Weg zu finden, um das deutsche Potential wieder zu entwickeln und es damit dem europäischen Wiederaufbau nutzbar zu machen, während es gleichzeitig machtpolitisch für alle Zukunft im Zaume gehalten werden sollte.

Strauß appelliert in seinem Konzept an das allgemeine europäische Gefühl der Niederlage und des weltpolitischen Substanzverlustes europäischer Macht. Er spricht damit wohl kaum umstrittene Empfindungen aus. Ob allerdings die Schlüsse, die er zieht, ebenfalls

europäisches Gemeingut sind, wird zu prüfen sein.

Straußens Europakonzeption läßt sich aufgliedern in eine mittelfristige Westeuropa- und eine langfristige Gesamteuropakonzeption, die den ganzen Kontinent, aber unter Ausschluß der Sowjetunion, umfassen soll¹⁾.

Er unterscheidet sich damit in seiner langfristigen Perspektive fundamental von der gaullistischen Konzeption, denn de Gaulle zählte bekanntlich die europäische Sowjetunion "bis zum Ural" mit zu Europa. Er verfolgte die Überwindung der europäischen Teilung mit Hilfe eines europäischen Staatensystems, dessen Merkmal der Verzicht auf Integration war. Denn, so meint Gilbert Zieburg, "das locker organisierte, auf eine Art 'special relationship' zwischen Frankreich und der Sowjetunion beruhende Staatensystem wäre vielleicht geeignet gewesen, der Sowjetunion eine Veränderung des europäischen Status quo schmackhaft zu machen, und zwar um so mehr, als auf diese Weise der Einfluß der Vereinigten Staaten ... zurückgedrängt werden sollte"²⁾ und, so muß man hinzufügen, weil Frankreich und die Sowjetunion gemeinsam in der Lage sein würden, das deutsche Potential unter Kontrolle zu behalten.

5.2. Die Motivationen der Europakonzeption

Straußens Konzeption läßt dreierlei Motivationen erkennen, zwischen denen ein enges Beziehungsgeflecht besteht:

1) Vgl. Stücklen, Politische Union mit Vorrang, in: BK vom 14.10.1967: "Für unser im Herzen des Kontinents zerrissenes Volk kann jede westeuropäische Lösung nur als Grundlage und Modell für eine europäische Gemeinschaft dienen, die schließlich einmal alle Nationen bis an die Grenze der Sowjetunion umfassen soll." Vgl. auch Strauß, Entwurf ..., a.a.O. S.85: "Geographisch und kulturhistorisch mag Europa vom Atlantik bis zum Ural reichen, für jeden aber, der die geschichtlichen Veränderungen dieses Jahrhunderts wahrzunehmen bereit ist, kann Europa als politischer Begriff und als politische Möglichkeit über die heutige westliche Staatsgrenze der Sowjetunion nicht hinausreichen."

2) Gilbert Zieburg, Europa-Politik nach de Gaulle, in: Außenpolitik nach der Wahl des 6. Bundestags. Opladen 1969, S.63

- (1) eine machtpolitische
- (2) eine wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische
- (3) eine deutschland- oder wiedervereinigungspolitische.

5.2.1. Die machtpolitische Motivation

Diese klang oben bereits an. Der europäische Niedergang symbolisiert sich für Strauß (wie für de Gaulle) im Jahre 1945 und im Namen Jalta. Dort entschieden die beiden Weltmächte über das Schicksal Europas, ohne daß die Europäer - obwohl sie durch Churchill vertreten waren - hätten mitentscheiden können. Die Konferenz öffnete seiner Ansicht nach den Einbruch der Sowjetrussen nach Mitteleuropa, und diesen Einbruch empfindet er ¹⁾ als "die geschichtliche Katastrophe unseres Jahrhunderts".

Der studierte Historiker Strauß ignoriert bei einer solchen Einschätzung der Jalta-Konferenz die tatsächliche Situation in Europa Anfang Februar 1945. Die Russen standen bereits tief in Mitteleuropa und übten durch ihre Streitkräfte die Vorherrschaft über ganz Osteuropa mit Ausnahme Griechenlands aus²⁾. Jalta vollzog deshalb vertraglich etwas nach, was in Europa bereits Realität geworden war. "Im Grunde waren die Abmachungen von Jalta nichts anderes als die Anerkennung des sich neu einpendelnden, tatsächlichen Gleichgewichts der Supermächte"³⁾. Wenn die westlichen Alliierten dieser Anerkennung hätten entgegen wollen, dann wäre dies nur durch zwei zu diesem Zeitpunkt kaum denkbare Lösungen möglich gewesen: ent-

1) Strauß, Herausforderung ..., a.a.O. S.28

2) Vgl. Lothar Gruchmann. Der Zweite Weltkrieg. München 1967, S.460

3) ebenda, S.460 f

weder den Sowjets nach dem Zusammenbruch Deutschlands sofort gewaltsam entgegenzutreten oder aber den Kampf gegen Deutschland und Japan vor dem Siege abubrechen ¹⁾. So fragt es sich, ob die Jahreszahlen 1933, 1939 oder 1941 für das Verständnis der deutschen und europäischen Nachkriegssituation nicht von tieferer Bedeutung sind als 1945, mit der ein deutsches Unrechtstrauma zu verbinden angesichts der ungeheuerlichen Belastungen der deutschen Geschichte zwischen 1933 und 1945 als eine Flucht vor der Verantwortung erscheint.

Dennoch, das Faktum bleibt bestehen, daß das Vordringen der Sowjetunion nach Mitteleuropa nicht nur die deutsche, sondern auch die europäische territoriale und ideologische Teilung zur Folge hatte. Für Strauß gibt es seitdem keine eigenständige europäische Politik mehr, denn die beiden Hegemonialmächte bestimmen die Politik in ihrem jeweiligen Einflußbereich beiderseits der "Demarkationslinie von Jalta" ²⁾, und die westeuropäische Politik ist nur noch "eine Funktion der amerikanischen Sicherheitspolitik" ³⁾, die von einer anderen Interessenlage als der europäischen ausgeht ⁴⁾.

Die europäische Antwort auf die Jalta-Demarkationslinie muß nach Strauß heißen: "Für Westeuropa politischer Zusammenschluß, für Gesamteuropa Wiederversöhnung, Zusammenarbeit - menschlich, wirtschaftlich, politisch." ⁵⁾

1) Vgl. ebenda, S.461; ähnlich auch: Wolfgang Wagner, Die Teilung des europäischen Kontinents. Ein Ergebnis der Konferenz von Jalta?, in: EA F. 21/1968, S.770 f

2) Strauß, Entwurf ..., a.a.O. S. 8

3) ebenda, S. 8; das wörtliche Zitat lautet: "Europäische Politik darf nicht länger mehr eine Funktion der amerikanischen Sicherheitspolitik bleiben." In einem Aufsatz im "Rheinischen Merkur" vom 7.10.1966 drückte sich Strauß vorsichtiger aus: "Unter dem Zwang welt-politischer Veränderungen, durch die sich eine neue geostrategische Lage für Amerika ergeben hat, ist man dort bemüht, die europäische Politik zu einer Funktion der eigenen Sicherheitskonzeption zu machen."

4) Vgl. ebenda

5) Interview mit Günter Gaus am 8.9. 1968 im DFS "Zu Protokoll", S.10

Gegen die den europäischen Status quo zementierende Entwicklung des amerikanisch-sowjetischen Verhältnisses von der "konkurrierenden über die kooperative zur kondominanten Koexistenz"¹⁾ sollen die Westeuropäer das "Modell einer Unabhängigkeits- und Selbstbehauptungspolitik verwirklichen, das auf die Völker im Vorfeld der Sowjetunion die notwendige Faszination ausübt, um deren nationales Selbstbestimmungstreben in den Willen zur großen europäischen Einheit einmünden zu lassen"²⁾.

Für Westeuropa bedeutet das zunächst, daß es aus seiner machtpolitischen Abhängigkeit von den USA herauskommen und ein eigenständiger Machtfaktor in Partnerschaft mit den USA werden muß. Um die gegenwärtige Situation im Atlantischen Bündnis zu kennzeichnen, gebraucht Strauß das Bild vom Riesen USA und den kleinen und mittleren Zwergen darum herum, das ersetzt werden soll durch ein Bündnis, das auf zwei gleichberechtigten Pfeilern ruht, auch wenn der amerikanische auf absehbare Zeit in seinem Potential stärker sein werde als der europäische³⁾.

Das so entstehende Westeuropa soll eines von größtmöglicher wirtschaftlicher, militärischer und politischer Unabhängigkeit sein und seine Nachkriegsrolle eines Objekts der Weltpolitik in die eines Subjekts verwandeln⁴⁾. Aber dieser Prozeß darf aus machtpolitischen Gründen nicht gegen die USA verlaufen, sondern er muß mit ihrer Unterstützung geschehen.

Westeuropa soll die zweite Großmacht in der NATO⁵⁾ werden, aber nicht als dritte Kraft zwischen den USA und

1) Strauß, Herausforderung ..., a.a.O. S.67

2) Strauß, Europas eigene Verteidigung, in: "Rheinischer Merkur" vom 7.10. 1966

3) Vgl. Strauß, Interview mit "DIE ZEIT" vom 8.4.1966 und Interview mit "DIE WELT" vom 13.5.1967

4) Vgl. Strauß, Madrider Rede, a.a.O.

5) Vgl. Strauß, Interview mit dem Südwestfunk vom 23.3. 1969, S.4

der Sowjetunion lavieren¹⁾. Die gemeinsame Frontstellung der westlich-kapitalistischen Welt gegenüber dem sozialistischen Lager soll auch in einer veränderten welt-politischen Konstellation beibehalten werden.

5.2.2. Die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Motivation

Die wissenschaftlich-technische und ökonomische Motivation beruhte auf der Furcht, der Abstand zwischen den westeuropäischen Industriestaaten auf der einen und den USA auf der anderen Seite vergrößere sich, was ihre technologische wie ihre wirtschaftliche Entwicklung angehe, ständig²⁾, während Voraussetzung für die politische Macht der Zukunft kontinentale Größenordnungen auf wissenschaftlichem, technischem und industriellem Gebiet sein werden³⁾.

Deutlicher als de Gaulle sah Strauß, daß eine europäische Großmachtpolitik ohne eine entsprechende wirtschaftlich-technische Basis illusorisch und zum Scheitern verurteilt ist. Die europäischen Nationalstaaten sind "anachronistische Gebilde"⁴⁾, nicht weil die nationale Idee obsolet geworden wäre - Strauß selber unternahm alle Anstrengungen zu ihrer Wiedererweckung unter den Deutschen -, sondern einfach, weil die europäischen Nationen nach Größenordnung und Bevölkerungszahl "ihre Funktion als lebens- und wettbewerbsfähige Einheiten nicht

1) Vgl. Strauß, ebenda, S.4; ähnlich Richard Jaeger, Die Krise der nordatlantischen Gemeinschaft, in: "Europa-Forum", Jg. 1 Heft 4, 1967, S.224: "Es gibt für Europa auch nach einem Zusammenschluß keine Zukunft als sogenannte dritte Kraft, sondern nur als zweite gleichberechtigte Macht des atlantischen Bündnisses."

2) Vgl. "DIE WELT" vom 22.5.1967, "Strauß kritisiert de Gaulles Politik"; Strauß gibt die Schuld an dieser Entwicklung den "politischen Schrebergartenverhältnissen" in Europa.

3) Vgl. Interview mit G. Gaus im Deutschen Fernsehen vom 8.9.1968, S.11

4) Strauß, Herausforderung ..., a.a.O. S.118

mehr erfüllen"¹⁾ können . Deshalb ist den Europäern um der Selbsterhaltung willen die Aufgabe gesetzt, den "europäischen Großraum"²⁾ zu schaffen, der die ökonomischen Potentiale der europäischen Nationalstaaten verschmilzt, so daß Europa in der Lage sein wird, in den wissenschaftlich-technischen Entwicklungen der Zukunft mitzuhalten, den Konkurrenzkampf mit den USA aufzunehmen und da, wo bereits eine Lücke zu den USA entstanden ist, diese durch die Möglichkeit der europäischen Großforschung zu schließen.

5.2.3. Die deutschland- oder wiedervereinigungs- politische Motivation

Die deutschland- oder wiedervereinigungspolitische Motivation ist bereits im vergangenen Kapitel eingehender erörtert worden. Strauß sieht in einem vereinigten Europa den Rahmen, der die deutsche Wiedervereinigung für die europäischen Völker tragbar machen würde, weil ein Aufgehen Deutschlands in Europa das deutsche Potential binden und ebenso wie bisher die Eingliederung in das westliche Bündnis die beste Garantie gegen die "ohnehin hypothetische Möglichkeit eines isolierten und wahnwitzigen deutschen Alleingangs"³⁾ sein würde.

5.3. Der europäische Stufenplan

Straußens Europakonzeption hat eine mittel- und eine langfristige Perspektive, wobei sich die langfristige stufenförmig aus der mittelfristigen entwickelt. Das erste

1) ebenda, S.118

2) Strauß, Appell für Europa, in: "Politisch-Soziale Korrespondenz" XVIII. Jg. Nr. 7 vom 1.4.1969, S.5

3) Strauß, Rede vor der European Atlantic Group in London am 19.5.1969, abgedr. in: "Finanznachrichten", Nr. 109 vom 21.5.1969, S.10

große Ziel ist ein westeuropäischer Bundesstaat. Dieser würde seiner Ansicht nach eine große Anziehungskraft auf die Staaten unter kommunistischer Herrschaft ausüben und langfristig deren nationales Selbstbestimmungsstreben in den Willen zur politischen Einheit Gesamteuropas einmünden¹⁾ lassen. Er würde aber auch die Sowjetunion dazu bewegen können, einen friedlichen Ausgleich mit Westeuropa im Rahmen einer gesamteuropäischen Auflockerung zu suchen²⁾.

Eine Zwischenstufe zwischen der westeuropäischen und der gesamteuropäischen Lösung ist die Herauslösung der osteuropäischen Staaten aus der unmittelbaren sowjetischen Machtsphäre. Strauß knüpft an das alte "cordon sanitaire"-Denken an, wenn er sagt, die Ostblockstaaten außer der Sowjetunion sollten "wieder Bestandteil Europas wenigstens in dem Sinne werden, wie es das Stichwort Zwischeneuropa ausdrückt"³⁾.

Dieser Gürtel solle dann weder unter sowjetischer noch unter westeuropäischer Vorherrschaft stehen und zunächst auch nicht Teil einer europäischen Gemeinschaft werden können⁴⁾, aber dieses Zwischeneuropa "könnte eine zufriedenstellende militärische Garantie für die Sowjetunion bieten, wenn Deutschland mit Westeuropa verschmolzen wird"⁵⁾.

1) vgl. Strauß, Entwurf..., S. 9

2) ebenda, S. 7 f. Die BRD würde laut Strauß zumindest anfänglich nicht den Ministerpräsidenten, Außen- oder Verteidigungsminister dieses Bundesstaates stellen wollen, "damit es nicht so aussieht, als wolle Deutschland einen bestimmenden Einfluß auf die europäische Außen- und Verteidigungspolitik ausüben". Ebenda, S. 40

3) Strauß, Rede vor der CSU-Landesversammlung vom 8.10. 1966, a.a.O. S. 26; ähnlich siehe Entwurf ... S. 124 f: "Wenn sie (die französische Diplomatie) die besseren Beziehungen zu den kommunistischen Ländern ausnutzen will, um die sowjetische Klammer um die Satellitenstaaten zu lockern und diese an den Westen zu ziehen - so ist das eine Politik, die ich unterstütze. Wenn diese östlichen Satellitenländer zu einem Zwischeneuropa werden ..., dann wird viel gewonnen sein."

4) Strauß, Herausforderung ..., S. 147 f

5) ebenda, S. 148

Strauß verdeutlicht nicht, wie die "Anziehungskraft" Westeuropas wirksam werden soll. Es ist kaum wahrscheinlich, daß die Sowjetunion zuließe, daß infolge bloßer "Anziehungskraft" das strategisch wichtige Glacis Osteuropas verloren ginge, und zwar angesichts eines Westeuropas, das auf Grund seiner Gesellschaftsordnung und seiner machtpolitischen Möglichkeiten im Bündnis mit den USA nunmehr ein erstrangiger Rivale der Sowjetunion im Kampf um die Vorherrschaft auf dem Kontinent wäre.

Dabei ist die Schaffung eines westeuropäischen Bundesstaats auch aus seiner Sicht gewiß zunächst als Ziel sui generis zu sehen, das einen kaum vorstellbaren Aufwand an politischem Willen und gestalterischer Kraft erfordert, und Strauß dürfte sich auch durch seine Tätigkeit als Finanzminister, der täglich mit den Detailproblemen des Einigungswerkes konfrontiert wurde, über die Größe der Probleme im klaren gewesen sein¹⁾. Aber es hieße sicherlich Strauß, der für sich das Denken in historischen Perspektiven in Anspruch nimmt, zu unterschätzen, verlore man seine langfristige Gesamteuropakonzeption aus dem Auge, auch wenn diese sich gegen den erklärten Willen einer Weltmacht richtet.

Der Hebel zum Herauslösen der osteuropäischen Staaten aus dem Einflußbereich der Sowjetunion ist der osteuropäische Nationalismus, dem Strauß "weniger einen reaktionären als einen reaktivierenden Charakter" zuspricht²⁾. Reaktivierend sei er in dem Sinne, daß er in erster Linie als ein Akt der Selbstbesinnung der Völker zu verstehen sei, die sich aus der einseitigen Abhängigkeit von der übermächtigen sowjetischen Weltmacht zu lösen suchen³⁾.

1) Vgl. z.B. seine Rede vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, "Politik der großen und kleinen Schritte auf dem Weg nach Europa." Unveröffentlichter Umdruck vom 27.3.1969

2) Herausforderung ..., a.a.O. S.124 f

3) Vgl. ebenda, S.125

Er meint, je mehr praktische Ansätze für eine Überwindung der Trennungslinie zwischen West- und Osteuropa gefunden werden, desto eher werde die Aussicht darauf eröffnet, "daß die Nationalismen im Osten unseres Kontinents in ein europäisches Solidaritätsempfinden umschlagen werden"¹⁾.

Doch Strauß spielt hier in zweifacher Hinsicht mit dem Feuer. Einmal muß eine vom Westen geschürte Wiederbelebung des osteuropäischen Nationalismus die Sowjetunion dazu veranlassen, alle Liberalisierungstendenzen in den osteuropäischen Ländern in der Furcht oder unter dem Vorwand, es handle sich dabei um vom Westen gesteuerte, gegen die Sowjetunion und das sozialistische Gesellschaftssystem gerichtete, Subversionen, rigoros zu unterdrücken. Zum anderen arbeitet er mit der mehr als fragwürdigen Differenzierung zwischen gutem und schlechtem Nationalismus. Der Nationalismus mag eine notwendige Funktion bei der Entkolonialisierung als Gegenkraft gegen das ausgeprägte Stammesdenken innerhalb der von den Kolonialmächten willkürlich gezogenen Grenzen gehabt haben, er ist aber da, wo er sich nicht nur zeitweilig gegen fremde Unterdrückung und Ausbeutung richtet, sondern vor allem auch eine politische Kraft im Spannungsfeld zwischen den einzelnen Nationalstaaten innerhalb einer bestimmten Region ist, in höchstem Grade zerstörerisch. Und gerade eine Wiederbelebung des osteuropäischen Nationalismus, den Strauß "mit allen psychologischen, diplomatischen und wirtschaftlichen Mitteln"²⁾ fördern will, würde sich ja nicht nur gegen die Sowjetunion richten, sondern er müßte auch die nach dem Zweiten Weltkrieg abgebauten oder unterdrückten Nationalitätenprobleme in einem Raum wieder zum Ausbruch bringen, der gerade deswegen bis zum Zweiten Weltkrieg ein Spannungsfeld er-

1) ebenda, S. 125

2) Strauß vor dem Royal Institute of International Affairs in London am 17.6.1966, abgedr. in: EA F. 15/1966, S. D 403

sten Ranges war. Ein neuerlicher Ausbruch des osteuropäischen Nationalismus könnte eine neue "balkanische" Kriegsgefahr heraufbeschwören, deren dialektischer Umschlag in ein "europäisches Solidaritätsempfinden" mehr dem Straußschen Wunschdenken zu entspringen scheint, als daß die Realitäten zu einer solchen Spekulation Anlaß geben¹⁾.

Die westeuropäische Einigung, begonnen in dem Gefühl, daß alle europäischen Völker den Krieg irgendwie verloren hätten, auch wenn sie am Ende auf der Siegerseite standen, geriet ins Stocken, als das nationale Selbstbewußtsein wieder zu erstarken begann und die Betonung der nationalen Interessen wieder ein dominierender Faktor der europäischen Politik wurde. Dabei kann man in Westeuropa noch nicht einmal von einer Wiederbelebung des Nationalismus in dem Sinne sprechen, daß er Ursache für schwerwiegende zwischenstaatliche Konflikte ist. So existieren auch in Westeuropa kaum noch Nationalitätenprobleme, die in Osteuropa unter der Oberfläche weiterschweben und die dem dortigen Nationalismus seine selbstzerstörerische Kraft verleihen könnten²⁾.

1) Im "SPIEGEL" Nr. 31 vom 27.7. 1970, S. 77 findet sich eine Aufzählung der schwebenden territorialen Streitigkeiten in Osteuropa: "Auch unter dem Kommunismus träumen viele Polen noch von Lemberg und Rumänien von Bessarabien, die beide heute russisch sind. Ungarn hat den Verlust des heute rumänischen Siebenbürgen noch nicht verschmerzt. Finnen hoffen auf die Rückkehr Kareliens, Slowaken wollen los von den Tschechen, Bulgaren begehren das jugoslawische Mazedonien."

2) Die noch vorhandenen Nationalitätenprobleme sind mit Ausnahme des in letzter Zeit zunehmend entschärften Südtirol-Problems in erheblich größerem Umfang innerstaatliche als zwischenstaatliche Probleme (Belgien, Basken, Nordirland).

6. Exkurs: Ist die CSU-Konzeption eine gaullistische?

Strauß und Guttenberg hatten bekanntlich frühzeitig auf die gaullistische Außenpolitik gesetzt. Dies geschah vor allem wegen des gaullistischen Selbständigkeitsbemühens gegenüber den USA und wegen des gaullistischen Versuchs, die osteuropäischen Länder zu größerer nationaler Selbständigkeit zu ermuntern. Strauß, der ein pointierter Integrationist ist, akzeptierte auch de Gaulles Vorstellung vom Europa der Vaterländer, sah dies aber nur als Zwischenstadium zu einer völligen politischen Einigung an¹⁾.

Die bereits erwähnte grundlegende Differenz mit de Gaulle in der Frage der Zugehörigkeit der Sowjetunion zu Europa wäre erst in der langfristigen Perspektive ein aktuelles Problem geworden, obgleich die französische Diplomatie in ihren bilateralen Beziehungen zur Sowjetunion durchaus schon unter diesem Aspekt verfahren ist. Die Unvereinbarkeit des gaullistischen und des Straußschen Denkens hinsichtlich des Grades des europäischen Zusammenschlusses wurde jedoch schon sehr bald offenkundig.

De Gaulle war ein prinzipieller Gegner der Integration, denn nach seiner Vorstellung zersetzt diese die der Nation eigentümliche Persönlichkeit, anstatt sie zu stärken. Sie ist gegen die Natur der Sache gerichtet und damit zwangsläufig zum Scheitern verurteilt²⁾. Strauß hingegen ist der festen Überzeugung, daß ein geeintes Europa in seiner Endform nicht aus lose zusammengefaßten Nationalstaaten bestehen könne³⁾. Das konföderative Denken gaullistischer Prägung läßt er allenfalls für eine nicht zu langfristige Übergangsphase gelten, auf die die Föde-

1) Vgl. Entwurf ..., a.a.O. S.123

2) Vgl. Gilbert Ziebura, Ideologische Grundlagen der Außenpolitik des Gaulles, in: EA Folge 8/1965, S.280

3) Vgl. Entwurf ..., a.a.O. S.123

ration folgen muß¹⁾. Folgt sie nicht, dann, so prophezeit er, werden "unter dem Schaum der Europaphraseologie die zentrifugalen Kräfte wieder die Oberhand gewinnen"²⁾.

Trotz der dogmatischen Härte des gaullistischen Standpunktes gibt es für die CSU keinen anderen Ausgangspunkt für die europäische Einigungspolitik als die deutsch-französische Zusammenarbeit³⁾. Aber es mußte häufig so erscheinen, als suche die CSU durch terminologische Unschärfen die Unvereinbarkeit der Vorstellungen über die politische Gestalt eines zukünftigen Europa zu überdecken, so wenn von Guttenberg den deutsch-französischen Vertrag als den Versuch bezeichnet, ein Element politischer Union in Europa zu realisieren⁴⁾, während der bilaterale Charakter des deutsch-französischen Vertrages weit eher den gaullistischen Vorstellungen von der zukünftigen europäischen Ordnung entspricht als den bundesstaatlichen Vorstellungen der CSU.

Strauß und Guttenberg und ihre Gefolgschaft wurden lange Zeit in der deutschen Öffentlichkeit unter dem Schlagwort "deutsche Gaullisten" kategorisiert. Diese Bezeichnung ist jedoch unpräzise und nur teilweise richtig und beruht auf einer nur oberflächlichen Kenntnis der jeweiligen Konzeptionen. Sie haben immer abgelehnt, sich so einordnen zu lassen⁵⁾.

"Gaullistisch" war ihr Denken insofern, als sie gleich de Gaulle die historische Notwendigkeit eines wiedererstarkenden und sich von den Weltmächten emanzipierenden Europas zur Grundlage ihrer Politik machten. Sie

1) Vgl. Herausforderung ..., a.a.O. S.154

2) ebenda, S.154

3) Vgl. Guttenberg, Braucht Deutschland eine neue Außenpolitik?, in: "Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik" 7.Jg., Heft 1, 1967, S.22 ff

4) Vgl. ebenda, S.23

5) Vgl. z.B. Strauß, Interview mit dem Südwestfunk vom 23.3.1969, S.4

folgten aber niemals de Gaulles ostpolitischen Ambitionen, die dieser parallel zu seiner Politik des Zurückdrängens der Amerikaner verfolgte. Wie oben dargestellt wurde, ist für die CSU eine eigenständige Ostpolitik erst von der Basis eines starken europäischen Westblocks aus denkbar ¹⁾, während de Gaulle nicht nur versuchte, die nationalistischen Elemente innerhalb des Warschauer Paktes zu aktivieren, sondern auch gleichzeitig mit dem französischen Ausscheiden aus der NATO-Integration den Westblock selbst in seiner Existenz zu erschüttern sich anschickte. Kein "deutscher Gaullist", dessen Ziel eine Neuauflage einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft einschließlich eines nuklearen Faktors und schließlich die politische Gemeinschaft Westeuropas war, konnte ihm auf diesem Wege folgen. Denn wenn die Straußsche Wiedervereinigungskonzeption eine theoretische Chance der Durchsetzbarkeit haben will, dann eben nur auf der Grundlage des integrierten europäischen Machtgebildes, weil ihre Prämissen den Ausgleich im Rahmen einer europäischen Friedensordnung nicht zulassen. Solange Strauß argumentieren kann, man befinde sich auf dem Wege zum integrierten Europa, ist es möglich, die Nichtanerkennung des Status quo in Europa als konstruktive Politik auszugeben, weil er damit vermeintlich den Weg zu künftigen positiven Lösungen offenhält.

Ebensowenig folgen die als "Gaullisten" apostrophierten Politiker de Gaulle in seiner schroffen Zurück-

1) Vgl. Strauß, Herausforderung ..., a.a.O. S.153: "Der Alleingang einer europäischen Nation nach Moskau ... wird von der Führung im Kreml, die in anderen Dimensionen denkt, nicht belohnt, und zwar deshalb nicht, weil Moskau nach Potentialen, bestehenden oder sich bildenden, rechnet und gerne die Europäer gegeneinander ausspielt, aber in ihrer Zersplitterung nicht so ernst nimmt, wie es ein vereinigtes Westeuropa, einen europäischen Bundesstaat nehmen würde."

weisung der Amerikaner aus Europa. Reform und Reorganisation der NATO im Sinne der Zwei-Pfeiler-Theorie¹⁾ ist ihr Ziel, nicht ihr Ende. Dabei muß der europäische Pfeiler eigene Atomwaffen besitzen und eigene Verfügungsge-
walt über sie haben und damit nicht mehr nur über "Proto-
koll-souveränität", sondern auch über die qualitativen
Merkmale "echter" Souveränität verfügen. Trotzdem soll
er aber im Bündnis mit den USA verbleiben und nicht in
einen "gegen die USA gerichteten europäischen Isolatio-
nismus"²⁾ hineinsteuern.

Eine weitere sehr wesentliche Differenz zu de
Gaulle liegt darin, daß Strauß und seine Partei zwar
der nationalistischen Töne fähig sind, vor allem dann,
wenn sie für ein Publikum reden oder schreiben, das sie
in dieser Hinsicht für ansprechbar und für die eigenen
parteitaktischen Zielsetzungen für mobilisierbar halten.
Dieser Nationalismus ist aber wegen der unzureichenden
nationalstaatlichen Basis für eine Machtpolitik auf die
europäische Ebene hinauftransponiert worden. Die Synthese
von Straußens Nationalismus und seinem Integrationismus,
die Sentenz, daß die Deutschen, um Deutsche bleiben zu
können, Europäer werden müßten, daß die nationalen Souve-
ränitätsrechte diesem höheren Zwecke einer supranationa-
len Lösung zum Opfer gebracht werden müssen, befindet
sich in fundamentalem Konflikt mit dem gaullistischen
Nationalismus. Für Strauß ist die echte Souveränität,
das Mitwirken an den Entscheidungen der Weltpolitik,
Attribut der Nation. Da die Veränderungen der Weltpoli-
tik dies den europäischen Nationen nur noch in sehr be-
grenztem Umfange gestatten, müssen die Nationen in einer
größeren Einheit aufgehen, die dieses Attribut der Macht
wieder in ihren Besitz bringt. Strauß will in dieser
größeren Einheit die nationalen Eigenständigkeiten er-
halten. Er wünscht keinen europäischen Schmelztiegel

1) Vgl. ebenda, S.154

2) ebenda, S.154

der Nationen¹⁾, sondern ein föderatives Gebilde, in dem jede Nation ihre Besonderheiten erhalten und pflegen kann, wie die Bayern im föderativen Rahmen der BRD. Aber um der Dauerhaftigkeit und der Effektivität des Zusammenschlusses willen müssen die Nationalstaaten, muß auch das konföderative Denken überwunden werden zugunsten des föderativen²⁾.

Für de Gaulle ist die Nation zunächst ein kultureller Begriff. Frankreich beansprucht Größe in erster Linie deshalb, weil seine Geschichte und Zivilisation von beispielhaftem Wert für die ganze Menschheit sind³⁾. Gilbert Ziebura schreibt: "Die Nation ist also nicht ein Instrument zu hegemonialer Herrschaft und Macht. Daraus erklärt sich, daß der gaullistische Nationbegriff Raum läßt für die Idee einer Überhöhung der Nationalismen ... im Rahmen konföderativer Zusammenschlüsse."⁴⁾ Da es jedoch für ihn keinen höheren Wert gibt als die Nationen, ist es ausgeschlossen, "daß außerhalb und über den Nationalstaaten etwas errichtet werden könnte, das wirksam sei und die Billigung der Völker fände"⁵⁾. Während Strauß die übernationale Integration für erforderlich hält, damit die europäischen Nationen ihre Identität erhalten oder wieder finden können, bedeutet für de Gaulle die Integration den Verlust der nationalen Identität, weil diese geeignet ist, die der Nation eigentümliche Persönlichkeit zu ersetzen⁶⁾.

Die Bezeichnung der CSU als "deutsche Gaullisten" ist nicht haltbar. Die äußerlichen Berührungspunkte - Selbstständigkeitsstreben gegenüber den Weltmächten, Umwandlung der NATO und die deutsch-französische Partner-

1) Vgl. Strauß, Interview mit "PUBLIK" vom 23.1.1969, a.a.O. S.14

2) Vgl. Herausforderung ..., a.a.O. S.154

3) Vgl. Ziebura, Ideologische Grundlagen ..., a.a.O.S.278

4) ebenda, S.278

5) ebenda, S.279

6) Vgl. ebenda, S.280

schaft als Grundlage für eine weitere Festigung der europäischen Zusammenarbeit - konnten nur vordergründig auf eine weitgehende Identität der Konzeptionen schließen lassen. In der Tat war nur die Diagnose einer europäischen Ohnmacht gegenüber den Weltmächten und einer westeuropäischen Abhängigkeit von den USA gleich, während Zielvorstellungen und Therapievorschläge voneinander abwichen.

Aber ebensowenig ist das Gegenteil der Fall, daß Strauß und Guttenberg und wer sonst zu den Sympathisanten dieser Gruppe gerechnet werden mochte, wegen der gaullistischen Intransigenz Anti-Gaullisten geworden wären. Dazu war wiederum die Übereinstimmung im Grundsatz, daß die Europäer ihr Schicksal wieder in eigene Hände nehmen msten, zu gro¹⁾. Strauß ist zu sehr Realist, als daß er nicht gesehen hätte, daß man erst einmal den konfderativen Weg beschreiten muß, und er denkt langfristig genug, um hoffen zu können, daß mit dem Abtritt de Gaulles dessen dogmatische Überhöhung der französischen Nation und sein Veto gegen die politische Integration eines Tages unter dem Druck der ökonomischen und politischen Gegebenheiten hinfällig werden knnte²⁾.

-
- 1) Vgl. Strauß, Herausforderung ..., a.a.O. S.153: "De Gaulle hat das unbestreitbare Verdienst, nach dem Scheitern der Integrationsplne der fünfziger Jahre, an dem er nicht allein schuldig ist, die Europäer wieder zur geschichtlichen Selbstbesinnung und Selbstverantwortung aufgerufen, darüber hinaus die Europäer vor einer blinden Abhängigkeit gegenüber den USA gewarnt zu haben."
- 2) In seinem Interview mit dem "SPIEGEL" Nr. 1/2 vom 2.1. 1967 sagte Strauß: "Man muß unterscheiden zwischen langfristigen Zielsetzungen und naheliegenden Möglichkeiten und jede größere politische Konzeption ist eine lange Reise." Auf den Einwurf des SPIEGEL: "Herr de Gaulle lebt jetzt" entgegnete er: "Aber ist eine lange Reise. Und die Reise wird erst dann zu Ende sein, wenn diejenigen, die heute an der Spitze der europäischen Politik stehen, nach dem Gesetz des Alters und nach dem Gesetz des normalen demokratischen Wechsels vielleicht nicht mehr an der Spitze ihrer Länder stehen werden. Aber die längste Reise beginnt mit dem ersten Schritt." ; ebenda, S. 29

7. Die europäische Verteidigungskonzeption

7.1. Umstrukturierung der NATO als Weg zur Gleichberechtigung Europas

Straußens Europakonzeption ist ohne sein dringlichstes Anliegen, eine europäische Verteidigungsorganisation, undenkbar. Die europäischen Nationalstaaten, einschließlich der Atommächte Großbritannien und Frankreich, sind nur noch bedingt im Besitze "echter" Souveränität. Ihre Fähigkeit, sich gegen einen Angriff zu verteidigen, ist ohne die atomare und konventionelle Garantie der Amerikaner zweifelhaft. Allerdings wären die europäischen Nationen auf Grund ihres ökonomischen Potentials, ihrer technischen Möglichkeiten und ihrer Bevölkerungszahl in der Lage, gemeinsam eine wirksame Selbstverteidigung aufzubauen, die eine so differenzierte Strategie ermöglichen würde, daß der Einsatz der amerikanischen Militärmacht vom ersten Augenblick an nicht erforderlich wäre¹⁾.

Folge einer solchermaßen erfolgenden Umstrukturierung der europäischen Verteidigung wäre, einhergehend mit der schon rein materiell geringer werdenden militärischen Abhängigkeit von den USA, auch eine größer werdende politische Eigenständigkeit gegenüber der westlichen Vormacht. Allerdings gibt Strauß zu, daß auch ein vereintes und integriertes Westeuropa selbst unter Einschluß Großbritanniens zumindest im Bereich der Kernwaffen und ihrer Trägersysteme keine Aussicht hätte, der Sowjetunion gegenüber ein ebenbürtiges Verteidigungssystem aufzustellen²⁾, so daß ein Sicherheitskonzept für Europa ohne eine "atomare Arbeitsteilung" und eine enge Kooperation zwischen den USA und ihren europäischen Bündnispartnern nicht denkbar wäre.

1) Vgl. Strauß, Rede vor der European Atlantic Group in London am 19.5.1969, a.a.O. S. 14 f

2) Vgl. Strauß, Sicherheit in Gleichberechtigung, in: BK vom 5.3.1966

Hier wird deutlich, daß, gesetzt den Fall, das Vertrauen in die bisherige nukleare Garantie der Amerikaner bleibt bestehen, die der Straußschen Verteidigungskonzeption innewohnende Logik keine militärische, sondern eine politische ist. Wenn auf den amerikanischen Schutz Verlaß ist¹⁾, dann würde sich die Abschreckungswirkung durch eine eigene europäische Atomstreitmacht nicht vergrößern; das bedeutet, eine solche Streitmacht bietet kein erhöhtes Maß an Sicherheit, das über das in der gegebenen NATO-Struktur erreichte hinausgeht. Wenn also die militärische Effizienz bei konstanter amerikanischer Abschreckungsgarantie nicht größer wird, so ist der Grund für die Forderung nach einer besonderen integrierten europäischen Atomstreitmacht im politischen Bereich zu suchen.

-
- 1) Es gibt Anzeichen, die darauf hindeuten, daß hier manche Zweifel bestehen. Z.B. sprach Guttenberg in einem Interview mit dem Südwestfunk vom 16.10.1966, S.3 von der Gefahr der nuklearen Erpressung einer Nicht-Atommacht durch eine Atommacht. Er führte aus: "Und der Bedrohte kann in solchem Falle doch nur dann standhaft bleiben, wenn er seinerseits über atomare Waffen verfügt, die den möglichen Erpresser davon abhalten, davon abschrecken, wie die Fachleute sagen, seine politischen Ziele mit atomaren Drohungen zu verfolgen. Um solche Abschreckung zu gewährleisten, braucht man nun bestimmt nicht über das gleiche Quantum, über das gleiche Maß an atomarer Zerstörungskraft zu verfügen, das der mögliche Angreifer besitzt. Es genügt, diesem potentiellen Angreifer klarzumachen, daß er im Falle eines atomaren Krieges selbst Schäden und Zerstörungen in Kauf nehmen müßte, die eben in keinem Verhältnis zu den politischen Erfolgen stehen würden, die er erzielen möchte. Ich habe daher seit Jahren zusammen mit vielen Freunden die Überzeugung vertreten, daß für die Sicherheit Europas der schrittweise Aufbau einer europäischen Nuklearmacht an der Seite der Nuklearmacht Amerika eine zwingende Notwendigkeit ist. Die europäische Atommacht wird immer nur ein Bruchteil des sowjetischen Nukleararsenals sein können. Ihren kriegsverhütenden, ihren friedensbewahrenden Zweck wird eine solche europäische Atommacht dennoch erfüllen können." Wenn man eine solche Aussage in Verbindung bringt mit Straußens Aussage, daß die Amerikaner bemüht seien, die europäische Politik zu einer Funktion der eigenen Sicherheitskonzeption zu machen und sich dadurch unvermeidlich subjektiv und objektiv die Sicherheit in Westeuropa vermindere (Strauß, Europas eigene Verteidigung, in: "Rheinischer Merkur" vom

Strauß geht es in der Tat darum, die Gewichte innerhalb des Bündnisses zu verschieben und dessen bisherige amerikanische Kopflastigkeit zugunsten eines zumindest im europäischen Bereich zu erreichenden internen Gleichgewichts auszutariieren. Es geht um die Machtverteilung innerhalb des Bündnisses, denn von Gleichberechtigung der Bündnispartner kann auf Grund der strategischen Präponderanz der USA und der alleinigen Entscheidungsgewalt des amerikanischen Präsidenten über den Einsatz von Atomwaffen bei der augenblicklichen Bündnisstruktur nicht die Rede sein. Die tatsächliche Unabhängigkeit der französischen force de frappe und die formelle der britischen Atomstreitmacht¹⁾ ändern wegen ihrer relativen Bedeutungslosigkeit hieran wenig.

Gelänge es den Europäern aber, durch die Schaffung einer eigenständigen europäischen Atomstreitmacht die Gleichberechtigung innerhalb des Bündnisses zu erlangen, so würden sie sich wirksamer als bisher in das weltpolitische Kräftespiel einschalten können, um ihre eigenen Interessen zur Geltung zu bringen, nicht nur gegenüber dem weltpolitischen Gegenspieler, sondern auch gegenüber dem übermächtigen Verbündeten. Denn mit dem Aufbau eines eigenständigen europäischen Verteidigungssystems entsteht, wie Strauß sagt, ein Faktor, "der die amerikanischen Überlegungen eigenständig beeinflussen kann"²⁾.

Fortsetzung der Anmerkung 1 von Seite 99:

4.10.1966, kann man mit einiger Deutlichkeit die Forderung herauslesen, daß die Europäer in der Lage sein müssen, ihre Abschreckung gegenüber der Sowjetunion notfalls auch ohne die USA aufrechterhalten zu können.

1) Das Abkommen von Nassau, das Kennedy und Macmillan am 21.12.1962 schlossen, sieht in Punkt 8 vor, daß die britische Polaris-U-Boot-Flotte "unter allen Umständen für die Zwecke der internationalen Verteidigung der westlichen Allianz eingesetzt wird, es sei denn, die britische Regierung entscheide, daß höchste nationale Interessen auf dem Spiele stehen". zit. nach: Rönnefahrt-Euler, Konferenzen und Verträge Vertrags-Flotetz), Teil II, Band 4 B: Neueste Zeit 1958-1963, S. 343

2) Strauß, Sicherheit in Gleichberechtigung, a.a.O.

Der Gedankengang ist eine logische Fortentwicklung der bisher dargestellten Konzeption. Die militärische Abhängigkeit von den Amerikanern ist Voraussetzung und Folge von deren politischem und ökonomischem Übergewicht. Eine Veränderung des einen Faktors muß zwangsläufig auch Auswirkungen auf die anderen Faktoren haben. Wenn die Europäer durch die Zusammenlegung ihrer ökonomischen Potentiale eine Politik größerer weltpolitischer Eigenständigkeit betreiben wollen, dann muß schon aus Gründen des europäischen Selbstbewußtseins ein ähnliches Streben auch auf dem politischen und dem militärischen Sektor bestehen. Das ist ein Gedanke, dem auch Politiker folgen, die sich sonst Straußens Konzeption nicht zu eigen machen.

Nur besteht ein sehr wesentlicher Unterschied zu Strauß und seiner Partei darin, daß sie die ohnehin äußerst verzwickten Probleme des europäischen wirtschaftlichen und politischen Einigungsprozesses, die Frage des Ausbaus und der Vertiefung der bestehenden Gemeinschaft und ihrer Erweiterung um Großbritannien und andere beitragswillige Staaten nicht noch mit der im Augenblick militärisch keineswegs dringlichen Forderung nach einer neuen EVG¹⁾ belasten wollen, solange für ein solches Unternehmen die elementaren Voraussetzungen einer gemeinsamen europäischen Lagebeurteilung und eines gemeinsamen politischen Willens fehlen²⁾.

Strauß bemüht sich, das in seinem Konzept enthaltene anti-amerikanische Element - und der Versuch, die Amerikaner aus bestimmten von ihnen bisher beanspruchten Positionen vor allem hinsichtlich der nuklearen Kontrolle zu verdrängen, ist ein solches - zu neutralisieren, ja ihm sogar eine positive und für die Amerikaner vorteil-

1) Der Terminus wurde von Stücklen am 26.9.1968 in einer Fernsehdiskussion im ZDF wiederaufgenommen, a.a.O. S.9

2) Vgl. hierzu Strauß, Interview mit dem "SPIEGEL" Nr.1/2. vom 2.1.1967

hafte Wendung zu geben, indem er dem aus Gründen der amerikanischen militärischen Überbeanspruchung und ihrer Folgen für die amerikanische Wirtschaft, Gesellschaft und die Zahlungsbilanz erfolgenden Truppenrückzug aus Europa Verständnis entgegenbringt.

In seiner Londoner Rede vom 19. Mai 1969 sagte er: "Die Europäer haben kein Recht, ihren amerikanischen Freunden und Verbündeten für alle Zeit die Verantwortung für ihre Freiheit und für ihr Schicksal aufzubürden. Sie sind vielmehr dazu verpflichtet, ihren eigenen Kontinent zu stärken, um Amerika von seinen vielfältigen Aufgaben zu entlasten. Auf diese Weise werden beide Kontinente...miteinander verbunden bleiben."¹⁾

Bereits im Frühjahr 1966 hatte er in einem Interview mit dem amerikanischen Nachrichtenmagazin "US News & World Report" geäußert: "Im Augenblick sind, so glaube ich, ungefähr 350 000 amerikanische Soldaten in Europa. Ein möglicher Weg, um mehr Truppen für Vietnam bereitzustellen, wäre, ein oder zwei Divisionen aus Europa zu verlegen. Das könnte auch den Europäern helfen zu verstehen, daß sie einen größeren Anteil an der westlichen Verteidigung übernehmen müssen. Ich glaube, daß die gegenwärtige Situation, an die die Europäer sich gewöhnt haben, anormal ist. Sie ist unnatürlich und kann in gewisser Weise degenerierend sein."²⁾

Anders als de Gaulle, der die Amerikaner durch die politische Konfrontation zu vertreiben suchte, wendet Strauß eine geschmeidigere Taktik des "Weglobens" an, schon um einen übereilten Abzug der Amerikaner zu vermeiden. Aber es läßt sich der Schluß ziehen, daß sich Strauß zumindest bis zur tschechoslowakischen Krise von begrenzten amerikanischen Truppenabzügen für die Euro-

1) Strauß, Londoner Rede vom 19.5.1969, a.a.O. S.5

2) Strauß, Interview mit "US News & World Report" vom 18.4.1966, S.68 (Übersetzung vom Verf.)

päer ein Signal verspricht, das sie den Zwang zum Handeln erkennen läßt¹⁾. Die wahre Partnerschaft mit den Amerikanern setzt vergleichbare Stärke voraus²⁾, was größere Verteidigungslasten zur Folge hätte.

Auch ein Schritt zur "Europäisierung" der europäischen Verteidigung soll die von Strauß empfohlene Herausnahme der ungelösten Problematik des Devisenausgleichs für die Stationierung amerikanischer Truppen in Europa und vornehmlich in der Bundesrepublik aus dem bilateralen deutsch-amerikanischen Rahmen sein³⁾.

1) Soweit geht Strauß nach der Besetzung der CSSR allerdings nicht mehr. Die europäische Reaktion auf die Krise vom August 1968 bestand nicht in einer Verstärkung der europäischen Streitkräfte oder einer Reorganisation der NATO nach Straußschem Muster, wie er es erhofft haben mochte. Auch konnten die Ereignisse nach dem 21. August 1968 die Amerikaner von ihrem Bemühen um einen bilateralen Ausgleich mit der Sowjetunion nicht nachhaltig abhalten. So kommt Strauß in seinem danach erschienenen Buch Herausforderung und Antwort, a.a.O., zu einer wesentlich pessimistischeren Einschätzung der Truppenabzüge: "Washington führt die Mühseligkeiten seines Entspannungsstrebens ... auf das Mißtrauen Moskaus zurück. Es weiß daher, daß Vereinbarungen zwischen West und Ost, die dem Prinzip des 'do ut des' ... gebühlich Rechnung tragen, augenblicklich nicht zu erlangen sind. Daraus entstand die Idee, durch 'gute Beispiele' - man kann sie ebenso Vorleistungen in behutsamer Dosierung nennen - in der Sowjetunion allmählich Vertrauen zu erzeugen. Dazu gehört fraglos die Reduktion der amerikanischen Truppen auf deutschem Boden, die damit nicht allein als eine Konsequenz des Vietnam-Konflikts oder der Verschlechterung der amerikanischen Zahlungsbilanz, sondern darüber hinaus als ein 'Signal' der USA an die UdSSR zu beurteilen ist, als ein Hinweis, der die Bereitschaft zum schrittweisen Disengagement und zur fortschreitenden Denuklearisierung markiert." (S.68) Die Notwendigkeit des europäischen Pfeilers besteht bei dieser Einschätzung der amerikanischen Motive, wie auch die Londoner Rede vom 19.5.1969 zeigte, erst recht.

2) Vgl. Strauß, Londoner Rede, a.a.O. S.5

3) Gleiches gilt natürlich auch für den deutsch-britischen Devisenausgleich; vgl. Strauß, Großbritannien und Europas Einheit, in: "Europa-Forum", Jg. 2, Heft 1, April 1968, S.78

Er erkennt zwar die prinzipielle Berechtigung der amerikanischen Ausgleichsforderungen für die mit der Auslandsstationierung verbundenen Devisenabflüsse an, weist aber darauf hin, daß die Truppen der USA keine bezahlten Schutztruppen der BRD seien. Vielmehr hätten die USA in ihrem eigenen machtpolitischen und sicherheitspolitischen Interesse ihre Truppen in Europa stehen, und zwar auf Grund der militärstrategischen und militärgeographischen Lage hauptsächlich auf deutschem Boden. Diese Truppen verteidigten jedoch nicht nur die BRD, sondern alle europäischen Verbündeten. Somit sei das Problem auf lange Sicht eben nicht nur bilateral zu lösen, sondern es müsse im NATO-Rat multilateral angepackt werden¹⁾.

7.2. Gleichberechtigung der BRD durch Zugang zu Atomwaffen

Neben dem Ziel der europäischen Gleichberechtigung in der NATO verfolgt die CSU auch das Ziel, die BRD innerhalb des europäischen Pfeilers zu einem machtpolitisch gleichberechtigten Partner zu machen. Gleichberechtigung bedeutet für Strauß den deutschen Zugang zu einer gemeinsamen europäischen Atomstreitmacht. Zu dieser wäre ein Anfang in Gestalt eines britisch-französischen Atomarsenals zu machen, dem die Amerikaner ihr technisches "know how" zur Verfügung stellen sollen²⁾.

Strauß weiß, daß es praktisch ausgeschlossen ist, vor der Bildung einer europäischen Bundesregierung eine Formel zur europäischen Multilateralisierung der britischen und französischen Atomstreitkräfte zu finden³⁾, hält

1) Vgl. Strauß, Interview mit dem Süddeutschen Rundfunk vom 8.3.1968, S.1 f; Stücklen in der "Bunten Illustrierten" vom 14.3.1968, auszugsweise abgedr. in: "CSU-Correspondenz" vom 13.3.1968

2) Vgl. Herausforderung ..., a.a.O. S.187

3) Vgl. Interview mit "DIE ZEIT" vom 8.4.1966; in der Argumentation gegen den Atomwaffensperrvertrag wird diese Einsicht allerdings wieder aufgegeben. Vgl. Kap.: Der Kampf gegen den Atomwaffensperrvertrag, unten III B 1, S.134 ff.

es aber für denkbar, daß schon vor der Bildung einer zentralen politischen Autorität beispielsweise die atomaren Trägermittel "durch gemeinsame wissenschaftlich-technische und produktive Arbeit"¹⁾ der westeuropäischen Staaten, ähnlich dem britisch-französischen Concorde-Unternehmen und ELDO und ESRO entwickelt werden.

Der Einsatzbefehl für eine sich in ihrem Anfangsstadium befindende europäische Atomstreitmacht soll "nur von den wirklich bestehenden Autoritäten, auf deren Territorien sich Teile des Atomarsenals befinden"²⁾, gegeben werden können. Dies war eine zweideutige Erklärung, die die Deutung offenläßt, daß der Einsatzbefehl auch von anderen Regierungen als den britischen und französischen gegeben werden kann, wenn Atomwaffen auf deren Territorium stationiert sind. Was bedeuten würde, wenn auf dem Territorium der BRD Atomwaffen stationiert wären, könnte die Bundesregierung den Einsatzbefehl geben. Strauß erkannte die Brisanz dieser Interpretation und interpretierte den Ausspruch in dem Sinne, daß Frankreich und Großbritannien über die auf ihren Territorien stationierten Atomwaffen die alleinige Verfügungsgewalt behalten sollten. Wenn aber später ihre Atomwaffen auf dem Boden anderer europäischer Staaten stationiert sein würden, so müßten diese Staaten ein Veto gegen ihren Einsatz haben³⁾.

Wie auch immer die Modalitäten einer europäischen Verteidigungsorganisation aussehen mögen, ob sie im Rahmen der WEU⁴⁾, auf deutsch-französischer Vertragsgrundlage⁵⁾, als europäische Mächtegruppierung um das Dreieck London-Paris-Bonn herum⁶⁾ oder wie immer sonst geschaffen werden

1) ebenda

2) Londoner Rede, a.a.O. S.15

3) Vgl. SZ vom 23.5.1969

4) Vgl. Strauß, Interview mit WDR II vom 22.3.1966 und mit dem "SPIEGEL" Nr. 1/2 vom 2.1.1967

5) Vgl. Strauß, Europas eigene Verteidigung, a.a.O., vom 7.10.1966

6) Vgl. Strauß, Großbritannien und Europas Einheit, in: a.a.O. S.77

soll, sie steht immer vor zwei auch durch Appelle an ein gesamteuropäisches Bewußtsein nicht zu überbrückenden Schwierigkeiten:

1.) der Tatsache, daß über den britisch-französischen Nuklearpool die Entwicklungstendenz zum physischen Mitbesitz von Atomwaffen - und zwar nicht nur taktischen, sondern, wenn eine europäische Atomstreitmacht eine eigenständige Abschreckungskraft haben soll, auch strategischen - durch die Deutschen führen muß. Eine solche Entwicklung aber würde das Gewicht der BRD innerhalb des westeuropäischen Blocks gegenüber den beiden bisherigen Atommächten erheblich verstärken, ja sie müßte auf Grund der wirtschaftlichen Stärke der BRD zur Sorge vor einer deutschen Hegemonie in Westeuropa Anlaß geben, abgesehen von den Auswirkungen, die sie auf Osteuropa hätte.

Es ist kaum vorstellbar, daß die Briten und die Franzosen, die eine im Vergleich zur deutschen Beteiligung an einer europäischen Atomstreitmacht minimale deutsche Beteiligung an der durch die USA kontrollierten MLF als unvereinbar mit ihren eigenen Interessen empfunden haben, bereit sind, die in ihren Konsequenzen viel weitergehenden, die europäische Szene völlig umgestaltenden Straußschen Vorstellungen zu akzeptieren.

Damit soll nicht gesagt werden, daß es absolut ausgeschlossen erscheint, daß die Entwicklung nicht eines Tages doch in diese Richtung gehen könnte, wenn die Amerikaner sich zum vollständigen Rückzug aus Europa entschließen sollten und ihre Nukleargarantie aller Glaubwürdigkeit entbehrt, der Ost-West-Gegensatz in Europa aber unvermindert bestehen bleibt bzw. die Entspannung durch eine neue Konfrontation abgelöst wird.

Deutsche Initiativen in diese Richtung, wie sie von Strauß und seiner Partei laufend ohne Berücksichtigung der politisch-psychologischen Faktoren in Europa vorgebracht wurden, müssen hingegen als plumper nuklearer Ehrgeiz erscheinen, dessen Befriedigung vor dem Hinter-

grund der Straußschen Gesamtkonzeption die Gefahr einer deutschen Hegemonie in Westeuropa heraufbeschwört, von deren Basis aus die Frage des europäischen Status quo erneut zur Diskussion gestellt werden könnte.

2.) Während die erste Schwierigkeit mehr grundsätzlicher Natur war, ist die zweite mehr pragmatischer Natur: Straußens Vorschlag der Zusammenlegung der nuklearen Rüstung Großbritanniens und Frankreichs als ersten Schritt zu einer europäischen Verteidigungsorganisation¹⁾ ist ein Versuch, das Pferd beim Schwanz aufzuführen. Das Scheitern der EVG hat gezeigt, daß eine europäische Verteidigungsmacht - die seinerzeit nur eine konventionelle war - nur Folge und nicht Ausgangspunkt der europäischen Integration sein kann. Es wurde hier wie im weiteren Verlauf des europäischen Einigungsprozesses offenbar, daß Fortschritte nur dort erreicht werden können, wo Übereinstimmung in den politischen Zielen besteht²⁾. Der Funktionalismus als Weg zum europäischen Bundesstaat hat sich als Sackgasse erwiesen, weil die europäische Kommission als das institutionelle Produkt des Funktionalismus gesellschaftspolitisch im luftleeren Raum arbeitet³⁾.

Ebensowenig kann der Weg nach Europa über eine europäische Atomstreitmacht führen. Wenn es zu dieser einen Weg geben sollte, dann nur über Europa. Sie ist politisch, wie oben dargestellt wurde, unter den gegenwärtigen Bedingungen in Europa undenkbar, und militärisch wäre sie ohne eine zentrale Autorität sinnlos. Denn, so schreibt Paul Stehlin, "bei dem gegenwärtigen Stand der europäischen politischen Einigung und solange eine mit politischer Macht ausgestattete europäische Behörde nicht vorhanden ist, würde ein Einsatz einer solchen, nur auf

1) Vgl. Strauß, Londoner Rede vom 19.5.1969, a.a.O. S.13

2) Vgl. Gilbert Zieburg, Europa-Politik nach de Gaulle, a.a.O. S. 64 f

3) Vgl. ebenda, S. 64 f

die Sechs beschränkten Nuklearstreitmacht nur nach Konsultationen unter den Regierungen möglich sein, und ein solches Verfahren wäre bei der Kürze der für die Verteilung Europas gegebenen Vorwarnzeit viel zu langwierig." ¹⁾

Strauß will einen gordischen Knoten durchschlagen, der bei der Komplexität der Probleme nur mühsam aufgeknüpft werden kann. Es ist der Versuch, ein Europa zu erzwingen, dessen Finalität in erster Linie in der machtpolitischen Rivalität zur Sowjetunion läge, ohne Rücksicht darauf, ob die europäischen Völker dieser Zielsetzung zu folgen bereit sind.

Neben der Furcht vor einer deutschen Vormachtstellung in Europa ist aber bei den Partnern in Westeuropa der Wille zur gesamteuropäischen Entspannung inzwischen so groß geworden, daß sie bereit sind, bei jedem Schritt auf dem Wege zur europäischen Einigung die Rückwirkungen auf Osteuropa mitzubedenken und nichts zu unternehmen,

- 1) Paul Stehlin, Partnerschaft zwischen Nordamerika und Europa. Gedanken zur politischen Funktion der Atlantischen Allianz, in: EA F. 4/1968, S.120. Das gilt auch für eine Atomstreitmacht unter Einschuß Großbritanniens. Hierzu schreibt ein so gut informierter Interpret der gaullistischen Außenpolitik wie Jacques Vernant, Generalsekretär des Pariser Centre d'Etudes de Politique Étrangère: "Beide Länder (Großbritannien und Frankreich, der Verf.) denken nicht daran, irgendeiner kollektiven Behörde die Verfügungsgewalt über die Nuklearstreitkräfte zu überlassen. Mag man es nun gut oder schlecht finden - mit dieser faktischen Situation ist ein qualitativer Unterschied zwischen Großbritannien und Frankreich einerseits und den übrigen europäischen Staaten andererseits gegeben. Der gemeinsame Status der beiden Staaten als europäische Nuklearmächte führt dazu, daß die Solidarität zwischen ihnen stärker ausgeprägt ist als die Rivalität. Dieser Tatsache muß sich Europa bewußt werden, und es wird sich mit den hieraus ergebenden Konsequenzen nur abfinden können. Die Bundesrepublik Deutschland darf sich in ihrem eigenen Interesse hieran nicht stoßen, denn sie befindet sich bereits heute in einer guten Position und wird auch in jeder europäischen Staatenstruktur eine Rolle spielen, die nicht anders als erstrangig sein kann und die ihr schon auf Grund ihrer wirtschaftlichen und währungspolitischen Macht, ihres wissenschaftlichen und technischen Potentials sicher ist." ; Jacques Vernant, Europa im Stadium des Übergangs. Französische Vorstellungen über eine europäische Staatenordnung, in: EA F. 10/1969, S.344

das die Einbettung Westeuropas in eine zukünftige gesamteuropäische Friedensordnung unmöglich macht¹⁾. Genau dieser Tendenz im politischen Denken Westeuropas laufen Straußens Vorschläge jedoch zuwider. So darf die Vehemenz, mit der Strauß und die CSU gerade für diesen Teil ihrer Konzeption streiten, nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Entwicklung des westeuropäischen Bewußtseins wie des gesamteuropäischen Entspannungsdenkens weitgehend darüber hinweggegangen sind.

1) Vgl. Zieburg, a.a.O. S.67

8. Die Rolle der Bundesrepublik in der internationalen Politik - Einschätzung ihrer Grenzen und Möglichkeiten

Die CSU neigt einer ambivalenten Rollendefinition zu. Sie geht davon aus, daß ein Staat wie die BRD mit einer Bevölkerung von fast 60 Millionen und einer Wirtschaftskraft, die nur von den beiden Weltmächten und allenfalls Japan übertroffen wird, Recht auf Gehör in der internationalen Politik hat und ein Recht darauf, daß seine politische Bedeutung seiner wirtschaftlichen entspricht.

Die Einschränkungen, denen die deutsche Politik durch die Tatsache unterworfen ist, daß der Zweite Weltkrieg als imperialistischer Raubkrieg von Deutschland begonnen und verloren worden ist, nachdem unermessliches Leid über die Menschheit gebracht worden war, werden 25 Jahre nach Kriegsende als ungerechtfertigt und überholt angesehen. 25 Jahre demokratisches Wohlverhalten sind ausreichend, um der Forderung nach der Beseitigung des Mißverhältnisses zwischen wirtschaftlichem Potential und im internationalen Konzert einsetzbarer politischer Macht auch moralische Rechtfertigung zu verleihen, wobei es nur ein recht diffuses Bild davon gibt, in welcher Form sich das Ende des Mißverhältnisses dokumentieren soll.

Alles weist darauf hin, daß die politische Gleichberechtigung im Straußschen Sinne erst in dem die europäische und weltpolitische Entspannung gefährdenden Mitbesitz - wenn auch nicht der nationalen Verfügungsgewalt - von Atomwaffen verwirklicht wäre. Der Machtpolitiker Strauß kann sich eine deutsche politische Rolle in der internationalen Politik nur in der Teilhabe am Besitz von Massenvernichtungsmitteln vorstellen. Jener andere Weg, der der BRD nicht nur eine prekäre und beargwöhnte Rolle in der Weltpolitik wiedergeben könnte, den Thomas C. Schelling vor dem amerikanischen Senats-Unterausschuß

für nationale Sicherheit und internationale Tätigkeiten so berechtigt aufgewiesen hat, hat für die CSU nie zur Disposition gestanden. Schelling sagte: "Deutschland fehlt eine phantasievolle Außenpolitik; es spielt keine führende Rolle in der Weltpolitik. Dabei könnte ihm mit einem einzigen Schlag solch eine Rolle zufallen; wenn es bereit wäre, sich an die Spitze des Kampfes für die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen zu stellen, anstatt ihn zu behindern. Deutschland ist das einzige Land der Welt, das beweisen kann, daß ein Land auch ohne Atomwaffen groß und blühend und mächtig sein kann, das einzige Land, das den Atomwaffen den Status des Zepters der Macht nehmen kann, indem es freiwillig auf sie verzichtet - das einzige Land, das den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion die Initiative zur Abrüstung abnehmen könnte. Würde Deutschland das tun, so würde es nichts von positivem Wert aufgeben, aber Möglichkeiten für neue Sicherheitsabmachungen in Osteuropa eröffnen, die letztlich eine Lockerung des reaktionären Griffs der Sowjetunion und des Ulbricht-Regimes um Ostdeutschland verheißen."¹⁾

Aber was Schelling hier als Möglichkeiten deutscher Außenpolitik verstanden wissen will, empfand die CSU immer als Grenzen. Verzicht auf den Mitbesitz von Atomwaffen ist für sie Verzicht auf Souveränität, Souveränität aber stehe der BRD wie jedem anderen Staate zu .

Es ist eine große Schwäche der von Strauß inspirierten Konzeption, als das oberste nationale Interesse den Besitz von - oder zumindest die Teilhabe an - nuklearer Macht zu erstreben und dies isoliert von anderen nationalen Interessen, denen höherer Rang zukommt, wie dem Abbau von Spannungen, der Bewahrung und Festigung des Friedens und der Schaffung einer dauerhaften europäischen Friedensordnung.

1) Thomas C. Schelling, Kontinuität und Neubeginn in der NATO. Gedanken zur Zukunft der Atlantischen Allianz, in: EA F. 13/1966, S.471

Ein Zeichen politischer Blindheit ist es, daß Strauß und seine Kollegen zur Geringschätzung der Sicherheitsinteressen der europäischen Nachbarn im Westen wie im Osten neigen, so als genüge die Beteuerung deutscher Friedensliebe bei gleichzeitiger Nichtanerkennung des Status quo in Europa, um den europäischen Staaten die Angst vor einer deutschen Hegemonie in einem nach Straußschen Vorstellungen strukturierten Westeuropa zu nehmen. Denn auch bei einem Aufgehen in einem integrierten Westeuropa würde ja das nationale Element nicht von heute auf morgen verschwinden, im Gegenteil, es soll darin seine Lebensfähigkeit behalten.

Vor allem die Angst des Ostens, nicht so sehr vor einem deutschen Alleingang, für das sich das sowjetische und das deutsche Potential doch zu weit auseinanderentwickelt haben, aber davor, daß es den Westdeutschen gelingen könnte, das westliche Bündnis in den Strudel eines Atomkriegs zu reißen, wird immer wieder verharmlost, so als ob den Divisionen des Warschauer Paktes nicht im Westen eine ebenso gewaltige Militärmaschinerie der NATO gegenüberstände.

Strauß schwankt in der Beurteilung der Grenzen und Möglichkeiten zwischen Hybris und Selbstverleugnung. Diese These läßt sich mit zwei Zitaten aus ein und demselben Interview anschaulich belegen. In seinem Gespräch mit der Wochenzeitung "PUBLIK" vom 23. Januar 1969 ging es unter anderem um die Frage der deutschen Unterschrift unter den Atomwaffensperrvertrag, die Strauß ablehnte. Er zitierte ironisch die von der SPD im Kabinett vertretene Meinung: "Wir können nicht anders, wir müssen ja doch. Wir dürfen uns nicht isolieren, wir dürfen nicht den Unwillen des amerikanischen Bundesgenossen erwecken. Wir dürfen nicht noch mehr Ärger mit Moskau bekommen. Wir sollten de Gaulle besänftigen, der in dieser Frage auch gern mit dem Finger auf uns deutet. Wir sollten die Großen und die Kleinen, die Weißen und die Farbigen mit

Sympathie für Deutschland erfüllen. Aus diesen Gründen müßten wir unterschreiben, gleichgültig wie unsere Interessen liegen. Diese Argumentation ist nicht unbedenklich.“¹⁾

Strauß distanziert sich ironisierend von den Erwägungen der SPD, die natürlich auch eine Interessenabwägung enthalten. Was läßt sich hieraus schließen? Strauß befürwortet in einer Frage von weltweitem Interesse einen Kurs, der darauf hinausläuft, den eindeutigen Wünschen der internationalen Umwelt, von Freunden wie Gegnern, zu trotzen. Er glaubt, daß er dabei nicht das Risiko eingehe, die eigene Position in der internationalen Politik zu gefährden und die BRD infolge einer Kollision mit mächtigeren Interessen in eine außenpolitische Isolierung hineinzumanövrieren, die ihre eigenen objektiven Interessen nur auf das schwerste schädigen kann. Das ist eine Haltung, die Bismarcks Nachfolger für Realpolitik gehalten haben mögen, die aber nichts anderes ist als eine maßlose Überschätzung der eigenen Möglichkeiten, geboren aus Ignoranz der Geschichte und der sicherheitspolitischen Interessen der Nachbarn, die die Lehren der Geschichte noch nicht so schnell vergessen haben wie die so häufig den Geist der Geschichte beschwörenden deutschen Konservativen.

Wenige Sätze später zieht Strauß, der eben meinte, die BRD sei stark genug, gegen den Widerstand aller ihren eigenen Weg zu verfolgen, einen Vergleich heran, der nun ganz im Gegenteil zu dem vorher Gesagten die Bedeutung der BRD minimalisiert. Angesprochen auf das sowjetische Interesse an einem Gewaltverzichtsvertrag antwortet er: "Bis jetzt hat die Sowjetunion wenig Interesse gezeigt, einen Vertrag über gegenseitigen Gewaltverzicht mit der Bundesrepublik zu schließen. Wenn ich einmal einen farbigen Vergleich bringen darf: Bis jetzt hat sich die Deutsche Bank noch nicht darum bemüht, mit einer landlichen Spar- und Darlehenskasse einen Vertrag zur Verhin-

1) Strauß, Interview mit "PUBLIK" vom 23.1.1969, a.a.O.
S. 6 f

derung eines Vernichtungswettbewerbs zu schließen. So ist ungefähr die Größenordnung im Verhältnis zwischen Bonn und Moskau."¹⁾

Eine solche Einschätzung der Grenzen und Möglichkeiten bundesrepublikanischer Außenpolitik birgt ein hohes Maß an Unglaubwürdigkeit und Unberechenbarkeit und muß Deutschlands Partner in der internationalen Politik irritieren. Sie neigt dazu, die im Zeichen des Kalten Krieges gefaßten Einschätzungen schematisch zu perpetuieren und versucht, ihre unrealistischen Schlußfolgerungen den politischen Partnern aufzuzwingen. Sie schwankt zwischen Größenwahn und nationalem Minderwertigkeitskomplex und verführt zu hochfahrenden Plänen, über welchen eine klare Festlegung der eigenen Interessen und die nüchterne Beurteilung der unterschiedlichen Interessen im internationalen System vergessen wird.

1) ebenda, S. 7 f

9. Die langfristigen außenpolitischen Ziele

Über die langfristigen außenpolitischen Ziele läßt sich nach dieser Konzeptionsanalyse folgendes sagen:

Die CSU geht von der BRD als außenpolitischer Handlungseinheit aus. Auf der Basis der deutsch-französischen Zusammenarbeit soll zunächst ein integriertes Westeuropa geschaffen werden, das stark genug ist, seine eigenen Interessen gegenüber den Weltmächten zur Geltung zu bringen und das eigenes Gewicht in der Weltpolitik hat.

Dabei soll dieses Westeuropa, das nicht auf die sechs EWG-Staaten beschränkt bleiben soll, fest im Bündnis mit den USA bleiben, aber als zweiter Pfeiler innerhalb der Atlantischen Allianz mit einer unabhängigen Atomstreitmacht ausgestattet sein.

Von der gesicherten Bastion eines westeuropäisch-kapitalistischen Machtstaates aus könnte dann auch versucht werden, die europäische Spaltung und mit ihr die deutsche Spaltung zu überwinden. Sie soll aber nicht im Sinne einer nationalstaatlichen Restauration des Deutschen Reiches erfolgen - eine solche wäre infolge der Integration der BRD in das westliche Gefüge gar nicht mehr möglich -, sondern im Sinne einer gesamteuropäischen Lösung bei Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts des deutschen Volkes.

Als konkrete Ziele ergeben sich also:

- (1) Schaffung des westeuropäischen Bundesstaates bei vollständiger Gleichberechtigung der BRD;
- (2) Umwandlung der NATO in ein Bündnis gleichberechtigter Partnerschaft zwischen den USA und Westeuropa;
- (3) Offenhalten der Frage der Anerkennung des Status quo bis zu dem Tage, an dem Westeuropa von einer Position der Stärke aus mit der Sowjetunion verhandeln kann;

- (4) Unterstützung des nationalen Selbständigkeitsstrebens der Völker im sowjetischen Machtbereich mit dem Ziel der Zurückdrängung der Sowjetunion aus Osteuropa und des Anschlusses der osteuropäischen Staaten einschließlich der DDR an die bestehende westeuropäische Föderation, was die Beendigung der europäischen und deutschen Spaltung bedeuten würde.

Dieser Prozeß würde nicht nur in der machtpolitischen Zurückdrängung der Sowjetunion bestehen, sondern auch darin, die gesellschaftliche Entwicklung Osteuropas zum Sozialismus zu beseitigen. Denn Freiheit für Osteuropa kann für die CSU neben der Freiheit von sowjetischer Herrschaft immer nur gesellschaftlich-wirtschaftliche Freiheit im westlich-kapitalistischen Sinne sein.

B. Wirtschaft und der Primat der Außenpolitik

Strauß vertritt den Primat der Außenpolitik¹⁾. In ihrem Dienst soll auch die Wirtschaftspolitik stehen²⁾. Diesem Bekenntnis ist insofern zuzustimmen, als eine Analyse seiner Konzeption, wie sie in dieser Arbeit vorgenommen wird, ein eindeutiges Vorwalten der außenpolitischen Überlegungen vor allen anderen erkennen läßt. Diese Aussage muß natürlich mit der Einschränkung versehen werden, daß die Materialsammlung und -aufbereitung ja unter außenpolitischer Fragestellung erfolgte und daß der Schluß, der daraus gezogen wird, noch der Bestätigung durch andere, nicht primär außenpolitische Äußerungen bedürfte.

Aber eine Außenpolitik hat, wie Eckart Kehr es ausdrückte, nicht nur einen Gegner (oder Partner) vor sich, sondern auch eine Heimat hinter sich³⁾. Wendet man diese scheinbar selbstverständliche Sentenz auf das Untersuchungsziel dieser Arbeit an, muß man fragen, ob das Straußsche Bekenntnis sich mit der Realität deckt, ob die Ökonomie sich zum Hilfsmittel der Außenpolitik machen läßt oder ob es sich nicht umgekehrt verhält. Denkbar ist auch eine dritte Möglichkeit, nämlich daß Wirtschaft und Außenpolitik in der Straußschen Konzeption eine Symbiose eingegangen sind, die beiden Vorteile bringen soll, wobei offenbleibt, wer wen dominiert.

Äußerungen, die das Verhältnis von Wirtschaft und Außenpolitik betreffen, finden sich in erster Linie bei Strauß und Zimmermann. Strauß argumentiert globaler, macht sich weniger eindeutig zum Fürsprecher ganz be-

1) Vgl. Strauß, Rede vor der Landesversammlung der CSU vom 1.7.1967, abgedr. in: "EK-Dokumentation" vom 8.7. 1967, S.10; vgl. hierzu auch oben S.36; ders., Herausforderung ..., a.a.O. S.154

2) Vgl. Strauß, Interview mit "Der Volkswirt" Nr. 14 vom 3.4.1969, S.19

3) Vgl. Eckart Kehr, Englandhaß und Weltpolitik, in: ders., Der Primat der Innenpolitik, Berlin 1965, S.150

stimmter ökonomischer Interessen als Zimmermann, der weniger als ein Kontrolleur der Wehrlobby als als deren bedeutendster und in seiner Position als Vorsitzender des Verteidigungsausschusses einflußreichster Fürsprecher erscheint.

Strauß weiß um die Bedeutung der Wirtschaftskraft einer Nation in der internationalen Politik. Eine seiner sich wiederholenden Forderungen ist, daß die außenpolitische Position der Bundesrepublik, die ihrer wirtschaftlichen Potenz nicht adäquat sei, dieser angeglichen werden müßte¹⁾. Es gibt seiner Ansicht nach für die BRD keinen Hinderungsgrund mehr, ihre wirtschaftliche Stärke als außenpolitisches Mittel einzusetzen.

In einem Interview mit dem "Volkswirt" wurde Strauß die Frage gestellt: "... Sollten wir nicht vielmehr unsere wirtschaftliche Potenz, statt nur stets anderen Stabilität vorzumachen, im harten politischen Geschäft einsetzen?" Er antwortete: "Ich glaube, für einen im Rampenlicht befindlichen Politiker gilt das Wort: Immer daran denken, selten davon reden. Jedes konkrete Beispiel, das ein aktiver Politiker nennt, würde dann nur als Gegenargument für die Vertretung legitimer Interessen verwendet werden. Darum wären wir froh, wenn die deutsche Publizistik, auch die Wirtschaftspublizistik, uns hier die Beispiele liefern würde, die wir lautlos übernehmen und als mahnende Exempel bei internationalen Verhandlungen

1) Vgl. hierzu z.B. Strauß, Interview mit "Die Entscheidung", 14.Jg., Aug.1966, "Neues Selbstverständnis der Deutschen?", S.15: "Die politische Behandlung der Deutschen (durch das Ausland, der Verf.) steht in der Tat in einem großen Mißverhältnis zu der wirtschaftlichen Kraft der Deutschen, die man sich auf der anderen Seite gern nutzbar macht." Ders., Interview mit "Der Volkswirt", a.a.O. S.14: "Aber wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und politische Verantwortung verhalten sich zueinander nach dem Gesetz der kommunizierenden Röhren ... Und deshalb komme ich zu der Schlußfolgerung, daß unsere wirtschaftliche Leistung, unsere Zuverlässigkeit als wirtschaftlich-finanzieller Partner das Fundament ist, auf dem wir die legitimen Ziele unserer Politik vertreten und verfolgen können."

vor Augen haben könnten." ¹⁾

Die wirtschaftliche Potenz der BRD ist das Vehikel für die Wiedererlangung politischer Macht, die verloren gegangen ist. Politische Macht heißt zunächst einmal nationale politische Macht innerhalb des internationalen Systems. Was bedeutet aber Straußens Forderung nach der Angleichung der politischen Macht an die wirtschaftliche konkret? Nimmt man sie wörtlich, dann läßt sie sich nur so deuten, daß die stärkste ökonomische Kraft in Westeuropa auch den Anspruch darauf erhebt, die stärkste politische Macht zu sein. Dem ökonomischen Übergewicht der Bundesrepublik hätte demnach ein machtpolitisches zu entsprechen.

Die Hypothese von der politischen Inadäquanz der BRD ist nur sehr schwer zu belegen, denn der Einfluß auf Entscheidungen im internationalen System ist nicht immer leicht meßbar, und Strauß wird auch nicht zu behaupten wagen, daß die BRD politisch noch als besetztes Gebiet behandelt wird, das unter völliger außenpolitischer Vormundschaft steht. Der Beleg für das behauptete Machtdefizit ist daher dort zu suchen, wo sich Macht am eindeutigsten quantifizieren läßt, im militärischen Bereich.

Gleichberechtigung heißt für Strauß und seine Partei, wie an anderer Stelle bereits dargestellt wurde, in erster Linie militärische Gleichberechtigung. Der einzige Bereich eindeutiger Diskriminierung der BRD gegenüber ihren an Wirtschaftskraft vergleichbaren, aber immerhin leicht unterlegenen europäischen Partnern Frankreich und Großbritannien ist der militärische, genauer gesagt: der nukleare. Die Behauptung, daß das wesentlichste Element der von Strauß geforderten politischen Entsprechung der bundesrepublikanischen Wirtschaftsmacht der Zugang zu Atomwaffen ist, ist gewiß keine Überinter-

1) Strauß, Interview mit "Der Volkswirt", a.a.O. S.15

pretation. Es ist sicher nicht das einzige Element, denn auch in anderen politischen Fragen wie beispielsweise der westlichen Entspannungspolitik gegenüber dem Osten glaubt die CSU den deutschen Standpunkt nicht hinreichend berücksichtigt. Aber es ist bei dem Stellenwert, der der Frage der Mitverfügung über Atomwaffen in der außenpolitischen Gesamtkonzeption der Partei zukommt, ganz gewiß das wichtigste.

Die Gleichberechtigung der BRD soll politisch und militärisch in einem sich vereinigenden Westeuropa realisiert werden. Über die politischen Ziele der Europakonzeption ist bereits gesprochen worden. Diese werden ergänzt durch ihre ökonomischen Ziele. In der Europakonzeption decken sich die von der CSU formulierten außenpolitischen Interessen und die Expansionswünsche des bundesrepublikanischen Großkapitals. Dieses drängt auf Überschreitung der noch immer bestehenden nationalstaatlichen Grenzen und Schaffung eines größeren europäischen Marktes, der keine Zollschränken und Behinderungen des Kapitalverkehrs mehr kennt, des "wirtschaftlichen Großraums Europa"¹⁾. Es trifft sich in diesem Wunsch mit dem des Großkapitals der anderen hochindustrialisierten Länder Westeuropas.

Man könnte einwenden, dieser ökonomische Antrieb der europäischen Einigungsbestrebungen werde seit langem von allen bedeutenden Gruppierungen in der BRD einschließlich der Sozialdemokraten vertreten. Nur tritt bei Strauß ein Faktor hinzu, der ihn und seine Partei in weit stärkerem Maße als geeignete Verfechter großkapitalistischer Vorstellungen erscheinen läßt als etwa die Sozialdemokraten. Es ist neben der Bereitschaft und Entschlossenheit, die ökonomische Expansion nach außen nach Kräften

1) Strauß, Interview mit dem Deutschlandfunk vom 16.7. 1967, S.7

zu fördern, der Wille, die Formierung im Inneren durchzusetzen. Formierung heißt hier: die Unterordnung der berechtigten Forderungen nach gesellschaftspolitischen Veränderungen und Demokratisierung der Wirtschaft unter die expansiven Interessen des Großkapitals mit der Begründung, dies diene der Mehrung der nationalen politischen Macht. Mit dem Appell an die nationalen Empfindungen soll, wie schon wiederholt in der deutschen Geschichte, der Erwerb von Macht um der Macht willen und die wirtschaftliche Expansion um der Expansion willen gerechtfertigt werden. Diese Thesen lassen sich belegen mit der Diffamierung der Gesellschaftspolitik als "Wohlstandsmotiv", dem der Wille der Europäer, "politisch zu überleben", gewichen sei¹⁾. Ebensowenig Einsicht in die Notwendigkeit einer gerechten gesellschaftlichen Umverteilung des Sozialproduktes verrät eine andere scheinbar rationale Aussage, die doch nur der Verschleierung der wahren ökonomischen Herrschaftsverhältnisse dienen soll: "Die beste Sozialpolitik eines Landes ist nicht allein eine maximale Ausschöpfung des Sozialprodukts für wahllose Leistungen, die beste Sozialpolitik ist, die Produktionskraft einer Nation nachhaltig zu stärken, den Ertrag jeder abgeleisteten Arbeitsstunde systematisch zu erhöhen und damit die Lebensverhältnisse der breiten arbeitenden Schichten unseres Volkes zu bessern und die finanzielle Leistungsfähigkeit unseres Staates für alte und nicht-arbeitsfähige Mitbürger sinnvoll zu steigern."²⁾

Gesellschaftspolitik als "Wohlstandsmotiv", Sozialpolitik als bloße Besserung der Lebensverhältnisse aus dem Zuwachs des Sozialproduktes - aber kein Gedanke an Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft und an soziale Gerechtigkeit, Gesellschaftspolitik als bloße Funktion des Wachstums - ist die innenpolitische Ergän-

1) Vgl. Strauß, Vorwort zu Jean-Jacques Servan-Schreiber, Die amerikanische Herausforderung, a.a.O. S.12 ders., Herausforderung ..., a.a.O. S.151

2) Strauß, Rede vor dem CSU-Parteitag vom 12.7.1968, abgedr. in: BK vom 20.7.1968

zung zur ökonomischen Expansion über die Grenzen des Nationalstaates hinaus. Es nimmt nicht wunder, daß die CSU und Strauß insbesondere sich der Sympathien der Wirtschaft erfreuen, die gemerkt hat, "daß Strauß ein Mann ist, an den man sich halten muß, der wiederkommt"¹⁾.

- 1) So Philipp Jenninger, politischer Referent im Ministerbüro des Finanzministeriums; zit. nach "Der Volkswirt" a.a.O., "Comeback mit neuem Stil", S.13 .
- Als Vertraute Straußens in der Wirtschaft werden genannt: die Konzernchefs Herbert Quant und Karl Diehl; Fritz Berg, Präsident des BDI; Hermann Josef Abs; Gerd Tacke, Vorstandsmitglied der Siemens Halske AG; Hans Merkle, Spitzenmanager der Bosch-Gruppe, Alwin Münchmeyer, Präsident des Bundesverbandes der deutschen Banken; Peter von Siemens; Kurt Lotz, Vorstandsvorsitzender von VW; Josef Rust, früherer Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Aufsichtsratsvorsitzender von Wintershall und VW; Rolf Rodenstock, bayrischer Brillenfabrikant und Vorstandsvorsitzender des deutschen Industrieinstituts; Ludwig Bölkow und Claudius Dornier, führende Industrielle der vom Verteidigungsminister Strauß wieder zum Leben erweckten deutschen Flugzeugindustrie.
- Eine bedeutende Rolle spielte auch der parteipolitisch aktive inzwischen verstorbene Flick-Gesellschafter, der Bundestagsabgeordnete Pohle, den Strauß nach Bayern geholt und ihm 1965 einen sicheren Platz auf der CSU-Landesliste verschafft hatte. 1969 erhielt er im sicheren Wahlkreis Kempten ein Direktmandat. Das Siemens-Vorstandsmitglied Gisbert Kley gelangte 1969 ebenfalls über die CSU-Landesliste in den Bundestag; nach "Volkswirt" a.a.O. S.13, "DER SPIEGEL" Nr. 51 vom 15.12. 1969, "Capital" Nr. 9, September 1969, S.49.
- Nach Strauß sind dies alles "sachkundige und erfahrene Leute, die man nicht schlechthin als Interessenvertreter abtun kann"; zit. nach Strauß, Interview mit "DIE ZEIT" vom 19.9.1969, "Zur Not auch wieder mit Schiller". Sicher nicht zufällig fehlen die Namen von Gewerkschaftlern in dieser Reihe und blieb die in dem hier zitierten Interview von den Interviewern gemachte Feststellung: "Sie sind kein Freund der Gewerkschaften ..." unwidersprochen.

Erhard propagierte die formierte Gesellschaft¹⁾, war aber zu schwach, sie in die Tat umzusetzen. Er wurde von Wirtschaft und Partei fallengelassen, "weil er nicht in der Lage war, den neuen wirtschaftlichen Erfordernissen Rechnung zu tragen"²⁾. Strauß hingegen verbindet ein geschlossenes außenpolitisches Konzept mit einer im technokratischen Sinne "modernen" wirtschaftspolitischen Zukunftsperspektive. Sie orientiert sich an Effektivität und Leistung. Sie übernimmt den Schutz des Kapitals im In- und Ausland und schickt sich an, "Reformen" dort einzuleiten, wo veraltete Strukturen von Gesellschaft und Wirtschaft ökonomische Reibungsverluste zur Folge haben. Dies geschieht allerdings nur, solange dadurch nicht die unmittelbaren Interessen der bayerischen Wähler berührt werden³⁾. Sie versucht, die Entwicklung der Zukunftstechnologie mit staatlicher Unterstützung voranzutreiben, um der "amerikanischen Herausforderung" mit adäquaten Mitteln zu be-

- 1) Vgl. hierzu Jörg Huffschmid, Die Politik des Kapitals. Konzentration und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik. 4. Aufl., Frankfurt/M. 1970, S.112 ff
- 2) ebenda, S.112
- 3) Straußens Haltung zur Agrarpolitik und Finanzreform ist hierfür ein bezeichnendes Beispiel; vgl. hierzu: "DER SPIEGEL" Nr. 21 vom 19.5.1969, "Herzog Silberzunge", S.36, "Der Volkswirt", a.a.O. S.12
"DER SPIEGEL" charakterisierte Straußens Haltung folgendermaßen: "Von Verstand ein Technokrat der Zukunft, bleibt er doch der Heimatpolitik tributpflichtig. Wo es zwischen diesen beiden Strauß-Hälften ein Fingerhakeln gibt, siegt mit zählenswerter Regelmäßigkeit der Heimatfreund." a.a.O., S.36

gegenen¹⁾ und um im europäischen Rahmen den Gleichstand mit den Supermächten auf dem wissenschaftlich-technischen Gebiet zu erreichen²⁾. Sie verspricht der Industrie weitere Rüstungsaufträge, welche durch eine Re-Nationalisierung und spätere Europäisierung der bisher in die USA vergebenen Rüstungsaufträge und durch eine Erhöhung des Anteils der Forschungs- und Entwicklungsaufgaben am Wehrbudget gewonnen werden sollen³⁾. Begründet wird der Wunsch nach stärkerer Bevorzugung der nationalen Rüstungsindustrie mit dem scheinbar rationalen Argument, daß die Rüstungsforschung den zivilen technologischen Standard unmittelbar befruchte⁴⁾, das nicht nur in der Bundesrepublik dazu herhalten muß, auch unsinnige Rüstungsprojekte und die Verschwendung von Steuermitteln zu rechtfertigen⁵⁾.

- 1) Strauß schreibt in seinem Vorwort zur deutschen Ausgabe von Jean-Jaques Servan-Schreibers Buch, a.a.O. S. 17 f euphorisch: "Das Buch ist aus einem echten politischen Engagement heraus entstanden. Der Verfasser fühlt sich selbst herausgefordert. Deshalb ist Die amerikanische Herausforderung nicht nur ein europäisches Buch, sondern gerade auch ein Buch für ein Frankreich auf einem besseren Wege nach Europa, ein Buch für eine politische und industrielle Gesellschaftsordnung, die vor lauter Tabus und selbstgeschaffenen Vorurteilen aus der eigenen Vergangenheit einerseits und romantischen und utopischen Zukunftsversionen andererseits, also vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr sieht. Das Buch ist ein Aufschrei gegen eine Mentalität, die dazu neigt, den Europäern gegenüber den USA die Rolle der Griechen, die der verachteten Graeculi gegenüber dem Imperium Romanum zuzuweisen. Das Buch ist ein Appell an die Europäer, die moralische Stärke der Selbstbesinnung und die heilenden Kräfte der schöpferischen Phantasie mit dem Willen zur Tat zu verbinden."
- 2) Vgl. Strauß, Interview mit "DER SPIEGEL" Nr.1/2 vom 2.1.1967, S.20
- 3) Vgl. Strauß, Herausforderung ..., a.a.O. S.165
- 4) Vgl. Zimmermann, Rüstungspolitik und Verteidigungswirtschaft, in: "Wehr und Wirtschaft", 13.Jg. Heft 1, 1.Januar 1969, S.20; Industriekurier vom 17.12.1968, Nationale Rüstung ist notwendig".
- 5) Vgl. hierzu ausführlicher unten S.229 f

Eine auf Schutz und Expansion des Kapitals hinauslaufende Außenwirtschaftspolitik und eine konservativ-reaktionäre Gesellschaftspolitik nach bayerischem Muster, die auch als "teilweiser Konsumverzicht in der Gegenwart zugunsten der Zukunftssicherung"¹⁾ verbrämt wird, stellen die sozialökonomische Dimension der Straußschen Europa-konzeption dar, die bereits im nationalen Raum praktiziert werden kann und die in der Haltung zur Frage der Aufwertung der Deutschen Mark eine spektakuläre Demonstration erlebte.

Strauß ist ein Gegner des einseitigen Zustroms amerikanischen Kapitals nach Europa und dessen Konzentration in einigen Schlüsselindustrien, wie der Erdöl-, auto- und Computerindustrie²⁾. Aber der Ruf nach größerer Unabhängigkeit bedeutet wie im außenpolitischen auch im ökonomischen Bereich "wachsende Unabhängigkeit nur i n n e r h a l b (Hervorhebung im Original) der welt-imperialistischen Allianz, jedoch nicht, weil sie zu dieser Allianz durch die Vereinigten Staaten gezwungen werden, sondern weil diese durchaus ihrem Klasseninteresse, ihrem Klassengegensatz gegenüber den nicht kapitalistischen Mächten und Bewegungen entspricht"³⁾.

1) Strauß, Herausforderung ..., a.a.O. S.165.

Im CSU-Grundsatz-Programm vom 14.12.1969 heißt es:
"Die Wirtschaft dient dazu, die materiellen Grundlagen für ein entfaltetes gesellschaftliches Leben zu schaffen und dadurch die Freiheit und Sicherheit des einzelnen und der Gemeinschaft zu mehren. O h n e eine starke und gesunde Wirtschaft sind soziale Leistungen nicht möglich.
Die Leistung der Wirtschaft ist heute und künftig auch eine Voraussetzung unserer außenpolitischen Handlungsfreiheit. Wirtschaftliche Stärke ist für die Sicherheit des Friedens nicht weniger bedeutsam als die Verteidigungskraft. O h n e eine starke und gesunde Wirtschaft sind soziale Leistungen nicht möglich."
zit. nach: CSU-Grundsatzprogramm, hrsgg. von der CSU-Landesleitung, München, Januar 1969, S.16

2) Vgl. Strauß, Interview mit "DER SPIEGEL" Nr. 1/2 vom 2.1.1967, S.22

3) Ernest Mandel, Die EWG und die Konkurrenz Europa-Amerika. Eine Antwort auf Servan-Schreibers amerikanische Herausforderung. Frankfurt 1968, S.10 Anm. 5

Nicht die Furcht, daß die Westeuropäer die Fähigkeit zur selbständigen Gestaltung ihrer nationalen Gesellschaftsordnungen infolge des wachsenden Anteils fremdbestimmten Kapitals verlieren und jede nationale oder supra-nationale staatliche Wirtschaftspolitik von den internationalen Kapitalgesellschaften unterlaufen werden kann, ist das tragende Motiv, sondern es ist die Angst, beim Kampf um Macht und Einfluß in der Weltpolitik gegenüber den Supermächten vollends ins Hintertreffen zu geraten. Dementsprechend ist die von Strauß befürwortete ökonomische Reaktion auf den amerikanischen Kapitalzufluß. Sie lautet: Mehr eigene Auslandsinvestitionen, Veränderung des bisherigen einseitigen Kapitalzuflusses in einen wechselseitigen, also Ergänzung amerikanischer Investitionen in Europa durch europäische Investitionen in Nordamerika¹⁾.

Da Europa jedoch immer noch nationalstaatlich organisiert ist und Strauß trotz des europäischen Bekenntnisses dann, wenn es um konkrete wirtschaftliche Interessen geht, noch keinesfalls das Denken in nationalstaatlichen Kategorien verlernt hat, heißt das, daß er angesichts der Stärke der Deutschen Mark und des ökonomischen Potentials, das diese Stärke bewirkt, und der krisenhaften Schwäche des englischen Pfundes und des Franc während des Zeitraumes der Großen Koalition in erster Linie an deutsche Auslandsinvestitionen dachte²⁾. Deutschland, so Strauß, habe hier einen Nachholbedarf, verursacht durch den zweimaligen Verlust des deutschen Auslandsvermögens nach den Weltkriegen³⁾. Es handele sich dabei nicht, wie

1) Vgl. Strauß, Interview mit "US News & World Report" vom 13.1.1969, S.55 f

2) Vgl. ebenda, S.55

3) Vgl. ebenda, S.55. Strauß pflegte das deutsche Nachholbedürfnis mit den folgenden Zahlen zu belegen: "Im Jahre 1913 hatte das Deutsche Reich ein Sozialprodukt von 25 Milliarden Goldmark und Direktinvestitionen im Ausland in einer Größenordnung von 14 Milliarden Goldmark. 1969 werden wir voraussichtlich ein Sozialprodukt von 570 Milliarden Mark haben, zur Zeit haben wir

es ihm der Vorsitzende der IG-Metall, Brenner, vorwarf, um DM-Imperialismus, sondern um "ein legitimes nationales Interesse an der Rückkehr Deutschlands in die Welt, um seine Funktion in der Zusammenarbeit mit anderen Staaten und Volkswirtschaften auszufüllen"¹⁾ und darum, das, was eine Politik der "Blindheit" und der "Verblendung" dem deutschen Volke genommen habe, durch eine Politik des friedlichen und unblutigen Wettbewerbs wiederzugewinnen²⁾.

Strauß verfällt dann in nationales Pathos, wenn es gilt, ökonomische Realitäten ideologisch zu verschleiern. Der Finanzminister des zweit- oder dritt wichtigsten Exportlandes der Welt, das auf allen Märkten der Erde vertreten ist, tut so, als bedeuteten erst Auslandsinvestitionen den Eintritt in den Kreis der Gleichberechtigten, wenn er betont: "Wir haben doch nicht unser Recht verspielt, auf den Weltmärkten zu erscheinen."³⁾

Ideologisch verschleiert wird die Tatsache, daß die deutsche Wirtschaft seit dem Juli 1951 wieder Aus-

Fortsetzung der Anmerkung 3 von Seite 126:

13,4 Milliarden D-Mark Direktinvestitionen im Ausland, also vielleicht bis Ende des Jahres auch 14 Milliarden. Es steht also 25 zu 14 damals und 570 zu 14 heute. Eine andere Zahl: Die Vereinigten Staaten von Amerika haben Direktinvestitionen im Ausland in einer Größenordnung von 220 Milliarden D-Mark, Großbritannien von 65 Milliarden D-Mark, Frankreich 35 Milliarden D-Mark. Unser Export beträgt an die 100 Milliarden Mark im Jahr, der amerikanische Export rund 160 Milliarden Mark im Jahr. Wenn wir also eine Relation machen, Auslandsinvestitionen zu Export, dann stehen wir 14 zu 100 und 160 zu 220; zit. nach Strauß, Interview mit "Der Volkswirt", a.a.O. S.16

- 1) FAZ vom 27.1.1969. Die FAZ zitierte in indirekter Rede aus Straußens Rede zum Abschluß der Bayerischen Unternehmertage in München am 26.1.1969, "Strauß: Schon jetzt für den Fall der Überhitzung planen".
- 2) Vgl. Strauß, Interview mit dem "Flensburger Tageblatt" vom 18.9.1969, "Die Inflationsprediger haben Unruhe und Angst erzeugt".
- 3) ebenda. Die "WELT" forderte ein Industrieimperium, "das einer Welthandelsnation würdig ist", und Hermann Josef Abs behauptete ähnlich wie Strauß, ohne Direktinvestitionen sei die Bundesrepublik "die größte Ohn-Macht der Welt"; zit. nach SPIEGEL Nr. 51 vom 15.12.1969, S.55

landsinvestitionen tätigen konnte¹⁾, diese Möglichkeit aber nur in geringerem Maße nutzte, weil sich in der BRD bis vor wenigen Jahren bessere Geschäfte machen ließen als im Ausland, weil hohe Gewinne und niedrige Kosten das deutsche Kapital im Lande hielten. Erst als 1966 die Lohnkosten der deutschen Industrie nennenswert über das Niveau der westeuropäischen Nachbarstaaten stiegen, erhöhten die deutschen Unternehmen abrupt ihre Investitionen: vom Januar bis Dezember 1966 um 50% gegenüber dem Vorjahr.

Die Entdeckung der Notwendigkeit, die deutsche Position in der Welt mittels Auslandsinvestitionen wiederherzustellen, die die Industrie nun auf einmal machte, beruhte weniger auf neu erweckten patriotischen Gefühlen als auf ganz konkreten ökonomischen Motiven, einer günstigen Rendite für Investitionen in Ländern mit niedrigerem Lohnniveau als in der BRD sowie der Möglichkeit, Arbeitskämpfe oder strengere Auflagen für den Umweltschutz durch Verlagerung der Produktion ins Ausland umgehen zu können.

Durch das von der Großen Koalition verabschiedete zweite Steueränderungsgesetz vom Juni 1969 erhielten die privaten Auslandsinvestitionen der deutschen Großindustrie ihre staatliche Sanktionierung in der Form erheblicher Steuervergünstigungen²⁾.

Unbefragt wurden die von Großmacht-Träumern und Großindustrie gemeinsam vorgebrachten Argumente für verstärkte Auslandsinvestitionen übernommen. Es wurde von

1) Zum Folgenden siehe ebenda, S.55 f

2) Das Gesetz sieht vor:

1. den Abzug der Verluste der Auslandstöchter von der Steuerschuld im Inland;
 2. die Möglichkeit, beim Erwerb von Auslandsbeteiligungen bereits in Deutschland erzielte Gewinne, die in der Bilanz als stille Reserven versteckt waren, steuerfrei zu transferieren;
 3. zusätzlich steuerfreie Reserven für eventuelle Verluste der Filialen anzulegen.
- vgl. ebenda, S. 58

ihren Befürwortern weder die Frage gestellt, ob sie volkswirtschaftlich und gesellschaftspolitisch zu verantworten sind, noch ob die Erfahrungen der USA und Großbritanniens, den Ländern mit den höchsten Auslandsinvestitionen und permanenter einheimischer Arbeitslosigkeit und enormen Zahlungsbilanzungleichgewichten nicht eher zu bedächtigem als zu forciertem Vorgehen Anlaß gäben.

Das Argument, es werde mit diesen Investitionen ein Beitrag zur Fortentwicklung der Entwicklungsländer geleistet, eignet sich nur schwer zur Rechtfertigung, denn bis Mitte 1969 waren rund drei Viertel der Investitionen in hochindustrialisierte Länder und nur ein Viertel in Entwicklungsländer geflossen¹⁾.

Zusammenfassend läßt sich feststellen: Politische Ambitionen des Straußschen außenpolitischen Konzepts und der Drang der deutschen Großindustrie, sich Stützpunkte jenseits der deutschen Grenzen zu verschaffen, ergänzen sich. Strauß erscheint als der Mann, der in der Lage ist, die außenwirtschaftliche Expansion durch eine Formierung nach innen abzusichern. Industrielles Profitstreben und nationale Großmachtaspirationen gehen - auch wenn sie schließlich in ein integriertes Europa einmünden sollen - eine Symbiose ein, die beiden Seiten Vorteile verspricht.

Es scheint nur, als ob Strauß, wie oft bei der Verfolgung von machtpolitischen Zielen, einen Denkfehler begeht. Er, der einerseits die Kluft zwischen ökonomischer

1) Vgl. ebenda, S.57 und S. 62.

Entwicklungshilfe soll nach Strauß "nach politischer Zuverlässigkeit, politischer Einstellung und wirtschaftlichen Aussichten und nicht nur nach karitativen, humanen Gesichtspunkten" vergeben werden; Strauß, Interview mit "Der Volkswirt" a.a.O. S.16

Potenz und politischer Macht beklagt, will politische Macht durch einen noch stärkeren Einsatz ökonomischer Potenz gewinnen, ohne aufzuzeigen, wo der Umschlag von Quantität in die Qualität politischer Macht geschieht. Die angebliche Diskrepanz wird offensichtlich viel stärker von bestimmten Kreisen in der BRD als im Ausland empfunden, wo keinesfalls die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit den Deutschen, wie Strauß meint, nur "aus Zweckmäßigkeit Sympathie einträgt"¹⁾, sondern die Erkenntnisse der Politischen Ökonomie geläufiger sind, die in der wirtschaftlichen Dynamik durchaus auch eine politische Dynamik sehen, so daß im Gegensatz zu dem von Strauß Erstrebten der dringliche Wunsch nach einer wieder stärker werdenden Kontrolle der wirtschaftlichen wie der politischen Macht der Bundesrepublik entstehen könnte.

Die Reaktionen im westlichen Ausland auf die Währungskrisen vom November 1968 und Mai 1969 ließen die Gefahren aufblitzen, die eine Politik des "to make the world safe for German Business"²⁾ der gesamten bundesrepublikanischen Außenpolitik bringen können.

1) Strauß, Rede vor dem CSU-Parteitag vom 12.7.1968, a.a.O.

2) "New Statesman" (London) vom 13.1.1968, S.831, "Profile: Franz Josef Strauß. The Tail Wags the Dog".

Teil III :

Die CSU unter dem Kompromißzwang der Großen Koalition.

Die Konzeption in der Auseinandersetzung mit der politischen Realität

A. Ausgangspunkt: Die Frage nach dem Status quo in Europa

1. Vorbemerkung

Nachdem trotz der deklamatorischen Aufrechterhaltung des Wiedervereinigungsanspruchs in der bundesrepublikanischen Außenpolitik der 50er Jahre die Selbstfindung der BRD als außenpolitische Handlungseinheit, die Erinnerung ihrer politischen Gleichberechtigung durch die Einbettung in das westliche Bündnis und die Teilnahme an der europäischen Integration bei gleichzeitiger politischer, ideologischer, militärischer und wirtschaftlicher Frontstellung zum kommunistischen Europa im Brennpunkt der Aufmerksamkeit gestanden hatten, brachten die Veränderungen im internationalen System für die BRD die Notwendigkeit eines Überdenkens ihrer außenpolitischen Positionen mit sich.

Die Milderung des Ost-West-Konflikts bei gleichzeitigem Aufstieg der neuen Weltmacht China, der abflauende Europa-Enthusiasmus, die amerikanische Verwicklung in einen die internationale Reputation und die innere Gesellschaftsordnung schädigenden revolutionären Krieg in Indochina, deren ursprüngliche Begründungen am Ende der Dekade ausnahmslos hinfällig geworden sind¹⁾, die gaullistische Herausforderung der amerikanischen Vorherrschaft in Europa und de Gaulles Wiederentdeckung des östlichen Europa verschoben das Interesse auf der globalpolitischen Ebene der beiden Supermächte wie auch auf der Ebene der europ-

1) Vgl. John Kenneth Galbraith, Die Lehren aus einem schlechten Jahrzehnt amerikanischer Außenpolitik, in: EA F. 5/1971, S.166

ischen Mittelmächte auf die Fragen, wie das strategische Wettrüsten eingedämmt, der Frieden sicherer gemacht werden und sich zwischen den europäischen Völkern normale friedliche Beziehungen entwickeln können, auch wenn die unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen bestehen bleiben.

Dieser Trend europäischer Politik verlief trotz der noch ungelösten Probleme und sich ablösender Phasen größerer oder geringerer Entspannungsbereitschaft ohne ihn insgesamt in sein Gegenteil verkehrende Rückschläge.

Für die BRD stellte sich damit unausweichlich die Frage, wie lange sie noch in der Lage sein würde, den Druck der Sowjetunion und ihrer osteuropäischen Verbündeten zur Anerkennung des territorialen Status quo in Europa bei gleichzeitiger Hinnahme des gegebenen Zustands durch ihre europäischen und amerikanischen Verbündeten aufzufangen und in der Frage der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als polnischer Westgrenze, der Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs und der de facto- oder de jure-Anerkennung der DDR, der Gültigkeit oder Ungültigkeit des Münchener Abkommens eine ausweichende oder eindeutig auf Revision des bestehenden Zustands hinauslaufende Politik zu verfolgen.

Die bundesrepublikanische Außenpolitik hatte am Ende der 60er Jahre zwischen einer scheinbar sicheren Politik der Positionserhaltung, wie sie sich in den 50er Jahren herausgebildet hatte und in deren Tradition die meisten der führenden westdeutschen Politiker groß geworden waren, und ihrer Einreihung in die westliche Entspannungspolitik zu wählen. Die erste Möglichkeit ließ sie zunehmend in die Gefahr geraten, ihre negative Integrationsfunktion für den Ostblock zu verewigen und im Westen als Störfaktor der Entspannungspolitik in Isolierung zu geraten. Isolierung ist dabei nicht als ein abrupt eintretendes Phänomen zu verstehen, sondern als ein allmählicher Prozeß der Ausschaltung oder der

Umgehung bei der Mitwirkung an Entscheidungen, die das Verhältnis zum gegnerischen Block betreffen, in einem fortgeschrittenen Stadium auch bei Entscheidungen, die die zukünftige Gestaltung der Ordnung des eigenen Bündnisses betreffen. Da es kaum exakt zu belegen ist, an welchem Punkt eine außenpolitische Isolierung beginnt, ist ein Streit darüber müßig, ob sich die BRD Mitte der 60er Jahre bereits in einer solchen befand oder ob sie darauf zusteuerte. Fest steht, daß sie Schwierigkeiten hatte, mit der westlichen Entspannungspolitik Schritt zu halten. Ihre Politik wirkte dieser eher entgegen.

Mit Erhards Friedensnote von Anfang 1966 und der Regierungserklärung der Großen Koalition begann eine Kurskorrektur. Ob die neu verkündete Bereitschaft, mit dem Osten ins Gespräch zu kommen, nur als Konzession auf westlichen Druck oder aber als ein ernstgemeinter Anlauf zu einer Bereinigung der europäischen Nachkriegsprobleme zu bewerten war, hing einerseits vom Entgegenkommen der Gesprächspartner im Osten, andererseits von der Selbstprüfung der BRD ab, in welchem Ausmaße sie trotz traditioneller außen- und deutschlandpolitischer Zielvorstellungen und innenpolitischer Rücksichtnahmen eine Hinnahme des territorialen Status quo in Europa würde akzeptieren können.

In der gesellschaftlichen Situation der Bundesrepublik mit ihrer Integration fast aller Gruppen der Bevölkerung in die Wählerschaft der vier im Bundestag vertretenen parlamentarisch-demokratischen Parteien CDU, CSU, SPD und FDP lag trotz des in der Rezession 1966/67 erfolgten Aufstiegs einer nationalistischen Partei wie der NPD die Entscheidung über eine radikale Überprüfung des bisherigen außenpolitischen Kurses der BRD gegenüber den osteuropäischen Staaten und der Sowjetunion bei diesen vier Parlamentsparteien, deren drei größte sich zu einer Koalition zusammengeschlossen hatten.

Über Anerkennung oder Nichtanerkennung des Status quo wurde innerhalb der Großen Koalition entschieden.

Kräfte außerhalb der Koalition hätten, wenn man die parlamentarische Mehrheit und das mobilisierbare Potential anderer gesellschaftlicher Gruppen wie etwa der Vertriebenenverbände betrachtet, eine solche Entscheidung zwar bekämpfen, sie aber niemals verhindern können. Jeder Koalitionspartner mußte, nachdem er die Formulierungen der Regierungserklärung der Großen Koalition gebilligt hatte, die Frage selbst beantworten, wie weit er bereit sein würde, die allgemein erklärte Verständigungsbereitschaft mit politischer Substanz zu erfüllen. Da der Osten die Frage des europäischen Status quo zur Schlüsselfrage für die zukünftige Entwicklung der Beziehungen gemacht hatte, führte kein Weg an ihrer Beantwortung vorbei.

Im folgenden sollen die Ausgangspositionen der CSU in der Grenzfrage, der Frage der Anerkennung der DDR, der Gültigkeit des Münchener Abkommens und der Berlinfrage skizziert werden, bevor sie dann im Teil B im Zusammenhang der Durchführung der Außenpolitik der Großen Koalition dargestellt werden.

2. Das Grenzproblem

In seiner Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 hatte Bundeskanzler Kiesinger erklärt, in weiten Schichten des deutschen Volkes bestehe der lebhafteste Wunsch nach einer Aussöhnung mit Polen, "dessen leidvolle Geschichte wir nicht vergessen haben und dessen Verlangen, endlich in einem Staatsgebiet mit gesicherten Grenzen zu leben, wir im Blick auf das gegenwärtige Schicksal unseres eigenen geteilten Volkes besser als in früheren Zeiten begreifen"¹⁾.

Dies konnte als eine de facto-Hinnahme, als "Respektierung" der Oder-Neiße-Grenze interpretiert werden, wenn

1) Regierungserklärung vom 13.12.1966, a.a.O. S.D 16

Kiesinger auch jegliche Festlegung vermied, indem er hinzufügte, daß die Grenzen eines wiedervereinigten Deutschlands "nur in einer frei vereinbarten Regelung mit einer gesamtdeutschen Regierung festgelegt" werden könnten, "einer Regelung, die die Voraussetzungen für ein von beiden Völkern gebilligtes, dauerhaftes und friedliches Verhältnis guter Nachbarschaft schaffen soll"¹⁾.

Aus Kiesingers Worten ließ sich der Schluß ziehen, daß die Bundesregierung keinen Anspruch auf Rückgabe der früheren deutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße stellte, sie aber einen Verzicht erst in einem Friedensvertrag mit einem wiedervereinigten Deutschland aussprechen würde. Das bedeutete: Ein Festhalten an der Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze wurde auch von der Regierung der Großen Koalition offiziell noch als einsetzbares Faustpfand für die Verhandlungen über eine friedensvertragliche Regelung angesehen. Allerdings war es offensichtlich, daß über den Verhandlungswert der deutschen Rechtsvorbehalte bereits erhebliche Zweifel bestanden, wie sich in der Diskussion um die Äußerungen von Außenminister Brandt auf dem Nürnberger SPD-Parteitag zeigte, als Brandt davon sprach, daß, da das deutsche Volk die Versöhnung gerade mit Polen wolle und brauche, sich die "Anerkennung bzw. Respektierung der Oder-Neiße-Linie bis zur friedensvertraglichen Regelung" ergebe.²⁾

1) ebenda, S. D 16

2) Rede Willy Brandts vor dem SPD-Parteitag in Nürnberg vom 18.3.1968, zit. nach: EA F. 8/1968, S. Z 79. Immanuel Birnbaum weist in seinem Buch: Entzweite Nachbarn. Deutsche Politik in Osteuropa, Frankfurt a.M. 1968, darauf hin, daß man in Westdeutschland etwas einseitig immer nur den Satz aus dem Potsdamer Protokoll zitiere, der die endgültige Grenzföhrung zwischen Polen und Deutschland einem Friedensvertrag vorbehält, "nicht auch den anderen, wichtigeren, der als gemeinsame Meinung aller drei großen Siegermächte festlegt, daß Polen territoriale Entschädigungen großen Ausmaßes erhalten müsse" ; ebenda, S.107 f; vgl. hierzu das Verhandlungsprotokoll der Konferenz von Potsdam, IX B, " Die Westgrenze Polens", abgedr. in: Ernst Deuerlein, Deklamation oder Ersatzfrieden? Die Konferenz von Potsdam 1945, Stuttgart 1970, S.194: "In

Für die CSU bestand das Problem, die Frage der Oder-Neiße-Grenze in ihre Europa-Konzeption zu integrieren. Da die Schaffung des europäischen Bundesstaats die absolute Priorität genießt, mußte sie ihre Haltung in der Grenzfrage so flexibel gestalten, daß sie nicht ein für die Schaffung einer bundesstaatlichen Ordnung unüberwindliches Hindernis wäre.

Die CSU geht daher von vier Prämissen aus:

- (1) Die endgültige Grenze Deutschlands kann erst mit Friedensschluß, also in einem Friedensvertrag mit einer handlungsfähigen Regierung eines vereinten Deutschland festgelegt werden¹⁾.
- (2) Sie weiß, daß diese Position selbst bei den eigenen Bundesgenossen wenig Unterstützung findet²⁾. Sie hat sich mit der gaullistischen Position abgefunden, die seit 1959 die Oder-Neiße-Grenze im Falle einer friedensvertraglichen Regelung als endgültige polnische Westgrenze anerkennen würde und die damit definitiv eine de facto-Anerkennung ausgesprochen hat³⁾.
- (3) Sie bekennt sich zum Verzicht auf Gewalt bei der Regelung der Grenzfrage⁴⁾.
- (4) Die Schaffung eines westeuropäischen Bundesstaates wird an der Grenzfrage nicht scheitern⁵⁾.

Fortsetzung der Anmerkung 2 von Seite 135:

Übereinstimmung mit der auf der Konferenz von Jalta erzielten Vereinbarung über Polen haben die drei Regierungschefs die Provisorische Polnische Regierung der Nationalen Einheit um ihre Ansicht zum Gebietszuwachs im Norden und Westen, den Polen erhalten sollte, gesucht. ... Die drei Regierungschefs bekräftigten ihre Auffassung, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedensregelung zurückgestellt werden sollte." Strittig war, in welchem Umfange Polen deutsches Territorium erhalten, nicht aber, ob dies überhaupt geschehen sollte. Vgl. hierzu Deuerlein, ebenda, S. 101 ff, S. 122 ff, S. 147 f, S. 149

1) Vgl. Strauß, Interview mit dem ZDF vom 11.5.1967, "Deutschlandgespräch", S.8

2) Vgl. ebenda, S.12

3) Vgl. Guttenberg, Interview mit der "Stuttgarter Zeitung" vom 12.7.1967; Stücklen, "Harmonie und Mißklang", in: "Abendzeitung" vom 15.9.1967

Diese Prämissen spiegeln die Grundtendenz der bundesrepublikanischen Außenpolitik wider, nationale Aspirationen und europäische Integration zu einer Synthese zu bringen. Sie vernachlässigen dabei zwei Aspekte des Problems. Der eine ist die Tatsache, daß Äußerungen wie: "Die selbstverständliche nationale Würde und unser Rechtsgefühl verlangen es, daß wir um jeden Meter dieses Landes (jenseits von Oder und Neiße; der Verf.) zäh ringen mit allen rechtlichen, moralischen und politischen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen" ¹⁾, nicht nur bei den Vertriebenen Widerhall finden, an deren Adresse sie gerichtet sind und dort illusionäre Wünsche wachhalten, die unter den gegebenen politischen Verhältnissen in Europa ohne einen Krieg niemals werden befriedigt werden können, sondern daß sie auch bei den Nationen gehört werden können, mit denen sich die BRD zu einer größeren politischen Einheit zusammenschließen möchte. Damit gewinnen Forderungen oder Versprechen, die unter innenpolitischen, partei- oder wahltaktischen Gesichtspunkten vorgetragen werden, eine unmittelbar außenpolitische Dimension. Denn sie sind geeignet, den Einigungsprozeß direkt in Gefahr zu bringen, weil - wie an anderer Stelle schon dargestellt wurde - die Neigung der Westeuropäer wie auch der Amerikaner, sich zum Werkzeug einer deutschen Irredenta machen zu lassen, gering ist.

Der zweite von der CSU vernachlässigte Aspekt ist die Sorge Polens um die Garantie seines gegenwärtigen territorialen Besitzstandes ²⁾. Es mußte in polnischen

Anmerkung 4 von Seite 136:

4) Strauß a.a.O. S.8

5) Vgl. ders., Interview mit dem "SPIEGEL" Nr. 1/2 vom 2.1. 1967, S. 31

1) ders., Die große Mission der Vertriebenen, in: "Der europäische Osten", Heft 123, Juni 1965, S.328

2) Vgl. hierzu: Georg Bluhm, Die Oder-Neiße-Linie in der deutschen Außenpolitik. Freiburg 1963, S.114 ff

Ohren wie purer Zynismus klingen, wenn die den polnischen Lebensnotwendigkeiten offen zuwiderlaufende Aufrechterhaltung deutscher Territorialansprüche¹⁾ von der CSU mit dem Argument begründet wurde, einseitige Verzichtserweiterungen keineswegs den deutschen außenpolitischen Handlungsspielraum, sondern könnten eher das Mißtrauen der polnischen Nachbarn verstärken, da es gerade dem polnischen Volke angesichts seiner leidvollen Geschichte unverständlich sei, wenn andere Völker grundlos Rechtspositionen aufgäben²⁾.

Konsequent und konstruktiv versuchte nur einer die Grenzfrage in die Straußsche Europakonzeption einzubauen und diese damit aus ihrer Verewigung des Blöckeantagonismus zu lösen. Es war Straußens außenpolitischer Berater Klaus Bloemer, der bezweifelte, daß die Grenze eines wiedervereinigten Deutschlands mit dem polnischen Nachbarn nur in einem Friedensvertrag legalisiert werden könne. Bloemer schlug vor: "Vielmehr sollten wir mit dem prinzipiellen Bekenntnis zu einer deutschen Zweistaatenlösung in Europa die polnische Westgrenze an Oder und Neiße mit dem Zusatz anerkennen, daß wir in diesem Akt eine Zwischenregelung auf dem Weg zum Abbau von Staatsgrenzen überhaupt sehen."³⁾ Doch kein CSU-Politiker identifizierte sich öffentlich mit diesen vom bisherigen Pfad der Tugend abweichenden Vorstellungen, auch wenn sie eine durchaus konsequente Fortentwicklung des Straußschen Europakonzepts darstellten. Bloemer selbst war wenige Monate, nachdem er diese Gedanken in der Öffentlichkeit vorgetragen hatte, aus dem Dienst der CSU entlassen.

1) Vgl. ebenda, S.126

2) Vgl. CSU-Arbeitskreis: Deutschland- und Ostpolitik, abgedr. in: BK vom 6.4.1968. Für den Abgeordneten Becher bedeutet die Aufgabe von Rechtspositionen nicht nur, daß das "Rechtsgut" des deutschen Volkes, sondern auch das unserer östlichen Nachbarn fortgeworfen wird, "ohne etwas einzuhandeln"; vgl. BTagsDeb. vom 14.3. 1968, Stenogr.Ber., 5.Wp., 160. S., S.8352

3) Klaus Bloemer, Die DDR muß mit in die Partie, in: "DER SPIEGEL" vom 15.7.1968, S.26 (Auszug aus einem Artikel in der Wiener Tageszeitung "Die Presse")

3. Die Anerkennung der DDR

Die offizielle Position in der Frage der Anerkennung der DDR ist eindeutig:

Eine nationalstaatliche Restauration des Deutschen Reiches ist aussichtslos. Die deutschen Wiedervereinigungsforderungen auf der Basis nationalstaatlicher Souveränität sollen fallengelassen und das deutsche nationale Anliegen in die Mitgliedschaft einer europäischen Föderation eingebracht werden.¹⁾

Deutschland darf aber nicht bereit sein, auf sein Selbstbestimmungsrecht zu verzichten²⁾. Der Anspruch auf Alleinvertretung der Nation durch die BRD ist im "elementaren Recht der Selbstbestimmung" verankert³⁾. Er schließt die Anerkennung der DDR "in irgendeiner Form" aus⁴⁾.

Da es das vorrangigste Ziel der sowjetischen Außenpolitik in Europa ist, die westliche Anerkennung der DDR zu erlangen und damit die Teilung Deutschlands zu einem unabänderlichen Faktum werden zu lassen, muß die "Ein-Deutschland-Politik" der CDU/CSU-geführten Bundesregierungen unter Adenauer und Erhard fortgesetzt werden⁵⁾.

Auf die Hallstein-Doktrin ist "im Grunde" nicht zu verzichten, da sie die "logische und nicht zu beseitigende Konsequenz unserer Ein-Deutschland-Politik" ist⁶⁾. Sie ist jedoch flexibel und den "jeweiligen Zeitverhältnissen sich anpassend" auszulegen⁷⁾.

1) Vgl. Strauß, Herausforderung ..., a.a.O. S.130

2) Vgl. ebenda, S.130

3) Vgl. Strauß, Rede vor der CSU-Landesversammlung vom 8.10.1966, a.a.O. S.31

4) Vgl. Strauß, Die nächsten Aufgaben der deutschen Politik, in: "Bonner Rundschau" vom 30.11.1966; ders. in: "Welt am Sonntag" vom 3.9.1967

5) Vgl. Guttenberg, Braucht Deutschland eine neue Außenpolitik?, a.a.O. S. 17 f

6) ebenda, S.17

7) Vgl. Strauß, Interview mit "DER SPIEGEL" Nr. 36 vom 1.9.1969, S.29; ders., Interview mit dem DFS vom 8.9.1968, a.a.O. S.6

Ein Gewaltverzichtsabkommen, das auch die DDR einschloesse, wurde auch von der CSU unter der Voraussetzung zumindest für denkbar gehalten, daß die Form der Gewaltverzichtsvereinbarung keine völkerrechtliche Anerkennung der DDR als zweiten deutschen Staat beinhalte¹⁾).

Dieser Skizze der parteioffiziellen Haltung steht auch hier eine Außenseiterposition gegenüber, die die Anerkennungsproblematik durch eine logische Fortsetzung der Straußschen Europakonzeption aufzulösen versuchte oder - anders herum betrachtet - die das für die Verwirklichung der Europakonzeption schwerwiegende Hemmnis der Nichtanerkennung der als Folge der deutschen Kriegsniederlage entstandenen Zweistaatlichkeit aus dem Wege zu räumen suchte.

Es ist dies auch in diesem Falle die Position Klaus Bloemers, der sie in der Frage des Verhältnisses zur DDR ebenso konsequent vertrat wie in der Frage der Oder-Neiße-Grenze. Nach Bloemers eigener Bekundung hat ein Teil der CSU-Führungsspitze, zumindest Strauß und Stücklen²⁾, eine Zeitlang seiner Position inoffiziell nicht fern gestanden.

Bloemers Vorstellungen verliefen konträr zur bisherigen Ein-Deutschland-Politik, die , in den europäischen Zusammenhang gebracht, die Germanisierung der europäischen Frage bedeutet. Wenn man aber von der Hypothese ausgeht, daß eine Lösung der europäischen Probleme eine "Europäisierung der deutschen Frage" voraussetzt, dann kann dies nach Bloemer nur "auf der Grundlage von zwei deutschen Staaten gelingen, die gleichzeitig als Vorgriff auf eine umfassende europäische Gemeinschafts-

1) Vgl. Guttenberg, Interview mit dem Deutschlandfunk vom 11.2.1968, S. 4 f

2) So sagte Bloemer laut "SPIEGEL" Nr. 29 vom 15.7.1968, S.26 über Strauß: "In Deutschlandfragen stimmen wir weitestgehend überein". Vgl. auch ders., Das schwarz-weiß-rote Jahr der CDU/CSU, in: "Vorwärts" Nr. 39 vom 25.9.1969

lösung zu verstehen ist ..."¹⁾. Die Politik der BRD müsse von dem Bestreben geleitet sein, in der DDR eine Entwicklung zur Selbständigkeit zu fördern, wie sie 1968 in der CSSR und früher schon in Jugoslawien in Gang gekommen sei. Das Ziel der Selbstbestimmung sollte daher nicht zur Vorbedingung für eine Zustimmung zur deutschen Zweistaatlichkeit gemacht, "sondern als ein Ziel gesehen werden, das mit Hilfe einer deutschen Zweistaatenlösung erreicht werden soll"²⁾.

Doch Bloemer war nicht die CSU, sondern als Berater des Landesvorsitzenden und der CDU/CSU-Fraktion ein Außen-seiter ohne eigene parteipolitische Basis. Auch wenn seine Denkmodelle in den Führungszirkeln mit Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen wurden und intern Zustimmung erhalten haben mögen³⁾, so waren doch die Kräfte stärker, die allenfalls eine taktische Variation der bisherigen Deutschland- und Ostpolitik zulassen wollten. Die offizielle Parteilinie in der Ost- und Deutschlandpolitik wurde, wie nachzuweisen sein wird, von Bloemers ketzerischen Gedanken wenig beeinflusst, Bloemer selbst der Parteiräson geopfert, indem er zunächst seines Postens als Berater der CDU/CSU-Fraktion und schließlich auch als Berater von Strauß im Dienste der Münchener CSU-Landesleitung entoben wurde⁴⁾.

1) ders., in: "Die Presse", zit. nach a.a.O. S.26

2) ebenda; vgl. auch Bloemer, Ohne die DDR geht es nicht. Der Hauptmangel unserer Ostpolitik, in: "DIE ZEIT" Nr. 38 vom 20.9.1968

3) Daß Bloemers in "Die Presse" dargelegte Gedanken in der CDU/CSU nicht von vornherein allgemeiner Ablehnung verfielen, geht aus der DKK vom 9.8.1968 hervor. Es heißt dort: "Politiker, die Bloemers Gedankengängen positiv gegenüberstehen, fragen, warum sich mit der Zone nicht eines Tages ein ebenso gutes Verhältnis anbahnen ließe wie mit Österreich. Niemand stoße sich daran, daß Österreich völkerrechtlich Ausland sei. Gedankengänge dieser Art sind in Bonn mehr anzutreffen, als es nach außen hin scheint."

4) Vgl. SZ vom 30.1.1969. Bloemer trat im September 1969 zur SPD über; vgl. SZ vom 12.9.1969

4. Das Münchener Abkommen

Das unter Androhung von Gewalt zustande gekommene Münchener Abkommen sei nicht mehr gültig, hatte Bundeskanzler Kiesinger in seiner Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966¹⁾ erklärt, gleichwohl beständen noch Probleme zwischen der BRD und der CSSR, die einer Lösung bedürften, wie zum Beispiel das des Staatsangehörigkeitsrechts²⁾.

"Nicht mehr gültig" würde heißen, daß das Abkommen einmal völkerrechtliche Gültigkeit besessen hat, es aber zu einem bestimmten Zeitpunkt, etwa bei Hitlers gewaltsamer Besetzung der "Resttschechei", seine Gültigkeit verloren hätte. Es würde aber auch heißen, daß die Bundesrepublik darauf verzichtet, Rechtsansprüche anzumelden, die auf dem Abkommen beruhen. Dieser Verzicht wird allerdings durch das Bemühen eingeschränkt, dem früheren sudetendeutschen Volksteil seine durch das Abkommen gesicherten Staatszugehörigkeitsrechte sowie andere von Kiesinger nicht näher bezeichneten Rechtstitel zu erhalten.

Dies läßt den Umkehrschluß zu, daß die Bundesregierung für den Fall einer vertraglichen Regelung mit der CSSR, die in dieser Hinsicht den Bedürfnissen der aus der CSSR vertriebenen Sudetendeutschen Rechnung trüge, möglicherweise bereit war, der von den tschechoslowakischen Nachkriegsregierungen immer wieder verlangten Annullierung des Münchener Abkommens ex tunc zuzustimmen.

Es gibt relativ wenige offizielle Äußerungen der CSU-Führungsspitze zum Münchener Abkommen. Strauß bezeichnete vor den bayerischen Landtagswahlen im Oktober 1966 das Abkommen als ein "völkerrechtlich absolut gültiges Dokument"³⁾, dessen Annullierung "von Anfang an" unrecht wäre und darum auch niemals Gegenstand politisch-takti-

1) Vgl. a.a.O. S. D 16

2) Vgl. ebenda; S. D 16

3) zit. nach SZ vom 20.10.1966, "Strauß: Münchener Abkommen gültig"

scher Überlegungen sein könne¹⁾. Allerdings fand trotz dieser barschen Zurückweisung tschechoslowakischer Forderungen, der zu diesem Zeitpunkt eine wichtige innenpolitische Funktion zukam, was die Gewinnung sudetendeutscher Stimmen in der bayerischen Landtagswahl vom Herbst 1966 anbetraf, die von Kiesinger gegebene Interpretation die Duldung der CSU. Auffällig ist jedoch die Zurückhaltung der CSU-Sprecher zu diesem Fragenkomplex, wenn man einmal von Walter Becher absieht, der als leiter der sudetendeutscher Vertriebenenfunktionär und ab Februar 1968 als Sprecher der sudetendeutschen Landsmannschaft in diesen Funktionen wiederholt die Rechtsgültigkeit des Münchener Abkommens betont und entschieden jede Annullierung abgelehnt hat²⁾.

Da es im Zeitraum der Großen Koalition zu keinen deutsch-tschechoslowakischen Verhandlungen kam, die sich mit den aus dem Münchener Abkommen resultierenden Problemen befaßten³⁾, fiel es der CSU leicht, ihre Position in der Schwebe zu lassen und auf eine eindeutige Festlegung zu verzichten. Es war ihr so möglich, einerseits die Regie-

1) Vgl. ebenda

2) Vgl. Walter Becher, Leserbrief an die FAZ vom 8.9. 1966, "Das Münchner Abkommen annullieren?" ; ders., "Münchner Abkommen nicht dramatisieren", hektograph. Umdruck des Presseref. der CSU-Landesgruppe vom 23. 1. 1967; ders., Die böhmische Tragödie. Die Zukunft der verratenen Sudetendeutschen. Auszüge aus seiner Rede vor der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft am 26. 10. 1968 in München, abgedr. in: Deutsche National-Zeitung und Soldatenzeitung vom 15. 11. 1968; vgl. auch sein Interview mit den DDR-Journalisten Heynowski und Scheumann, abgedr. in: Heynowski und Scheumann: Der Präsident im Exil, Berlin (Ost) 1969. Zu den näheren Umständen dieses Interviews das auch im tschechoslowakischen Fernsehen gesendet wurde und der Invasion der CSSR nachträglich zur Rechtfertigung dienen konnte, vgl. auch: SZ vom 18.8.1969, "Walter Becher Hauptfigur eines in Prag gezeigten Fernsehfilms"; SZ vom 20.8.1969, "Becher zu Prager Fernsehfilm: Ich habe kein Interview gegeben" ; "DER SPIEGEL" Nr. 36 vom 1.9.1969, S.178, Otto Köhler, "Große Enttäuschung".

3) In den Verhandlungen über ein Handelsabkommen blieb dieser Komplex ausgeklammert.

nungserklärung zu tolerieren¹⁾ und beiläufig festzustellen: "Mit den Tschechen haben wir keine Probleme"²⁾ und andererseits Becher ungehindert agieren zu lassen. Bei aller Doppelgesichtigkeit ihrer Position aber war sie immer darauf bedacht, auch diesen Baustein der Nichtanerkennung des europäischen Status quo solange in der Hand zu behalten, wie er dazu dienen kann, eine Revision der europäischen Verhältnisse zumindest theoretisch offenzuhalten.

5. Das Berlinproblem

Die Berlinfrage nimmt im Verhältnis zu den zuvor erörterten Elementen des Status quo insofern eine Sonderstellung ein, als sie mehr als zwei Millionen Menschen betrifft, die in einer direkten Verbindung zum Rechts-, Wirtschafts- und Finanzsystem der Bundesrepublik stehen und sich unter Berücksichtigung gewisser juristischer Kautelen als Teil des bundesrepublikanischen Staatsvolks verstehen. Konzessionen an die Sowjetunion oder die DDR, die an der Substanz der westlichen Berlin-Position zehren würden, wurden und werden von keiner der im Bundestag vertretenen Parteien als denkbar angesehen.

West-Berlin ist der Ort, an dem ein vorrangiges westliches Interesse an der Erhaltung des Status quo besteht, denn dieser garantiert auch die gewachsenen politischen Bindungen der Stadt an die BRD.

Solange man davon ausgeht, daß sich grundsätzlich an der Situation der Stadt, wie sie sich in der Nachkriegszeit entwickelt hatte, in absehbarer Zukunft nichts

1) Vgl. Guttenberg, Interview mit "Moderne Welt", 9. Jg. Heft 2/1968, "Europäische Selbstbehauptung", S.121

2) Strauß, Interview mit "DER SPIEGEL" Nr. 36 vom 1.9. 1969, "Man soll die Hoffnung nie aufgeben", S.29

ändern wird, muß eine westliche Politik, die den europäischen Status quo anerkennt, diesen in eine direkte Beziehung zur Berlinfrage setzen. Das bedeutet, daß darauf gedrungen werden muß, die um der europäischen Entspannung willen erforderliche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, der deutschen Zweistaatlichkeit und die Annullierung des Münchener Abkommens von östlicher Seite mit der Anerkennung der westlichen Rechte in Berlin zu beantworten, um wiederum im Interesse der Entspannung zu einer Regelung zu kommen, die die Lebensfähigkeit der Stadt durch unbehinderten Zugang und die Anerkennung der Zugehörigkeit zum Rechts-, Wirtschafts- und Finanzsystem der BRD gewährleistet.

Gemäß diesen Überlegungen stellte sich der deutschen Politik die Aufgabe, Standfestigkeit hinsichtlich der für die Lebensfähigkeit der Stadt elementaren Bedingungen zu bewahren, gleichzeitig aber darauf hinzuarbeiten, eine Berlin-Regelung überhaupt erst einmal negotiabel zu machen, die schließlich für beide Seiten akzeptabel sein könnte.

Klaus Bloemer hat einmal die inneren Gefahren beim Namen genannt, die Berlin mehr drohen als die östlichen Behinderungen und die Angriffe gegen den Status der Stadt: "Aushöhlung und Verödung"¹⁾. Er forderte auf, eine vertragliche Regelung zwischen den beiden deutschen Staaten über West-Berlin mit einer ergänzenden Viermächteabsprache auf der Grundlage der Anerkennung des Status quo durch die BRD zu suchen²⁾.

1) Bloemer, Ohne die DDR geht es nicht, a.a.O.

2) Vgl. ebenda

Die spärlichen Aussagen der CSU über die Zukunft Berlins stehen in einem augenfälligen Kontrast zur Fülle ihrer Visionen über die europäische Zukunft. Die Phantasie, die die Partei bei der Schilderung der Notwendigkeit einer europäischen Föderation und Westeuropas künftiger Rolle in der Weltpolitik befügelte, ließ sie immer dann im Stich, wenn es um eine Stellungnahme zur künftigen Rolle Berlins ging, welche selten genug abgegeben wurde¹⁾.

In seiner Londoner Rede vom 17. Juni 1966 entwarf Strauß eine offensive Berlin-Lösung, die er mit seinem Europakonzept verband. Er plädierte dafür, daß West-Berlin ebenso wie die Bundesrepublik Teil einer west-europäischen Konföderation werden solle. Auf diese Weise ließe sich die West-Berliner Position stärker absichern und für eine europäische Vorwärtspolitik nutzen. Gleichzeitig sollten der Stadt gesamteuropäische Funktionen übertragen werden; sie könnte zu einer Stadt der "europäischen Begegnung" werden, zu einem Zentrum wirtschaftlicher und kultureller Kontakte, zu einem Umschlagplatz zwischen West- und Osteuropa ausgebaut werden. Er hielt es für möglich, daß Berlin dann "ein 'shopping center' europäischer wirtschaftlicher Expansion nach Osteuropa" werden könne und daß die physische Verbindung der "Insel" mit dem "Festland" Westeuropa sich enger und sicherer gestalten ließe, als dies durch die Drei-Mächte-Garantie und den innerdeutschen Handel der Fall sei. Der Westen gewänne allein durch eine westeuropäische Kooperation bei den wirtschaftlichen Beziehungen zu Ost-Berlin ein nicht zu unterschätzendes Druckmittel²⁾.

1) Im Zeitraum der Großen Koalition konnten unter den vom Verfasser gesichteten Quellen nur zehn gefunden werden, die sich mit der Berlinfrage befaßten, vier davon stammen von Bloemer, zwei von Strauß. Damit ist nicht gesagt, daß die Mitglieder der CSU-Führungsspitze nicht öfter dazu Stellung nahmen, da die Quellenerfassung keinen Anspruch auf absolute Vollständigkeit erhebt. Die Zahlen sind dennoch nicht ohne Aussagewert, wenn man sie z.B. in Relation zur Zahl der erfaßten Primärquellen setzt, die sich mit dem Atomwaffensperrvertrag befaßten und die für den Untersuchungszeitraum 70 betrug.

2) Vgl. Strauß, Londoner Rede vom 17.6.1966, abgedr. in: EA F. 15/1966, S. D 403

Es ist nicht schwer, den Kardinalfehler dieses Planes zu entdecken, der darin besteht, daß die östlichen Interessen wieder einmal als *quantité négligeable* gewertet werden, so als hinge das Schicksal Berlins allein vom westlichen Wollen ab, als hätten westliche wirtschaftliche Pressionen den Osten jemals von der Verfolgung seiner politischen Ziele abhalten können, als könne man eine Stadt gegen den Willen derjenigen, die das letzte Wort darüber zu sprechen haben, ob sich Westen und Osten in ihr begegnen, zu einer Stätte der "europäischen Begegnung" ausbauen.

Der Vorschlag zielte an den politischen Realitäten vorbei. Er war der zum Scheitern verurteilte Versuch, unter Umgehung der Status quo-Frage ausgerechnet Berlin, jenes labile Gebilde des Status quo, zum Drehpunkt einer offensiven Veränderung des Status quo durch Hineinwirken nach Osteuropa zu machen. Diese 17.Juni-Gedenkreden-Illusion wurde auch von der CSU nicht weiterverfolgt.

Im Zeitraum der Großen Koalition beschränkte sich die CSU auf das Halten der bestehenden westlichen Positionen, auf die Vereitelung der östlichen Drei-Staaten-Pläne und auf die juristische Durchsetzung der Berlin-Klausel in den Handelsabkommen mit den sozialistischen Staaten¹⁾, was nichts anderes bedeutet als das Bemühen, eine Verschlechterung des Status quo in Berlin zu westlichen Ungunsten zu verhindern.

Die CSU entwickelte keine eigene realistische und zukunftsweisende Berlin-Konzeption. Ihre Position war trotz Straußens Londoner Vorschläge defensiv. Sie unternahm, von Bloemer abgesehen, keinen Versuch, eine Verbindung zwischen Anerkennung des Status quo und Sicherung der Stadt herzustellen. Da sie die Anerkennung des Status

1) Vgl. Guttenberg, Interview mit der "Welt am Sonntag" vom 31. 3. 1968

quo kategorisch ablehnt, kann sie logischerweise nicht zu der Konsequenz gelangen, daß die einzige wirklich dauerhafte, von beiden Seiten akzeptierte Sicherung der Stadt, die die permanente Kriegsgefahr beseitigt, jene sein könnte, die über ein mit der Anerkennung des Status quo entstehendes Entspannungsklima zu einer Verhandlungsregelung gelangt.

B. Priorität : Sicherheitspolitik

1. Der Kampf gegen den Atomwaffensperrvertrag

1.1. Vorbemerkung

Ein die Große Koalition von Beginn an in ihrem Bestand bedrohendes Element der internationalen Politik war der "Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen" oder Atomwaffensperrvertrag, wie er in der Diskussion genannt wurde, vom 1. Juli 1968¹⁾. In dem Vertrag, der seit dem Herbst 1966, als die USA und die Sowjetunion während der UNO-Vollversammlung in New York zu einer Annäherung ihrer Standpunkte in den entscheidenden Fragen gelangten, im Mittelpunkt des Interesses der internationalen Politik stand, sah die CSU ihre Bedenken gegen die amerikanisch-sowjetische Kooperation bestätigt und wesentliche Elemente ihrer Europa-Konzeption durchkreuzt.

Dementsprechend heftig, polemisch, großenteils unsachlich und nationalistisch-demagogisch war ihre Auseinandersetzung mit dem Vertrag selbst, aber vor allem auch mit dem Koalitionspartner SPD, der trotz mancher Bedenken und konkreter Änderungswünsche in Detailfragen sich relativ früh zu einer Unterschrift unter einen Vertrag bekannte, den er in seinem Kern begrüßte und gegen den sich zu stellen er wegen der Gefahr der außenpolitischen Isolierung der BRD für ausgeschlossen hielt.

In der nachfolgenden Untersuchung der Haltung der CSU zum Vertrag sollen zwei Dinge dargestellt werden:

- (1) die Argumente, die die Partei gegen den Vertrag vorgebracht hat, wobei zu unterscheiden wäre zwischen Argumenten, die j e d e vertragliche Regelung der Nichtverbreitung von Atomwaffen treffen würden und

1) Englischer und deutscher Wortlaut des Textes sind abgedruckt in: EA F. 14/1968, S. D 321 ff. Die CSU nannte ihn gewöhnlich, sicher nicht ohne polemische Absicht, "Atomsperrvertrag".

solchen, die sich gegen Detailfragen der verschiedenen Entwürfe und des schließlich beschlossenen Vertrags richteten;

- (2) die historische Entwicklung der Vertragsdiskussion innerhalb der Großen Koalition und die Frage, wie weit sich die CSU mit ihrer Haltung bis zum Wahltag am 28. September 1969 durchsetzte.

1.2. Die Argumente gegen den Atomwaffensperrvertrag

In seiner Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 sagte Bundeskanzler Kiesinger: "Die deutsche Regierung tritt daher für eine konsequente und wirksame Friedenspolitik ein, durch die politische Spannungen beseitigt und das Wettrüsten eingedämmt werden. Wir werden an Vorschlägen zur Rüstungskontrolle, Rüstungsminderung und Abrüstung mitarbeiten. Die Bundesrepublik hat gegenüber ihren Bündnispartnern auf die Herstellung von Atomwaffen verzichtet und sich entsprechenden internationalen Kontrollen unterworfen. Wir streben keine nationale Verfügungsgewalt über Atomwaffen und keinen nationalen Besitz an solchen Waffen an."¹⁾

Ohne daß Kiesinger den Atomwaffensperrvertrag erwähnte, der in diesen Tagen dank der Annäherung der sowjetischen und amerikanischen Positionen zum ersten Male konkrete Gestalt annahm²⁾, bejahte er doch die grundsätzlichen Ziele des geplanten Vertrags, vermied es aber, die künftige Haltung der Bundesregierung zu dem Abkommen vor einer Kenntnis der Texte zu präjudizieren.

Bei dem Stand der Verhandlungen konnte im Dezember 1966 eine verbindliche Aussage über eine deutsche Unterschrift unter das Abkommen in der Tat weder Gegenstand der Regierungserklärung noch des Koalitionsvertrags sein. Aus Kiesingers Worten mußte aber geschlossen werden, daß die Regierung die Ziele des Vertrags grundsätzlich billigen würde. Es war daher unbillig, wenn Strauß, als die

1) zit. nach EA F. 1/1967, S. D 15

2) Ausführlicher hierzu: Jürgen Diesel, Die Verhandlungen über den Kernwaffensperrvertrag seit Herbst 1966, in: EA F. 8/1968, S.295 f

Unterschrift unter den Vertrag zur Diskussion stand, sich darauf berief, daß der Vertrag nicht Gegenstand der Regierungserklärung oder der Koalitionsvereinbarung gewesen sei¹⁾, weil eine solche Festlegung zu diesem Zeitpunkt wegen der Unkenntnis seines Inhalts hatte noch gar nicht erfolgen können.

Kiesingers Worte waren nicht mehr als eine Absichtserklärung, sich positiv gegenüber Rüstungskontroll- und Abrüstungsmaßnahmen auch auf atomarem Gebiet zu verhalten, aber auch nicht weniger. Sie sind in ihrer Allgemeinheit ebensowenig als Beleg für eine Entschlossenheit der Bundesregierung, jede Form eines Abkommens über die Nichtverbreitung von Atomwaffen zu unterschreiben, zu werten wie für das Gegenteil. Sie waren offen für die politischen Entwicklungen, die die nächste Zeit bringen sollte.

Im Gegensatz zu dieser abwägenden und abwartenden Haltung, die sich in der Regierungserklärung ausdrückte und die der heiklen Situation der Bundesrepublik in der internationalen Politik Rechnung trug, begann die CSU sogleich mit dem Bekanntwerden des Entwurfs für die Artikel I und II im Februar 1967 im Bündnis mit den Zeitungen des Springer-Konzerns und dem Altbundeskanzler Konrad Adenauer²⁾ mit einer breit angelegten politisch-publizistischen Kampagne gegen den Vertrag, die einmal stärker, einmal schwächer und mit wechselnden Argumenten das Koalitionsbündnis bis zu seinem Ende im Herbst 1969 begleiten sollte.

Die von der CSU vorgebrachten Argumente gegen den Vertrag, für den Strauß niemals eine dem Sinne nach positivere Wertung fand, als daß er seine Ziele begrüße, aber

-
- 1) Vgl. "Welt am Sonntag" vom 13.4.1969, "Woche in Bonn"
 - 2) Vor seiner Spanienreise erklärte Adenauer, die Amerikaner legten mit dem Vertrag "die Kontrolle der gesamten europäischen Wirtschaft in die Hände der Sowjetunion". Bei Staatschef Franco sagte er: "Ich hoffe, daß die Bundesrepublik nicht ihr Todesurteil unterschreibt.", zit. nach: "DER SPIEGEL" Nr. 10 vom 27.2. 1967, S.17

außerordentlich skeptisch hinsichtlich seiner Wirksamkeit sei¹⁾, lassen sich im wesentlichen in vier Gruppen scheiden.

Die erste Gruppe richtet sich gegen die Verfestigung der weltpolitischen Bipolarität und die Verewigung der Teilung in Nuklearmächte und Nicht-Nuklearmächte oder, um Straußens Definition der Souveränität wieder aufzugreifen, in Nationen mit "echter" und solche mit "Protokoll-Souveränität".

Die zweite Gruppe zielt gegen die Sowjetunion. Der Vertrag wird als ein Mittel sowjetischer Deutschlandpolitik gesehen, wozu auch Kossygins Äußerung, ihn interessiere nur die Unterschrift der Bundesrepublik und das sowjetische Beharren auf der Weitergeltung der sogenannten Feindstaatenklauseln 53 und 107 der UN-Charta beigetragen haben. Die weltweite Bedeutung und Auswirkung des Vertrags wird so auf eine germanozentrische Sicht reduziert.

Zur dritten Gruppe zählen die Argumente, die in dem Vertrag ein Instrument zur Verhinderung des Aufbaus eines starken geeinigten Europas und zur Zerstörung der NATO sehen.

Die Argumente der vierten Gruppe richten sich vor allem gegen die möglichen wirtschaftlich-technischen Folgen der Vertragsauflagen, insbesondere der Kontrollvorschriften.

Die vier Argumentgruppen sollen im folgenden dargestellt und analysiert werden.

1) Vgl. Strauß, Interview mit "Deutsche Welle" vom 15. 10. 1967, S.2

1.2.1. Argumente gegen den allgemeinen Charakter des Vertrags

Die die CSU bestimmende Haltung gegenüber dem Ver-¹⁾trag war schon durch grundsätzliche Äußerungen Gutttenbergs und Straußens vor der Gründung der Großen Koalition deutlich geworden. So legte Strauß in einem Rundfunkinterview mit dem WDR am 22. März 1966 seine prinzipiellen Bedenken dar: "Ich bin neulich gefragt worden von amerikanischen und englischen Freunden: 'was verlangt denn ihr, welche Regelungen und welche Zustimmungen und welche Garantien wollt ihr denn haben?' Meine Antwort hieß: 'Das ist nicht unsere Sache. Wir wollen ja gar nichts von euch. Wir wollen nur die Fortsetzung des bisherigen Zustandes und seine organische Weiterentwicklung. Aber ihr wollt...eine Unterschrift, die die Welt endgültig teilen soll zwischen nuklearen Mächten, die damit einen geschlossenen Klub darstellen, und nicht-nuklearen Mächten, die dann von dem Schutz der nuklearen Verbündeten bzw. der Friedfertigkeit der nuklearen Mächte auf der anderen Seite auf Gedeih und Verderb abhängen. Wenn ihr unsere Unterschrift wollt, dann müßt ihr uns was anbieten. Dann müßt ihr sagen, wie weit ihr zu gehen bereit seid, welche institutionellen Lösungen und welche Garantien und welche Kautelen usw. ihr gebt.'" ²⁾

Wir wissen aus der Darstellung der Straußschen Konzeption, daß für ihn die volle Gleichberechtigung der Bundesrepublik erst gegeben ist, wenn zunächst eine Form der Mitverfügung und schließlich auch des Mitbesitzes von Atomwaffen in einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft realisiert worden ist - und dies möglichst schon vor der Vollendung eines europäischen Bundesstaates. Der Vertrag

1) Vgl. Gutttenbergs Leserbrief an "The Times" vom 19.10. 1965 sowie seinen Aufsatz : "Die grundlegenden Probleme der NATO", in: "Wehrkunde", XV. Jg., Heft 4, April 1966, S.176 ff

2) Strauß, Interview mit WDR vom 22.3.1966, S.4

aber würde einen britisch-französischen Nuklearpool als funktionales Integrationsinstrument, aus dem schließlich ein europäischer Bundesstaat hervorgehen soll, nicht gestatten, obwohl er andererseits die europäische Option offenläßt, die besagt, daß die Ausstattung eines europäischen Bundesstaats mit Kernwaffen als Sukzession der bestehenden britischen und französischen Kernstreitmächte und nicht als Proliferation betrachtet werden würde.

"Organischer Weiterentwicklung" des bisherigen Zustands schiebt der Vertrag einen Riegel vor, denn an der bisherigen Einteilung in Nukleare und Nicht-Nukleare soll durch ihn zumindest in dem Sinne nichts geändert werden, als der Kreis der Atomwaffenbesitzer nicht vergrößert werden soll.

Die "organische Weiterentwicklung", von der Strauß spricht, würde die klare Scheidung zwischen Nuklear- und Nicht-Nuklearmächten verwischen und eine dritte Gruppe von "Halbnuklearen" schaffen, nämlich solchen Staaten, die zwar keine rein nationale Atomstreitmacht besäßen, wohl aber zumindest bei den auf ihrem Territorium befindlichen Atomwaffen eines Nuklearpools wie des von Strauß vorgeschlagenen britisch-französischen ein erheblich größeres Mitspracherecht hätten, als es der McNamara-Ausschuß beispielsweise für die nukleare Planung der NATO vorsieht. Die Folge wäre eine Dezentralisierung der Nuklearstrategie. Das Streben danach folgt, wie an anderer Stelle schon ausgeführt wurde, weniger militärischer Logik als politischem Prestigeverlangen¹⁾, denn es scheint ein Axiom der CSU-Politik zu sein, die Bundesrepublik um jeden Preis an den "atomaren Drücker" heranzubringen, ohne abzuwägen, ob der Gewinn an politischem Prestige, den der Mitbesitz von Atomwaffen angeblich bringt, jemals das Mißtrauen, das den deutschen Absichten entgegengebracht wird, aufwiegt.

1) Vgl. oben S. 99 ff

Doch wenn solche Überlegungen für die Argumentation der CSU überhaupt eine Rolle gespielt haben, dann ist es nur eine marginale gewesen. So wurde auch die verbale Be-
teuerung, daß die CSU den humanitären Sinn des Vertrages bejahe und auch der Ansicht sei, daß eine ungehinderte und ungehemmte Ausbreitung von Atomwaffen über die Welt nichts Gutes bringen könne, dadurch wieder aufgewogen, daß im gleichen Atemzug vorgebracht wurde, daß die Gleich-
behandlung vermißt werde¹⁾.

Die Forderung nach Gleichbehandlung bezieht sich kei-
neswegs ausschließlich auf das Problem der Kontrollen, wo
tatsächlich alle kernwaffenlosen Staaten aus Gründen des
internationalen Wettbewerbs darauf dringen mußten, daß
für sie keine "Belastung oder Benachteiligung"²⁾ bei der
Nutzung der friedlichen Atomenergie gegenüber den Atom-
mächten eintritt, sondern sie bezieht sich auf Gleichbe-
handlung hinsichtlich "Leistungen, Verzicht und Opfer"³⁾, die
der Vertrag bindend tatsächlich nur den Nichtatomaren ab-
verlangt.

Nun sind gewiß die Atommächte nicht im Besitz einer
höheren Moralität als die Nicht-Nuklearen. Vielmehr beruht
ihr Besitz auf der durch den Ausgang des Zweiten Welt-
krieges gegebenen globalen Machtverteilung und auf ihrem
wirtschaftlichen wie wissenschaftlich-technischen Potential.
Die Forderung nach Gleichbehandlung ist daher im Prinzip

- 1) So Friedrich Zimmermann vor dem Bundestag. Stenogr.
Berichte, 5. Wp. 106. S. vom 27.4.1967, S. 4962
- 2) Denkschrift der deutschen Bundesregierung vom 7.4.1967
an die Mitglieder des Genfer 18-Mächte-Abrüstungsaus-
schusses, abgedr. in: EA F. 14/1967, S. D 335
- 3) Zimmermann, a.a.O. S. 4962

eine durchaus berechnete.

Diese Gleichbehandlung könnte es theoretisch in zweierlei Weise geben:

- daß die Nicht-Nuklearen, die vom Standpunkt der Moral aus eine ebenso große oder geringe Berechnung zum Besitz von Nuklearwaffen wie die Nuklearmächte haben, ihrerseits Nuklearwaffen herstellen und erwerben, ohne von irgendjemandem daran gehindert zu werden,
- oder aber, daß auch die Nuklearmächte dem bisherigen (freiwilligen oder erzwungenen) Verzicht der Nicht-Nuklearen folgen und ihrerseits mit der nuklearen Abrüstung beginnen.

Die erste Möglichkeit ist zwar denkbar, obgleich das wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Potential vorerst nur den sogenannten Schwellenmächten diesen Schritt gestatten würde, aber sie ist nicht wünschbar, sie ist eine geradezu apokalyptische Vision. Denn das gegenwärtige militärische Gleichgewicht und ein größtmöglicher Schutz vor der Auslösung eines Atomkrieges durch Zufall kann nur erhalten werden, solange ihm eine Rationalität innewohnt, solange Potential und Absichten eines Gegners kalkulierbar sind. Dies aber ist nur der Fall, wenn die Kontrolle über Atomwaffen in der Hand weniger Mächte liegt. Je größer die Zahl von Atomwaffenbesitzern wird, desto mehr verliert das System an Rationalität, desto größer wird die Gefahr eines atomaren Krieges, der an der Peripherie ausbricht und globale Ausmaße erreicht¹⁾.

So bleibt die zweite Möglichkeit der nuklearen Abrüstung auch der Nuklearmächte. Die Mächte, die aus Gründen der Stabilisierung des Friedens auf eigene Atomwaffen ver-

1) Vgl. hierzu den Vortrag des ehemaligen amerikanischen stellvertretenden Außenministers George W. Ball an der John-Hopkins-Universität am 3. Mai 1967 über "Atom-macht und Außenpolitik"; abgedr. in: EA F.14/1967, S. D 335 ff

zichten, fordern mit vollem Recht, daß die Großen ihren eigenen Beitrag zur Stabilität des Friedens und zur Beendigung des Wettrüstens leisten.

Aber jeder, der die in einer Abrüstungsdiskussion auftauchenden Probleme einigermaßen kennt - und das ist bei jedem der führenden CSU-Politiker vorauszusetzen -, weiß, von welcher ungeheurer Komplexität das Abrüstungsproblem ist und daß selbst bei gutem Willen aller Verhandlungspartner sich Verhandlungen über Jahre hinziehen können¹⁾.

So kann eine von den Nicht-Nuklearen gegenüber den Atomwaffenbesitzern vorgebrachte realistische Forderung nur sein, daß diese sich verpflichten, ihrerseits mit Verhandlungen über die nukleare Abrüstung zu beginnen²⁾. Diese aber zur Voraussetzung des Atomwaffensperrvertrages zu machen, würde bedeuten, daß sich die Zahl der Atomwaffenbesitzer vergrößern könnte, während man über eine nukleare Abrüstung verhandelt³⁾. Das wiederum würde das Problem praktisch unlösbar machen.

Was aber bedeutet es, wenn Strauß vor der CSU-Landesversammlung im Juli 1968 sagt: "Wir begrüßen mit aller Leidenschaft, wenn ernsthafte Ansätze zu einer wirklichen Abrüstung und nicht zu einer Abrüstungsfiktion unternommen werden. Wir sind auch bereit, Vorleistungen auf diesem Gebiet zuzustimmen, wenn mit der Vorleistung die Nach-

- 1) Vgl. hierzu aus der Fülle der Literatur: Fritz Vilmar, Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus. Frankfurt a.M. 1969; Dieter Senghaas, Abschreckung und Frieden. Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit. Frankfurt a.M. 1969
- 2) Die Präambel des Atomwaffensperrvertrages enthält eine Absichtserklärung in diese Richtung: "... in der Absicht, zum frühestmöglichen Zeitpunkt die Beendigung des nuklearen Wettrüstens herbeizuführen und auf die nukleare Abrüstung gerichtete wirksame Maßnahmen zu ergreifen" ; a.a.O. S. D 322
- 3) Vgl. auch: Theo Sommer, Verkehrsregeln für den Rüstungswettlauf, in: "Moderne Welt", 10. Jg. 1969, Heft 4, S.346-360

leistung u n t r e n n b a r (Hervorhebung der Verf.)
verbunden und nicht nur als hohle ~~Phrase~~ in die Welt ge-
setzt wird, um Vorleistungen zu erreichen. Und wenn
deshalb der Nichtverbreitungsvertrag der glaubhafte An-
fang einer weltweiten Abrüstung, der Ansatz zu einem
Abbau der nuklearen Potentiale, der Ansatz zum Aufbau
einer Kontrollorganisation würde, dann wären wir ohne
kleinliche Bedenken leidenschaftlichste Anhänger einer
Sofortunterschrift."¹⁾

Strauß war sechs Jahre Verteidigungsminister, unter
seiner Ägide wurde die Bundesrepublik in die Nuklear-
strategie der NATO integriert und die Bundeswehr mit
Atomwaffenträgern ausgestattet. Daher dürfte er wie kaum
ein anderer Politiker der Bundesrepublik auch um die Pro-
bleme der Abrüstung wissen. Wenn er nun scheinbar naiv
eine deutsche Bereitschaft, einem Vertrag über die Nicht-
verbreitung von Atomwaffen beizutreten, von einem Junktim
zwischen dem Vertrag und dem Beginn nuklearer Abrüstung
abhängig macht, kann man bei Kenntnis seiner Nuklearkon-
zeption dies nur als einen Versuch der Verschleierung
seiner grundsätzlichen Ablehnung des Vertrages interpre-
tieren, den er und seine Partei für unvereinbar mit ih-
rer Konzeption halten, weil er der Bundesrepublik die
nukleare Teilhabe vor der Schaffung eines vorerst noch
fiktiven europäischen Bundesstaats verwehrt. Damit bleibt
die Bundesrepublik vom Standpunkt einer nuklearen Presti-
gepolitik aus gesehen, eine Nation zweiter oder dritter
Klasse.-----

1) Strauß vor der CSU-Landesversammlung vom 12./13.7.1968,
abgedr. in: BK-Dokumentation vom 20.7.1968; vgl. auch
ähnlich Max Schulze-Vorberg in der "CSU-Correspondenz"
vom 10.2.1967: "Der in Genf ausgehandelte Vertrag dient
der atomaren Abrüstung leider nicht. Daran könnte auch
eine wohlformulierte Präambel nichts ändern." Schulze-
Vorberg hielt dennoch die deutsche Unterschrift für
möglich, "wenn er (der Vertrag, der Verf.) 'dritten
Staaten' die reine zivile Beteiligung an der Atom-
forschung nicht versagt, ihre Wissenschaft und Wirt-
schaft nicht abschnürt."; ebenda

Daß es hier mehr um das Prestige als um die Sicherheit geht, läßt sich durch zwei Dinge belegen. Erstens wird die Sicherheit der Bundesrepublik militärisch ja nicht durch ein nationales Verteidigungspotential, sondern durch die Strategie der NATO und den amerikanischen Nuklearschild garantiert. Eine deutsche physische Beteiligung an einer Nuklearstreitmacht würde, solange das Bündnis besteht, ihren Abschreckungswert nicht erhöhen.

Zweitens, wenn eine europäische Atomstreitmacht gegründet würde, ohne daß die Rüstungsaufwendungen erheblich erhöht würden, könnte diese Streitmacht kaum mehr als ein minimales Abschreckungspotential (minimum deterrent) sein, das nach Ansicht eines amerikanischen Experten als "eine selbstmörderische Bedrohung der Städte eines potentiellen Gegners" ein ziemlich stumpfes Instrument ist¹⁾. Ein wirkliches Abschreckungspotential gegenüber einer Nuklearmacht vom Range der Sowjetunion würde die Fähigkeit zum zweiten Schlag erfordern (second-strike-capability). Damit aber wären die europäischen Staaten im Zeitalter der Anti-Raketenraketen (ABMs) in die Spirale des nuklearen Wettrüstens eingetreten, das bei steigenden Kosten kein Mehr an Sicherheit bringt. Nach der Schätzung von James Schlesinger aus dem Jahre 1967 würde der Aufbau ins Gewicht fallender und ernst zu nehmender Streitkräfte für den zweiten Schlag zur "sichergestellten Zerstörung" (assured destruction) sowjetischer Ziele beim Aufbau eines nationalen Potentials jährliche Kosten in Höhe von 4 - 5 Milliarden Dollar über eine Periode von 10 bis 15 Jahren betragen²⁾. Die Kosten für eine europäische

1) James R. Schlesinger, Die Verbreitung von Kernwaffen. Möglichkeiten und Grenzen der Eindämmung der Proliferation, in: EA F. 14/1967, S.480

2) ebenda, S.483

Atomstreitmacht dieser Qualität lassen sich gewiß nicht durch eine Addition der potentiellen Kosten für den Aufbau einer der Mitgliedzahl entsprechenden Zahl nationaler Potentiale errechnen, dürften aber auch erheblich über den Kosten liegen, die der Ausbau beispielsweise der französischen "force de frappe" allein zu einer Streitmacht für den zweiten Schlag erfordern würde.

Wenn man unterstellt, daß die CSU in das Wettrüsten nicht einsteigen will - obgleich es Belege gibt, die in diese Richtung deuten ¹⁾ -, läßt auch eine solche Überlegung den Schluß zu, daß für sie die Beteiligung an einer minimalen Abschreckungsstreitmacht europäischen Zuschnitts mehr eine Frage des Prestiges als der konkreten Sicherheitszwecke ist.

Die vorstehende Beurteilung der grundsätzlichen Haltung der Partei zum Vertrag wird gestützt durch die Rigidität der Ablehnung, auch nachdem zahlreiche Verbesserungen des ersten Entwurfs auf deutsche Einwände hin vorgenommen worden waren.

Alle von der Partei vorgebrachten, Teilfragen betreffende, Argumente wären bei einer grundsätzlichen Gegnerschaft als taktisch zu verstehen, um die Reaktionen im In- und Ausland bei einer offenen Ablehnung zu dämpfen, obgleich die CSU in dieser Hinsicht zu keinen großen Rücksichtnahmen bereit war.

1.2.2. Der Vertrag als Bestandteil der sowjetischen Deutschlandpolitik

Die zweite Gruppe von Argumenten betrachtet den Vertrag als Teil einer großangelegten sowjetischen Strategie gegen Europa im allgemeinen und die BRD im besonderen.

1) Vgl. z.B. Guttenberg im Südwestfunk am 16.10.1966 sowie in jüngster Zeit Erwägungen von Zimmermann hinsichtlich eines europäischen ABM-Systems, vgl. unten S. 171 f

Schon während der Diskussion über das Teststoppabkommen von 1963 war das Argument vorgebracht worden, der gleichzeitige Beitritt der BRD und der DDR zu einem internationalen Vertrag würde die Aufwertung der DDR als Völkerrechtssubjekt bedeuten. Strauß wiederholte es Anfang 1966¹⁾. Es blieb dann jedoch während der Großen Koalition außerhalb der öffentlichen Debatte, denn es wäre auch mit dem Briefwechsel Stoph-Kiesinger und dem weitergehenden Verhandlungsangebot zwischen den beiden deutschen Staaten, welche auch eine Form der Aufwertung bedeuteten, nur schlecht zu vereinbaren gewesen.

Umso stärker betonte die CSU, daß der Vertrag in Washington und Moskau mit ganz unterschiedlichen Interpretationen verbunden werde²⁾, daß bei den Amerikanern manchmal "eine große idealistische" oder "naive Komponente"³⁾ im Spiel sei, die sie mit dem Atomwaffensperrvertrag auf den großen Ausgleich mit der Sowjetunion hin, auf die Erhaltung des Status quo in Europa und auf freie Hand für ihre asiatischen Probleme zielen lasse⁴⁾.

Demgegenüber stehe die klare Zielsetzung der Sowjetunion, für die Ministerpräsident Kossygin wiederholt erklärt habe, ihn interessiere nur die deutsche Unterschrift,

-
- 1) Strauß in einem Interview mit dem WDR vom 3.1.1966, S.2: "Bei dem wesentlich weitergehenderen und bedeutenderen Vertrag über eine Nichtverbreitung von Atomwaffen würde die Unterschrift der Zone als eines sog. selbständigen souveränen Staates, d.h. eines Völkerrechtssubjekts, eine gravierende Bedeutung bekommen."
 - 2) Vgl. Strauß, Deutschlandgespräch in ZDF am 11.5.1967, S.6
 - 3) Friedrich Zimmermann, Interview mit der Bonner Rundschau vom 19.2.1967: "Atomsperrvertrag bringt Industriespionage"
 - 4) Vgl. ebenda. Die Aufzählung enthält wenig Hinweise auf die Naivität oder den Idealismus der Amerikaner in ihrer weltpolitischen Zielsetzung. Zimmermann verbreitet ein Klischee amerikanischer Außenpolitik, das sich seit der Ära Wilson hartnäckig hält, aber nur wenigen Phasen amerikanischer Außenpolitik je gerecht geworden ist.

die Deutschen müßten unterschreiben, ob sie wollten oder nicht. Somit sei die sowjetische Zielrichtung "ganz 1)
klar: Sie ist ein Stück sowjetischer Deutschlandpolitik."

Mithin errichten die USA und die Sowjetunion die Kriegskoalition noch einmal, wenn auch mit unterschiedlichen Absichten. Das Wort "Jalta" symbolisiert ebenso wie der noch kräftigere Straußsche Begriff "Versailles von kosmischen Ausmaßen" 2) die deutsche Situation angesichts des Vertrages, wobei sich die Amerikaner ähnlich wie in Jalta von den Sowjets überspielen lassen. So jedenfalls deutet Marcel Hepp, Berater von Strauß und als geschäftsführender Herausgeber des Bayernkuriers publizistische Speerspitze der Partei 3) gegen den Vertrag die Situation in seinem Buch "Der Atomsperrvertrag" 4).

Er schreibt: "Immerhin, den Sowjets sei noch zugestanden, daß sie sich wenigstens im Sinne ihrer Propaganda konsequent verhalten. Seit dem Kriegsende waren sie keinen Augenblick von ihren permanenten Deklamationen über das gefährliche Deutschland abgewichen. Sie strapazierten den Kairo von Jalta bis heute. Indes hat sich der westliche Teil Deutschlands wirtschaftlich +) vom Jalta-Image entfernt, daß der Kreml gerne jede günstige Gelegenheit ergreifen wird, die Errungenschaften dieser Bundesrepublik auf den Status des Jahres Null zurückzuschrauben. Da Morgenthau's Geist es war, der damals herrschte, charakterisierte Adenauer das zweite Jalta zu Recht als 'Morgenthau-Plan im Quadrat'. Wenn die USA den Sow-

1) ebenda.

2) zzt. nach: Marcel Hepp, Deutschland Nation dritter Klasse, in: BK vom 22.6.1968

3) Seit dem 6.5. 1967, als Hepps erster regelmäßiger Beitrag im Bayernkurier erschien, bis zum Wahltag am 28.9.1969 wurden allein 26 Beiträge Hepps in Leitartikeln gezählt, die sich nahezu ausschließlich mit dem Atomwaffensperrvertrag befaßten.

4) Marcel Hepp, Der Atomsperrvertrag. Die Supermächte verteilen die Welt. Stuttgart 1968

+) und politisch so weit

jets erneut ihre Hand boten: warum sollten sie nicht dafür sorgen, daß dieses Land im Herzen Europas vierundzwanzig Jahre nach dem Weltkrieg II diesen zum zweiten Mal verliert?"¹⁾

Als Bestätigung ihres Argwohns wertete die CSU den mit der sowjetischen Veröffentlichung des deutsch-sowjetischen Notenwechsels zum Thema Gewaltverzicht offensichtlich werdenden sowjetischen Standpunkt, daß der Sowjetunion auf Grund des Potsdamer Abkommens und der Artikel 53 und 107 der UNO-Charta, den sogenannten Feindstaatenklauseln, auch nach dem Abschluß eines deutsch-sowjetischen Gewaltverzichtsvertrages noch ein Interventionsrecht in der Bundesrepublik zustehe²⁾.

Die CSU wies diese "Anmaßung von Interventionsrechten"³⁾ schärfstens zurück, benutzte sie aber gleichzeitig als Argument gegen den Atomwaffensperrvertrag. Denn das der Sowjetunion aus dem Potsdamer Abkommen und der UNO-Charta tatsächlich formaljuristisch zustehende, politisch aber längst überholte und durch den NATO-Vertrag konterkarierte Interventionsrecht stütze ihre Behauptung, der ganze Vertrag sei auf die Bundesrepublik zugeschnitten, deren "Diskriminierung und Bedrohung"⁴⁾ er zu dienen habe.

Dabei mußte die CSU mit der Interventionsdrohung eine Schaukelpolitik treiben. Sie hatte sie einerseits hochzuspielen, um sie als öffentlichkeitswirksames Instrument zur Vertragsablehnung einzusetzen, obgleich

1) ebenda, S. 52

2) Vgl. den Notenwechsel zwischen der Bundesregierung und der sowjetischen Regierung zwischen dem 12.10. 1967 und dem 5.7.1968, abgedr. in: EA F.16/1968, S. D 363 ff

3) Guttenberg, Atomsperrvertrag. Worum geht es wirklich? in: "Deutsches Monatsblatt" Nr. 2, 1969

4) Resolution der CSU-Landesversammlung vom 12./13.7. 1968, abgedr. in: "BK-Dokumentation" vom 20.7.1968

sie den Zusammenhang zwischen Atomwaffensperrvertrag und Interventionsklauseln nicht leicht darstellen konnte. So mußte Guttenberg zugeben, daß mit der Unterschrift unter den Atomwaffensperrvertrag der sowjetische Rechtstitel keinesfalls existent würde¹⁾.

Sie durfte andererseits die politische Bedeutung des Interventionsrechtes wiederum nicht zu sehr hochspielen, weil sonst der Eindruck hätte entstehen können, sie akzeptiere das als Anmaßung empfundene Recht. Sie geriet so in eine gewisse Zwickmühle. Denn sie stellte einen nicht konkret belegbaren Zusammenhang zwischen dem Atomwaffensperrvertrag und den Feindstaatenklauseln her²⁾, der sich gerade nach der Intervention in der CSSR als Mittel zur Mobilisierung alter deutscher Kommunistenfurcht und damit hervorragend als Argument gegen den Vertrag ausbeuten ließ, mußte aber gleichzeitig die Verbindlichkeit des sowjetischen Rechtstitels bestreiten, der erst durch die eigene Propaganda zu einer vermeintlich realen Bedrohung aufgepumpt worden war. Die Westmächte hatten bekanntlich ihrerseits im Sommer 1968 noch einmal betont, daß die Feindstaatenklauseln obsolet seien, womit eindeutig klargestellt war, daß eine einseitige sowjetische Intervention trotz eines vermeintlichen oder auch realen sowjetischen Rechtstitels wie bisher als Aggression gegen einen Teil des westlichen Lagers und damit als eindeutiger Bündnisfall gewertet werden würde.

Den tatsächlichen konkreten Zusammenhang zwischen den Feindstaatenklauseln und einer Unterschrift unter den Atomwaffensperrvertrag hat die CSU nie aufzeigen können.

1) Vgl. Guttenberg, Interview mit "DER SPIEGEL" Nr.7 vom 10.2.1969: "Am Text des Vertrags ist nichts mehr zu ändern", S.62

2) So sagte Guttenberg in dem oben genannten "SPIEGEL"-Interview reichlich vage: "Worum es geht, ist die Gefahr des politischen Hantierens mit diesen angeblichen Rechtstiteln durch die Sowjetunion im Zusammenhang mit den Verpflichtungen des Sperrvertrags." Auf die Frage, was er mit "Hantieren" meine, entgegnete er: "Sowjetische Drohungen und Diffamierungen", ebenda, S.62

Daraus kann der Schluß gezogen werden, daß auch dieses Argument weniger konkreten Befürchtungen entsprang, als daß es vielmehr der Verschleierung der grundsätzlichen Gegnerschaft gegen den Vertrag dienen sollte. Zur Mobilisierung einer breiten Gegnerschaft gegen den Vertrag aber erschienen die Feindstaatenklauseln besonders nach der tschechoslowakischen Krise wegen der damit verbundenen Emotionen hervorragend geeignet, konnte man doch nun argumentieren, daß die Freiheit des deutschen Volkes nach der Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages weitgehend von Sicherheitserklärungen der Sowjetunion abhängig wäre¹⁾.

1.2.3. Die Bedrohung der NATO-Allianz und des west-europäischen Einigungsprozesses

Die dritte Gruppe von Argumenten richtete sich gegen eine Gefährdung der Atlantischen Allianz und des europäischen Weges zur Selbständigkeit gegenüber den Weltmächten.

Die Zukunft der NATO liegt nach Auffassung der CSU bekanntlich darin, daß sich die europäische Abhängigkeit von den USA zu einer wahren und gleichberechtigten Partnerschaft wandelt, die auf der Interdependenz eines mächtigen einigen Europas und der mächtigen Vereinigten Staaten beruht.

Da die Sowjetunion nicht willens sei, ihre eigenen Verbündeten mit Atomwaffen auszustatten, bedeute die amerikanische Unterschrift unter den Vertrag nichts anderes als eine "schwere selbstaufgelegte Einschränkung ihrer Freiheit, das Tempo einer europäischen Teilhabe an einer

1) Vgl. ebenda, S.62; vgl. im Gegensatz dazu die gelassene Beurteilung durch Außenminister Brandt in der Bundestagsdebatte vom 26.9.1968, Stenogr. Berichte, 5.Wp., 186. S., S. 10114

gemeinsamen Verteidigungsstreitmacht zu bestimmen¹⁾. Ein Ost-West-Abkommen könnte aus diesem Grunde gerade diese wünschenswerte Entwicklung innerhalb des Bündnisses verhindern und das Konzept der Interdependenz bedeutungslos machen²⁾.

Die CSU befürchtet, der Vertrag könnte die von ihr angestrebte Entwicklung einer europäischen Verteidigungsstreitmacht einschließlich einer gemeinsamen Atomstreitmacht versperren. Die Entwicklung einer europäischen Atommacht unter europäischer und nicht unter amerikanischer Autorität im Rahmen der NATO und im Bündnis mit den USA, hat die CSU von jeher für eine wünschenswertere und auch realistischere Regelung gehalten, als es eine atlantische Atommacht unter atlantischer Souveränität sein könnte³⁾, und hat daher die MLF-Pläne und ihre britische Version einer ANF immer entschieden abgelehnt, weil sie das die Verhältnisse in der NATO bestimmende fundamentale Ungleichgewicht zwischen Amerika und Europa nicht beseitigt hätten.

Gerade die Lösung, von der sich die CSU das Ende des Ungleichgewichts und Europas Rückkehr in die Machtpolitik verspricht, wird ihrer Ansicht nach durch den Atomwaffensperrvertrag verhindert mit der Folge, daß Europa "auf unabsehbare Zeit zum Objekt der nichteuropäischen Atomgiganten" wird⁴⁾, wenn es dem Vertragswerk zustimmt.

Der notwendige Prozeß der Verselbständigung Europas von der Vormundschaft der USA ist ohne eine europäische Atomstreitmacht für die CSU undenkbar, und dieses fortbestehende Abhängigkeitsverhältnis läßt eine europäische Selbstständigkeitspolitik gegenüber der kontinentalen Vormacht Sowjetunion nicht zu.

1) Guttenberg, Brief an "THE TIMES" vom 24.9.1965

2) Vgl. ebenda

3) Vgl. Guttenberg, Die grundlegenden Probleme der NATO, in: "Wehrkunde", XV. Jg., Heft 4, April 1966, S.178

4) ebenda, S.178

Eine westeuropäische Gemeinschaftspolitik auf dem Fundament der deutsch-französischen Partnerschaft hielt sie daher "zur Verbesserung unserer Verteidigungsposition, zu einer Verstärkung unserer eigenen Sicherheit im Rahmen der westlichen Allianz, zur Erarbeitung eines strategischen Konzepts, das den operativen Erfordernissen dieses Raumes entspricht"¹⁾, für erforderlich.

Mit dem Atomwaffensperrvertrag aber hat nach den Worten Richard Stücklens die Sowjetunion "ein Werkzeug ²⁾ zur Unterbindung der europäischen Einigungsbestrebungen" in die Hand bekommen. Diese Behauptung erweist sich als gegenstandslos, wenn man bedenkt, daß sich alle bisherigen europäischen Einigungsbestrebungen gegen den unterschiedenen Willen der Sowjetunion entwickelt haben. Er verhindert die europäische Einigung nur, wenn man von der Prämisse ausgeht, daß der Aufbau einer europäischen Atomstreitmacht nicht Folge, sondern Voraussetzung einer europäischen föderativen Einigung zu sein habe.

Nimmt man die "europäische Option", d.h. das Recht eines vereinigten Europas, in Sukzession der bisherigen nationalen europäischen Atomstreitmächte eine in Einklang mit den Bestimmungen des Atomwaffensperrvertrages stehende gemeinsame Atomstreitmacht zu unterhalten, bereits vor der Schaffung eines Bundesstaates mit Zentralgewalt in Anspruch, wie es die CSU tut³⁾, dann wird in

1) Stücklen in der Bundestagsdebatte vom 26.9.1968, Stenogr.Berichte, 5.Wp., 186. S. vom 26.9.1968, S.10118

2) ebenda, S.10119

3) Vgl. Zimmermann in der Bundestagsdebatte vom 14.3.1968, a.a.O. S. 8321: "Der Atomsperrvertrag, den die beiden Weltmächte ausgehandelt haben, richtet sich leider auch gegen ein eigenständiges Europa, weil die von uns gewünschte europäische Option nach dem vorliegenden Entwurf ausgeschlossen scheint." Die FAZ vom 19.3.1968 schrieb: "In jüngsten Bonner Beratungen hat sich vielmehr der Wunsch ergeben, zumindest über die Frage der 'europäischen Option' nochmals mit den Amerikanern zu verhandeln. Dabei soll ganz entschieden auf einer Interpretation des Vertragstextes durch

der Tat die europäische Einigung durch den Vertrag und auch durch die westlichen Interpretationen unmöglich gemacht.

Vergleicht man die Position der CSU mit den Äußerungen des amerikanischen Außenministers vor dem Außenpolitischen Ausschuß des Senats, so ist eine deutliche Diskrepanz festzustellen. Nach den Worten Rusk's würde der Vertrag die Rechtsnachfolge "eines neuen föderierten europäischen Staates in den Nuklearstatus eines seiner schon vorher vorhandenen Bestandteile nicht ausschließen"¹⁾.

Aber dieser föderierte europäische Staat müßte einige ganz konkrete Bedingungen erfüllen, nämlich er "müßte die Kontrolle über alle Aufgaben im Bereich seiner äußeren Sicherheit ausüben, einschließlich der Verteidigung und aller die äußere Sicherheit betreffenden außenpolitischen Angelegenheiten, brauchte aber nicht so zentralisiert zu sein, daß er sämtliche Regierungsaufgaben übernehme"²⁾.

Dies würde trotz der Einschränkung, daß der Bundesstaat noch nicht alle Aufgaben übernommen zu haben brauch-

Fortsetzung der Anmerkung 3) von Seite 167 :

die amerikanische Regierung bestanden werden, die die Bildung einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft unter Einfluß von Atomwaffen ermöglichen würde, noch ehe ein regelrechter europäischer Bundesstaat begründet wäre (Hervorh. vom Verf.)... Jedenfalls will die Bundesregierung, nicht zuletzt unter Einfluß von Bundesfinanzminister Strauss, auf solcher Abklärung bestehen. Von dieser wird auch ihre letzte Entscheidung über die Unterschrift unter den umstrittenen Vertrag abhängen. Der Bundeskanzler macht sich das zu eigen." Ähnlich auch Zimmermann im WDR am 22.3.1968, S.1: "Ich halte für außerordentlich schwerwiegend, daß nach meiner Meinung die europäische Option, nämlich das Zusammenwachsen Europas, das sich ja auch und gerade auf diesem Gebiet vollziehen müßte, durch den Vertrag verhindert wird."

1) Dean Rusk vor dem Außenpolitischen Ausschuß des amerikanischen Senats am 10.7.1968, abgedr.in: EA F.1/1970, S.D5

2) ebenda; ähnlich vgl. Erklärung des Staatsmin. im brit. Foreign Office, Frederick W. Mulley, vor dem Unterhaus am 8.7.1968, ebenda, S.4

te, eine weitgehende Vollendung des europäischen Einigungsprozesses voraussetzen, vor allem natürlich eine im Bereich der Außen- und Verteidigungspolitik bereits vorhandene Exekutive.

Eine solche Auslegung des Vertrags - und sie ist bindend - muß auf die entschiedene Opposition der CSU stoßen, die bei ihrer Vorstellung bleibt, daß gerade eine weitgehende atomare Zusammenarbeit der Weg zu einer weiteren Einigung Westeuropas wäre. Da diese Vorstellung in der Konzeption der CSU beinahe den Rang eines Glaubenssatzes einnimmt, konnte die Zusicherung der europäischen Option nach der Schaffung des Bundesstaats sie von ihrer grundsätzlichen Opposition gegen den Vertrag nicht abbringen.

Äußerst zweifelhaft ist, ob die Partei mit ihren Vorstellungen, von der Unterstützung durch Gruppen ihrer Schwesterpartei abgesehen, in Westeuropa jemals positive Resonanz gehabt hat. Denn die beiden Partner, auf die es bei einer so weitgehenden nuklearen Kooperation, wie sie der CSU vorschwebt, ankommt, Frankreich und Großbritannien, zeigten bisher wenig Neigung, diesen Weg, der ihre Handlungsfreiheit beschneiden würde, mitzugehen.

Auch nach der Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages durch die Großmächte mit Ausnahme Frankreichs und Chinas forderte die CSU noch die Zusammenlegung der nationalen Atomrüstungen Frankreichs und Großbritanniens. Diese sollten den Kern für eine europäische Atomstreitmacht bilden, an deren Ausbau und Fortentwicklung die anderen europäischen Staaten sich in geeigneter Form beteiligen könnten¹⁾. Aus diesem Anfangsschritt heraus müßte sich Strauß zufolge dann die zentrale Gemeinschaftsautorität entwickeln, auf die der Einsatzbefehl aus der nationalen Verfügungsgewalt übergehen würde.²⁾

1) Vgl. Strauß, Londoner Rede vom 19.5.1969, a.a.O. S.24

2) Vgl. ebenda

Überlegungen dieser Art versuchen nicht nur die durch den Atomwaffensperrvertrag eingeräumte europäische Option umzukehren, sondern auch die bisherigen Entwicklungstendenzen der westeuropäischen Einigung zu ignorieren. Wie sollten Frankreich, das ein Gegner jeder seine politisch-militärische Handlungsfreiheit einschränkenden Integration ist, und Großbritannien, das aus seiner Abneigung gegen die politische Integration nie einen Hehl gemacht hat, ausgerechnet auf dem Gebiet, auf dem die nationalstaatlichen Souveränitätsrechte am eifersüchtigsten geschützt werden, nicht nur sich zur Kooperation zusammenfinden, sondern darüber hinaus beim wohl kompliziertesten Problem politischer Zusammenarbeit zum "spill-over", zur gemeinsamen bundesstaatlichen Autorität gelangen? Auf diese Frage hat die CSU nie eine grundlegende Antwort zu geben auch nur versucht.

Wären am europäischen Horizont Zeichen für eine solche Bereitschaft Großbritanniens und Frankreichs sichtbar gewesen, dann hätte dieses Argument gegen den Vertrag ernst genommen werden müssen. Da diese Zeichen aber fehlten und als ernstzunehmende realistische Initiative auch in Zukunft wohl fehlen werden, ist das Argument, der Atomwaffensperrvertrag verhindere die europäische Einigung, ein Argument, das auf völlig unrealistischen Voraussetzungen aufbaut. Die Stagnation des europäischen Einigungsprozesses ist auch ohne den Atomwaffensperrvertrag ein Faktum¹⁾. Der Versuch, den mangelnden politischen Willen, aber auch die objektiven Schwierigkeiten mit Hilfe der institutionellen Lösung zu überwinden, hat sich als illusorisch erwiesen. Wenn der politische Wille fehlt

1) Die Aufnahme Großbritanniens in die EWG besagt noch nichts über das Ende der politischen Stagnation. Die britische Abneigung gegen die politische Integration wird das Problem eher vergrößern.

oder die objektiven Schwierigkeiten übermächtig werden, sind eher die Institutionen die Opfer, als daß das nationalstaatliche Beharrungsvermögen gleichsam überlistet werden könnte.

Großbritannien hat sich der amerikanischen Interpretation der europäischen Option angeschlossen, und Frankreich, das nicht zu den Unterzeichnerstaaten des Vertrags gehört, hat in der Debatte der UNO-Vollversammlung am 12. Juli 1968 seinen Chefdelegierten Armand Bérard erklären lassen, daß es trotz der Nichtunterzeichnung sich hinsichtlich der Weiterverbreitung genau wie jene Staaten verhalten werde, die sich entschließen, dem Vertrag beizutreten. Er fügte hinzu, und man könnte dies als an die Adresse der CSU gerichtet betrachten: "In dieser Hinsicht, wird gewiß niemand auch nur den geringsten Zweifel hegen."

Zu dieser Gruppe von Argumenten ist noch ein weiteres zu zählen, das vor allem im Jahre 1967 eine Rolle spielte, aber im späteren Stadium der Diskussion kaum mehr auftauchte. Zimmermann und ähnlich auch Guttenberg argumentierten zu diesem Zeitpunkt, noch bevor der amerikanische Senat gegen stärkste Opposition die Entscheidung über den Aufbau eines dünnen, sich angeblich gegen China richtenden Raketenabwehr-(ABM) Systems gebilligt hatte, daß der Atomwaffensperrvertrag den Aufbau eines eigenen europäischen gegen sowjetische Raketen gerichteten Raketenabwehrsystems, das nukleare Defensivwaffen gegen nukleare Angriffswaffen einsetzt, unmöglich machen würde²⁾.

Aber muß nicht, was für eine europäische Atomstreitmacht im allgemeinen gilt, für ein europäisches Raketenabwehrsystem im besonderen gelten? Der Aufbau eines sol-

1) Abgedr. in: EA F. 14/1968, S. D 331

2) Vgl. Zimmermann, Interview mit der "Bonner Rundschau" vom 19.2.1967; ähnlich Guttenberg im ZDF vom 8.10.1967, S.4; Zimmermann, Interview mit dem DLF vom 3.12.1967, S.5

chen Systems ist , abgesehen von den zahlreichen heiß umstrittenen technischen und finanziellen Problemen, wie sie die amerikanische Diskussion offenbart hat¹⁾, eine Frage der politischen Voraussetzungen.

Der Aufbau wäre von einem der europäischen Nationalstaaten allein weder finanziell noch technisch zu bewältigen. Denkbar wäre er nur als eine europäische Gemeinschaftsleistung. Diese aber ist wiederum nur denkbar, wenn es gelingt, eine einheitliche Lagebeurteilung und einen einheitlichen europäischen politischen Willen zu schaffen, was in der Tat nichts anderes bedeutet als die Schaffung des europäischen Bundesstaates mit zentraler Autorität.

Jener wiederum könnte, ohne durch den Atomwaffensperrvertrag gebunden zu sein, auch ein solches Abwehrsystem aufbauen, wenn er es für politisch opportun und für militärisch zweckmäßig hielte, sich in das Wettrüsten der Supermächte einzuschalten und ebenso wie heute die USA das Risiko einzugehen, die soziale Infrastruktur zugunsten ständiger, das Sozialprodukt belastender, technologischer Neuerungen im Bereich der Rüstung zu vernachlässigen.

Der von der CSU aufgezeigte Weg zur europäischen Einigung erweist sich als unbegebar. Nicht, weil der Atomwaffensperrvertrag in der Form eines Komplotts der Supermächte ihn versperrt, sondern weil die beiden Mächte, die auf ihm vorangehen müßten, das vertragliche Verbot, ihn zu begehen, ausdrücklich gebilligt haben.

Indem die CSU dies nicht sah und den Vertrag für etwas verantwortlich machte, was dem ausdrücklichen politischen Willen der westlichen Partner der BRD entsprach, bewies sie eine erschreckende Distanz zur Realität europäischer Politik, deren Folge beinahe zwangs-

1) Vgl. Jeremy J. Stone, Die ABM-Debatte in den Vereinigten Staaten. Entstehung, Verlauf und Bedeutung, in: EA F. 4/1970, S.146 ff; zu den technischen Problemen vgl. Hubert Feigl, Technischer Stand und Entwicklungsmöglichkeiten der Raketenabwehr, in: EA F. 3/1968, S.69 ff

läufig die Isolierung der BRD auch im Westen gewesen wäre, wenn es der CSU gelungen wäre, ihren Standpunkt auch nach den Wahlen von 1969 noch durchzusetzen.

1.2.4. Wissenschaftlich-technische Diskriminierung der Bundesrepublik

Zur letzten Gruppe der gegen den Vertrag vorgebrachten Argumente sind diejenigen zu zählen, die behaupten, der Vertrag behindere die wissenschaftlich-technische Entwicklung der BRD und diskriminiere damit diese einseitig.

Die CSU hat sich hier zum Sprecher der ihr nahestehenden industriellen Interessen gemacht, die von der Großindustrie auch an anderer Stelle, wie etwa dem "Deutschen Atomforum", artikuliert wurden.

Die Partei ging davon aus, daß der Vertrag einmal durch die in ihm enthaltenen Auflagen, insbesondere die Kontrolle der friedlichen Atomforschung, die Nicht-Nuklearen behindere und sie in ihrer Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der friedlichen Atomforschung der Nuklearstaaten, die keinen Kontrollen unterliegt, benachteilige.

Die Kontrollen seien in doppelter Hinsicht diskriminierend, einmal wegen der Kontrollkosten, die den Nicht-Nuklearen entstehen und die von Strauß mit 2-5 Prozent des zu kontrollierenden Materials beziffert wurden¹⁾, und

1) Vgl. Strauß, Interview mit "PUBLIK" vom 23.1.1969, a.a.O. S.5. Andere, wesentlich niedrigere Zahlen als Strauß und auch Zimmermann (vgl. ders., Interview mit der "Rhein-Ruhr-Zeitung" vom 22.2.1969) gibt Rudolf Botzian, Die IAEA und der Kernwaffensperrvertrag, in: EA F.6/1969, S.212: "Die Kosten der Überwachungsmaßnahmen wurden bislang von der IAEA selbst getragen. Schätzungen der jährlichen Kosten weltweiter NV-Kontrollen haben ergeben, daß sie schon in den frühen siebziger Jahren das gegenwärtige IAEA-Budget (13 Millionen Dollar) um etwa 50 v.H. übersteigen werden. Um 1990 werden die Kontrollkosten rund 70 Millionen Dollar jährlich betragen. Diese Zahlen gelten nur für Kontrollen bei den Nichtkernwaffenstaaten; bei Einschluß der drei Kernwaffenstaaten, die

zum anderen, weil durch die Kontrollbestimmungen der zuständigen Internationalen Atom-Energie-Organisation die Gefahr der Industrie-Spionage bestehe, ja darüber hinaus sogar die Anwesenheit uniformierter Russen in deutschen Fabriken drohe¹⁾, wie Marcel Hepp glaubte in demagogischer Manier den Teufel an die Wand malen zu müssen. Er zielte damit gewiß weniger auf Gehör in einer Expertendiskussion als auf die unterschwelligen Ängste einer desinformierten Bevölkerung, die gegen den Vertrag mobilisiert werden sollte.

Trotz der die ernst- wie die weniger ernstzunehmenden Einwände dieser Art weitgehend ausräumenden Revision des endgültigen Vertragstextes und der amerikanischen Interpretationen hinsichtlich der zivilen Nutzung der Atomenergie, der Sicherung der Existenz von EURATOM und ihres Kontrollmechanismus und der Sicherstellung der Brennstoffversorgung mit spaltbarem Material waren die grundsätzlichen politischen Argumente der Partei gegen den Vertrag schwerwiegender und nicht durch technische Änderungen zu beseitigen, die das Ärgernis des Vertrags selbst nicht rückgängig machten. Daran änderte die Tatsache nichts, daß der Koalitionspartner SPD diese technischen, vielfach auf deutsche Wünsche hin entwickelten, Verbesserungen für das in realistischer Einschätzung der politischen Lage aus deutscher Sicht maximal Erreichbare hielt.

Fortsetzung der Anmerkung 1) von Seite 173:

Mitunterzeichner des NV-Vertrags sind, würden sich die Kosten verdoppeln." Diese Zahlen für ein weltweites Kontrollsystem stehen in eindeutigen Widerspruch zu einem Rechenexempel Zimmermanns (a.a.O.), der allein für einen Reaktorpreis von 300 Millionen DM eine Verteuerung von 15 Millionen DM auf Grund der Kontrollkosten von angeblich 5 v.H. nennt.

1) Vgl. Hepp, Deutschland Nation dritter Klasse, in: BK vom 22.6.1968

1.3. Die Verhinderungstaktik der CSU

1.3.1. Vorbemerkung

Mit taktischem Geschick wie mit unverhüllter Pression gelang es der CSU für die Dauer der Großen Koalition, die deutsche Unterschrift unter den Vertrag zu verhindern. Äußere Ereignisse, wie der Verzicht des durch die Verantwortung für den Vietnamkrieg und die Krise der amerikanischen Gesellschaft zermürbten Präsidenten Johnson auf eine weitere Kandidatur und die Intervention der fünf Warschauer-Pakt-Staaten in der CSSR, kamen ihr ebenso zu Hilfe wie ihre eigene Schlüsselposition in Fraktion und Koalition. Die Taktik der CSU, der christlich-demokratischen Schwesterpartei immer dann mit dem Austritt aus der Koalition zu drohen oder Erwägungen zu einer Gründung der CSU auf Bundesebene laut werden zu lassen, wenn diese zur Unterschrift zu tendieren drohte, erwiesen sich als die geeigneten Mittel, um bei der CDU eine ebenso klare grundsätzlich positive Beschlußfassung zum Vertrag zu verhindern, wie sie bei der SPD bereits im frühen Stadium der Diskussion erfolgt war. Die Frage der Unterschrift wurde ebenso wie spätestens ab Mai 1969 die der Aufwertung zu einem die Entscheidungskraft der Koalition lähmenden Streitobjekt.

Die Auseinandersetzungen um den Atomwaffensperrvertrag offenbarten die grundlegenden Divergenzen der Koalitionspartner in der außenpolitischen Lageanalyse und in der Einschätzung der Zukunftsperspektiven der BRD. Sie machten aber vor allem auch deutlich, daß der CSU zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele kaum ein Argument zu wenig überzeugend, kaum eines zu demagogisch sein konnte, als daß sie es nicht doch benutzt hätte. Ihre Argumentation steigert sich ins Maßlose, ließ ahnen, wohin sie führen würde, wenn der Burgfrieden mit den Sozialdemokraten wieder beendet wäre, weil sie blind auf das angebliche "Super Versailles" einschlug, anstatt poli-

tisch zu sein. Statt zu erkennen, daß der außenpolitische Handlungsspielraum einer mittleren Macht wie der BRD, zumal mit den besonderen Belastungen der deutschen Geschichte, innerhalb der gegebenen Weltordnung immer nur sehr relativ sein und nur durch vorsichtiges Erkunden und Agieren vergrößert werden kann, tönnten die CSU-Politiker und ihre politischen Propagandisten vom Schlage Marcel Hepp, als könne durch einen einseitigen Willensakt der Bundesrepublik die weltpolitische Grundstruktur der Bipolarität verändert werden, deren Ausfluß auch nach der Überzeugung der CSU der Vertrag schließlich war.

Während der Außenminister und auch führende Politiker der CDU versuchten, den Vertrag in einen gesamtpolitischen Zusammenhang zu stellen und sich dabei bemühten, die Verbindung zwischen Sperrvertrags-Diskussion und der Glaubwürdigkeit der neuen deutschen Ostpolitik, aber auch der Westpolitik und dem deutschen Nuklearverzicht von 1954 immer im Auge zu behalten, gewann die CSU in den Augen des Betrachters immer stärkere Konturen als "single-purpose-movement" gegen den Vertrag, so als ob die übrige Politik im Begriff gewesen wäre, stillzustehen oder als ob die deutsche Sperrvertragspolitik sich ohne Einfluß auf die Beurteilung der westdeutschen Gesamtpolitik durch die Mitglieder des internationalen Systems in einem politischen Vakuum abspiele.

Die Koalitions-Konstellation und das entschiedene, aber polemikfreie Eintreten des Außenministers für Verbesserungen des Vertragsinhalts zugunsten der Nicht-Nuklearen und für die Verpflichtung der Atommächte, nun ihrerseits konkrete Schritte zur nuklearen Abrüstung zu unternehmen¹⁾, konnten die Obstruktionspolitik, auf die die CSU sich festlegte, zumindest teilweise neutralisieren und so verhindern, daß die Bundesrepublik sich in eine zunehmende Selbstisolierung hineinmanövrierte.

1) Vgl. die Rede Willy Brandts in der Generaldebatte der Nichtkernwaffenstaaten in Genf am 3. September 1968, abgedr. in: EA F. 21/1968, S. D 502 ff

Innenpolitisch bedeutete die Kampagne der CSU, je näher der Wahlkampf rückte, den Versuch, den Rechtsradikalismus mit seiner eigenen Waffe - einer an den latenten Nationalismus appellierenden Propaganda - zu schlagen. Wahltaktisch scheint dieses Manöver gelungen zu sein, denn der zeitweilig schon unabwendbar scheinende Einzug der NPD in den Bundestag wurde ja verhindert. Allerdings mußte ein hoher Preis dafür bezahlt werden. Denn die CDU, die mit der CSU nach den Wahlen die zwanzig Jahre innegehabte Staatsgewalt verlor, fiel unter dem Druck einer nach rechts abgeschwommenen CSU hinter Positionen zurück, die sie sich in der Erhard-Schröder-Ära und in der Großen Koalition durch ein vorsichtiges Lösen aus den Adenauer-schen Denkkategorien bereits zu eigen gemacht hatte. Die erfolgreiche Taktik der CSU, die in der Mitte an die SPD verlorengehenden Wählerstimmen durch solche vom rechten Flügel des Parteienspektrums zu kompensieren, wurde schon im Verlauf des Wahlkampfes von der CDU kopiert und in den Landtagswahlen danach zum Gebot der Stunde. Sie verführte die CDU bereits im Bundestagswahlkampf, die von ihr selbst eingeleitete und in der Großen Koalition mitgetragene Öffnung nach Osten zu desavouieren und sie später, als die sozial-liberale Koalition sie konsequent weiterzuentwickeln sich anschickte, als ein leichtfertiges Aufsspielsetzen nationaler Interessen anzuprangern.

Die Maßnahmen, die die CSU zur Verhinderung einer Entscheidung der Koalition über die Vertragsunterschrift ergriff, sollen im folgenden in chronologischer Abfolge dargestellt werden.

1.3.2. Die Taktik der Entscheidungsverhinderung

1.3.2.1. Erste Reaktionen

Anfang Februar 1967 gelangte der Landesgruppenvorsitzende Richard Stücklen noch zu einer maßvollen Beurteilung des geplanten Vertrags. Auf einer CSU-Veranstaltung

in Ansbach nannte er vier Bedingungen, die erfüllt sein müßten, damit die CSU der Bundesregierung die Annahme eines derartigen Vertrages empfehlen könne:

- (1) Die friedliche Nutzung der Atomenergie dürfe nicht im geringsten beeinträchtigt werden. Auch eine Industrie- und Forschungskontrolle - womöglich durch sowjetische Spezialisten - könne nicht gestattet werden.
- (2) Auf die Mitbestimmung über den Einsatz von Atomwaffen von deutschem Boden aus könne nicht verzichtet werden.
- (3) Einer europäischen Autorität (europäische Bundesregierung) müsse die Verteidigung auch mit atomaren Waffen ermöglicht werden.
- (4) Auf eine ausreichende und wirkungsvolle Sicherheitsgarantie der USA könne derzeit nicht verzichtet werden¹⁾.

Wenige Tage später schrieb Max Schulze-Vorberg im Pressedienst der Partei, der "CSU-Correspondenz", daß die Bundesrepublik, die auf die Herstellung von ABC-Waffen feierlich verzichtet habe, den Vertrag, obwohl er der atomaren Abrüstung nicht diene, dennoch unterschreiben könne, "wenn er 'dritten Staaten' die reine zivile Beteiligung an der Atomforschung nicht versagt, ihre Wissenschaft und Wirtschaft nicht abschnürt"²⁾.

Diese Äußerungen, die sich durchaus noch im Einklang mit den Vorstellungen der SPD befanden, hoben sich wegen ihrer bei allen grundsätzlichen Bedenken noch vorhandenen Sachlichkeit der Diktion ab von der wenige Tage darauf beginnenden Emotionalisierung der Auseinandersetzung, die von Adenauer und Strauß ausgelöst wurde.

1) Vgl. "CSU-Correspondenz" vom 7.2.1967

2) Max Schulze-Vorberg, Friedliche Nutzung der Atomenergie nicht behindern, in: "CSU-Correspondenz" vom 10.1.1967, S.2; ähnlich ders., Abschreckung noch glaubwürdig, in: "CSU-Correspondenz" vom 23.2.1967

Adenauer warnte in Madrid vor der Unterschrift mit den Worten: "Ich hoffe, daß die Bundesrepublik ihr Todesurteil nicht unterschreibt."¹⁾ und Strauß heizte die Diskussion durch einen in seiner Eigenschaft als CSU-Vorsitzender verfaßten Brief an den Bundeskanzler an, indem er laut "Welt am Sonntag" erklärt haben soll, daß er sich auf keinen Fall einem Kabinettsbeschuß beugen werde, der auf die Unterzeichnung des Vertrags in seiner damaligen Form - also vor allem mit dem umstrittenen, aber noch nicht festgelegten Kontrollartikel III - hinauslaufe. Die in München erscheinende und der CSU eng verbundene "Demokratisch-Konservative Korrespondenz" (DKK) zitierte in ihrer Ausgabe vom 22. Februar 1967 weitere Passagen aus dem Brief. Danach hatte Strauß außerdem geschrieben, die Bundesregierung dürfe nicht aus Furcht vor der "Weltmeinung" den Vertrag unterzeichnen. Eine deutsche Regierung, für die es noch den Begriff Nation und Geschichte gebe, dürfe nicht unterschreiben. Eine Regierung, die ihn unterschreibe, habe das wesentliche Recht der Souveränität preisgegeben²⁾. Dem "SPIEGEL" zufolge enthielt der Brief außerdem die Ankündigung, die CSU wolle gegen den Vertrag "mit allen demokratischen Mitteln" zu Felde ziehen³⁾. In der gleichen Woche soll Strauß bei einem Empfang für den britischen Premierminister gegenüber dem britischen Außenminister George Brown die Äußerung getan haben: "Das ist ein neues Versailles, und zwar eines von kosmischen Ausmaßen."⁴⁾

Wenn bisher dem Bundeskanzler und dem Außenminister die Einwände gegen die sicherheitspolitischen und technologischen Konsequenzen des Vertrages nicht unwillkommen gewesen waren, weil man glaubte, mit dem Hinweis auf sie

1) zit. nach "Welt am Sonntag" vom 19.2.1967

2) Vgl. "Demokratisch-Konservative -Korrespondenz" (DKK), 4. Jg. Nr. 8 vom 22.2.1967

3) zit. nach "SPIEGEL" vom 20.2.1967, S.25

4) zit. nach ebenda , S.25

die USA zur Berücksichtigung der deutschen Änderungs-
wünsche veranlassen zu können, so war nun deutlich ge-
worden, daß Straußens Linie nicht auf Korrekturen, son-
dern gegen den Vertrag direkt zielte. Im Gegensatz zu die-
ser Linie wurde ebenfalls sehr früh offenbar, daß der
Außenminister und die SPD letztlich von der Unabwendbar-
keit des Vertrags und einer deutschen Unterschrift über-
zeugt waren und ihre Energie daher darauf verwandten,
die Modalitäten des Vertrags so günstig wie möglich für
die Bundesrepublik zu gestalten, ohne sich jedoch in die
Rolle eines Vorkämpfers gegen den Vertrag drängen zu las-
sen, die nur zu Mißtrauen gegenüber den politischen Ab-
sichten der Bundesrepublik von seiten der Mitglieder des
internationalen Systems führen konnte.

Mit der anklingenden Drohung eines Austritts aus der
Koalition für den Fall, daß seine Position bei einer Ka-
binettsabstimmung unterliegen werde, wollte Strauß Kiesin-
ger, der bisher eine Mittelposition zwischen der Linie
Brandts und Strauß' zu halten versucht hatte, und die
Unionsfraktion auf seinen Kurs einschwören, obgleich zu
diesem frühen Zeitpunkt die Entscheidung über die Unter-
schrift noch gar nicht zu fällen war.

Zumindest terminologisch schwenkte Kiesinger sehr
schnell auf die von Strauß vorgezeichnete Linie ein, als
er am 27. Februar 1967 vor der CDU nahestehenden Journa-
listen von der "atomaren Komplizenschaft" sprach, die
sich jenseits des Ost-West-Gegensatzes gebildet habe¹⁾.

Kiesinger mag sich, wie Waldemar Besson meint, die
Bonner Erregung über den Sperrvertrags-Entwurf zunutze
gemacht haben, um Präsident Johnson zu einem stärkeren
Eingehen auf die deutschen Wünsche zu bewegen²⁾, was tat-
sächlich auch erreicht wurde. Aber er hatte sich durch

1) Vgl. Waldemar Besson, Die Außenpolitik der Bundesre-
publik. Erfahrungen und Maßstäbe. München 1970, S.389

2) Vgl. ebenda, S.390

seine Wortwahl weitgehend auf die Straußsche Linie einer grundsätzlichen und unumstößlichen Opposition gegen den Vertrag festlegen lassen, von der wieder herunterzukommen ihm und seiner Partei bis zum Ende der Koalition niemals mehr vollständig gelingen sollte. Kiesinger hatte sich bereits in diesem frühen Stadium der Koalition zum Gefangenen Straußscher Trotzpolitik machen lassen und damit den grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Koalition Ausdruck verliehen.

Die CSU unterschied sorgfältig zwischen zwei Ebenen der Diskussion: der außerhalb des Bundestags und der innerhalb des Parlaments. Worte wie das vom "Super-Versailles" wurden innerhalb des Hauses nie verwandt, weil man sich hier einer flexibleren Taktik bediente. Neun Tage nach Straußens Brief an Kiesinger, der den Weg in die mit Strauß sympathisierende "Welt am Sonntag" fand und in dem die Rede von der "Unterzeichnung des Vertrags in seiner jetzigen Form" war, konnte Friedrich Zimmermann als Redner der CSU in der ersten großen Sperrvertrags-Debatte erklären: "Der endgültige Entwurf liegt noch nicht vor. ... Die Frage der Annahme oder Ablehnung des Vertragsentwurfs ist deshalb für die Bundesrepublik noch nicht akut."¹⁾ Es müsse das Bestreben der Bundesrepublik sein, im Verein mit anderen gleichartigen Staaten in kommenden Verhandlungen den Vertrag universal akzeptabel zu machen²⁾.

Die Bedingungen, unter denen der Vertrag annehmbar wäre, formulierte Zimmermann wiederum so vage, daß die CSU auch bei substantiellen Verbesserungen jederzeit auf ihre harte Linie einschwenken konnte. Er sagte: "Die Annehmbarkeit des Entwurfs wird dann danach zu untersuchen sein, ob jede Beeinträchtigung der Verteidigung des Westens vermieden worden ist, ein europäischer politischer Zusam-

1) Zimmermann, Rede vor dem Bundestag, Stenogr.Berichte, 5. Wp., 106 S. vom 27.4.1967, S. 4964

2) Vgl. ebenda, S.4964

menschluß durch den Vertrag nicht verhindert wird und ob über den Vertragszweck hinaus Forschung, Entwicklung und Nutzung auf dem Feld der friedlichen Verwendung der Kernenergie nicht behindert werden."¹⁾

Etwa vierzehn Tage danach betonte Strauß noch einmal, daß die von Brandt formulierte Position eines "Ja, aber", "ja" zu den grundsätzlichen Zielen des Vertrages, "aber" zu seinen materiellen Auswirkungen im technisch-wissenschaftlichen und damit ökonomischen Bereich sich mit der von ihm und Zimmermann für die CSU formulierten Position nicht deckte, sondern daß seine Kritik und Ablehnung bereits die "politische Gesamtkonstellation" des Vertrags betraf²⁾, die mit um so größerem Mißtrauen betrachtet wurde, als man sich von den Amerikanern im Verhandlungsstadium seit Herbst 1966 mangelhaft konsultiert fühlte, weil diese, statt mit den Verbündeten "Sinn, Absicht, Motive, Erwägungen, Hintergründe, Zusammenhänge, Überlegungen" besprochen zu haben, den Vertrag in Geheimverhandlungen mit der "Hauptmacht der anderen Seite" erörtert hatten³⁾.

1.3.2.2. Rückkehr zu einer flexibleren Taktik

Durch die heftige Polemik, zu deren Wortführer sich die CSU gemacht hatte, war im Ausland im Jahre 1967 der Eindruck entstanden, daß die deutsche Vertragsopposition letztlich doch auf die nationale Verfügungsgewalt über Atomwaffen abzielte. Auch der CSU müssen im Spätsommer 1967 nach der Vorlage des revidierten Entwurfs durch die USA und die Sowjetunion (allerdings noch ohne den Kontrollartikel III) Bedenken gekommen sein, ob es

1) ebenda, S. 4967

2) Vgl. Strauß, "Deutschland-Gespräch" im ZDF vom 11.5. 1967, S.6

3) ebenda, S.6

den deutschen Interessen wirklich bekömmlich sei, wenn die Weltöffentlichkeit den Eindruck gewinne, die Bundesrepublik mache sich zum propagandistischen Vorkämpfer der Nichtatomaren gegen das bipolare Fundament der gegenwärtigen Weltordnung.

Auf einer Sitzung des CSU-Landesvorstandes am 12. September 1967 war man sich deswegen einig, daß es bei aller Ablehnung des Vertrags in seiner damaligen Form wegen der internationalen Situation nicht sinnvoll sei, daß sich die Bundesrepublik an die Spitze der Vertragsgegner stelle. Sie müsse vielmehr die Bestrebungen anderer Staaten mit Vorbehalten, wie z.B. Schweden, Japan, Mexiko, Indien und Brasilien, unterstützen¹⁾.

Mit dieser Korrektur der Taktik war keine prinzipielle Änderung der Auffassung verbunden. Die Kluft zur SPD in der grundsätzlichen Beurteilung des Vertrags blieb bestehen, aber die Kurskorrektur eröffnete doch die Aussicht auf einen Burgfrieden, zumal in diesen Tagen die Deutschlandpolitik durch den erneuten Briefwechsel des Bundeskanzlers mit dem DDR-Ministerpräsidenten Stoph in den Mittelpunkt rückte und sich hier neue Koalitionsfraktionen zeigten. Die Abschlußresolution der Bad Neustädter Herbsttagung der CSU-Landesgruppe vom 30. September 1967 erwähnte den Vertrag mit keinem Wort²⁾.

1.3.2.3. Straußens Madrider Rede vom Herbst 1967

Für den rhetorischen Donnerschlag, der die kurzfristige relative Ruhe der innerdeutschen Sperrvertrags-Diskussion beendete, sorgte Strauß, der sich bei seinen öffentlichen Auftritten der letzten Zeit fast ausschließlich in seiner Eigenschaft als Bundesfinanzminister zu finanz- und

1) Vgl. DKK Nr. 37 vom 15.9.1967

2) Vgl. Resolution zur Außenpolitik der Tagung der CSU-Landesgruppe in Bad Neustadt a.d.Saale vom 30.9.1967, in: "CSU-Correspondenz" vom 30.9.1967

wirtschaftspolitischen Themen geäußert hatte¹⁾. Das geschah von einer Tribüne aus, die ihm die besondere Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit garantierte und auf der schon die Äußerungen des inzwischen verstorbenen Altkanzlers Adenauer vom Beginn des Jahres weltweite Publizität erfahren hatten: der spanischen Hauptstadt Madrid.

Ohne den Atomwaffensperrvertrag beim Namen zu nennen, war seine Festrede vor der Deutschen Handelskammer in ihrem außenpolitischen Teil eine Anklage gegen die weltpolitische Konstellation, aus der der Vertrag überhaupt entstehen konnte, und eine Aufforderung an die Europäer, "sich allen Ansätzen sowjetisch-amerikanischem Globalarrangements nach den Maßstäben von Jalta, die zu europäischen Lasten gehen", zu widersetzen²⁾.

Trotz dieser aufsehenerregenden Äußerungen, die auch als Absage an die Deutschland- und Ostpolitik der Großen Koalition empfunden wurden³⁾, blieb die SPD in ihren Stellungnahmen zurückhaltend und ließ sich in diesen Tagen, in denen die Regierung gerade mit dem EURATOM-Partnern Übereinstimmung über die Grundsätze erzielte, an denen sich der Vertrag, speziell hinsichtlich des Kontrollartikels, zu orientieren habe⁴⁾, zu keiner öffentlichen Polemik eines Ministers oder führenden Fraktionsmitglieds gegen Straußens Äußerungen verleiten.

Strauß hatte aber mit seiner Rede deutlich gemacht, daß die Hoffnung auf eine positivere Würdigung des revidierten Vertragsentwurfs durch die CSU nur geringe Aus-

1) Vgl. SZ vom 31.10./1.11.1967, "Strauß warnt vor einem neuen Jalta"

2) zit. nach ebenda

3) Vgl. "National-Zeitung", Basel vom 1.11.1967; SZ vom 2.11.1967, BK vom 11.11.1967, "Frankfurter Rundschau" vom 28.11.1967

4) Vgl. EA F.22/1967, S. Z 254 und Z 255

sicht hatte, in Erfüllung zu gehen, weil alle technischen Änderungen des Vertrags keinen Einfluß auf die bipolare Struktur haben konnten, die ihn hervorgebracht hatte.

Deutlicher noch als Straußens Anspielungen drückte Marcel Hepp im Bayernkurier aus, was von den Bemühungen, den Vertrag akzeptabler zu machen, zu halten sei. Er schrieb: "In dieser Zeitung ist wiederholt davor gewarnt worden, die Tücken des A-Sperrvertrags lediglich aus den diskriminierenden Kontrollartikeln herauszulesen. Der ganze Geist des Vertrags ist praktisch der Ausdruck massiver Diskriminierung. Solange offizielle Stellen mit ihrem 'So nicht' lediglich an Symptomen kurieren, besteht die Gefahr, daß die beiden Übermächte zu weiterer Jalta-Klüngelei verleitet werden."¹⁾

Im gleichen Artikel begann Hepp aber auch das Alibi vorzubereiten, mit dem sich die von der CSU im Wahlkampf 1969 vollends entfachte Sperrvertrags-Demagogie würde rechtfertigen lassen. "Egal zu welchen Bedingungen wir den Atomsperrvertrag unterschreiben, ob die Kontrolle über die technischen Entwicklungen sowjetischen Schnüfflern oder der europäischen Atomgemeinschaft übertragen wird, die Rechtsradikalen werden 'Verrat und Verzicht' schreien. Die NPD, der bisher die großen Themen fehlten, fände nicht nur ihr Sujet, sondern auch ein willkommenes Fressen der Demagogen. Bei der Leidenschaft, mit der außenpolitische Grundsatzfragen diskutiert werden, müßte der Sperrvertrag zum zentralen Begriff des Wahlkampfes 1969 werden."²⁾ Hepp sollte recht behalten. Nur in einem Punkt ging seine Prophezeiung nicht in Erfüllung: Das Trommelfeuer der CSU gegen den Vertrag war so stark und appellierte so offensichtlich an nationalistische Ressentiments und gewann durch die gleichzeitige Mitarbeit an einer Koalition, die noch immer auf eine grundsätzliche Zustimmung

1) Marcel Hepp, Ein klares Nein zum Sperrvertrag, in:
BK vom 2.12.1967

2) ebenda

zum Vertrag festgelegt war, eine so große öffentliche Resonanz, daß dagegen die Propaganda der Vertragsgegner von der NPD überhaupt nicht zum Zuge kam.

1.3.2.4. Die Situation nach der Veröffentlichung der identischen Entwürfe durch die USA und die Sowjetunion

Am 18. Januar 1968 legten die beiden Weltmächte der Genfer 18-Mächte-Abrüstungskonferenz ihre identischen Textentwürfe vor, die nun auch den bisher fehlenden Kontrollartikel III enthielten.

Die CSU-Landesgruppe nannte in einer ersten Stellungnahme am 19. Januar den gemeinsamen Entwurf eine "brauchbare Diskussionsgrundlage"¹⁾, schloß aber an: "Bedenken bei der CSU hinsichtlich möglicher negativer Auswirkungen eines solchen Abkommens für unsere Sicherheit, Energiepolitik und Exportwirtschaft können jedoch erst durch klare Interpretationen des vorliegenden Textes ausgeräumt werden."²⁾

Als kritischer Punkt des Vertrags wurde nach wie vor der Kontrollartikel III empfunden, dessen Auslegung nach Meinung der Landesgruppe möglicherweise auf eine Behinderung der Produktion von Brennstoff für Forschung und Energieerzeugung im "nationalen, bilateralen oder europäischen Gemeinschaftsrahmen" hinauslaufen könne³⁾.

Ferner müsse geklärt werden, ob die Eigenproduktion von Brennstoff in Plutonium-betriebenen "Schnellen Brüttern" beeinträchtigt werden könne und ob auch der Brennstoff-Service beim Verkauf von Reaktoren durch Nicht-atomare durch das Recht der Weitergabe von spaltbarem Material sichergestellt sei.

Bedenklich und diskriminierend sei die im Artikel VIII,2 vorgesehene Bestimmung, die den Atomwaffenstaaten ein Vetorecht gegen von der Mehrheit der Unterzeichner verlangte Vertragsänderungen einräumte⁴⁾.

1) "CSU-Correspondenz" vom 19.1.1968

2) ebenda

3) ebenda

4) vgl. ebenda

Hinsichtlich der militärischen Sicherheit wurde eine Feststellung verlangt, daß die im Artikel I enthaltene Verpflichtung der Atommächte, auch "indirekt" keine Kontrolle über Atomwaffen weiterzugeben, weder das in der NATO praktizierte "Zwei-Schlüssel-System" berühren noch der Einführung eines ähnlichen Systems im regionalen europäischen Rahmen entgegenstehen würde¹⁾.

Diese erste, im Ton maßvolle Reaktion hätte der Auftakt zu einer Versachlichung der Auseinandersetzungen sein können, zumal sie es dem Bundeskanzler erleichterte, vor dem Vorstand der CDU/CSU-Fraktion der Diskussion einen gedämpfteren Akzent zu verleihen, indem er sagte: "Wir sollen nicht so tun, als ob der Vertrag nun der Hauptstreitpunkt des Jahres sein wird."²⁾

Aber der Schein trog. Bereits einen Tag darauf gab Kiesinger selbst, genau wie ein Jahr zuvor, als er den fatalen Begriff von der "atomaren Komplizenschaft" prägte, den Anstoß dazu, von der sachlichen Diskussion der noch offenstehenden Fragen, in denen die Koalitionspartner gar nicht so weit voneinander entfernt waren, in die grundsätzliche zurückzufallen, die man infolge der inzwischen erreichten Verbesserungen überwunden zu haben glaubte.

Vor dem Verein "Union-Presse" von CDU- oder der CDU nahestehenden Journalisten sprach er einen Satz, der anzeigte, daß die Gegensätze unvermindert fortbestanden und daß er offensichtlich wieder auf die harte Strauß-Zimmermann-Linie eingeschwenkt war, die trotz der ersten vorsichtigen Stellungnahme der Landesgruppe unverändert eingehalten wurde. Kiesinger sagte: "Eine führende deutsche Zeitung hat in einem Kommentar geschrieben: 'Aus dem Größten heraus'. Ob man das so sagen kann, weiß ich nicht. Das drückt eben aus, daß da und dort wirkliche Verbesserungen erreicht worden sind. Die Verbesserungen sind aber keineswegs so, daß wir heute sagen könnten, diesen Vertrag

1) Vgl. ebenda

2) zit. nach "SPIEGEL" vom 29.1.1968, S.21

akzeptieren wir. Wir haben ausdrücklich gesagt, wir hoffen, daß nun, da dieser Vertragsentwurf vorliegt, der manche Verbesserungen bringt, eine Entwicklung eingeleitet wird, die schließlich dazu führt, daß ein für alle annehmbarer Vertragstext zustande kommt."¹⁾ Seine kurz darauf in der Diskussion an die Journalisten gerichtete Aufforderung: "Schaffen Sie Knüller!"²⁾ wurde vom Bonner General-Anzeiger umgehend und wörtlich befolgt. Er erschien am folgenden Tage mit der Schlagzeile: "Bonn: Sperrvertrag unannehmbar."³⁾

Der Damm, den Kiesinger selbst der Ausuferung der Diskussion hatte bauen wollen, war schon wieder zerstört worden, bevor seine Existenz allen bewußt war. Strauß, Zimmermann und der Bayernkurier griffen wieder zu starken Worten⁴⁾. Strauß sah noch immer "das russische Ziel - die Schwächung des westlichen Europa". Der Bayernkurier sprach von "Genfer Zumutungen", und Zimmermann äußerte: "So viele Pferdefüße, wie der Vertrag noch enthält, sind gar nicht zu beseitigen."

Wie Anfang 1967, so machte sich die CSU auch jetzt wieder zum Wortführer der Vertragsgegner. Kiesingers parlamentarischer Staatssekretär Guttenberg formulierte vor der Münchner Wehrkundetagung sein Hauptbedenken. Es bestehe ein Widerspruch zwischen dem Charakter des NATO-Vertrags und dem Sperrvertrag. Gerade deswegen fördere die Sowjetunion den Sperrvertrag, denn sie wünsche mit seiner Hilfe die europäische Einigung zu stören, die Bundesrepublik zu diffamieren und die Auflösung der NATO voranzutreiben⁵⁾.

1) Kurt Georg Kiesinger in der Diskussion nach seiner Rede vor dem Verein "Union-Presse" am 23.1.1968, abgedr.in: K.G.Kiesinger, Reden und Interviews 1968. Hrsgg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn o.J. (1969), S.48

2) ebenda, S.49

3) Vgl."SPIEGEL" Nr. 5 vom 29.1.1968, S.21

4) Die folgenden Zitate nach ebenda, S.22

5) Vgl. FAZ vom 12.2.1968

Zimmermann hielt auf derselben Veranstaltung die bisherigen Vertragsverbesserungen für unbedeutend und den Vertrag nicht für akzeptabel, vor allem weil die Atom-mächte keine Garantie gegen nukleare Erpressung bieten könnten¹⁾.

In der erneuten Versteifung ihrer Position scheint die CSU auch durch eine Fehlinterpretation der französischen Haltung anlässlich einer Rede des französischen Verteidigungsministers Messmer vor der Auslandspresse be-stärkt worden zu sein. Messmer bezeichnete in dieser Rede am 22. Januar den Vertrag als einen "schlechten Vertrag", der keine nukleare Abrüstung bringe. Der Vertrag lege nur das Privileg der Besitzenden rechtlich fest und schaffe neue Spannungen. Eine solche Politik werde auf die Dauer von der Welt nicht akzeptiert werden²⁾.

In diesen Worten glaubte die CSU ihre grundsätzliche Position widergespiegelt zu sehen, und so versprach sie sich von Frankreich Rückendeckung gegen den anglo-ameri-kanischen und sowjetischen Druck, zum nun vorliegenden Entwurf ein grundsätzliches "Ja" zu sagen. Anzeichen, die darauf hindeuteten, daß die französische Position keines-wegs mit der der CSU identisch war, wie die Ailleret-Studie und die offiziöse Studie des Centre d'Etudes de Politique Etrangere "Sicherheitsmodelle für Europa"³⁾, wurden verdrängt⁴⁾.

In einem Interview mit dem Deutschen Fernsehen am 16. Februar 1968 erwiderte Strauß, als er nach Abschluß des deutsch-französischen Konsultationstreffens in Paris auf die französische Haltung angesprochen wurde: "Die Franzo-
wollen einerseits mit Sicherheit nicht, daß Atomwaffen in deutsche Hände kommen. Ich verstehe diesen Wunsch. An-

1) Vgl. ebenda

2) Vgl. EA F, 4/1968, S. 2 35

3) abgedr. in: EA F.2/1968, S. 51 ff

4) Vgl. zu beiden Studien: Guttenberg, Interview mit dem Deutschlandfunk vom 11.2.1968, S. 2 f

dererseits würden sie es nicht ungerne sehen, wenn wir, die wir ohnehin auf Entwicklung und Produktion verzichtet haben und gebunden sind, diesen Vertrag nicht unterschreiben, und damit ihre Front des Widerstandes gegen eine russisch-amerikanische, na wie man sagt, Komplizenschaft verstärken würden."¹⁾

Angesichts dieser Entwicklung nimmt es nicht wunder, daß kaum vier Wochen, nachdem die CSU-Landesgruppe den Entwurf als eine "brauchbare Diskussionsgrundlage" bezeichnet hatte, er auf einer Sitzung des Landesgruppenvorstands Mitte Februar kategorisch "für nicht annehmbar" erklärt wurde²⁾.

Auf der Wehrkundetagung hatte Zimmermann den Vertrag noch für nicht akzeptabel gehalten, weil die Atom-mächte keine Garantie gegen nukleare Erpressung bieten könnten³⁾. Als nun am 7. März 1968 die USA, Großbritannien und die Sowjetunion der Genfer Konferenz einen gemeinsamen Entwurf für eine Resolution des Sicherheitsrates über Sicherheitsgarantien vorlegten⁴⁾, antwortete Zimmermann darauf: Durch die Garantieerklärungen der Atom-mächte gegenüber den Nichtnuklearen müßte sich die Verteidigungslage der Bundesrepublik und anderer europäischer NATO-Verbündeter noch weiter verschlechtern. Er begründete diese Behauptung damit, daß der NATO angehörende Atom-mächte, die eine solche Resolution unterzeichneten, dadurch ihr Abschreckungspotential zum Schutz vor konventionellen Überfällen, die eine totale Vernichtung Deutschlands und des übrigen Europa zur Folge haben könnten, nicht mehr zur Geltung bringen dürften. Die Entwicklung einer eigenen europäischen Abschreckungsmacht würde durch die geplante Resolution weitgehend unmöglich gemacht werden, "da mit Gewißheit jeder Schritt in solcher Richtung als atomare Drohung gegenüber irgendeinem nichtnuklearen Land

1) Strauß, Interview mit dem DFS vom 16.2.1968, S.4

2) Vgl. "CSU-Correspondenz" vom 22.2.1968

3) Vgl. FAZ vom 12.2.1968

4) Text des Entwurfs abgedr. in: EA F.9/1968, S. D 214 f

ausgelegt werden würde¹⁾.

Eine solche Konstruktion, wie sie von der Pressestelle der CSU-Landesgruppe verbreitet wurde, und damit als parteioffizielle Stellungnahme zu werten ist, ist nicht ohne ein gewisses Maß an Absurdität. Kein Staat in Europa kann eine Militärmacht wie die Bundesrepublik ohne den Schutz einer Atommacht konventionell überfallen, schon gar nicht in einem Ausmaß, das "eine totale Vernichtung Deutschlands und des übrigen Europa zur Folge haben könnte". Konkret gesprochen: kein Mitglied des Warschauer Paktes könnte ohne Unterstützung der Sowjetunion angreifen. Damit aber wäre, ob mit oder ohne Atomwaffensperrvertrag, der NATO-Bündnisfall gegeben. Im übrigen wiederholte der Resolutionsentwurf das in Artikel 51 der UN-Charta anerkannte Recht der individuellen und kollektiven Selbstverteidigung zur Abwehr eines Angriffs gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen²⁾.

Die Tatsache, daß die Bundesrepublik kein UN-Mitglied ist und daß die Sowjetunion auf der Fortgeltung der Artikel 53 und 107 der UN-Charta, der "Feindstaatenklauseln", bestand, konnte in diesem Zusammenhang nur juristische, aber keine praktisch politische Bedeutung haben, denn der NATO-Vertrag hält fest, daß ein Angriff gegen ein oder mehrere NATO-Mitglieder als ein Angriff gegen alle betrachtet wird³⁾. Die Drohung mit einem konventionellen Angriff gegen die Bundesrepublik würde als Drohung gegen das NATO-Bündnis verstanden werden. Im Falle eines Angriffs hätte die NATO gemäß ihrer Strategie der "flexible response" entsprechend darauf zu antworten, ohne durch die Sicherheitsgarantien länger gebunden zu sein.

Im Gegensatz zu Zimmermanns Behauptung bleibt die Sicherheitslage derjenigen atomwaffenfreien Staaten, die

1) "CSU-Correspondenz" vom 8.3.1968

2) Vgl. den Text des Entwurfs, a.a.O. S. D 215

3) Vgl. NATO-Vertrag, abgedr. in: Curt Gasteyer (Hrsg.), Einigung und Spaltung Europas. Frankfurt 1966, S.109

Mitglied eines Militärbündnisses sind, durch die Sicherheitsgarantien im Positiven wie im Negativen unberührt. Für ihren Schutz vor Drohung und Erpressung bleibt nach wie vor das Bündnis entscheidend.

Ebensowenig verständlich ist, was er mit dem zweiten Teil seiner Argumentation sagen wollte. Wenn sich ein europäischer Bundesstaat auf dem Wege der Sukzession eine eigenständige Atomstreitmacht schafft, dann liegt in deren bloßer Existenz genauso sehr oder genauso wenig eine atomare Drohung gegenüber irgendeinem nichtnuklearen Staat, wie sie in der Existenz der augenblicklich vorhandenen Atomstreitmächte liegt. Entscheidend ist, welcher politische oder militärische Gebrauch von ihr gemacht wird.

Anders wäre die Sachlage unter einem Aspekt: Eine europäische Atomstreitmacht könnte aus Kostengründen zu einer drastischen Reduktion ihrer konventionellen Truppen gezwungen sein, so daß sie bereits vor einer konventionellen Drohung kapitulieren oder aber selber mit der massiven atomaren Vergeltung drohen müßte, sie also eben vor dem Dilemma stehen würde, dem die NATO seit der Präsidentschaft Kennedys zu entrinnen versuchte. Ein solches Dilemma wäre aber in erster Linie eines der Strategie¹⁾ und hätte seine Ursache nicht in dem Verbot der atomaren Drohung gegen einen konventionellen Gegner. Die konventionelle Drohung eines Warschauer-Pakt-Staates gegen ein Mitglied eines Vereinten Europa wäre nicht isoliert zu betrachten, sondern nur vor dem Hintergrund eines Bündnisses, dessen Führungsmacht atomar gerüstet ist. Die Gegendrohung wäre dann nicht die eines Kernwaffenstaates gegen einen Nichtkernwaffenstaat, sondern gegen ein atomar gerüstetes Bündnis und würde damit nicht unter das Verbot der Resolution fallen.

1) Vgl. hierzu: Henry Kissinger, The Necessity for Choice. Prospects of American Foreign Policy. New York 1962

Zimmermanns Argumentation erweist sich als an den Haaren herbeigezogen. Sie ist ebenso Ausdruck fehlenden soziologischen Denkens in der internationalen Politik wie der Versuch, eine weitere Vertragsverbesserung, über deren zweifelhafte Wirksamkeit Zimmermann, als er sie selbst forderte, sich auch im klaren sein mußte, in bewußter Umkehrung ihrer Intention zur Verschleierung der grundsätzlichen Vertragsablehnung zu benutzen.

1.3.2.5. Stand der Diskussion im Frühjahr 1968

Die von der CSU erfolgte Ablehnung des Resolutionsentwurfs konnte nicht ohne Echo innerhalb der Koalition bleiben. Die neu entstandenen Friktionen verstärkten sich infolge der bevorstehenden Überweisung des Vertrags-Entwurfs von der Genfer Konferenz an die UNO-Vollversammlung Mitte März 1968, mit der die Vertragsverhandlungen in ein entscheidendes Stadium traten.

Strauß attackierte zunächst die Tatsache, daß Staatssekretär Diehl, der Vertraute des Bundeskanzlers, die Sicherheitsgarantien der Atommächte im Namen der Bundesregierung und in Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt ohne eine Kabinettsentscheidung begrüßt hatte. Dieser Schritt konnte als Warnung an Kiesinger verstanden werden, nicht von der bisher von der CSU bestimmten Linie abzuweichen und auf die des Außenministers einzuschwenken¹⁾. Andererseits war ihm bewußt, daß er nach den zahlreichen Vertragsverbesserungen, die nicht zuletzt auf deutsche Vorstellungen hin erfolgt waren, seine taktische Linie ändern mußte. So erklärte er vor der Auslandspresse, es würde nun vielleicht eine "zu grobe Vereinfachung" ("oversimplification") sein, den Vertrag als ein neues Jalta oder Versailles für Deutschland zu bezeichnen, er habe

1) Vgl. "DIE WELT" vom 13.3.1968

aber dennoch weiterhin eine Reihe von Einwänden gegen den letzten Entwurf des Vertrages¹⁾. Diese blieben jedoch wie eh und je grundsätzlicher Natur, denn keine Verbesserung war so weitgehend, daß sie die totale Rüstungs- und Kontrollfreiheit der Nuklearmächte beendete und damit den Vertrag der notwendigen Weltabrüstung dienen ließ, wie Strauß es zur Bedingung für eine positive Würdigung machte²⁾.

Das Festhalten der CSU an ihrer kompromißlos ablehnenden Haltung, die innere Gespaltenheit und Entschlußlosigkeit der CDU und die Entschlossenheit der SPD nach dem Versuch, während der Beratung in der UN-Vollversammlung weitere Verbesserungen zu erreichen, den Vertrag schließlich zu unterzeichnen, um eine außenpolitische Isolierung der BRD zu verhindern und dem Warschauer Pakt den Anlaß für seine beständige Propagandakampagne gegen die Bundesrepublik zu nehmen, ließen für die Debatte zum Bericht des Kanzlers zur Lage der Nation am 14. März 1968 ein hartes Aufeinanderprallen der unterschiedlichen Ansichten innerhalb des Regierungsbündnisses erwarten.

Eine solche Erwartung erfüllte sich aber insofern nicht, als der Hauptredner der SPD-Fraktion, der Fraktionsvorsitzende Helmut Schmidt, in seiner Rede den Vertrag überhaupt nicht erwähnte und auch der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Rainer Barzel sich darauf beschränkte, die von der Regierung im Vorjahr konkretisierten "Maßstäbe" für die Beurteilung des Vertrags - ungehinderte Nutzung der Kernenergie zu friedlichen Zwecken, deutliche Verbindung zur allgemeinen Abrüstung, Gewährleistung der Sicherheit und keine Beeinträchtigung regionaler, d.h. in diesem Fall europäischer, Einigungsbestrebungen - zu wiederholen³⁾.

1) Vgl. "International Herald Tribune" vom 13.3.1968

2) Vgl. "Frankfurter Rundschau" vom 13.3.1968

3) Vgl. Rainer Barzel in der Bundestagsdebatte vom 14.3. 1968, Stenogr. Berichte, 5. Wp., 160. S. S.8297

Allerdings ließ die Rede des CSU-Sprechers Zimmermann keinen Zweifel daran, daß die Koalitionsharmonie, die Barzel und Schmidt demonstrierten, nur eine scheinbare war. Er brachte folgende Bedenken vor: nach dem vorliegenden Entwurf sei die europäische Option ausgeschlossen, die Sicherheitsgarantie sei, ob man es wahrhaben wolle oder nicht, auch ein Mittel zur Verhinderung der europäischen Option, und der Entwurf biete darüber hinaus keineswegs nur theoretische Möglichkeiten, die EURATOM-Gemeinschaft zur Auflösung zu bringen und damit eine europäische Energiepolitik schon im Ansatz zunichte zu machen¹⁾.

Zimmermann blieb für diese Behauptungen nähere Begründungen schuldig. Sie standen auf jeden Fall in Widerspruch zum deutschen Memorandum an die Delegationen der Genfer Konferenz vom 6. März 1968 und zur Stellungnahme Diehls zur Sicherheitsgarantie, die er ja nicht ohne Billigung des Bundeskanzlers abgegeben haben konnte.

Das Memorandum hatte die Frage der europäischen Option nicht angeschnitten, da die Bundesregierung davon ausging, daß der Vertrag ein Vereintes Europa mit eigener Exekutive nicht daran hindern könne, sich als Nachfolger europäischer Atommächte zu betrachten, es sich hierbei also um Sukzession, nicht aber um Proliferation handele²⁾. Der Widerspruch zwischen den Bedingungen der CSU und dieser Deutung, die sich mit der amerikanischen Interpretation deckte³⁾, wird dann erklärbar, wenn man sich daran erinnert, daß die CSU die Realisierung der "europäischen Option" schon vor der Vollendung des Bundes-

- 1) Vgl. Friedrich Zimmermann, ebenda, S.832f; durch Vermittlung Barzels wurde ein Absatz der Rede Zimmermanns, in dem dieser noch einmal pointiert vor den Auswirkungen des Vertrages warnte, gestrichen; vgl. hierzu BK vom 23.3.1968 und "SPIEGEL" Nr.15 vom 8.4.1968, S.28
- 2) Vgl. hierzu: "Informationen der SPD-Fraktion", Ausg. Tagesdienst 159 vom 14.3.1968
- 3) Vgl. oben S. 168 die Interpretation Dean Ruskis

staates für notwendig hält. Was die zivile Nutzung der Atomenergie angeht, so hatte das Memorandum festgestellt: "Das Recht zur Nutzung der Kernenergie für friedliche Zwecke wird gewährleistet."¹⁾

Zimmermann wiederholte mit der Kritik an der Sicherheitsgarantie die zuvor von Strauß an Diehl und damit indirekt an den Kanzler gerichtete.

Der Kanzler übte sich jedoch als nächster Redner in der ihm angelasteten Kunst des "Ausklammerns". Er vermied es, auf den Vertrag einzugehen.

Im Gegensatz zur CDU ließ es die CSU in ihren Stellungnahmen an Deutlichkeit niemals fehlen. Ihrer Ansicht nach konnte es sich die Bundesrepublik leisten, nicht zu unterschreiben. In diesem Zusammenhang tauchte wiederum ein Argument auf, das, wie vorher schon die Äußerungen Hepps im Frühjahr 1968, bereits die Stoßrichtung der Partei im kommenden Bundestagswahlkampf andeutete: Die Bundesrepublik könne sich eine Nichtunterzeichnung des Vertrags viel eher leisten als etwa "eine Verdoppelung von neonazistischen Stimmen in Deutschland."²⁾

In dem Rundfunkinterview, in welchem Zimmermann diese Bemerkung machte, bezeichnete er die Verbesserungen des Vertrags, die bisher erreicht worden waren, als "oberflächlich und vage", als nichts anderes als einen "Stoß von Beruhigungspillen, um jetzt am Schluß den vielen Skeptikern die Sache doch noch schmackhaft zu machen oder sie jedenfalls beinahe vor eine ausweglose Alternative zu stellen"³⁾. Die "Erpressung" schien ihm "perfekt"⁴⁾.

In derselben Sendung bezeichnete der CDU-Bundesforschungsminister Stoltenberg die Verbesserungen des Kontrollverfahrens als "Verbesserungen, die wir durchaus

1) Memorandum der deutschen Bundesregierung an die Delegationen des 18-Mächte-Abrüstungsausschusses vom 6.3. 1968 zum vorliegenden Entwurf für einen Kernwaffen-Sperrvertrag, abgedr. in: EA F.9/1968, S. D 220

2) Friedrich Zimmermann, Interview mit dem WDR vom 22.3. 1968, S.2

3) ebenda, S. 2

4) Vgl. ebenda, S.2

anerkennen"¹⁾, blieb aber bei der Kritik an dem seiner Ansicht nach grundlegenden Konstruktionsfehler des Vertrags, daß nur die Nichtnuklearen Kontrollen akzeptieren müssen. Er hielt es für falsch, zu diesem Zeitpunkt ein endgültiges deutsches Wort zur Unterschrift zu sagen und bezeichnete das Ja verschiedener Sozialdemokraten zu diesem Zeitpunkt als ebenso falsch wie ein bedingungsloses Nein²⁾.

Vor der letzten Runde der Verhandlungen in New York waren die Positionen damit abgesteckt. Die CSU blieb bei ihrem kompromißlosen Nein, die CDU konnte kein einheitliches Meinungsbild vermitteln, versuchte jedoch einen Mittelweg zwischen CSU und SPD zu gehen, die bereits jetzt die deutsche Unterschrift in Aussicht stellte, wohl aber noch Verbesserungen erhoffte. Die letzte Entscheidung über die Unterschrift mußte demnach bei der CDU fallen.

Der Verzicht auf eine erneute Präsidentschaftskandidatur, den Präsident Johnson am 1. April bekanntgab, stärkte jedoch den Widerstandswillen der Vertragsgegner und entthob die CDU für eine Weile des Zwanges zur Entscheidung. Denn nun, so schien es, würde der amerikanische Druck auf die Bundesrepublik nachlassen, "das deutsche Ja zum sowjetisch-amerikanischen Sperrvertrag als Notopfer für Lyndon Johnsons Wahlkampf beizusteuern"³⁾, wie der "SPIEGEL" salopp schrieb.

Die CSU unternahm indessen einen neuen Anlauf zur Gewinnung der Franzosen als Bundesgenossen. In einem Interview mit der "Welt am Sonntag" brachte Zimmermann ein neues Argument vor. Er griff dabei auf eine Äußerung

1) Vgl. Gerhard Stoltenberg, ebenda, S.3

Am 18. März hatte sich Außenminister Brandt vor dem Nürnberger SPD-Parteitag gegen "voreilige und emotionale Äußerungen" zum Atomwaffensperrvertrag gewandt und betont, daß die deutschen Interessen grundsätzlich ein Ja zur Nichtverbreitung von Kernwaffen verlangten und kein Nein; vgl. EA F. 8/1968, S. Z 79.

2) Vgl. hierzu die Fernsehdiskussion im ZDF am 28.3.1968, "Journalisten fragen - Politiker antworten" mit v.Has-sel, Wehner, Genscher, Stücklen

3) "SPIEGEL" Nr. 15 vom 8.4.1968, S.28

Couve de Murvilles vom Beginn des Jahres zurück, in der dieser eine gemeinsame deutsch-französische Politik als wünschenswert bezeichnet hatte. Eine solche Politik könnte aber nach Zimmermann nur in einer Konföderation beider Länder praktiziert werden. "Um aber in einen solchen Staatenbund mit der Atommacht Frankreich eintreten zu können, müßte die Bundesrepublik ihre Entscheidung über eine Unterzeichnung des Sperrvertrages zurückstellen."¹⁾

Dieser "neue Akzent"²⁾ erregte allerdings in der innenpolitischen Diskussion kaum Aufsehen. Er war ein zu durchsichtiges taktisches Manöver, um Zeit zu gewinnen.

Inzwischen drangen Meldungen in die Presse, nach denen sich bei einer außenpolitischen Klausurtagung der Regierungs- und Fraktionsspitzen der Koalition Anfang Mai in der Wasserburg Heimersheim Brandt mit seiner Auffassung durchgesetzt habe, daß der Vertrag die Deutschen nicht ohnmächtiger mache, als sie ohnehin seien und die Bundesregierung den Vertrag deswegen unterzeichnen könne³⁾. Der entschiedenste Vertragsgegner im Kabinett, Franz Josef Strauß, habe vor der Sperrvertragsdiskussion die Tagung verlassen.

Sollten diese Berichte auch den Tatsachen entsprechen haben, so war dennoch diese Meinungsbildung eine inoffizielle gewesen, denn es handelte sich um keinen formellen Kabinettsbeschluß.

Die jüngsten Behinderungen des Berlin-Verkehrs durch die mit der Begründung der Verabschiedung der Notstands-

1) Zimmermann, Interview mit "Welt am Sonntag" vom 5.5.1968; ähnlich in seiner Rede vor der I.Intern.Tagung der Wiener "Gesellschaft für politisch-strategische Studien", auszugsw. abgedr. in: BK vom 25.5.1968

2) So die "Welt am Sonntag" vom 5.5.1968

3) Vgl. "SPIEGEL" Nr.20 vom 13.5.1968, "Frankfurter Rundschau" vom 14.5.1968

Gesetze eingeführte Paß- und Visapflicht¹⁾ für Reisen von und nach West-Berlin mußten sich als retardierendes Element auswirken, weil sie als ein Versuch der Sowjetunion hingestellt werden konnten, ohne deren Billigung sie nicht geschahen, den "kalten Krieg mit Deutschland"²⁾ fortzusetzen.

Guttenberg nutzte die Gelegenheit, um eine direkte Verbindung zum Sperrvertrag herzustellen, als er im Deutschen Fernsehen sagte: "Die Sowjetunion wird sich dabei überlegen müssen, ob sie auf der einen Seite mit Feindseligkeit der Bundesrepublik begegnen kann und auf der anderen Seite gleichzeitig erwarten kann, daß die Bundesrepublik ihre Unterschrift unter einen solchen Vertrag setzt."³⁾

Es stellt sich die Frage, ob die von Guttenberg ange-deutete Möglichkeit eines Junktims zwischen der Unterschrift und der Herstellung völliger Freiheit des Berlin-Verkehrs, über die der CDU/CSU-Fraktionsvorstand zwei Tage vor der außenpolitischen Debatte des Bundestags beriet⁴⁾, von den Unionsparteien als realistische Chance gesehen wurde, einen Hebel für eine Verbesserung der Berliner Situation zu erhalten, oder ob sie nicht vielmehr als günstige Gelegenheit gesehen wurde, den Vertrag, der die UN-Vollversammlung passiert hatte, weiterhin abzublocken.

Die außenpolitische Debatte vom 20. Juni 1968 hinterließ den Eindruck, als wende sich die SPD gegen eine solche Koppelung zweier Probleme miteinander⁵⁾, während

1) So DDR-Innenminister Dickel am 11.6.1968 vor der Volkskammer, vgl. EA F.13/1968, S. Z 134

2) Vgl. Guttenberg, Interview mit dem Deutschen Fernsehen vom 14.6.1968, S.1

3) ebenda, S.1

4) Vgl. "Frankfurter Rundschau" vom 19.6.1968

5) Vgl. die Reden des Bundesaußenministers und des Abgeordn. Eppler in der Bundestagsdebatte vom 20.6.1968, Stenogr. Berichte, 5. Wp., 180.S., S.9702 ff, S.9764 ff und S. 9709 ff

die CDU mehr zum Junktim tendierte¹⁾ und der Bundeskanzler wie so oft versuchte, eine Mittelposition einzunehmen, ohne daß sein Lavieren zwischen den Fronten eine bestimmte Zielrichtung erkennen ließ²⁾. Diese Taktik aber stärkte, da ja die Fällung einer Entscheidung anstand, letztlich die Kräfte, die auf Verzögerung oder Verhinderung der Unterschrift abzielten.

1.3.2.6. Die Verzögerungstaktik nach der Vertragsverabschiedung durch die UN-Vollversammlung

Nachdem der Vertragstext unabänderbar geworden war, galt es für die CSU, eine neue Taktik zu ersinnen und in die Tat umzusetzen. Die CSU ging dabei von der banalen Erkenntnis aus, daß Verträge interpretationsfähig sind und legte nun das Schwergewicht darauf, verbindliche amerikanische Interpretationen zu erhalten. Sollte dabei die Sowjetunion gegen die amerikanischen Interpretationen Einspruch erheben, dann - so kalkulierte sie - werde für die Bundesrepublik "eine neue Lage" gegeben sein³⁾.

Eine solche "neue Lage" entstand aber bereits früher als voraussehbar, als die Sowjetunion und die Bundesregierung am 11. und 12. Juli 1968 ihren Notenwechsel zur Frage des Gewaltverzichts veröffentlichten⁴⁾, aus dem hervorging, daß die Sowjetunion sich auf die Fortdauer der Feindstaatenklauseln der UN-Charta berief. Die CSU empfand ihre Vorbehalte und Zweifel jetzt als "mehr als

1) Vgl. ebenda, S. 9706 ff die Rede Johann Baptist Gradls

2) Vgl. die Rede Kiesingers, ebenda, S. 9694 ff

3) Friedrich Zimmermann vor dem wehrpolitischen Arbeitskreis und dem deutschland- und ostpolitischen Arbeitskreis der CSU in München; zit. nach SZ vom 8.7.1968; vgl. auch BK vom 13.7.1968

4) abgedr. in: EA F. 16/1968, S. D 361 ff

gerechtfertigt." 1)

Strauß forderte deshalb vor der CSU-Landesversammlung am 12. Juli 1968 den anwesenden Bundeskanzler auf, den Widerstand gegen eine Vertragsunterschrift nicht aufzugeben. Ermunternd, aber mit einem deutlich spürbaren warnenden Unterton, sagte Strauß, an Kiesinger gewandt: "Sie können überzeugt sein, daß wir in der Friedensliebe, aber auch in der Verantwortung mit Ihnen an Ihrer Seite, hinter Ihnen und neben Ihnen bereit sind, diesen Weg zu gehen, wenn der Weg auch dornig und steinig ist, wenn der Weg auch Widerstände aufweist, wenn er auch manchmal bitter werden mag. Aber zur rechten Zeit die richtige Entscheidung auch einmal gegen den Wind getroffen schafft mehr Ansehen, Achtung und Zukunftssicherheit als feiges Nachgeben, kleinliches Schwanken oder opportunistisches Sichfügen." 2)

Während der Landesversammlung zeigte es sich, daß die CSU auch, nachdem der Vertrag ein Faktum geworden war, eine Reihe von Pfählen eingepflöckt hatte, die es der Koalition schier unmöglich machen würden, zu einer einmütigen Entscheidung zu kommen. Niedergelegt wurden sie in einer auf kuriose Weise zustande gekommenen Resolution, die vom Plenum der Versammlung ohne Debatte einstimmig gebilligt wurde 3).

Die 6-Punkte-Resolution verlangte vor jeder Entscheidung der Bundesregierung die Klärung folgender Vorbehalte:

1. Welchen Weg die amerikanische Außenpolitik einschlagen werde. Darüber und über die Frage, ob die Bundesrepublik dem Vertrag beitreten werde, werde es erst nach den amerikanischen Präsidentschaftswahlen Klarheit geben.

1) Vgl. Strauß, Rede vor der CSU-Landesversammlung am 12.7.1968, abgedr. in: BK vom 20.7.1968

2) ebenda

3) Nähere Einzelheiten über das den Stand der innerparteilichen Demokratie beleuchtende Verfahren vgl. "Frankfurter Rundschau" vom 13.7.1968, "Kanzler Kiesinger gab Moskau eine zornige Antwort".

2. Das eigentliche Anliegen des Vertrags, die weltweite Abrüstung, komme nur in der Form vager Absichtserklärungen der Großmächte zum Ausdruck. Der Vertrag bleibe ein Torso, solange die atomaren Großmächte nicht den Nachweis erbringen, daß sie ihre Absichtserklärung ernst nehmen, und er bleibe ein Mittel zur Festigung der Vormacht der atomaren Großmächte über alle nichtatomaren Staaten.

3. Die von den USA, der Sowjetunion und Großbritannien zugestandene Garantie gegen nukleare Bedrohung und Erpressung sei fragwürdig. Der Hinweis, wonach im Falle eines atomaren Angriffs oder einer atomaren Drohung der Sicherheitsrat in Aktion zu treten habe, könne nicht überzeugen, weil die Atommächte als seine ständigen Mitglieder ihr Veto einlegen könnten.

Die Bundesrepublik könne sich auf diese reine Deklamation nicht verlassen und müsse daher auf dem Fortbestand der ihr in der westlichen Allianz gegebenen Garantie bestehen.

4. Der Aufbau einer europäischen Atomstreitmacht unter einer zentralen europäischen Autorität dürfe durch den Vertrag nicht behindert werden. Die CSU erwarte verbindliche Äußerungen der Sowjetunion zu den amerikanischen Interpretationen.

5. Solange die Sowjetunion darauf bestehe, die gegen die Verlierer des 2. Weltkrieges in der UN-Charta niedergelegten Siegerrechte aufrechtzuerhalten, müsse vermutet werden, daß der Sowjetunion auch der Atomwaffensperrvertrag zur Diskriminierung und Bedrohung der Bundesrepublik dienen solle.

6. Klärung des Kontrollabkommens zwischen IAEA und EURATOM¹⁾.

1) Vgl. BK vom 20.7.1968, "BK-Dokumentation" zur CSU-Landesversammlung vom 12./13.7.1968; Strauß, Interview mit dem Süddeutschen Rundfunk vom 13.7.1968, S.2ff

Damit war verbindlich festgelegt, daß die CSU sich auf anhaltende Opposition einrichtete und die Entscheidung zunächst einmal auf 1969 verschob. Da die anderen Vorbehalte seit geraumer Zeit bekannt waren, ließ sich die Position der CSU zu diesem Zeitpunkt folgendermaßen charakterisieren:

Zeit gewinnen und auf einen Wahlsieg Nixons hoffen, von dem man sich angesichts seiner politischen Vergangenheit offensichtlich eine Wende des Johnson-Kurses versprach, die bei seinem Gegenspieler Humphrey gerade in dieser Frage nicht in Aussicht stand. Wenn man davon ausging, daß die Meinungsbildung der neuen amerikanischen Regierung kaum vor dem Frühjahr 1969 abgeschlossen sein würde, der Termin der Bundestagswahlen aber im Herbst desselben Jahres lag, ließ sich bereits im Juli 1968 unschwer errechnen, daß der Vertrag zum Wahlkampfthema werden und damit die koalitionsimmanenten Hemmungsmechanismen absolut jede Entscheidung blockieren würden.

Um dieses Faktum der Koalition wieder einmal ins Bewußtsein zu rücken und die Position der CSU als Sperrminorität zu verdeutlichen, ließ Strauß die Beantwortung der Frage offen, ob die CSU die Koalitionsfrage stellen würde, falls es zu einer positiven Kabinettsentscheidung käme¹⁾. Die unausgesprochene Drohung, die Koalition zum Scheitern zu bringen, mußte auch in Zukunft jeden Ansatz zu einer Entscheidungsfindung entsprechend beeinflussen.

Als Strauß in seiner Eigenschaft als Finanzminister eine Amerika-Reise machte, nutzte er die Gelegenheit, seinen Standpunkt vor leitenden Männern der amerikanischen Außenpolitik zu interpretieren. Er stellte dabei den unlängst in die Diskussion gebrachten Aspekt wiederum in den Vordergrund, daß, da der Vertrag die Bundesrepublik für 25 Jahre binden solle, es gut wäre, wenn diese

1) Vgl. Strauß, Interview mit dem Süddeutschen Rundfunk vom 13.7.1968, S.3

bei ihrer Entscheidung schon eine konsolidierte amerikanische Außenpolitik beurteilen könne. Außerdem betrafen seine Bedenken die sowjetische Interpretation der Vertragsbestimmungen, insbesondere im Hinblick auf die von den Westmächten für politisch obsolet gehaltenen Feindstaatenklauseln sowie die Frage, wie sich die Kräfteverhältnisse in Europa nach Inkrafttreten des Vertrages verschieben würden. Im Gegensatz zu der oben zitierten Parteitage resolution, die in Punkt vier die Frage der europäischen Option noch für klärungsbedürftig befunden hatte¹⁾, bezeichnete Strauß in den USA nach dem Bericht, auf den sich diese Ausführungen stützen, die von den Amerikanern offengelassene "europäische Option" als "völlig befriedigend"²⁾.

1.3.2.7. Die Auswirkungen der CSSR-Invasion auf die Diskussion

Der polemische Schlagabtausch zwischen den Koalitionspartnern CSU und SPD war bereits vor der Besetzung der CSSR durch die fünf Warschauer-Pakt-Staaten soweit gediehen und Ausdruck so tiefgreifender Meinungsverschiedenheiten³⁾ nicht nur über das konkrete Projekt des Atomwaffensperrvertrages, sondern über Inhalt und Sinn der

1) Vgl. Parteitage resolution , a.a.O.

2) Vgl. FAZ vom 26.7.1968, "Strauß bringt in Washington Einwände gegen Sperrvertrag vor". Eine Antwort von SPD-Seite gab Fritz Säger, "Es gibt keine Wunderwaffen", in: SPD-Pressedienst vom 30.7.1968. Im Gegensatz zu der von Strauß laut FAZ gemachten Äußerung, daß die amerikanische Interpretation der europäischen Option "völlig befriedigend" sei, wurde sie im BK vom 3.8.1968, "Fragen an den Außenminister", wiederum als "vollkommen unzureichend" bewertet.

3) Vgl. z.B. BK vom 3.8.1968, a.a.O. und das Strauß-Interview mit der "Welt am Sonntag" vom 4.8.1968 sowie die darauf folgende polemische Auseinandersetzung der Pressesprecher, über die die "WELT" vom 6.8.1968 berichtete.

Entspannungspolitik, daß die Ereignisse in der CSSR zwar zu einer wechselseitigen Verhärtung der Standpunkte führten, an der grundlegenden, bereits bestehenden Frontstellung der beiden Koalitionspartner aber nichts änderten. Die wirklichen und entscheidenden Veränderungen im Meinungsbild ergaben sich innerhalb der bis dahin zwischen dem Einschwenken auf den Weg der Entspannung und dem Mißtrauen gegenüber eben diesem Weg schwankenden CDU.

Die Besetzung der CSSR brachte allerdings der CSU erhebliche taktische Vorteile, denn sie konnte sich einerseits darauf berufen, immer wieder ihrem Mißtrauen gegenüber dem sowjetischen Entspannungswillen Ausdruck verleihen zu haben, und sie konnte andererseits im Zusammenhang mit dem Vertrag die Frage stellen, ob nicht nach der Erschütterung der sowjetischen Glaubwürdigkeit, die von der Partei fortwährend vorgebrachte Furcht vor einer Geltendmachung der Feindstaatenklauseln doch berechtigt wäre, so daß, wie Stücklen sich ausdrückte, nach Unterzeichnung des Vertrages die "Freiheit...unseres Volkes weitgehend von Sicherheitserklärungen der Sowjetunion abhängig" wäre¹⁾.

Eine solche Analogie zwischen der CSSR und der Bundesrepublik, die sich schließlich im Machtbereich der Gegenweltmacht USA befindet, mochte einer objektiven Prüfung der Tatsachen nicht standhalten. Da sie aber zu einem Zeitpunkt vorgebracht wurde, an dem die Sowjetunion begründeten Anlaß zu neu erwachendem Mißtrauen bot und von einer Partei, die sich weder durch eine differenzierende Betrachtung von Vorgängen im kommunistischen Lager noch durch den ernstgemeinten Versuch, ihren Teil zum Abbau der Spannungen beizutragen auszeichnete, entbehrte sie nicht einer politisch-psychologischen Ein-

1) zit. nach "WELT" vom 23.8.1968; vgl. hierzu auch "SPIEGEL" Nr. 36 vom 2.9.1968, S.23

dringlichkeit, weil ja althergebrachte Stereotypen jetzt offensichtlich wieder einmal ihre Bestätigung fanden.

Bezeichnend für das Gefühl der CSU, recht behalten zu haben und nach der Besetzung die Koalitionswaage zu ihren Gunsten senken zu können, ist ein Satz Richard Stücklens in einem in der Münchener "Abendzeitung" veröffentlichten Artikel. Stücklen schrieb: "Inzwischen dürfte es jedem klar geworden sein, daß der Atomwaffensperrvertrag für die Sowjets nichts anderes als ein Mittel zur Zersplitterung des westlichen Europa darstellt, mit dem sie wahrscheinlich langfristig ihr strategisches Vorfeld zu erweitern gedenken. Wollen wir eine solche Entwicklung verhindern und uns die Chance für ein zur Selbstverteidigung fähiges Europa offenhalten, so müssen wir unsere Entscheidung über eine Unterschrift unter diesen Vertrag nach diesen Gesichtspunkten treffen."¹⁾

Am 16. September trafen sich die Mitglieder des CSU-Vorstandes zu einer Klausurtagung in Bad Reichenhall, zu der der Bundeskanzler als Gast geladen war. Laut "SPIEGEL" sagte er auf der Tagung, man könne den Russen nahezu dankbar sein für ihren Prager Einmarsch, denn "auf diese Weise haben sie uns die Entscheidung über den Atomsperrvertrag vorläufig abgenommen."²⁾ Kiesinger sah eine Gelegenheit, auch dieses die Koalition lähmende Thema vorerst einmal auszuklammern, Strauß jedoch war um eine grundsätzliche Festlegung gegen den Vertrag bemüht. Er entwickelte deshalb dem "SPIEGEL" zufolge am Abend nach Kiesingers Abreise einen Drei-Punkte-Plan, um Kiesinger langfristig auf seine Linie festzulegen, die dieser immer wieder zu verlassen sich anschickte. Er drohte mit Rückzug der CSU-Minister aus dem Bundeskabinett, mit der Auflösung der Fraktionsgemeinschaft von CSU und CDU

1) Richard Stücklen, in der "Abendzeitung" vom 19.9.1968, zit. nach "CSU-Correspondenz" vom 18.9.1968, S.1

2) zit. nach "SPIEGEL" Nr. 21 vom 19.5.1969, S.32

und mit einer Gründung der CSU auf Bundesebene, falls der Vertrag unterzeichnet würde¹⁾.

Die Wirksamkeit dieser Drohung lag wie so oft weniger in der Wahrscheinlichkeit ihrer Realisierung als in der Tatsache, daß sie wie ein Damoklesschwert über CDU und Koalition hängen blieb.

Am 18. September traf der CDU/CSU Fraktionsvorstand im Verlauf einer ganztägigen Sitzung in Bonn die einmütige Feststellung, daß der Vertrag "zum gegenwärtigen Zeitpunkt" nicht unterzeichnet werden könne²⁾.

Damit hatte sich die CDU zum ersten Male eindeutig und öffentlich zur Nicht-Unterzeichnung bekannt, wenn auch mit der Einschränkung "zum gegenwärtigen Zeitpunkt".

Die CSU hielt den außenpolitischen Schock der Ereignisse von Prag für stark genug, um wiederum ihre Lieblingsvorstellung ins Gespräch zu bringen, "eine gemeinsame Verteidigungspolitik mit der Nuklearmacht Frankreich, die den Sperrvertrag nicht unterzeichnet, zu betreiben, wobei wir gewiß keine nationale Verfügungsgewalt über Atomwaffen anstreben, aber doch schon im Stadium einer Staatenunion eine verbindliche koordinierte Strategieplanung haben müßten"³⁾.

Die Bad Bernecker Herbsttagung der CSU-Landesgruppe im Bundestag am 20. September befaßte sich ausführlich mit dieser Frage und unternahm es, den Bundeskanzler vor dem anstehenden de Gaulle-Besuch auf einen erneuten profranzösischen Schwenk festzulegen, während Kiesinger angesichts der militärischen Gegebenheiten in Europa nach der CSSR-Invasion mehr auf eine Stärkung der gesamten NATO abzielte⁴⁾.

1) Vgl. ebenda, S.32

2) Vgl. "WELT" vom 19.9.1968, "Kein schnelles Ja zum Sperrvertrag"

3) Stücklen in der "Abendzeitung" vom 19.9.1968, zit. nach a.a.O., S.1

4) Vgl. Bad Bernecker Entschließung der CSU-Landesgruppe zur Außen- und Sicherheitspolitik vom 20.9.1968, abgedr. in BK vom 28.9.1968; "Welt am Sonntag" vom 22.9.1968 "CSU drängt Kiesinger: General de Gaulle jetzt konkrete Fragen stellen!"; "DIE WELT" vom 23.9.1968: "CSU will heute Kanzler auf Ernst der Lage hinweisen"

In Verkennung der innen- wie der außenpolitischen Gesamtkonstellation unternahm die CSU im Herbst 1968 tatsächlich noch einmal den Versuch, den sie schon zu Zeiten Erhards unternommen hatte, nämlich eine Bundesregierung in die Zwangslage einer Wahl zwischen Frankreich und den USA hineinzumanövrieren, diese beiden Staaten gegeneinander auszuspielen sowie de Gaulle auf den von ihr gewünschten Weg zum föderierten Europa zwingen zu können. So erläuterte Friedrich Zimmermann der "WELT", daß die CSU erreichen wolle, daß die Gruppe der europäischen Länder sich fester zusammenschließe. Voraussetzung dafür sei eine gemeinsame Politik mit Frankreich. Wenn Paris sich allerdings hier versage, werde eine stärkere Anlehnung der Bundesrepublik an die Vereinigten Staaten unumgänglich¹⁾.

De Gaulles Bonner Besuch aber machte diesen erneuten Anlauf zunichte, nach den Prager Ereignissen in Frankreich einen Bundesgenossen gegen den Sperrvertrag zu finden²⁾.

1.3.2.8. Hoffnung auf Nixon

Damit blieb der Partei nur noch die Hoffnung auf einen Wahlsieg des republikanischen Präsidentschaftskandidaten Richard Nixon. Er war der einzig denkbare Verbündete, der nun noch würde in der Lage sein können, der Position, die die CSU vertrat, internationale Anerkennung zu verschaffen.

- 1) Vgl. die "WELT" vom 23.9.1968; vgl. Stücklens Rede in der außenpolitischen Debatte des Bundestages, 5. Wp., 186. S., vom 26.9.1968, S.10118
- 2) Zu den Ergebnissen des deutsch-französischen Konsultationstreffens vom 27./28.9.1968 vgl. EA F.20/1968, S. Z 205 f

Würde nämlich die von der CSU erhoffte Richtungsänderung der amerikanischen Politik nicht stattfinden, dann war es sicher, daß die Bundesrepublik sich nicht länger würde dem internationalen Druck widersetzen können, ihre Unterschrift unter das Vertragswerk zu leisten. Dann war es tatsächlich nur noch eine Frage der Zeit, bis die Bundesregierung den von der CSU nun seit über zwei Jahren so heftig befahdeten Schritt würde tun müssen, wenn sich die Bundesrepublik nicht einer tiefgehenden außenpolitischen Isolierung auch bei den eigenen Verbündeten aussetzen wollte. Die einzige Möglichkeit, die der CSU dann noch bliebe, wäre, das Problem der neuen im Herbst zu wählenden Regierung aufzuhalten.

Doch zunächst wurde einmal am 5. November 1968 Richard Nixon zum neuen amerikanischen Präsidenten gewählt, und Strauß konnte in einem Artikel im Bayernkurier zum Auftakt des Programmparteitags der CSU Mitte Dezember optimistisch konstatieren: "Überdies hat die bayrische CSU seinerzeit empfohlen, die Entscheidung der Bundesrepublik über den Nonproliferationsvertrag bis nach der Wahl des amerikanischen Präsidenten hinauszuschieben und mit ihm über die offenen Probleme zu verhandeln. Auch dieses Votum hat sich als richtig erwiesen. Nixon machte, wie erwartet, das Rennen und hat vor seiner Wahl wie nachher eine von der bisherigen amerikanischen Haltung abweichende, europafreundlichere Einstellung zu diesem folgeschweren Vertragsobjekt eingenommen."¹⁾

Aber nach der glatten Absage durch Nichtbeachtung, die de Gaulle den CSU-Vorschlägen vom Herbst 1968 erteilt hatte, und seinem Versuch, die Vorverhandlungen zwischen EURATOM und der IAE0 über ein Verifikationsabkommen erst nach einer deutschen Unterschrift zuzulassen und damit die Bundesrepublik unter Druck zu setzen²⁾, folgte eine

1) Strauß, Partei ohne Profilneurose, in: BK vom 14.12. 1968

2) Vgl. SZ vom 30.1.1969, "Risiken eines Alleingangs"

erneute herbe Enttäuschung - diesmal durch Nixon. Auf seiner ersten Pressekonferenz vom 20. Januar 1969 machte er deutlich, daß er trotz seiner Ablehnung der Ratifizierung des Vertrages als Präsidentschaftskandidat nach der CSSR-Intervention nicht bereit war, als Präsident den amerikanisch-sowjetischen Dialog am Atomwaffensperrvertrag scheitern zu lassen und daß er den Vertrag befürwortete¹⁾. Wenige Tage darauf leitete er ihn dem Senat zur Ratifizierung zu.

Auf seiner Pressekonferenz vom 6. Februar äußerte er, er sei überzeugt, daß letztlich die meisten der Verbündeten in Westeuropa dem amerikanischen Beispiel folgen würden, lehnte es jedoch entschieden ab, diese unter Druck zu setzen²⁾. Nicht zu leugnen war jedoch, daß durch die Macht der Fakten ein Druck entstehen würde, dem sich schließlich kein dem unmittelbaren Einflußbereich der USA angehörender und in seiner militärischen Sicherheit von ihnen abhängiger Staat würde entziehen können³⁾.

1) Vgl. Richard Nixons Pressekonferenz vom 28.1.1969, auszugsweise abgedr. in: EA F.6/1969, S.125 f

2) Vgl. EA F. 6/1969, S. D 123

3) Vgl. auch die Äußerungen Nixons zur Frage der deutschen Unterschrift auf seiner Pressekonferenz vom 4.3.1969 nach der Rückkehr von seiner Europareise, abgedr. in: EA F.6/1969, S. D 131 ff. Nixon sagte u.a.: "Ihre Haltung (die der dt. BReg., der Verf.)... ist wohlbekannt. Sie wissen, daß ich den Vertrag dem Senat vorgelegt habe, daß der Senat wahrscheinlich seinen Rat und seine Zustimmung geben wird und daß wir den Vertrag ratifizieren werden. Sie kennen auch meinen Standpunkt, daß es nicht nur im Interesse der Vereinigten Staaten, sondern meiner Überzeugung nach auch im Interesse aller Regierungen, einschließlich der Bundesregierung, liegt, den Vertrag zu ratifizieren. Ich habe weder öffentlich noch privat einen Druck auf sie ausgeübt und werde auch weder öffentlich noch privat einen Druck auf sie ausüben. Ich bin jedoch der Überzeugung, daß die Bundesregierung - da es in ihrem Interesse liegt, den Vertrag zu ratifizieren - nach eingehender Erwägung ohne Druck zum geeigneten Zeitpunkt den Vertrag ratifizieren wird." a.a.O. S. D 137 f

Diese offensichtlichen Entwicklungstendenzen ignorierend, entfachten CSU und nun auch CDU¹⁾ angesichts des beginnenden Wahlkampfes ein erneutes propagandistisches Sperrfeuer gegen alle im In- und Ausland auf die Unterschrift drängenden Kräfte²⁾.

Als nun auch Nixon die in ihn gesetzten Hoffnungen enttäuschte, versuchte die CSU in einem dilettantischen Unterfangen, das gleichzeitig einen schwerwiegenden Eingriff in die amerikanische Innenpolitik darstellte, das Blatt noch einmal zu wenden, denn sie suchte die Ratifizierungsdebatte des amerikanischen Senats, dem Nixon den Vertrag vorgelegt hatte, in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Walter Becher, über dessen Vorstellungen von einer Atombewaffnung der Bundesrepublik später noch zu sprechen sein wird, und Marcel Hepp hielten sich während der Senatsdebatte über den Sperrvertrag in Washington auf und sprachen bei 24 Abgeordneten des Repräsentantenhauses und 17 Senatoren vor, in der Mehrzahl rechten Republikanern³⁾. Sie brachten noch einmal die Argumente der CSU gegen den Vertrag vor. Nicht ohne Stolz vermerkte Becher in seinem für den Bundeskanzler bestimmten Reisebericht: "Es wurde uns gesagt, die vorgetragenen Argumente hätten die Zahl der Senatoren, die gegen die Ratifizierung stimmten, von ursprünglich sechs auf fünfzehn erhöht."⁴⁾ Becher glaubte,

1) Vgl. Barzels Äußerung in Münster: "Ich sehe mich nicht imstande, irgendjemandem ein deutsches Ja zu diesem Vertrag zu empfehlen, solange die Sowjetunion uns mit Intervention droht." ; zit. nach "Frankfurter Rundschau" vom 29.1.1969

2) Vgl. auch die Fragestunde und die anschließende Aktuelle Stunde am 7.2.1969 im Bundestag zu den Äußerungen der Botschafter Grewe und Schnippenkötter auf der Münchener Wehrkundetagung; Stenogr. Berichte, 5.Wp., 214 S., vom 7.2.1969, S.11561 f

3) Eine vollständige Aufzählung gibt Becher in seinem Reisebericht an den Bundeskanzler (unveröff.Manuskript, in den Unterlagen des Verf.).

4) ebenda, S.2

berichten zu können, daß eine Nichtratifizierung des Vertrages durch den Bundestag keine Repressalien zur Folge haben werde und zitierte die "ebenso kurze wie klassische Antwort"¹⁾ des "kriegerischen Politikers"²⁾, Senator Strom Thurmond: "Die Nichtratifizierung würde das Prestige der Bundesrepublik heben."³⁾ Der Beauftragte einer Koalitionspartei der Großen Koalition, die unter dem Zeichen der Entspannungswilligkeit angetreten war, kam zu dem Schluß: "Die Philosophie der 'Brückenbauer', d.h. von Vorleistungen ohne Gegenleistungen hat ... bedeutend an Boden verloren. Es wäre meines Erachtens daher anachronistisch, wenn die deutsche Bundesregierung in Washington und in der NATO eine Politik der Entspannung à la Kennedy und Johnson verträte. Sie schwächt überdies die innenpolitische Position Nixons ... Sowohl in der Problematik des Nichtweitergabevertrages als in der Frage des sowjetischen Vorschlags für eine europäische Friedenskonferenz sollten wir daher die Finten der sowjetischen Strategie aufdecken und unsere Einstellung im Geiste der CDU/CSU-Fraktion verdolmetschen."⁴⁾

Als Ende April Meldungen über diesen Versuch einer direkten Einflußnahme auf die amerikanische Innenpolitik in Bonn durchsickerten, reagierte die CSU äußerst heftig und versuchte von dem eigentlichen Anliegen Bechers und Hepps abzulenken, indem sie die Meldung dementierte, Becher sei auch mit Barry Goldwater oder dessen Sohn zusammengetroffen, was seinem Bericht nach nicht der Fall war⁵⁾. In eigenartigem Gegensatz zu seinem im internen Bericht geäußerten Selbstlob, die Zahl der Sperr-

1) ebenda, S. 5

2) Herbert von Boroh in der Süddeutschen Zeitung vom 28.9.1970, "Marsch für den Sieg ohne Marshall Ky"

3) Becher a.a.O. S.5

4) ebenda, S.7

5) Vgl. hierzu SZ vom 25.4.1965, "Bemühten sich CSU-Politiker in Washington um Schützenhilfe?"

vertragsgegner im Senat vergrößert zu haben, stand Bechers öffentliche im Deutschen Fernsehen abgegebene Versicherung, nicht beabsichtigt zu haben, die amerikanische Innenpolitik zu beeinflussen¹⁾.

In den USA erlitt die CSU eine Niederlage, aber ebensowenig konnte sich der Außenminister durchsetzen, als er in einem Pressegespräch, das die Staatssekretäre Bahr und Jahn abhielten, die Notwendigkeit der Unterzeichnung des Vertrages der Öffentlichkeit noch einmal vor Augen zu führen suchte²⁾.

- 1) Vgl. Becher, Interview mit dem DFS vom 25.4.1969, S.2. Die Reise der beiden CSU-Abgesandten hatte ein parlamentarisches Nachspiel. Ein vertrauliches Privatdienstschreiben des deutschen Botschafters in Washington, Rolf Pauls, an den Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Duckwitz, ging auf mysteriöse Weise im Auswärtigen verloren. Der SZ vom 16.5.1969 zufolge soll Pauls in dem Brief über ein ungünstiges Washingtoner Echo auf Bechers und Hepps Aktivitäten berichtet haben. Der "SPIEGEL" Nr. 19 vom 5.5.1969 mußte zu berichten, Nixon habe der CSU ein "ungewöhnliches Verfahren" an gekreidet. Pauls habe dem Auswärtigen Amt mitgeteilt, daß der Bundesregierung ein offizieller US-Protest nur deshalb erspart geblieben sei, weil die Aktivität der CSU-Emissäre in Amerika nicht publik wurde.

CDU und CSU gelang es in der Fragestunde zu verschleiern, daß es sich bei Bechers und Hepps Washingtoner Mission nicht um eine Routinereise eines Abgeordneten und eines politischen Beraters handelte, die mit Politikern eines befreundeten Landes sprechen wollten, sondern um den gezielten Versuch, dort die innenpolitische Opposition gegen einen von der Regierung dieses Landes ausgehandelten internationalen Vertrag zu mobilisieren.

- 2) Vgl. "DER SPIEGEL" Nr. 16 vom 14.4.1969, S.27. Die CSU reagierte mit einer scharfen Replik, in der sie das Pressegespräch als "unredliche Informationspolitik" bezeichnete, mit der die Koalitionspartner der SPD unter Druck gesetzt werden sollten; vgl. "CSU-Correspondenz" vom 10.4.1969.

Vgl. auch Strauß in der "Welt am Sonntag" vom 13.4.1969 "Die Woche in Bonn"

1.3.2.9. Der Atomwaffensperrvertrag im Wahlkampf

Spätestens jetzt im Frühjahr 1969 mußten auch die letzten Zweifel beseitigt sein, daß die Koalition vor den Wahlen das Patt nicht würde überwinden können, denn Kiesinger, der eigentliche Adressat der Bahr-Jahnschen Verlautbarungen, dem es bisher gelungen war, die Entscheidung immer wieder aufzuschieben, war offensichtlich nun endgültig entschlossen, die Unterschrift vor den Wahlen nicht mehr zu leisten¹⁾.

Aber während Kiesinger und Brandt gewillt waren, das Thema aus dem Wahlkampf herauszuhalten²⁾, kam nach den vorangegangenen Auseinandersetzungen Marcel Hepp der Realität näher, als er im Bayernkurier feststellte: "Der Sperrvertrag wird - entgegen den Appellen einiger Taktiker - zum zentralen Wahlkampfthema. Man kommt nicht an den großen Fragen der Nation vorbei."³⁾ Daß dies eintreten würde, daran hatten nicht zuletzt Marcel Hepp und der Bayernkurier ihren gewichtigen Anteil. Hier bot sich ein Hebel für den Wahlkampf, um CSU und CDU als Wahrer der nationalen Lebensinteressen gegenüber einer leichtfertigen und leichtgläubigen Sozialdemokratie zu profilieren.

Von nun an bestimmte der Wahlkampf mehr oder minder eindeutig die Äußerungen der Partei zum Vertrag, und immer wieder wurde der Bayernkurier zur bevorzugten Plattform für die polemische Auseinandersetzung mit den Unterschriftsbefürwortern. So wurden der SPD in dieser Frage "Zwei Umfälle" binnen Jahresfrist vorgeworfen⁴⁾. So ver-

1) Am 10.4.1969 dementierte Staatssekretär Diehl Pressemeldungen, daß die Entscheidung noch vor Kiesingers USA-Reise im Juni fallen werde, und bestritt, daß die Bundesregierung unter einem Termin-Diktat stünde; vgl. "SPIEGEL" Nr.16 vom 14.4.1969, S.27

2) So Conrad Ahlers, vgl. SZ vom 2.5.1969, "Brandt will den Sperrvertrag im Kabinett wieder erörtern lassen"

3) Marcel Hepp, Thema des Wahlkampfes, in: BK vom 3.5.1969

4) Vgl. ebenda

schenkte Brandt "die deutsche Unterschrift unter den Sperrvertrag, der unsere Sicherheit erheblich reduziert, der die europäische Gemeinschaftstechnologie entscheidend hindert, der die Bundesrepublik zum Dauerangeklagten für den Rest des Jahrhunderts stempelt"¹⁾, sah Brandt "trotz dieses Knebelungsabkommens in seiner chronischen Betriebsblindheit rosige Zeiten für Europa"²⁾, würde der Vertrag, dieses "Anti-Europa-Papier", die Bundesrepublik im Westen isolieren und den "Beliebigkeiten der Supermächte, den Zufälligkeiten der Weltpolitik preisgeben"³⁾. So war es den Unionsparteien mit ihrer "Stoppt-den-Sperrvertrag=Bewegung" möglich, den "ersten Takt einer systematischen SPD-Politik der Vorleistungen im Keime"⁴⁾ zu ersticken, trieb Brandt, "um die roten Machthaber freundlich zu stimmen ... Gesundheitserei auf Kosten Deutschlands"⁵⁾, wollte er den Sowjets "ein Instrument in die Hand geben, mit dem sie uns leicht fertigmachen können"⁶⁾.

Noch in der gemeinsamen Koalition mit den Sozialdemokraten gebrauchte die CSU schon, oder besser gesagt wieder das Vokabular der Unterstellung und Diffamierung des politischen Gegners, den man um der eigenen Machterhaltung willen hatte eine Zeitlang als Partner dulden müssen. Kein anderer Streitfall der Großen Koalition ließ die Gegensätze zwischen der parlamentarischen Linken und der parlamentarischen Rechten in der Bundesrepublik in einem so hellen Licht erscheinen wie die Auseinandersetzungen über den Atomwaffensperrvertrag. Kein Fall zeigt aber auch so deutlich, daß die CSU ihre Macht dort am

1) Marcel Hepp, Die Nation getäuscht, in: BK vom 16.8.1969

2) ders., Brandts Demaskierung, in: BK vom 23.8.1969

3) ders., Kiesinger oder Brandt - das ist die Frage, in: BK vom 30.8.1969

4) ders., Brandt und die Kapitulation, in: BK vom 6.9.1969

5) BK vom 20.9.1969 ("Union - Kurier")

6) ebenda

besten demonstrieren und am höchsten entwickeln konnte, wo es darum ging, Entscheidungen zu verhindern. Immer wieder konnte sie eine schwankende Union und einen schwankenden Kanzler auf ihre harte Linie festlegen.

Kiesingers Autorität wurde durch die Veto-Gruppe in der eigenen Fraktion ständig geschwächt, weil er, von Zweifeln am Vertrag selbst angekränkt, den Mut nicht aufbrachte, den Vertrag zu unterschreiben, obwohl er wußte, daß die Weltpolitik der Bundesrepublik gar keine andere Wahl ließ. Er hatte schlechtere Nerven als Strauß, der vielleicht besser als Kiesinger erkannte, daß die Vetomacht der CSU in der Koalition unvergleichbar größer war als die Macht einer bayerischen Regionalpartei, die aus der Koalition ausgeschieden wäre. Die Drohung mit dem Austritt war wirksamer, als es der Austritt sicherlich selbst gewesen wäre.

Aber in dieser Hinsicht Logik von den Unionsparteien zu verlangen, hieße ihre Bindungen aneinander zu unterschätzen. Schon der Streit um den Atomwaffensperrvertrag zeigte, was sich im Jahre 1970 am deutsch-sowjetischen Vertrag und mit den Unionsparteien in der Opposition noch viel deutlicher erweisen sollte, da nämlich bei allen immer wieder zutage tretenden taktischen Differenzen die Erhaltung oder Wiedergewinnung der Macht, die man 20 Jahre gemeinsam in den Händen gehabt hat, den Vorrang hat vor der Verfolgung einer realistischen Außenpolitik für ein geteiltes Land mittlerer Größe inmitten Europas, mit einer schwer belasteten Vergangenheit.

Um noch einmal zu demonstrieren, zu welcher hybriden Selbstüberschätzung der deutschen Möglichkeiten die CSU gelangen konnte, sei noch ein Abschnitt aus Marcel Hepps Buch zitiert, wobei Hepp zwar in eigener Verantwortung schreibt, aber als persönlicher Berater seines Parteichefs und publizistischer Speerspitze der Partei gewiß nicht isoliert von der Gedankenwelt der CSU-Führungsspitze argumentiert: "Es ist noch lange nicht abgemacht,

daß die USA wegen des Atomsperrvertrages einen ernsthaften Streit mit einer standhaften Bundesregierung riskieren würden. Vollständig ohne Mittel des Gegendrucks stehen wir nicht da. Die leichteren Kaliber reichen von einer Intensivierung des deutsch-französischen Accords über größere Waffenkäufe in Frankreich bis zur Desintegration deutscher NATO-Truppen. Eine andere Serie von 'Antworten' liegt auf dem finanziell-wirtschaftlichen Sektor. Denn die Bundesrepublik ist nicht nur begehrter Währungsretter innerhalb des westlichen Systems. Sie hat darüber hinaus, einschließlich der amerikanischen, schon manche Zahlungsbilanz frisieren helfen. Sperrvertragskonforme Bundestruppen auf deutschem Boden lohnen einen Devisenausgleich in alter Höhe sowieso nicht mehr.

Sollte keines dieser politischen Mittel verfangen, so bleibt der Bundesregierung immer noch eine sanfte Eskalation 'unkonventioneller' Schritte. Indien als prononcierter Gegner des Genfer Arrangements wäre sicher zu einem Spielchen mit der Dritten Welt bereit. Und Deutschland beteiligt sich erstmals, indem es auf einer einschlägigen Konferenz erscheint. Ferner käme die Anerkennung Rot-Chinas in Betracht. Schon mancher westliche Staat hat mit Rücksicht auf schwunghaften Handel die westliche Solidarität verlassen."¹⁾

Offen ist, ob Marcel Hepp für sich gesprochen hat oder ob er sagte, was die politische Führung seiner Partei dachte, aber in dieser Deutlichkeit nicht auszusprechen wagte. Auf jeden Fall wurde nicht bekannt, daß ein Mitglied der Parteiführung ihn in der Öffentlichkeit kritisiert oder gar wie im Falle seines Kollegen Bloemer für seine Entlassung aus dem Dienste der Partei gesorgt hätte.

1) Marcel Hepp, Der Atomsperrvertrag, a.a.O. S.119 f. Sicher nicht ohne Grund hat kein CSU-Politiker dem Pamphlet ein Geleitwort gegeben. Es bestand so die Möglichkeit, sich bei politischen Angriffen auf das in demagogischer Sprache verfaßte Machwerk davon zu distanzieren.

1.4. Exkurs: Erstrebt die CSU eine nationale Atomrüstung?

Der CSU ist oft vorgeworfen worden, sie wolle sich mit ihrer Opposition gegen den Sperrvertrag den Weg zu einer nationalen Atomstreitmacht offenhalten. Diesem Vorwurf belegend, hat die Partei immer wieder auf den im WEU-Vertrag von 1954 gegenüber den fünf WEU-Partnern ausgesprochenen Verzicht der BRD auf die Herstellung von Atomwaffen sowie chemischen und biologischen Waffen auf ihrem Gebiet hingewiesen.¹⁾

Freilich ist dieser Verzicht in rechtlicher Hinsicht dem durch den Sperrvertrag auferlegten kaum vergleichbar. Denn er wurde erstens nur gegenüber den fünf WEU-Partnern und durch die Verknüpfung von WEU- und NATO-Vertrag indirekt auch gegenüber den anderen NATO-Mitgliedern ausgesprochen, gilt daher nicht gegenüber der Sowjetunion oder anderen Staaten. Zweitens bezieht er sich auf die Herstellung auf deutschem Boden, schließt aber die Weitergabe dieser Waffen an die BRD ebenso wie die Herstellung dieser Waffen auf dem Territorium dritter Staaten nicht aus. Hinzu kommt ein dritter Vorbehalt, von dem Adenauer im dritten Band seiner Memoiren berichtet, nämlich daß Dulles zum Verzicht auf ABC-Waffen zu ihm gesagt habe: "Sie haben diese Erklärung doch so gemeint, daß sie - wie alle völkerrechtlichen Erklärungen...- nur rebus sic stantibus gilt." Adenauer habe geantwortet: "Sie haben meine Erklärung richtig interpretiert."²⁾

1) Vgl. z.B. Strauß, Interview mit "PUBLIK" vom 23.1.1969 a.a.O., S.2; Helmut Wolfgang Kahn weist in seinem Buch "Die Russen kommen nicht", München-Bern-Wien 1969, nach, daß die BRD weder als erstes noch als bisher einziges Land einen Atomwaffenverzicht aussprach, sondern daß dieser schon in den 1947 geschlossenen Friedensverträgen mit Italien, Bulgarien, Ungarn, Rumänien und Finnland niedergelegt war und in den österreichischen Staatsvertrag von 1955 ebenfalls aufgenommen wurde; ebenda, S.184 f

2) zit. nach Theo Sommer, Deutsche Nuklearpolitik, in: "Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik", 7.Jg., 1967, Heft 1, S.28

Ein Atomwaffenverzicht, der juristisch eine Reihe von Schlupflöchern offenläßt und unter Umständen ausgesprochen wurde, die der Bundesrepublik keine andere Wahl ließen, wenn sie ihre Souveränität erlangen wollte, war weder geeignet, bei den zweifelnden Partnern im Westen der BRD noch bei ihren politischen Gegnern im Osten die absolute Gewißheit hervorzurufen, daß der von der CSU und großen Teilen der CDU verfochtene hartnäckige Kampf gegen den Atomwaffensperrvertrag auch wirklich nicht ein Kampf für das Offenhalten der nuklearen Option für die BRD war. Die von den CSU-Politikern vertretene Ansicht, der Verzicht von 1954 sei eine ausreichende Demonstration der deutschen nuklearen Enthaltensamkeit gewesen, ist entweder Selbsttäuschung oder Augenwischerei. Theo Sommer schreibt, die Ansicht, die Hinnahme der Verzichtsklausel von 1954 sei schon ein Stück freiwillig vorgenommener Nonproliferation gewesen, sei "eine irrige, ja eine irreführende Ansicht. In Wahrheit erkaufte sich die Bundesrepublik Sicherheit durch Partnerschaft um den Preis einer institutionalisierten ausländischen Kontrolle über ihr Militärwesen. ... Seine Verbündeten wollten durchaus Sicherheit für Deutschland - aber sie wollten verständlicherweise auch Sicherheit vor (Hervorh. vom Autor) Deutschland"¹⁾.

Aus einem anderen Grunde ist jedoch die Bekundung der CSU, sie wolle keine nationale Verfügungsgewalt (was allerdings eine eigene Produktion nicht ausschließt), als durchaus aufrichtig zu werten. Eine kleine nationale Atomstreitmacht ist, wie das französische Beispiel zeigt, gegenüber dem Vernichtungsarsenal der Supermächte als politischer Faktor kaum einsetzbar. Wie die Wirtschaft, so drängen der technische Fortschritt und die Kostenprogression auch die Militärtechnologie zum übernationalen Zusammenschluß. Ein zweiter europäischer Pfeiler im NATO-

1) ebenda, S.28

Bündnis ließe sich nur schaffen, wenn diesem Pfeiler annähernd gleiche Machtmittel zur Verfügung ständen, die die europäischen Nationalstaaten wiederum nur erlangen können, wenn sie sich zusammenschließen.

Eine deutsche nationale nukleare Abstinenz ist für Strauß und damit für wesentliche Elemente seiner Partei keine Frage des Grundsatzes oder der Moral, sondern eine Frage der Opportunität. Dazu bekannte sich Strauß offen in seinem "ZEIT"-Interview vom April 1966, als er auf die Frage, ob er nie deutsche Atomsprengköpfe verlangt habe, antwortete: "Nein", und auf die Gegenfrage der ZEIT: "Nur Trägerwaffen für uns?" entgegnete: "Ja, nicht atomare Sprengköpfe unter deutscher nationaler Verfügungsgewalt. Zwar nicht deshalb, weil ich die Deutschen für so verbrecherisch und belastet halte, daß ihnen ein solches Ansinnen überhaupt nicht zustünde, sondern weil die politische Gesamtkonstellation es unzweckmäßig erscheinen läßt, vielleicht sogar für die Lösung unserer Probleme es mehr als hinderlich erscheinen läßt, etwa den gleichen Weg zu gehen, den de Gaulle gegangen ist."¹⁾ Er betonte jedoch, er hielte jeden deutschen Politiker für ein "Leichtgewicht", der ganz gleich wie die Sicherheitslage sich gestalten würde, erklären würde, nationale Atomwaffen kämen für die Bundesrepublik nie in Frage²⁾.

Eine solche grundsätzliche Änderung der Gesamtkonstellation ergab sich im Zeitraum der Großen Koalition nicht. Sie wurde aber in der Sperrvertrags-Diskussion immer für den Zeitpunkt des Auslaufens des NATO-Vertrags für möglich gehalten. So mag die Gegnerschaft der CSU gegen den Vertrag auch darauf gezielt haben, in einer völlig neuen Sicherheitslage nicht mit gebundenen Händen dazustehen, obwohl der Vertragstext und die amerikanischen Interpretationen in diesem Falle den Rücktritt vom Vertrag zulassen³⁾.

1) Strauß, Interview mit "DIE ZEIT" vom 8.4.1966

2) Vgl. ebenda

3) Vgl. Art.X, Abs.1 des Atomwaffensperrvertrages und die Erklärung von Außenminister Dean Rusk vor dem außenpolitischen Ausschuß des amerikanischen Senats am 10.7.1968, abgedr. in: EA F.1/1970, S. D 6

Wenn auch aus den dargelegten Gründen die Behauptung nicht zutrifft, die CSU habe hinter allen Argumenten gegen den Vertrag nur den Zugang zu nationalen Atomwaffen offenhalten wollen, so ist aber auch die Auffassung nicht von der Hand zu weisen, daß zwar nicht in der unmittelbaren Führungsspitze, jedoch an der Peripherie durch die rigorose Ablehnung Vorstellungen ermuntert wurden, die wiederum, ob zu Recht oder zu Unrecht sei dahingestellt, ein irritierendes Licht auf die Redlichkeit der Absichten der Partei warfen.

Zwei von CSU-Seite kommende Äußerungen gaben vor dem Hintergrund der totalen Sperrvertragsopposition Anlaß zu Befürchtungen. Im Bayernkurier vom 4. März 1967¹⁾ erschien unter dem Pseudonym Syrus ein von dem damaligen Geschäftsführenden Herausgeber des Bayernkurier und späteren Chefredakteur des Österreichischen Rundfunks, Alfons Dalma, verfaßter Artikel zum Atomwaffensperrvertrag²⁾.

In diesem Artikel hieß es: "Die nukleare Garantie Dritter ist durch das übermäßige Risiko der atomaren Garantiemächte für ihre nationale Substanz relativiert worden. ... In dieser-nicht von Deutschen erfundenen und auch von den Franzosen Gallois und Beaufre, Mendés-France und de Gaulle nur nachempfundenen-sicherheitspolitischen Logik der Zukunft liegt es, daß die Bundesrepublik (besonders exponiert gelegen und als konventioneller Kriegsschauplatz total verwundbar) e n t w e - d e r i r g e n d w i e s e l b s t ü b e r A t o m - w a f f e n v e r f ü g e n m ü ß t e (Hervorh. der Verf.) oder in einem sicherheitspolitischen Gebilde auf-

1) Tatsächliches Erscheinungsdatum 1.3.1967. Die Zeitung erscheint mittwochs, ist aber auf den folgenden Samstag datiert.

2) Syrus, Zur Lage. Recht und Lebensinteressen. Maßstäbe der Politik, in: BK vom 4.3.1967

gehen müßte, das über Kernwaffen verfügt.

Die atlantische Allianz...ist in ihrer gegenwärtigen Struktur ein solches Bündnis nicht; sie müßte zu einer Verbindung von nuklearen Regionalstrukturen reformiert werden, von denen eine zumindest das kontinentale Westeuropa zu sein hätte. Der Atomwaffensperrvertrag versperrt diesen Weg; vielleicht nicht rechtlich. ... Praktisch nimmt er der erforderlichen westeuropäischen Entwicklung den Drehmoment."¹⁾

Dies mochten, wie sich die CSU zu versichern beeilte, strategische Überlegungen ausländischer Militätheoretiker sein, die Dalma nur "weitergesponnen" hatte²⁾, auch das zeitliche Zusammentreffen mit William S. Schlamms Worten in der "Welt am Sonntag" mochte ein zufälliges sein. Dieser hatte wenige Tage zuvor geschrieben: "Deutschland müßte ... auf Amerikas bindender Verpflichtung zum atomaren Schutz Deutschlands bestehen und, wenn diese Verpflichtung nicht übernommen wird, für seinen eigenen atomaren Schutz sorgen. Niemand und nichts könnte Deutschland an einer solchen atomaren Außenpolitik hindern ..."³⁾ Das aber änderte nichts an der Tatsache, daß ein der CSU sehr nahestehender Publizist, Herausgeber des Parteiorgans, die zukünftige Alternative nur zwischen einer nuklearen Gemeinschaftslösung, also einer europäischen Atomstreitmacht, und einer irgendwie gearteten nationalen Verfügungsgewalt sah.

Ist bei einem Nichtzustandekommen einer europäischen Atomstreitmacht, worauf für die nächste Zukunft vieles hindeutet, eine Verlängerung der bisherigen Lösung der

1) ebenda

2) Vgl. SZ vom 3.3.1967, "CSU glaubt sich mißverstanden"; "DIE WELT" vom 3.3.1967, "CSU: Keinen Besitz von Atomwaffen gefordert"; sowie den Leserbrief von Strauß in der "Neue Rhein-Ruhr-Zeitung" vom 18.3.1967

3) William S. Schlamm, Und wieder Morgenthau?, in: "Welt am Sonntag" vom 26.2.1967

atomaren NATO-Strategie, die sicherlich Verbesserungen der Konsultationsmechanismen zuließe, für die CSU keine realistische Alternative mehr, der vor einer nationalen Lösung der Vorzug zu geben wäre, wenn man schon von seiten der CSU oder den ihr nahestehenden Kreisen keine Gedanken erwarten kann, die eine andere Lösung des Sicherheitsproblems ins Auge fassen als eine atomare Hochrüstung innerhalb Zentraleuropas?

Immerhin distanzierte sich die CSU eilfertiger von Dalmas Denkspielen einer atomaren Bewaffnung, wenn dies auch, wie schon betont wurde, nicht aus Grundsatz-, sondern aus Opportunitätserwägungen geschah.

Diese Distanzierung scheint allerdings den innerparteilichen Meinungsbildungsprozeß nicht so entschieden geprägt zu haben, daß Walter Becher davon abgehalten worden wäre, Ende November 1967 nun eindeutig - wenn auch in Frageform gekleidet - die Forderung nach Atomwaffen in nationaler Verfügungsgewalt zu erheben. Becher schrieb: "Was soll ... die Bemühung um eine atomare Selbstentmachtung auf deutschem Boden? Läge es nicht zumindest im ur-eigensten Interesse unserer Sicherheit, von den Atom-partnern das Z u g e s t ä n d n i s z u e r l a n g e n, a l l e b e t r o f f e n e n S t a a t e n k ö n n t e n s i c h m i t a t o m a r e n D e f e n s i v w a f f e n a u s s t a t t e n? Der Gedanke, den Atomgiganten den alleinigen Besitz der offensiven Megatonnen zuzugestehen, auf jede Form wirksamer, d. h. atomarer Selbstverteidigung zu verzichten, ist ebenso irrig wie voller G e f a h r e n." ¹⁾ (Hervorh. durch den Verf.)

1) Mit W.B. gezeichneter Artikel in: "West und Ost". Informationen und Kommentare für Deutschland. Hrsg. Sudeten-deutscher Rat, Redaktion Dr. Walter Becher, vom 24.11. 1967

Es mag an dem Publikationsorgan liegen, daß diese eindeutigen Aussagen so wenig Publizität gewannen¹⁾. Es konnte auch kein Beleg dafür gefunden werden, daß sie jemals offizielle Parteimeinung gewesen sind. Zweifelhafte aber ist es, ob es die Gedanken eines Einzelgängers waren. Sie deuten bei dem Gewicht, welches Becher als Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft und Vertreter eines prononcierten ostpolitischen Kurses in der Partei zukommt, an, in welche Richtung sich eine Politik bewegen kann, die die Sammlung der nationalen Rechten auf ihre Fahne geschrieben hat.

Vorstellungen dieser Art brachten zwangsläufig die Opposition der CSU gegen den Sperrvertrag vor allem in der kommunistischen Welt in den Geruch, letztlich nur eines mit allen Mitteln anzustreben: Atomwaffen in deutschen Händen.

Es ist die Schuld der CSU, sich nicht durch die Sachlichkeit ihrer Argumentation und die Wahl ihrer politischen Mittel von diesem Geruch befreien gekonnt zu haben, sondern vielmehr einen Mann wie Becher auch noch als Abgesandten der Partei in die Vereinigten Staaten zu entsenden, um dort auf eine das Mißtrauen nur vergrößerende Weise Politik zu machen.

1) Der frühere außenpolitische Berater von Strauß, Klaus Bloemer, konnte sich im Gespräch nicht daran erinnern, daß Bechers Äußerungen zu innerparteilicher Diskussion oder gar zu einer Zurückweisung geführt hätten. Sie waren ihm unbekannt.

2. NATO-"Reform" und die Reaktion des Bündnisses auf die CSSR-Krise

2.1. Die Vorschläge zur Umstrukturierung der NATO

Die Regierungserklärung der Großen Koalition nahm zu den Problemen der NATO nur kurz und unverbindlich Stellung. Kiesinger sprach davon, daß die "Festigung und zeitgerechte Fortentwicklung" des Nordatlantik-Paktes "uns ein wichtiges Anliegen"¹⁾ und daß er "auch heute und in der Zukunft, die wir zu überblicken vermögen, für uns lebenswichtig" sei²⁾.

Diese Formulierungen waren von einer Allgemeinheit, die es keinem der Koalitionspartner schwer machte, ihnen zuzustimmen. In der Überzeugung, daß auf das NATO-Bündnis in der gegenwärtigen weltpolitischen Situation nicht verzichtet werden könne, waren sich die Koalitionspartner einig. Abweichende Auffassungen bestanden in Fragen der zukünftigen Ausgestaltung des Bündnisses und seiner Einordnung in die Entspannungspolitik.

Doch, da der Atomwaffensperrvertrag die politischen Emotionen absorbierte und hinsichtlich des Atlantischen Bündnisses auch kein gleichartiger Zwang zu schnellen und weitgehenden Entscheidungen bestand, kam es bei den in Bündnisfragen innerhalb der Koalition auftretenden Meinungsverschiedenheiten niemals zu vergleichbar abrupten Sprengungen des Koalitionsfriedens, wie sie das Thema Atomwaffensperrvertrag verursachte, obgleich sich natürlich die gesamte Sperrvertragsdiskussion vor dem Hintergrund der Frage abspielte, welche Zukunft der NATO beschieden sein würde, und aus der Unsicherheit über diese Zukunft auch einen Teil ihrer Schärfe bezog.

1) Regierungserklärung vom 13.12.1966, abgedr. a.a.O.
S. D. 16

2) vgl. ebenda

Wenn wir die Frage nach den Grenzen, die die CSU der Außenpolitik der Großen Koalition setzte, auf das konkrete Problem der Entwicklung der NATO in Gegenwart und Zukunft verengen, so läßt sich allgemein sagen, daß sie einerseits die Grenzen, die die Koalition, aber auch die anderen NATO-Staaten setzten, in kühnem Sprunge zu überwinden trachtete, indem sie vehement für eine schnelle und tiefgreifende Veränderung der NATO-Struktur eintrat, wobei sie in der Zielsetzung, aber nicht im Inhalt mit der französischen Unterstützung rechnen konnte, sie andererseits aber die mit ihrem Gesamtkonzept so schwer in Harmonie zu bringenden Entspannungstendenzen, die zunehmend auch das Bündnis ergriffen, so weit dies möglich war, einzudämmen, wenn nicht umzukehren, suchte.

Mit ihrer Forderung nach Verselbständigung der europäischen NATO-Flanke ging die außenpolitische Führung der CSU im Zeichen wachsenden europäischen Entspannungsbewußtseins und Entspannungswillens von den falschen Prämissen aus.

Wenn die Europäer angesichts der selbstverschuldeten globalen Verstrickungen der USA und der schweren Krise der amerikanischen Gesellschaft von der Glaubwürdigkeit der amerikanischen Abschreckung nicht mehr in dem Maße überzeugt sind, wie sie es zwanzig Jahre lang gewesen sind, und sich wieder mehr auf sich selbst besinnen, was liegt dann näher, als den Versuch zu unternehmen, im Zeichen der Entspannungspolitik erst einmal gründlich zu untersuchen, ob die politische Konfrontation in Europa, Ursache und Wirkung zugleich des hochgerüsteten Gegenübers zweier antagonistischer Blöcke auf dem Kontinent, nicht auch mit politischen Mitteln abzubauen wäre, bevor sich die Westeuropäer ihrerseits noch weiter in den Rüstungswettlauf zwischen den Supermächten hineinziehen lassen? Denn dies wäre der Fall, wenn Westeuropa den Straußschen Vorstellungen gemäß den Versuch unternehme, sich machtpolitisch als dritte Weltmacht zu etablieren.

Es ist bezeichnend für die CSU, daß sie da, wo sie Grenzen überschreiten will, dies letztlich unter dem Aspekt eines statischen Sicherheitsdenkens zu tun beabsichtigt. Denn die Politik der Verselbständigung von der Vormundschaft der USA findet ihre Ursache ja nicht in der Besorgtheit um die politisch-gesellschaftliche Entwicklung der USA, in der Furcht, durch die Abhängigkeit von den politischen, militärischen und ökonomischen Interessen der größten Weltmacht in weltpolitische Entwicklungen und Konfrontationen hineingezogen zu werden, die die europäischen Staaten nicht mehr beeinflussen können, in der Abneigung, in kriegерische Auseinandersetzungen mitverwickelt zu werden, deren Ursache in einer totalen Unkenntnis oder Mißachtung gesellschaftlicher Kräfte durch die neo-imperialistischen Interessen einer Weltmacht liegt. Die Verwandtschaft zwischen den gesellschaftspolitischen Vorstellungen einer konservativ-kapitalistischen Partei wie der CSU und der bisherigen gesellschaftspolitischen Staatsdoktrin der USA schließt diese Ursache aus.

Sie ist vielmehr, wie Straußens Madrider Rede so eindringlich zeigte¹⁾, in jenem anderen Aspekt amerikanischer Außenpolitik zu suchen, der angesichts der strategischen Parität der Weltmächte darauf bedacht ist, die Konflikte an der Peripherie zu halten und die Konfrontation mit der gegnerischen Weltmacht nach den Gesetzen der Rationalität zu kanalisieren. Der seit der Kennedy-Chruschtschow-Ära einsetzende Aufbau einer zweiten Ebene der Bipolarität - der der Kooperation unterhalb der fortbestehenden Konfrontation - ist der eigentliche Grund für die von der CSU betriebene Distanzierung von den USA.

Die geforderte Umstrukturierung der NATO in einen amerikanischen und einen mit Atomwaffen ausgerüsteten

1) Vgl. Strauß, Madrider Rede vom 30.10.1967 a.a.O.

und damit zu selbständiger strategischer Disposition in die Lage versetzten europäischen Pfeiler ist auch Ausfluß des Mißtrauens gegenüber der Entspannungspolitik.

Die gleichzeitige Verfolgung des langfristigen Ziels einer so gestalteten NATO-"Reform"¹⁾ und die Warnung, die NATO in ihrer jetzigen Form zu einem "Werkzeug oder Handelsobjekt der Entspannungspolitik"²⁾ zu machen, muß als ein Versuch gewertet werden, den europäischen Teil der NATO so zu stärken, daß das Entspannungstempo von ihm in stärkerem Maße bestimmt werden kann als bisher. In dieser Mitbestimmung aber sieht die CSU die Chance, den Entspannungsablauf zu bremsen, und zwar dadurch, daß die zwar nicht kodifizierte, aber de facto bestehende Anerkennung des Status quo in Europa durch die westliche Vormacht als nicht im europäischen Interesse liegend gegenstandslos gemacht werden kann. Dabei erörterte die CSU niemals öffentlich die Frage, ob die westeuropäischen Staaten die von den USA vollzogene Hinnahme des Status quo nicht längst auch für sich nachvollzogen oder sie gar den USA vorweggenommen haben. Stillschweigend wird in der Frage des europäischen Status quo die Hypothese einer Diskrepanz zwischen amerikanischen und (west-)europäischen Interessen für bewiesen angesehen, mit der einen Ausnahme, daß die CSU nicht umhin konnte, den französischen Standpunkt zur Oder-Neiße-Grenze zur Kenntnis zu nehmen.

- 1) Vgl. Guttenberg, Brief an "The Times" vom 19.10.1965; Strauß, Sicherheit in Gleichberechtigung, in: BK vom 5.3.1966.
Guttenberg, Die grundlegenden Probleme der NATO, in: "Wehrkunde", XV. Jg., Heft 4, April 1966, S.176-178;
Zur Zeit der Großen Koalition:
Strauß, ZDF-Interview vom 11.5.1967, S. 3 f ;
Strauß, Londoner Rede vom 19.5.1969, a.a.O. S.5
Vor allem vgl. Strauß, Rede in Madrid vom 30.10. 1967; vgl. Jaeger, Bundestagsdebatte vom 7.12.1967, Stenogr. Berichte, 5. Wp., 141 S., S.7240
- 2) Strauß, Europas eigene Verteidigung, in: BK vom 7.10. 1966

Die von der CSU verfochtene NATO-Reform hat neben dem sicherheitspolitischen Aspekt, dem Mißtrauen gegenüber der Ernsthaftigkeit der amerikanischen Garantie und der Furcht vor einer sowjetisch-amerikanischen Einigung auf europäische Kosten, auch einen zweiten konkreteren, die wirtschaftlich-technische Zukunft Europas gegenüber der "amerikanischen Herausforderung" betreffenden, Aspekt, nämlich den der engeren wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit der Europäer, die nach Ansicht der CSU auf den Bereich der Rüstungswirtschaft nicht verzichten darf¹⁾. Konkret würde das bedeuten, daß die Milliarden, die jährlich von den europäischen NATO-Staaten für Rüstungskäufe in den USA ausgegeben werden, in einen europäischen Rüstungspool umgeleitet werden sollen. Dies würde das bisherige europäisch-amerikanische Verhältnis erheblich verändern und die Abhängigkeit der europäischen Rüstungstechnologie von den USA verringern.

Ein solcher Vorschlag geht allerdings an zwei Problemen vorbei. Ungeprüft übernimmt er die auch durch häufige Wiederholung von interessierter Seite nicht stichhaltiger werdende These, daß der technologische Fortschritt in erster Linie von der Rüstungsforschung vorangetrieben werde, die die Tatsache ignoriert, daß das vielleicht einzige Gebiet der modernen Forschung, auf welchem die Bundesrepublik dem Vergleich mit den USA standhalten kann, nämlich das der friedlichen Atomforschung, ausschließlich zivile Forschung war und ist. Technokratische Politiker mit einer Vorliebe für das Denken in militärischen Kategorien tendieren hier zu einer Verwechslung von Ursache und Wirkung. Der Grund dafür, daß in vielen Bereichen der technologischen Forschung Fortschritte durch die Rüstungsforschung erzielt wurden, ist in der Tatsache zu suchen, daß dieser meist erheblich größere finanzielle Mittel zur Verfügung standen

1) Vgl. Strauß, Londoner Rede vom 19.5.1969, a.a.O. S.16

als der zivilen Forschung. Mit den gleichen Mitteln hätte diese Gleiches oder mehr erreichen können.¹⁾

Das andere mit einer Verlagerung der Ausgaben für Rüstungsgüter von den USA nach Europa entstehende Problem ist, daß es mit einer solchen Verlagerung zwangsläufig zur Schaffung eines europäischen militärisch-industriellen Komplexes käme mit allen von einer Verflechtung wirtschaftlicher und militärischer Interessen ausgehenden Gefahren, wie Militarisierung der Gesellschaft, Subventionierung unproduktiver Rüstungsunternehmen, Perpetuierung der psychologischen Kriegsführung, um das für das Gedeihen des Wirtschaftszweiges notwendige Gefühl der außenpolitischen Bedrohung zu erhalten, sowie Behinderung aller auf Abrüstung zielenden politischen Schritte usw.²⁾

1) Vgl. Fritz Vilmar, Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus. Neu bearb. u. erw. 4. Aufl., Frankfurt 1969, S.87 ff; Vilmar kommt zu dem Schluß, daß in der hochtechnisierten Industrie des Spätkapitalismus ein fataler Trend bestehe, Innovationsinvestitionen über Rüstungsaufträge vom Staat finanzieren zu lassen; ebenda, S.89. Immer wieder vorgebrachte Argumente für die auf diese Weise vorgenommene Sozialisierung der Verluste (der Forschungs- und Entwicklungskosten) bei aufrechterhaltener Privatisierung der Gewinne sind die regelmäßig angeführten zivilen "Abfallprodukte" militärischer Forschung. Vilmar zitiert Helmut Krauch, der bereits 1963 festgestellt hatte: "Englische Fachleute schätzen, daß man den rein wirtschaftlichen Nutzen der modernen militärischen Forschung und Entwicklung für weniger als ein Viertel der Investitionen erhalten kann, wenn man die Forschung auf langfristiges wirtschaftliches Wachstum ausrichtet." ; ebenda, S.94. Vgl. auch Dieter Senghaas, Abschreckung und Frieden. Frankfurt a.M. 1969, S.132 ff

2) Vgl. ebenda, S. 68 ff; zu den Auswirkungen des amerikanischen military-industrial-complex vgl. John Kenneth Galbraith, Interview mit dem "SPIEGEL" Nr. 40 vom 30.9.1969, S.136 ff; Richard J. Barnet, Der amerikanische Rüstungswahn oder Die Ökonomie des Todes, Reinbek bei Hamburg 1971, insbes. S. 43 ff

Strauß und Zimmermann sehen eine europäische technologische Gemeinschaft in erster Linie von der Rüstungstechnologie her. Daher entspricht es ihrem Interesse, die Vorteile einer durch die Umstrukturierung der NATO sich ergebenden Lösung herauszustreichen, wie die Kostensenkung der Rüstungsproduktion, die damit verbundenen Nachteile, wie sie oben angedeutet wurden, aber zu verschweigen, obgleich diese in ihren langfristigen gesellschaftlichen Konsequenzen jene bei weitem aufwiegen können.

Aber weder die Regierung der Großen Koalition noch ihre westeuropäischen Partner machten Anstalten, entscheidende Schritte auf dem von Strauß vorgezeichneten Weg zur "europäischen Selbständigkeit" zu gehen, auf dem ihm nicht einmal die Franzosen gefolgt wären, die in der generellen Zielsetzung der größeren Unabhängigkeit der europäischen Staaten von den Weltmächten mit der CSU übereinstimmten, nur in dem Heilmittel der größeren Integration einen ebenso untragbaren Zustand sahen wie in dem der gegenwärtigen Abhängigkeit von den Amerikanern.

Die CSU befand sich in einer mißlichen Lage. Dem dringenden Verlangen nach einem vollständigen Umbau der augenblicklichen NATO-Struktur stand die Einsicht entgegen, kein Druckmittel in der Hand zu haben. CDU und SPD verschlossen sich. Die CDU, weil das Thema politisch viel zu heikel war, als daß sie gewagt hätte, über allgemeine in diese Richtung gehende Postulate hinaus konkrete Vorschläge zu machen, die SPD, weil sie alles zu vermeiden trachtete, das den mühsam in Gang gekommenen Entspannungsprozeß in Europa, der die Voraussetzungen für eine von ihr konzipierte neue Ostpolitik schuf, hätte wieder zum Scheitern bringen können.

So konnte, wenn schon der Atomwaffensperrvertrag kein Hebel war, um die CDU vollständig auf die NATO-Konzeption der CSU einschwenken zu lassen, nur ein äußeres Ereignis oder äußere Ereignisse den Vorstellungen der Partei größeren Widerhall verschaffen.

Der Junikrieg von 1967 zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn blieb trotz der in seinem Gefolge sich verstärkenden sowjetischen Flottenpräsenz an der NATO-Südflanke im Mittelmeer zu sehr an der Peripherie Europas, und er war zu verwirrend in seinen Ursachen und Folgen, als daß er hätte zu wirklichen Konsequenzen im öffentlichen Bewußtsein der Mitteleuropäer führen können und als daß er auch bei den westlichen Politikern - von Ausnahmen abgesehen - als ein Baustein gezielter und letzten Endes auf Zentraleuropa gerichteter sowjetischer Aggressionspolitik hätte gedeutet werden können, der eine spektakuläre und drastische Verstärkung und Reorganisation der NATO erforderlich gemacht hätte. Dazu war das Spektrum der Beurteilung der nahöstlichen Ereignisse zwischen den Extremen USA und Frankreich auch viel zu weit gefächert.

2.2. CSSR-Krise und Bündnisstruktur

Erheblich drohender und in ihren psychologischen Auswirkungen bewegender war die Invasion der fünf Mitglieder des Warschauer Paktes gegen den Reformkommunismus in der CSSR. Die gewaltsame Unterdrückung reformkommunistischer Bestrebungen in einem sozialistischen Land durch die eigenen Verbündeten und Bruderparteien mußte - welche Motive ihr auch immer zugrunde lagen - die Hoffnung, mit Hilfe der Entspannungspolitik trotz der zwischen den Blöcken weiterbestehenden ideologischen Gegensätze zu einem friedlichen Modus vivendi zu gelangen, zutiefst erschüttern und den Kräften Auftrieb geben, denen die Entspannungspolitik von jeher suspekt und Ausdruck schwächlicher Verkennung der kommunistischen Bedrohung gewesen war.

In jedem Falle brachte die Besetzung der CSSR eine neue Lage in Europa: sowjetische Truppen standen in einem Raum, in dem sie vorher nicht gewesen waren, und das

politische Verhalten der Sowjetunion und ihrer Gefolgschaft im Warschauer Pakt wurde mit noch größerem Mißtrauen als bisher betrachtet. Denn wenn die Sowjetunion ein dem eigenen gesellschaftlichen System und militärischen Bündnis angehörendes Land brutal besetzte, um wieviel größer mußte doch die Gefahr für die Bundesrepublik sein, die noch immer das Hauptziel propagandistischer Angriffe war und gegenüber der die Sowjetunion die Weitergeltung der Feindstaatenklausel der UN-Charta für sich in Anspruch nahm.

Strauß vertrat in der Öffentlichkeit die Ansicht, mit der Besetzung der CSSR habe der Warschauer Pakt eine militärisch-strategische Position geschaffen, aus der heraus im gegebenen Falle und zu einer günstig erscheinenden Stunde die verbesserte Möglichkeit für die "militärische Endlösung der Europa-Frage im russischen Sinne" bestehe¹⁾.

Er zog aus der CSSR-Invasion den Schluß, daß die militärische Bedrohung größer geworden sei. Diese Veränderung der objektiven militärischen Lage in Zentraleuropa und das daraus trotz des auch in der CSSR-Krise respektierten Einhaltens des Status quo zwischen den Militärpakten resultierende subjektive Gefühl der Bedrohung in Westeuropa schien Strauß der politisch-psychologische Nährboden zu sein, auf dem nun mit größerer Aussicht als zuvor die von ihm verfochtene Umstrukturierung der NATO erfolgen konnte. Er gab daher der Empfehlung, einen europäischen Bundesstaat mit Zentralhoheit zu schaffen, höchste Priorität, als er nach den politischen und militärischen Reaktionen des Westens gefragt wurde²⁾, während die bei einer akuten militärischen Bedrohung vordringliche Überprüfung der politisch-militärischen Funktionsfähigkeit der NATO, ihrer Zukunft und der Sicherheit ihres

1) Vgl. Strauß, Interview mit "Welt am Sonntag" vom 1.9. 1968

2) Vgl. ebenda

europäischen Abschnitts und der deutschen "Eckposition" zunächst einmal nur als notwendige Übergangslösung verstanden wurden¹⁾.

Das Vorbringen seiner Lieblingsidee einer politisch-militärischen Umstrukturierung der NATO, deren politische Konsequenzen und militärische Effektivität nicht absehbar sind, zu einem Zeitpunkt, da die Hauptfrage für die NATO doch sein mußte, wie die bestehende Organisation einer vermeintlich akuten Bedrohung der westlichen Sicherheit am wirksamsten begegnen könne, könnte in einem gewissen Widerspruch zu der Lagebeurteilung beispielsweise seines Kollegen Jaeger bestehen, der schrieb: "Diese Entwicklung bedeutet eine Herausforderung des Westens. Er kann sich die Erosion seines Bündnissystems nicht länger leisten. Die NATO muß wieder zu dem werden, was sie einstens war, dem Organ eines einheitlichen politischen Willens der Freien Welt und einem wirksamen Instrument ihrer militärischen Verteidigung. Die militärpolitischen Thesen des ehemaligen amerikanischen Verteidigungsministers McNamara sind nicht nur in Vietnam, sondern auch in Europa widerlegt worden. Die Politik des Truppenabzugs der Verbündeten muß deshalb ebenso beendet werden wie alle eigenen Überlegungen über eine Verminderung der Präsenzstärke der Bundeswehr und eine Einschränkung des Verteidigungshaushaltes. Im Gegenteil! Der Preis der Freiheit ist seit dem 21. August gestiegen. Nur größere Opfer können uns jene Sicherheit erhalten, die die Rote Armee am Böhmerwald bedroht."²⁾

Der Widerspruch ergibt sich aus der Formulierung, die NATO müsse wieder zu dem werden, was sie einstens war, während Strauß ja gerade ihre völlige Neugestaltung fordert. Aber er löst sich auf, wenn man bedenkt, daß nach der Auffassung der Partei der einheitliche politi-

1) Vgl. ebenda

2) Richard Jaeger in der Münchener "Abendzeitung" vom 5.9.1968, zit. nach: "USU-Correspondenz" vom 5.9.1968, S.2

sche Wille des Bündnisses nicht durch ein bloßes Zurück zum einstigen europäischen Abhängigkeitsverhältnis von den Amerikanern der 50er Jahre, sondern durch die Schaffung eines eigenständigen europäischen Zentrums innerhalb des Bündnisses, wiederhergestellt werden kann.

So wird unter dem Eindruck des durch den 21. August gegebenen Unsicherheitsgefühls psychologisch geschickt eine Verknüpfung von Forderungen nach unmittelbarer Reaktion der NATO auf die veränderte Sicherheitslage mit den längerfristigen Spekulationen auf eine Neustrukturierung der NATO vorgenommen.

Dabei fällt in einem Augenblick der Verunsicherung der politischen Lage in Europa die Forderung, die mit dem Abzug verbündeter Truppen, dem System der Rotation, den Big-Lift-Plänen und dem Vorhaben einer Verminderung der Präsenzstärke der Bundeswehr eingeleitete Entwicklung aufzuhalten¹⁾, auf fruchtbaren Boden, denn sie bleibt innerhalb des bestehenden institutionellen NATO-Rahmens. Die diesen Rahmen jedoch sprengende Forderung, die NATO müsse politisch zur alten Einheit zurückkehren und militärisch zumindest jene Stärke gewinnen, die sie in ihren ursprünglichen Planungen vorgesehen hatte²⁾, überschätzte die politischen Folgewirkungen des Schocks von Prag im Westen und unterschätzte die westliche Bereitschaft zur Differenzierung der Vorgänge innerhalb des Warschauer Paktes. Die westlichen Regierungen erkannten zwar die militärischen Verschiebungen als potentielle Ge-

1) Vgl. Jaeger, Vortrag im Bayrischen Rundfunk vom 20.11.1968, S.3

2) Vgl. ebenda. Jaeger präzisiert nicht, welche Plannungen er meint, ob er etwa an die erste Festlegung der endgültigen NATO-Stärke auf der ersten NATO-Rats-tagung von Lissabon im Februar 1952 denkt, die für die gesamte europäische Streitmacht einschließlich der Reserven eine Stärke von 96 Divisionen vorsah; vgl. hierzu James L. Richardson, Deutschland und die NATO. Köln und Opladen 1967, S.25

fahr, konnten sich aber auch der Einsicht nicht verschließen, daß die geographische Linie, die den europäischen Status quo markiert, nicht verändert worden war und daß auch die Tatsache, daß sowjetische Truppen nunmehr am Fuße des Bayerischen Waldes standen, nicht unbedingt eine Addition des gegen die BRD gerichteten Angriffspotentials des Warschauer Paktes bedeutete.

Eine derartige den "Primat der Sicherheit vor allen anderen Aufgaben der Politik"¹⁾ betonende NATO-Politik, die vor das Ausmaß der Gefahr übertreibenden falschen Zahlenvergleichen nicht zurückschreckte²⁾, zielte wiederum

- 1) Jaeger in der "Abendzeitung" vom 3.10.1968, ähnlich im Bayrischen Rundfunk vom 20.11.1968, S.4
- 2) Jaeger spricht in seinem Artikel in der "Abendzeitung" vom 3. 10. 1968 von den 20 sowjetischen Divisionen "in der Tschechoslowakei", denen "am Böhmerwald" nicht viel mehr als zwei NATO-Divisionen gegenüberständen. Er spricht dann weiter von der "zehnfachen Übermacht". Man kann natürlich nicht die über die gesamte CSSR verteilten sowjetischen Divisionen, die zunächst vor allem Besatzungsaufgaben zu erfüllen hatten, in eine Gleichung mit den direkt an der tschechoslowakischen Grenze stehenden zwei NATO-Divisionen setzen, sondern muß, um zu einem einigermaßen brauchbaren Stärkevergleich zu kommen, die in ganz Süddeutschland stationierten NATO-Truppen in Relation zu den in der CSSR veränderten Kräfteverhältnissen setzen. Eine Überlegenheit des Warschauer Paktes von 10 : 1 dürfte dann in den Bereich der Fabel gehört haben. Davon abgesehen war die Schätzung von 20 sowjetischen Divisionen in der CSSR, die von Zimmermann in der Verteidigungsdebatte des Bundestags am 4. Dez. noch einmal wiederholt wurde (vgl. Stenogr.Berichte, 5. Wp., 201.S. vom 4.12.1968, S.10847), offensichtlich überhöht. Der britische Verteidigungsminister Denis Healey deutete in einer Rede vor dem British Atlantic Committee am 6.11.1968 an, daß (1.) die meisten der in die CSSR einmarschierten sowjetischen Divisionen aus anderen osteuropäischen Ländern, speziell der DDR kamen und daß der gesamte Zustrom aus der SU selbst grob gerechnet der Anzahl der tschechoslowakischen Truppen entsprach, die die SU seiner Vermutung nach nicht mehr für zuverlässig hielt; (2.) daß, verglichen mit der Situation vor der Krise, die auf unbestimmte Zeit in Osteuropa stationierten sowjetischen Kampfverbände nur geringfügig verstärkt worden waren und daß ihre Hauptaufgabe in russischen Augen darin bestehen würde, die CSSR unter Kontrolle zu halten und

gegen die grundsätzliche Richtung der Außenpolitik der Großen Koalition, die mit dem Vorhaben, eine "konsequente und wirksame Friedenspolitik" zu betreiben, durch die "politische Spannungen beseitigt und das Wettrüsten eingedämmt werden" können, angetreten war¹⁾.

Außerungen führender CSU-Politiker nach der CSSR-Krise können eine gewisse Genugtuung darüber nicht verhehlen, daß der Osten der westlichen "Entspannungseuphorie"²⁾ ein Ende bereitet und eine Ursache der NATO-Krise damit selbst beseitigt habe, nämlich die Tatsache, "daß man in Europa gerne das glaubte, was man wünschte, nämlich daß es keine akute militärische Gefahr mehr gäbe"³⁾.

In der Analyse der CSU-Konzeption war dargestellt worden, daß zur Überwindung der bei den deutschen Nachbarn im Westen vorhandenen Vorbehalte gegen einen europäischen Bundesstaat, der in der Lage ist, eine eigene militärische Machtpolitik zu betreiben, das Element der Krise in den Ost-West-Beziehungen eine überaus gewichtige Rolle spielt, daß vor allem die nuklear-strategische Komponente der Straußschen Konzeption ohne eine neuerliche krisenhafte Zuspitzung des Ost-West-Konflikts als nicht realisierbar erscheint, weil die Konzeption auf einem eindimensionalen "Sicherheit-durch-Macht Denken" beruht,

Fortsetzung der Anmerkung 2) von Seite 236 :

weniger darin, das Kräftegleichgewicht zwischen West und Ost zu verändern; vgl. EA F. 1/1969, S. D 12
Der FDP-Abgeordnete Jung zitierte in der Bundestagsdebatte vom 4.12.1968 (a.a.O. S. 10873) den NATO-Oberkommandierenden Lemnitzer, der in einer Pressekonferenz von 12 Divisionen gesprochen habe, und wies darauf hin, daß im Verteidigungsausschuß (Vorsitzender Friedrich Zimmermann) unlängst von 8 Divisionen die Rede gewesen sei.

1) Regierungserklärung Kiesingers vom 13.12.1966, zit. nach EA F. 1/1967, S. D 15

2) Strauß, Interview mit Günter Gaus im DFS vom 8.9.1968, S.4

3) ebenda, S.4

das dem Entspannungsdenken zuwiderläuft, weil dieses Sicherheit auf anderen Ebenen als der nur militärischen zu etablieren versucht.

Die CSU mußte erkennen, daß ihre Versuche, durch ein Hochspielen der Konsequenzen der tschechoslowakischen Krise, die auch vor dem Bündnis nicht haltmachenden Entspannungstendenzen in ihr Gegenteil zu verkehren, um den Hebel zur Verwirklichung ihrer Konzeption ansetzen zu können, im Bündnis wie in der Koalition nicht auf den gewünschten Widerhall stießen. Das Bündnis beschloß auf seiner Brüsseler Herbsttagung, die Qualität und Einsatzbereitschaft der NATO-Streitkräfte zu verbessern, aber nicht einen neuen Rüstungswettlauf einzuleiten¹⁾.

Der Regierungskoalition gelang es, sich zumindest verbal darauf zu einigen, daß trotz der Veränderung der Sicherheitslage eine rein militärische Antwort nicht ausreichte und daß die Regierung wie auch das Bündnis bemüht sein müßten, weiterhin nach politischen Lösungen zu suchen, die einmal auf eine gesamteuropäische Friedensordnung hinauslaufen²⁾.

Vorerst war damit der Versuch der CSU, die westliche Politik gegenüber dem Osten wieder in die alten Bahnen zurückzuleiten, gescheitert. Einher mit ihm gingen Angriffe auf die NATO-Verteidigungsdoktrin der "flexible response"³⁾. Strauß und seine Partei haben die Doktrin nie voll akzeptiert, weil sie nicht anerkennen, daß die Möglichkeit der NATO, mit konventionellen Waffen auf einen denkbaren konventionellen Übergriff eines Gegners zu reagieren, Teil der globalen Abschreckung ist, die in der Theorie nur dann wirksam ist, wenn

1) Vgl. Regierungserklärung Brandts vor dem Dt. Bundestag, Stenogr. Berichte, 5. Wp., 200. S. vom 29.11. 1968, S. 10773

2) Vgl. ebenda, S. 10773

3) Vgl. Jaeger am 3.10.1968 a.a.O. ;
vgl. ders. am 5. 9.1968 a.a.O. S.2;
vgl. ders. am 20.11.1968 a.a.O. S.4

auf jede Form eines möglichen Angriffs mit den angemessenen Mitteln reagiert werden kann, falls man dem Dilemma zwischen totaler Zerstörung oder totaler Kapitulation entgehen will.

Obwohl diese Doktrin bisher in Europa zumindest in dem Sinne "erfolgreich" gewesen ist, daß sie das "Gleichgewicht des Schreckens" ebenso gewahrt hat wie zuvor die Doktrin der "massive retaliation", ohne daß sie theoretisch deren gewaltige Risiken birgt, war sie dennoch der CSU von jeher ein Dorn im Auge, denn sie verhinderte bisher die totale Nuklearisierung der Bundeswehr.

Jaeger schrieb im Gefolge des 21. August und nach der Brüsseler NATO-Ratstagung, auf der General Lemnitzer, der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, betont hatte, daß die NATO an der "flexible response" festhalte¹⁾: "Auch militärisch bedarf die sowjetische Drohung einer neuen Antwort. Wo politische Täuschung und militärische Überraschung an der Tagesordnung sind, kann man nicht mehr mit einer Vorwarnzeit rechnen. Wenn die zahlenmäßige Übermacht der anderen Seite zu groß wird, können die konventionellen Kräfte des Westens die gewünschte Pause im Kampfgeschehen nicht mehr erzwingen, die dem amerikanischen Präsidenten die notwendige Zeit für seine Entscheidung über den Einsatz von Atomwaffen lassen soll. Wenn aber die konventionellen Truppen nicht mehr sind als ein Stolperdraht, der den amerikanischen Atomschlag auslösen muß, sinkt die Atomschwelle praktisch auf Null. Das alles liegt nicht in unserem Interesse. Deshalb muß der Westen die strategischen Irrtümer McNamaras berichtigen, die Verteidigungskonzeption der NATO neu überdenken und seine Streitkräfte gemäß der gewandelten Bedrohung neu verteilen."²⁾

1) Vgl. General Lyman Lemnitzer, Rede vor der Nordatl. Vers. am 12.11.1968, gekürzt abgedr. in: EA F. 1/1969, S. D 17

2) Jaeger am 20.11.1968, a.a.O. S.4

Man könnte annehmen, Jaeger artikuliere die Sorgen, die viele westliche Politiker und Militärs teilen, daß nämlich die Tendenz zum Abbau von Truppen in Europa, insbesondere das amerikanische Bemühen, zu einer Truppenreduzierung zu gelangen, eine Aushöhlung der NATO-Verteidigungsdoktrin bedeute, zu deren Funktionieren gerade die konventionelle Stärke ein entscheidender Faktor ist¹⁾.

Jaeger aber greift nicht oder zumindest nur vordergründig die unzureichende Erfüllung der konventionellen Komponente der gültigen Doktrin an, sondern mit den "strategischen Irrtümern Mc Namaras" die Doktrin selbst.

Das Ergebnis jenes von Jaeger geforderten Neuüberdenkens²⁾ der NATO-Doktrin und des Problems der Abschreckung formulierte Strauß in seiner Londoner Rede vom 19.5.1969. Strauß teilte seinen Zuhörern von der European Atlantic Group seine Vorstellungen über eine gemeinsame Strategie für die Verteidigung Europas mit. Im Gegensatz zu den herkömmlichen Vorstellungen, die sich mit der Doktrin der "flexible response" verbinden, indem ihr Abschreckungscharakter in der Kombination von konventionellen und nuklearen Komponenten und in der dadurch erreichbaren Flexibilität der Reaktion auf einen möglichen Angriff gesehen wird, verengte Strauß den Begriff der Abschreckung offensichtlich auf die nukleare Komponente, als er sagte: "Die seinerzeit unter ganz anderen Verhältnissen konzipierte Aufgabe der NATO war, den Krieg durch Abschreckung zu verhindern und bei Versagen der Abschreckung einer Aggression erfolgreich zu begegnen."³⁾ Das gilt auch für die "flexible response". Aber Strauß fährt fort: "Diese Aufgabe entspricht so nicht mehr dem Auftrag, der heute zur Kriegsverhinderung

1) Vgl. Lemnitzer, a.a.O. S. D 17

2) Vgl. Jaeger am 3.10.1968, a.a.O.

3) Strauß, Londoner Rede vom 19.5.1969, a.a.O. S.12

und zur Sicherheit Europas gestellt werden muß. Es wäre für Westeuropa und besonders für die Bundesrepublik kaum noch von Bedeutung, ob ein Angriff erfolgreich abgewehrt werden könnte. Der Auftrag der NATO muß deshalb auf die jederzeit glaubhafte und wirksame Abschreckung konzentriert werden, wenn er seinen Sinn behalten soll."¹⁾ Hier nun hat sich Straußens Abschreckungsbegriff von dem der NATO-Doktrin gelöst. Denn während dieser davon ausgeht, daß gerade die Stufung in eine atomare und eine nicht-atomare Komponente die Garantie für die totale Abschreckung, also auch des konventionellen Übergriffs auf NATO-Territorium ist, sieht Strauß die Schwäche in der konventionellen Komponente, die gerade die von ihm gefürchtete Möglichkeit eines konventionellen Angriffs auf die BRD verhindern soll bzw. die, wenn es - aus welchen Gründen auch immer - dennoch zu einem konventionellen Angriff käme, eine sofortige atomare Antwort nicht unabwendbar machen würde.

Diesen Denkschritt vollzieht er nicht mit, weil er ausschließlich auf die Abschreckungswirkung atomarer Waffen vertraut. Jederzeit "glaubhafte und wirksame Abschreckung" werden in seiner Interpretation "nur durch drei gleichwertige und untrennbare Komponenten"²⁾ bestimmt. Diese sind:

- " - Die Abschreckungsfront muß lückenlos sein. Jede ausschließlich nur konventionell geschlossene Lücke hebt die gesamte Abschreckungswirkung auf;
- die Abschreckungsmittel müssen ausreichend und dem Potential des Gegners mindestens adäquat sein;
- der Einsatz dieser Mittel im Ernstfall muß zwingend sein." ³⁾

1) ebenda, S.12. Ähnlich bereits in: Strauß, Großbritannien und Europas Einheit, in: "Europa-Forum", Jg. 2, Heft 1, April 1968, S.76

2) Strauß, Londoner Rede, a.a.O. S.13

3) ebenda, S.13

Die Kritik Jaegers an der "flexible response" ist durch diese Eröffnungen von Strauß deutlich geworden als Kritik an der augenblicklichen NATO-Struktur und dem Zustand der europäischen nuklearen Abhängigkeit von den USA. Ein von der ausschließlichen Wirksamkeit nuklearer Abschreckung ausgehendes Denken fordert die Nuklearisierung auch der vordersten bisher konventionellen Verteidigungslinien. Es liegt in seiner Logik, daß diese Form der Abschreckung eine gewisse Reduzierung der konventionellen Truppen erlauben würde. Damit könnten ein Abzug amerikanischer Truppen aus Europa kompensiert und gleichzeitig die Europäer in die Lage versetzt werden, die Kosten für die Ausrüstung mit strategischen und taktischen Atomwaffen aufzubringen.

Strauß schlug im folgenden Teil seiner Rede die Gründung der europäischen Verteidigungsorganisation und als ersten Schritt die Zusammenlegung der britischen und französischen Nuklearstreitmächte vor¹⁾, und er betonte, daß die Bundesrepublik in diesem Modell keine nationale Verfügungsgewalt über Atomwaffen erhalten solle²⁾. Aber die Ersetzung ihrer konventionellen Rüstung durch taktische Atomwaffen und die Übernahme der nuklearen Abwehrrolle, die im Augenblick die amerikanischen Truppen in der BRD wahrnehmen, würden ihr, auch wenn ein europäisches Zwei-Schlüssel-System die nationale Verfügungsgewalt verhinderte, ein derartiges Gewicht einräumen, daß eine Zustimmung der europäischen Partner zu diesen Vorschlägen nur schwer vorstellbar ist.

Im Grunde beruht diese NATO-Konzeption auf ähnlichen Überlegungen wie die gaullistische: Die atomare Arbeitsteilung zwischen Westeuropa und den USA sichert auch einem sich unabhängig verstehenden Europa, welches es mit dem sowjetischen Militärpotential solange nicht aufnehmen kann, wie es nicht seine Verteidigungsausgaben erheblich

1) Vgl. ebenda, S.14

2) Vgl. ebenda, S.15

erhöht, daß das amerikanische Abschreckungspotential, an dem in der erheblich enger verknüpften NATO-Struktur der Gegenwart Zweifel angemeldet werden, in zweiter Linie hinter dem europäischen Nuklearpotential erhalten bleibt. Präsident de Gaulle schloß seinen Weg der nationalen Atomrüstung für die Bundesrepublik aus. Aber die Realisierung der Vorstellungen der CSU würde mit fortschreiten-dem Rückzug der Amerikaner die Folge haben, daß sich die westeuropäische Machtstruktur erheblich zugunsten der BRD als stärkster Wirtschaftsmacht wandeln würde, die dann, wenn auch in integrierter Form, auch noch über die stärkste, durchgängig mit Atomwaffen ausgerüstete Armee in Europa mit Ausnahme der Sowjetunion verfügen würde.

Den christlich-sozialen Vorstellungen folgten weder die deutsche noch die europäische Politik, aber sie machen die Gründe für den kompromißlosen Kampf gegen den Atomwaffensperrvertrag deutlicher, der die Bundesrepublik vor der Gründung des europäischen Bundesstaats vom Mitbesitz an Atomwaffen ausschließt und damit auch die Verwirklichung der von der CSU vertretenen europäischen Verteidigungskonzeption, der in ihrem außenpolitischen Konzept eine so hohe Priorität zukommt, in weite Ferne hinausschiebt.

C. Ordnungspolitik

1. Die Haltung zur neuen Ost- und Deutschlandpolitik

1.1. Das Fehlen einer ostpolitischen Konzeption

Bei der Analyse der außenpolitischen Gesamtkonzeption der CSU wurde schon festgestellt, daß die Partei über keine geschlossene ostpolitische Konzeption verfügt. Darüber hinaus setzte die Partei jedoch auch ihrem ostpolitischen Pragmatismus sehr enge Grenzen.

Zwar konnte auch die CSU an der Schwelle der 70er Jahre den Osten nicht mehr in jedem Falle unter dem eindeutigen Vorzeichen antikommunistischer Ignoranz sehen, zwar blieb auch ihr nicht erspart, die Existenz eines sich als souveräne Deutsche Demokratische Republik verstehenden Staatswesens wenigstens zur Kenntnis zu nehmen, dennoch unternahm sie so gut wie keine Anstrengungen, eine ostpolitische Konzeption zu entwickeln, auf der eine Ostpolitik, die diesen Namen verdiente, hätte aufbauen können, ohne sich erst aus den unsicheren Prämissen ihrer Europa-Konzeption heraus entwickeln zu müssen. Die CSU blieb, als in der Großen Koalition die ostpolitischen Optionen der 50er Jahre langsam ins Fließen gerieten, ein Faktor der Beharrung und Gegensteuerung.

Ihr Selbstverständnis gab ihr dabei die Funktion eines Korrektivs der Tendenzen, die darauf drängten, die Bundesrepublik in den Entspannungsprozeß voll einzugliedern, und die davon ausgingen, daß die europäischen Gräben politisch nur dann allmählich zugeschüttet werden können, wenn der territoriale Status quo von keiner Seite mehr in Frage gestellt wird.

Daß die CSU sich noch viel einhelliger als die CDU auf eine konservative ostpolitische Korrektivfunktion festlegen ließ, hat außer der Tatsache, daß Strauß die Partei in viel uneingeschränkterem Maße unter Kontrolle

hatte als etwa Kiesinger die CDU, verschiedene strukturelle Ursachen.

Man darf bei der Beurteilung der außenpolitischen Aktionen der CSU nie vergessen, daß sie eine bayrische Partei ist. Bayern selbst grenzt zwar auf einigen hundert Kilometern Länge an den Warschauer Pakt an, der größte Teil der Ostgrenze verläuft aber gemeinsam mit der CSSR, d.h. einem alten habsburgischen Territorium. Wenn historische Verbindungen Bayerns zum Osten beschworen werden, so liegt traditionell das Schwergewicht auf den Beziehungen Bayerns zu den katholischen Ländern der vergangenen Donaumonarchie, und so richtet sich auch bei einigen Politikern der Gegenwart das Augenmerk weniger auf das Verhältnis zu den Teilen des protestantischen Preußens, die heute den Kern der DDR ausmachen, sondern eher auf den Donaauraum, zu dem historisch viel engere Bindungen bestehen als zu Preußen.

Mag auch diese Strömung der CSU-Politik nicht hinreichend die ost- und deutschlandpolitische Abstinenz der Partei erklären, so sollte ihre Wirkung auch nicht unterschätzt werden, zumal sie von katholisch-konservativen Ideologen mit eigener publizistischer Basis wie Emil Franzel, Kurt Ziesel, William S. Schlamm, Alfons Dalma und der wohlinformierten Demokratisch-Konservativen Korrespondenz, zu deren Gesellschaftern neben Emil Franzel der ehemalige Fraktionsführer der Henlein-Partei¹⁾ im Prager Parlament, Hans Neuwirth, gehört, getragen wird. Diese Gruppe ist auch unter dem Namen "Abendländer" bekannt geworden.

Eine zweite strukturelle Ursache ist die Tatsache, daß das Land Bayern nach dem Kriege einen hohen Anteil von Flüchtlingen und Vertriebenen, vor allem aus den angrenzenden ehemals sudetendeutschen Gebieten aufgenommen hat und daß die CSU danach strebte, ihre Wählerbasis durch ein Aufsaugen der Vertriebenenpartei GDP/BHE und

1) Vgl. Thilo v. Uslar, Strauß & Company, in: "DIE ZEIT" vom 15.10.1965

eine enge Bindung insbesondere der starken und straff organisierten Sudetendeutschen Landsmannschaft an die Partei erheblich zu erweitern. Personell bedeutete dies, daß die CSU den bayrischen Spitzenpolitikern des zunehmend von der Bildfläche verschwindenden GDP/BHE eine politische Heimat in der CSU anbot. Walter Becher, nach Seebohms Tod zum Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft gewählt, und der ebenfalls sudetendeutsche Politiker Herbert Prochazka wurden auf diese Weise 1965 über die CSU-Liste in den Bundestag entsandt und traten erst 1967 der CSU bei.¹⁾

In die gleiche Richtung wie diese personelle Integration führender Vertriebenenfunktionäre in die CSU wies die auf dem Parteitag im Juli 1967 vorgenommene Gründung eines CSU-Arbeitskreises Deutschland- und Ostpolitik unter dem Vorsitz des bayrischen Arbeitsministers Franz Pirkl. Er sollte eine Plattform für "alle Gruppierungen innerhalb und außerhalb der CSU bilden, die an den vom Arbeitskreis zu behandelnden Fragen der Wiedervereinigung und Ostpolitik interessiert sind"²⁾.

Vor allem jedoch war nach Aussage des DKK daran gedacht, den Mitgliedern der Gesamtdeutschen Partei die "Zusammenarbeit mit der CSU schmackhaft zu machen"³⁾. Als einer der Hauptinitiatoren wurde Becher genannt. Man erwartete, daß durch seine und Prochazkas Mitarbeit nicht nur die GDP-Angehörigen, sondern darüber hinaus auch weitere Kräfte aus den Landsmannschaften und deren Jugendverbänden für den Arbeitskreis und damit für die Partei interessiert werden würden.

Mit Gründung des Arbeitskreises schuf die CSU nicht nur ein Sammelbecken für bisher noch nicht integrierte

1) Der Übertritt wurde am 3.7.1967 bekanntgegeben. Becher rückte 1969 von Platz 20 der Landesliste auf Platz 10 vor. Da vor ihm ausschließlich sichere Wahlkreisgewinner platziert waren, führte er praktisch die Reihe der Listenkandidaten an. Prochazka wurde nicht wieder nominiert.

2) DKK vom 7.7.1967

3) ebenda

Vertriebenengruppen, sondern sie institutionalisierte ein innerparteiliches Oppositionsorgan der Gesamtunion, dessen Aufgabe darin bestand, zu weit gehende ostpolitische Initiativen der Großen Koalition zu verhindern.

Die von Strauß nach dem Regierungswechsel vom Herbst 1969 propagierte "Sammlungsbewegung zur Rettung des Vaterlandes" konstituierte sich beinahe unbemerkt von der Öffentlichkeit bereits im Juli 1967 unter den Fittichen der CSU. Deren Zielsetzung stellte die DKK folgendermaßen dar: "Das politische Anliegen des Arbeitskreises ist der Widerstand gegen alle auf Illusionen aufgebauten Bestrebungen in der Deutschland- und Ostpolitik, die durch nichts zu rechtfertigenden Verzicht und Zugeständnisse an die kommunistischen Machthaber im Osten, die die freiheitliche Position der Bundesrepublik und des Westens überhaupt aushöhlen. Der Arbeitskreis soll als ein Korrektiv gegen solche Bestrebungen nicht nur außerhalb der Großen Koalition in Bonn wirken. Es ist nicht ausgeschlossen, daß ähnliche Arbeitskreise auch innerhalb der Landesverbände der CDU gebildet werden, die untereinander eng zusammenarbeiten."¹⁾

Sieht man diese strukturellen Gegebenheiten und bringt sie mit der an anderer Stelle dargestellten Gesamteuropakonzeption in Verbindung, so ist unschwer voraussehbar, daß der ostpolitische Manövrierraum, den die Partei sich selbst und damit der Koalition setzte, von vornherein sehr eng begrenzt war, auch wenn es anfänglich so schien, als habe die CSU einige in der Erhard-Ära eingenommene Positionen geräumt.

1.2. Die CSU und die "neue Ostpolitik"

1.2.1. Die ostpolitischen Absichten der Koalition

Als der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung vom 13.12.1966 erklärte: "Deutschland war jahrhunderte-

1) ebenda

lang die Brücke zwischen West- und Osteuropa. Wir möchten diese Aufgaben auch in unserer Zeit gern erfüllen. Es liegt uns darum daran, das Verhältnis zu unseren östlichen Nachbarn, die denselben Wunsch haben, auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens zu verbessern und wo immer dies nach den Umständen möglich ist, auch diplomatische Beziehungen aufzunehmen¹⁾, als er das Angebot von Gewaltsverzichtserklärungen mit der Sowjetunion und den anderen osteuropäischen Staaten erneuerte, das Verlangen des polnischen Volkes anerkannte, "endlich mit gesicherten Grenzen zu leben", und das Münchner Abkommen als "nicht mehr gültig" bezeichnete²⁾, war dennoch absehbar, daß die "neue Ostpolitik", die Kiesinger verbal einleitete, keineswegs eine allseitig positive Würdigung im sozialistischen Lager finden würde, daß aber auch die bayerische Schwesterpartei und ihre Untergliederungen dann, wenn es darum gehen würde, die Worte der Regierungserklärung mit Substanz zu erfüllen, die Grenzen der ostpolitischen Bewegungsfreiheit der Bundesregierung so eng stecken würden, daß die lange vertretenen Positionen nicht geräumt, sondern höchstens taktisch modifiziert zu werden brauchten.

1.2.2. Die Rolle Guttenbergs im Bundeskanzleramt

In der Person des Freiherrn von und zu Guttenberg erhielt ein Garant dafür, daß der außenpolitische Kurs der Koalition nicht allzu weit von den Traditionen Adenauerscher Außenpolitik abwich, als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeskanzleramt einen einflußreichen Posten im Entscheidungszentrum. Der Umstand, daß die CSU-Landesgruppe sich zunächst gegen seine Ernennung aus-

1) Regierungserklärung vom 13.12.1966, a.a.O. S. D 16

2) ebenda

sprach und stattdessen für den politisch farblosen und skandalumwitterten Strauß-Vertrauten Friedrich Zimmermann votierte¹⁾, bedeutete nicht, wie aus einem später im April 1967 von Strauß an die Landesgruppe geschriebenen Brief hervorging, in dem dieser ihr nahelegte, von den Bedenken gegen Guttenberg abzusehen²⁾, daß die CSU ihr Unbehagen an den außenpolitischen Vorstellungen Guttenbergs zur Geltung bringen wollte, sondern beruhte, obwohl das nicht mit letzter Sicherheit gesagt werden kann, darauf, daß das Verhältnis zwischen Guttenberg und der Landesgruppe durch starke persönliche Spannungen noch immer getrübt war³⁾. Schließlich hatte er während der SPIEGEL-Krise im Herbst 1962 mit Wehner und Lücke die Geheimverhandlungen über die Bildung einer Großen Koalition ohne Wissen von Strauß geführt⁴⁾ und dafür einen offiziellen Parteitadel erhalten, sich dann aber alsbald in gemeinsamer Gegnerschaft gegen Bundeskanzler Erhard mit dem Parteivorsitzenden wieder vereint gefunden.

In jedem Falle konnte wohl kaum die Hauptaufgabe des parlamentarischen Einzelgängers Guttenberg im Bundeskanzleramt darin liegen, die Verbindung mit dem Parlament

- 1) Vgl. "Rhein-Zeitung", Koblenz vom 20.12.1966, die meldete, der Vorstand der CSU-Landesgruppe habe sich einstimmig gegen Guttenberg ausgesprochen. Das "Handelsblatt" vom 22.12.1966 berichtete, sie habe an seiner Stelle Zimmermann vorgeschlagen.
- 2) Vgl. FAZ vom 12.4.1967, "Guttenbergs Wahl von Strauß empfohlen".
- 3) Vgl. ebenda. Laut FAZ argumentierte Strauß in seinem Brief an die Landesgruppe damit, daß Guttenberg durch seine neue Funktion im Kanzleramt die Gelegenheit erhalten sollte, ein gutes Verhältnis zur Landesgruppe herzustellen. Guttenberg versicherte der Landesgruppe, er werde loyal mit ihr zusammenarbeiten.
- 4) Vgl. Franz Schneider, Große Koalition. Ende oder Neubeginn. München 1969, S. 23 f

und mit den Fraktionen zu sichern¹⁾. Mit dem Engagement eines primär außenpolitisch orientierten Politikers wie Guttenberg im BKA sicherte sich die CSU trotz der vorangegangenen persönlichen und politischen Spannungen den direkten Zugang zum Zentrum der außenpolitischen Entscheidungen. Damit war das konservative Gegengewicht zu den auf Bewegung in der Ostpolitik drängenden Vorstellungen des sozialdemokratischen Außenministers Brandt verstärkt, und die CSU konnte sich sofort in den Kommunikationsprozeß zwischen Kanzler und Außenminister einschalten, ja sie gewann durch den täglichen direkten Kontakt bereits in einem früheren Stadium Zugang zum Kanzler als der Vizekanzler und Außenminister.

Guttenberg hatte die Große Koalition gewollt, aber das bedeutete nicht, daß er es für richtig hielt, außenpolitisch von den Leitlinien Adenauerscher Politik abzuweichen. Die SPD war der geeignete Partner, um den Erhard-Kurs einer eindeutigen Betonung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses unter Vernachlässigung des deutsch-französischen zu korrigieren, aber das hieß noch lange nicht, ihr auch in der Ost- und Deutschlandpolitik auf dem durch das Schlagwort vom "Wandel durch Annäherung" gekennzeichneten Pfade zu folgen.

Gleichsam als Einstand in sein neues Amt erschien ein Aufsatz von ihm in der "Österreichischen Zeitschrift für Außenpolitik", in dem er die nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien entstandenen Hoffnungen oder Befürchtungen einer Wende der bundesrepublikanischen Ost- und Deutschlandpolitik je nach politischem Standort enttäuschte oder zerstreute. Er schloß mit den Worten: "Das Konzept der CDU/CSU-Politik: für die Sicher-

1) Dieses erwartete Kiesinger nach Guttenbergs eigener Aussage von ihm; vgl. Guttenbergs Interview mit dem WDR vom 16.4.1967, S.1

heit Europas - Amerika, für die Zukunft Europas - die Einigung Europas (scheint mir) nach wie vor gültig und richtig zu sein. Was die Deutschen also brauchen, ist meiner Meinung nach nicht eine neue Außenpolitik, sondern die konsequente Anwendung, Fortführung und Weiterentwicklung der alten." ¹⁾

1.2.3. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien

Zunächst jedoch ließ sich zu Beginn des Jahres 1967 der Eindruck gewinnen, als habe die CSU in ihrer ostpolitischen Linie eine weitgehende Wendung vollzogen. Der Beschluß zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Rumänien wurde in einer offiziellen Stellungnahme der Landesgruppe "begrüßt" ²⁾. Gerade die CSU, so hieß es in diesem Zusammenhang, könne für sich in Anspruch nehmen, "schon seit Jahren ein außenpolitisches Programm ~~verkörpert~~ zu haben, das die Überwindung der europäischen Spaltung zum Ziele hat" ³⁾.

Dies war, wenn man bedenkt, daß trotz aller deutschen Rechtsvorbehalte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu einem kommunistischen Land eine erhebliche Modifizierung der bisherigen dogmatischen Interpretation von Hallstein-Doktrin und Alleinvertretungsanspruch darstellte, eine erstaunliche Aussage. Dies umso mehr, da Guttenberg

- 1) Karl Theodor zu Guttenberg, Braucht Deutschland eine neue Außenpolitik?, in: "Österr. Zeitschrift für Außenpolitik", 7. Jg., Heft 1, 1967, S.25; vgl. auch ders., Deutschland-Politik - warum nicht mit de Gaulle? in: "DIE ZEIT" vom 7.10.1966: "Das Koordinatensystem der Adenauerschen Außenpolitik ist nach wie vor richtig."
- 2) Richard Stücklen in der "CSU-Correspondenz" vom 27.1. 1967
- 3) ebenda

vier Monate zuvor noch betont hatte, daß die Fortführung der Politik der Nichtanerkennung der DDR ein elementares Erfordernis der Sicherheit Europas sei und die Zielsetzung der Hallstein-Doktrin - "die Nichtzulassung der Sowjetzone in die nichtkommunistische Staatenwelt"¹⁾ - eine Sache genannt hatte, die auch das objektive Interesse der Partner der Bundesrepublik angehe²⁾. Gewiß, mit der sogenannten "Geburtsfehlertheorie" wurde eine juristische Konstruktion entwickelt, die die Hallstein-Doktrin für die Ostblockstaaten aufhob. Aber blieb sie damit in der Substanz ihrer Anwendungsmöglichkeit auf die übrige Welt unversehrt? Hatte Strauß nicht dem damaligen Kanzler Erhard "härtesten Kampf" angedroht, falls er diplomatische Beziehungen zu einem kommunistischen Land Osteuropas aufnähme³⁾, als Wirtschaftsminister Schmücker nach seiner Rumänienreise erklärt hatte, möglicherweise würden noch 1966 diplomatische Beziehungen aufgenommen? ⁴⁾

1.2.3.1. Gründe für die Haltungsänderung gegenüber Rumänien

Die nun zumindest nach außen hin widerspruchslöse Hinnahme dieses ersten diplomatischen Vorstoßes der deutschen Ostpolitik könnte sich durch zwei Überlegungen erklären lassen.

(1) Rumänien nimmt bekanntlich seit seiner geschickten Ausnutzung des sowjetisch-chinesischen Konflikts außenpolitisch eine Sonderstellung innerhalb des Warschauer Paktes ein. Wie kein anderer Staat hat Rumänien sich die sowjetische Respektierung eines national-kommu-

1) Guttenberg, Deutschland-Politik ..., a.a.O.

2) Vgl. ebenda

3) Vgl. "DER SPIEGEL" Nr. 21 vom 19.5.1969, S.30, "Herzog Doppelzunge"

4) Vgl. die Äußerungen Schmückers auf seiner Pressekonferenz vom 7.9.1966; zit.nach: EA F.19/1966, S. Z 161

nistischen außenpolitischen Kurses sichern können.

Bei der Untersuchung von Straußens Osteuropa-konzeption konnte festgestellt werden, daß die CSU ihre Hoffnungen auf die zentrifugalen Kräfte in Europa setzt und die Aufgabe einer Ostpolitik vornehmlich darin sieht, den osteuropäischen Nationalismus gegen den sowjetischen Hegemonieanspruch zu reaktivieren. Rumänien als der außenpolitische Rebell im europäischen kommunistischen Lager bot sich für eine derartige Kalkulation geradezu an, zumal auch das deutsch-rumänische Verhältnis durch keine territorialen Streitfragen belastet ist.

Eine solche Spekulation wurde dadurch erleichtert, daß im Gegensatz zu den anderen Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes Rumänien die Aufnahme diplomatischer Beziehungen nicht von der vorherigen Anerkennung des europäischen Status quo abhängig machte, so daß die Bundesrepublik auf ihrem Rechtsstandpunkt beharren konnte, was andernfalls zweifelsohne das Veto der CSU beschworen hätte¹⁾.

Die Frage, warum die CSU dann ein Veto gegen Erhards Absicht eingelegt hatte, könnte unter diesen Umständen damit erklärt werden, daß der Erhard-Gegner Strauß dem glücklosen Kanzler, dessen von der CSU mit heraufbeschworener Sturz nur noch eine Frage der Zeit war, keinen außenpolitischen Erfolg mehr gönnen wollte.

(2) Nach der Unterkühlung des deutsch-französischen Verhältnisses unter Erhard und Schröder, die der Hauptfehdpunkt zwischen Erhard und der CSU war, hatte die Große Koalition schon mit der Regierungserklärung Kiesingers einen Anlauf zu einer Wiederbelebung des Geistes des deutsch-französischen Vertrages genommen. Dem deutsch-französischen Verhältnis widmete er in seiner Regierungserklärung soviel Raum wie keinem anderen außenpolitischen Problem²⁾.

1) Vgl. Guttenberg, Interview mit dem DFS vom 30.1.1967, S.1 f

2) Vgl. Regierungserklärung, a.a.O. S. D 17

Damit wurde die wesentliche außenpolitische Forderung der CSU, deren hartnäckige Wiederholung ihren Sprechern die Bezeichnung "deutsche Gaullisten"¹⁾ eingetragen hatte, Bestandteil des Regierungsprogramms.

Eine deutsch-französische Wiederannäherung, eine Vertiefung des deutsch-französischen Verhältnisses, konnte nicht stattfinden - dies war der CSU klar -, ohne zumindest eine Konzession an die französische ostpolitische Konzeption zu machen.

Das geänderte Klima im deutsch-französischen Verhältnis, das sich bereits bei Kiesingers und Brandts erstem Parisbesuch Mitte Januar zeigte²⁾, erlaubte auch in den Augen der CSU diese Konzession. Guttenberg sprach nun, nur wenige Monate nach dem Veto gegen den Erhard-Schröder-Vorstoß, von einem "Wandel in der Situation"³⁾.

Die Stichhaltigkeit der beiden herangezogenen Erklärungen für den ostpolitischen Schwenk der CSU läßt sich mit einem Ausspruch Guttenbergs noch einmal belegen.

Nach dem von ihm genannten "Wandel in der Situation" befragt, antwortete er: "Es gibt sowohl einen Wandel im Westen als einen Wandel etwa in Rumänien, aber auch im gesamten Ostblock ... Ich habe immer den Standpunkt vertreten ..., daß die Handlungsfreiheit unserer Ostpolitik sozusagen eine Funktion dessen ist, was wir im Westen getan haben, um es anders auszudrücken: Ich bin im Osten umso handlungsfreier, je fester ich verankert bin im Westen. Die Tatsache, daß die neue deutsche Bundesregierung sich sehr bemüht hat, wie ich meine mit Erfolg, die Verbindungen zu Frankreich zu intensivieren, bedeutet für uns eine Rückendeckung, einen Flankenschutz für eine neue

1) Vgl. oben S. 92 ff

2) Vgl. EA F. 3/1967, S. Z 28

3) Guttenberg, Interview mit dem DFS vom 30.1.1967, S.2; vgl. hierzu auch: Guttenberg, Vortrag im "Bayerischen Rundfunk" vom 15.2.1967, S.1 ff

aktiveres Ostpolitik. Das ist das, was sich im Westen gewandelt hat, sehr im Sinne der von mir seit Jahren vertretenen Politik. Was sich im Osten gewandelt hat, ... das ist eine weitergehende Freiheit der Interpretation dessen, was die Richtlinien des Warschauer Paktes erlauben." ¹⁾

Er warnte davor, den deutschen Schritt im Sinne einer antisowjetisch verstandenen Politik tun zu wollen, da die Sowjetunion nach wie vor über die DDR verfüge. Das würde seiner Ansicht nach mit Sicherheit ein negatives Ergebnis haben. Er betonte aber auf der anderen Seite, daß Rumänien die sehr rigorosen Forderungen anderer Mitglieder des Warschauer Paktes - Anerkennung der DDR als zweiten deutschen Staat, endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, Verzicht auf Nuklearwaffen - nicht gestellt habe ²⁾.

1.2.4. Innen- und außenpolitische Grenzen der "neuen Ostpolitik"

Guttenbergs Stellungnahme rückte einiges von der die "neue Ostpolitik" der Großen Koalition sofort belastenden Inkonsequenz ins Bewußtsein. Sie sollte nicht antisowjetisch sein, aber der erste Adressat war ein Staat, der innerhalb des Paktes eine Sonderstellung einnahm, die zwar nicht in der deutschlandpolitischen Grundlinie von der des Paktes abwich, jedoch in der gar nicht so sekundären Frage der Taktik gegenüber der Bundesrepublik. Damit konnte die Gretchenfrage der deutschen Anerkennung des Status quo nur vertagt, nicht aber aus der Welt geschafft werden.

1) ebenda, S.2; vgl. auch später: Interview Guttenbergs mit dem BK vom 4.11.1967

2) Vgl. ebenda, S.3

Die neue deutsche Ostpolitik war in dem Augenblick zur Stagnation verdammt, in dem diese Frage nicht wie im Falle Rumänien durch ein "agreement to disagree" ausgeklammert wurde, sondern vielmehr ihre eindeutige Beantwortung durch die Bundesrepublik zur Voraussetzung für den Fortgang der ostpolitischen Initiativen der Großen Koalition gemacht wurde.

Im Verlauf der Diskussion des deutsch-rumänischen Botschafteraustausches wurde schnell offenbar, daß die Grenzen der ostpolitischen Bewegungsfreiheit der Regierung von innen und von außen überaus eng gesetzt waren. Die CSU ließ keinen Zweifel daran, daß sie eine Festigung des territorialen Status quo nicht zulassen, sie nur eine Ostpolitik dulden würde, die den Status quo auflockerte¹⁾.

Aber der durch die historischen Entwicklungen der Nachkriegszeit notwendig gewordene Schritt einer Anerkennung des territorialen Status quo, um über ihn hinaus die verhärteten politischen Fronten aufzulockern - den politischen Status quo also wieder in Bewegung zu bringen - wurde nicht mitvollzogen. Der Überlegung, daß nach den Erfahrungen zweier Weltkriege und unter der atomaren Drohung die Sicherung des Friedens in Europa auf der Basis der Anerkennung der bestehenden Realitäten ein Ziel ist, das in seinem Prioritätsrang durchaus mit dem der Wiedererringung nationaler Einheit oder der Schaffung eines westeuropäischen Machtstaats konkurrieren kann, daß es in der politischen Lage Europas der alternativlose Weg zu einem möglichen zukünftigen Wiederezusammenfinden der Deutschen ist - wenn es überhaupt einen solchen noch gibt - hat sich die CSU nie angeschlossen. Bei ihr klingt 1967 wie auch 1970 immer noch die alte Vorstellung der Nachkriegszeit durch, daß eine Wiedervereinigung Voraussetzung der Entspannung ist und nicht umgekehrt, daß die Entspannung zwischen der Bundesrepublik und Osteuropa eingebettet

1) Vgl. Guttenberg, Europäisierung der Deutschlandfrage, in: "Abendzeitung", München, vom 2.2.1967 ..

in den Rahmen weltpolitischer Entspannung Voraussetzung für eine Regelung der deutschen Frage ist. Denn kommt es auf diesem Wege zu keiner nationalstaatlichen Restauration - die ja auch von Strauß immer wieder als nicht im Bereich des Möglichen liegend bezeichnet wurde -, dann bleibt immer noch das Bewußtsein, den Frieden in Europa sicherer gemacht, einen Beitrag zur Verwirklichung einer europäischen Friedensordnung geleistet zu haben, auch wenn ein solcher Beitrag um eben dieses Friedens willen mit für viele schmerzlichen endgültigen Verzicht verbunden ist, deren Ursache in der frevelhaften Zerstörung Europas durch die verbrecherische Politik des Dritten Reiches zu finden ist.

Diesen Schritt nicht mitzuvollziehen, aber den Opfern deutscher Kriegspolitik Versöhnung anzubieten, ohne ihnen die Gewißheit zu geben, daß sie frei von deutschen territorialen Forderungen sein werden, die unabdingbare Notwendigkeit zu umgehen, einen Schlußstrich unter den Zweiten Weltkrieg zu ziehen, der schmerzvoll für viele Deutsche, aber dennoch notwendig ist, und hier ein Einverständnis der europäischen Völker voranzusetzen, das nicht existiert, das ist die Lebenslüge der ostpolitischen Vorstellungen der CSU und in großen Teilen auch der CDU, wenngleich dort nach dem deutsch-polnischen Vertrag im Dezember 1970 auch ein paar differenziertere Stimmen laut wurden¹⁾.

1) So schrieb der CDU-Abgeordnete Dighans in der Wochenzeitung "PUBLIK": "Wer ... über die deutsche Polenpolitik zu entscheiden hat, muß sich drei Fragen beantworten: Wollen wir Schlesien und Pommern zurückerobern? Ist zu erwarten, daß die Polen uns diese Gebiete eines Tages freiwillig zurückgeben? Ist zu erwarten, daß irgendeine andere Nation auf Polen Druck ausübt? Auch der Bundestag kann sich der Antwort auf diese Fragen nicht länger entziehen, unabhängig von dem Urteil, das er über den vorgelegten Vertrag fällt, einen Text, der die notwendige umfassende Bereinigung aller deutsch-polnischen Streitfragen offensichtlich nicht bringt. Wer diesen Vertrag ablehnt, weil er einen besseren wünscht, sollte klarstellen, daß es in der Grenzfrage nach den bereits gegebenen Erklärungen - Gewaltverzicht, Verzicht

Wenn die CSU also die Belebung der nationalen Eigenständigkeit der europäischen Staaten gegen die jeweilige Vormacht anstrebte und im Westen das Bündnis mit Frankreich als Grundlage für das westeuropäische Streben nach Selbstbestimmung neu zu aktivieren trachtete, so zielte ihre Zustimmung zur neuen Ostpolitik auf eine Belebung der nationalen Eigenständigkeitstendenzen in Osteuropa, die sich gegen die Sowjetunion richteten. Ihr Ziel war die Durchbrechung des politischen Status quo ohne Anerkennung des territorialen Status quo¹⁾.

Hier war der entscheidende Bruch zwischen SPD und CDU/CSU. Während die SPD sich vorsichtig der formellen Anerkennung des Status quo näherte, blieben CDU und CSU auf den alten Positionen sitzen. Ihre neuen ostpolitischen Initiativen konnten so nicht mehr sein als demonstrative Gesten oder taktische Konzessionen an bestimmte Entwicklungen in Westeuropa und im sowjetisch-amerikanischen Verhältnis.

Da CDU und CSU den Koalitionspartner jederzeit majorisieren konnten und die östliche marxistische Analyse in der Regierungsteilnahme der SPD keine grundsätzliche Veränderung der Machtstrukturen in der Bundesrepublik feststellte, war es kein Wunder, daß schon nach kurzer Zeit im sozialistischen Lager jene die Oberhand gewannen, die in der neuen Ostpolitik nur die alten Vorstellungen im neuen Gewande sahen und sie daher für besonders gefährlich hielten, weil sich der westdeutsche Revanchismus die SPD als "Feigenblatt" zur besseren Tarnung seiner alten Ziele herangezogen hätte. Sie konnten sich dabei

Fortsetzung der Anmerkung 1 von Seite 257:

auf neue Vertreibung, Verständnis für den Wunsch der Polen, in sicheren Grenzen zu leben - nur noch die unumgänglichen juristischen Vorbehalte geben kann, jedoch keinen Vorbehalt in der Sache." ; zit. nach: SZ vom 10.12.1970

1) Vgl. Guttenberg, Vortrag im Bayerischen Rundfunk vom 15.2.1967, S.2

auf Strauß berufen, der in seinem "Entwurf für Europa" geschrieben hatte: "Eine Große Koalition würde sicherlich eine Initiative für den großen Entwurf einer deutschen Europapolitik praktikabler machen - schon deshalb wäre sie wünschenswert."¹⁾

Die Karlsbader Konferenz der kommunistischen und Arbeiter-Parteien Europas vom 26. April 1967 setzte der äußeren Bewegungsfreiheit der neuen Ostpolitik eine deutliche Grenze, indem sie noch einmal die Bedingungen für eine Normalisierung der Beziehungen in Europa fixierte: Anerkennung der Unantastbarkeit der bestehenden Grenzen in Europa, insbesondere der Oder-Neiße-Grenze und der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten, Anerkennung der Existenz zweier souveräner und gleichberechtigter deutscher Staaten: der DDR und der Bundesrepublik, d.h. Verzicht der Bundesrepublik auf das Alleinvertretungsrecht, kein Zugang der Bundesrepublik zu Kernwaffen in jeglicher Form, Anerkennung der Ungültigkeit des Münchener Abkommens von Anfang an²⁾.

Vergleicht man diese Bedingungen mit dem, was die CSU zu geben bereit war, so läßt sich konstatieren, daß innere und äußere Schranken bereits im Frühjahr 1967 der neuen Ostpolitik keine substantiellen Fortschritte mehr gestatteten, sofern nicht eine Seite bereit war, ihren Standpunkt zu revidieren.

1) Strauß, Entwurf für Europa, a.a.O. S.160; vgl. hierzu: Stefan Doernberg, Zur Konzeption des Franz Josef Strauß. Nach Außen: Expansion und Aggression, in: "Einheit. Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus", Berlin (DDR) Heft 4/5, 1967, S. 572 f; Heynowski und Scheumann, Der Präsident im Exil. Berlin 1969, S.51

2) Vgl. Erklärung der auf der Konferenz in Karlsbad vertretenen kommunistischen und Arbeiterparteien vom 26.4.1967, abgedr. in: EA F. 11/1967, S. D 262

Gab es keine Modifizierung der Grundsatzpositionen, konnte der zunächst so verheißungsvolle ostpolitische Elan der Koalition nur noch versuchen, atmosphärische Entspannung, eine Milderung der Härte der Ost-West-Auseinandersetzung durch Verzicht auf Propaganda zu erstreben. Dies war ein Ziel, das, wenn es auch zunächst weit hinter dem zurückblieb, was mancher Kritiker, der auf eine Neuorientierung der deutschen Ostpolitik drängte, sich gewünscht hatte, trotzdem die Neuorientierung der Positionen der deutschen Ostpolitik unter einer anderen politischen Konstellation vorbereitete.

1.3. Die deutschlandpolitischen Initiativen vom Frühjahr und Sommer 1967

Analytisch, aber nicht sachlich trennbar von der Ostpolitik der Großen Koalition ist der parallel zu den Entspannungsbemühungen mit den nicht-deutschen Warschauer-Pakt-Staaten verlaufende Versuch, den Dialog zwischen den beiden deutschen Staaten ohne Aufgabe der bisherigen Grundsatzpositionen der Bundesrepublik zu beleben.

Kiesinger hatte in seiner ersten Regierungserklärung insofern eine neue Interpretation des Alleinvertretungsanspruchs vorgenommen, als er erklärt hatte, die Berechtigung der Bundesregierung, als einzige "frei, rechtmäßig und demokratisch" gewählte deutsche Regierung "für das ganze deutsche Volk zu sprechen", bedeute nicht, "daß wir unsere Landsleute im anderen Teil Deutschlands, die sich nicht frei entscheiden können, bevormunden wollen"¹⁾. Von einer Aufgabe der juristischen Alleinvertretungsposition war dies noch weit entfernt und ließ daher auch schon die Grenzen erkennen, auf die dann die folgende programmatische Aussage zur Deutschlandpolitik der Großen

1) Regierungserklärung vom 13.12.1966, a.a.O. S. D 18

Koalition von seiten der DDR stoßen würde. Kiesinger fuhr fort:

"Wir wollen, soviel an uns liegt, verhindern, daß die beiden Teile unseres Volkes sich während der Trennung auseinanderleben. Wir wollen entkrampfen und nicht verhärten, Gräben überwinden und nicht vertiefen. Deshalb wollen wir die menschlichen, wirtschaftlichen und geistigen Beziehungen mit unseren Landsleuten im anderen Teil Deutschlands mit allen Kräften fördern. Wo dazu die Aufnahme von Kontakten zwischen Behörden der Bundesrepublik und solchen im anderen Teil Deutschlands notwendig ist, bedeutet dies keine Anerkennung eines zweiten deutschen Staates. Wir werden diese Kontakte von Fall zu Fall so handhaben, daß in der Weltmeinung nicht der Eindruck erweckt werden kann, als rückten wir von unserem Rechtsstandpunkt ab." 1)

"Kontakte ohne Anerkennung" lautete die deutschlandpolitische Formel, auf die sich die Koalition einigte. Wobei es offenblieb, von welchem Punkt an offizielle Kontakte zwischen den Regierungen beider deutscher Staaten ein Element der Anerkennung einschließen würden. Sicher war, daß die CSU eine restriktive Interpretation bevorzugen würde, obgleich sie, wie ein Artikel Guttenbergs in der Münchener "Abendzeitung", den er kurz vor seinem Amtsantritt schrieb, zeigte, die ersten Schritte Kiesingers auf dem Wege der Kontaktaufnahme zur DDR mitzugehen bereit war.

Guttenberg warnte in dem Artikel einerseits vor einer salvatorischen Politik, "die sich gegen die Wirkung tatsächlicher Anerkennungsschritte durch einseitige Rechtsvorbehalte schützen zu können glaubt" und andererseits vor der " 'kasuistischen' Abart einer juristisch bestimmten Politik, die doktrinär und unabhängig von den jeweiligen Umständen jeden denkbaren Schritt unserer Deutschlandpolitik von vornherein in den Katalog des Erlaubten oder des Verbotenen einordnen möchte"²⁾.

1) ebenda, S. D 18

2) Guttenberg, FDP - Politik im Niemandsland, in: "Abendzeitung" vom 23.3.1967

Mußte nicht die zweite Warnung an die eigene Adresse gerichtet sein, und wurde sie nicht durch die erste, direkt gegen die FDP und indirekt gegen die SPD gerichtet, wieder aufgehoben? War es nicht Guttenberg selbst, der im gleichen Artikel es als die Sache der praktischen Politik bezeichnete, die unverzichtbaren Rechtspositionen zu wahren und der die "praktische Anerkennung" eines "zweiten deutschen Staates" mit dem Ziel der Wiedervereinigung für nicht vereinbar erklärte und damit demonstrierte, daß die herkömmliche Kasuistik der Partei in deutschlandpolitischen Fragen nur eine koalitionspolitisch motivierte taktische Variante erhalten sollte.

Der Briefwechsel Stoph - Kiesinger sollte offenbaren, wieweit die CSU dem Versuch folgen würde, in einen Dialog auf Regierungsebene zu kommen.

Die Abkehr von dem seit 1959 geübten Brauch der Bonner Regierungen, Briefe aus Ost-Berlin ungeöffnet zurückgehen zu lassen¹⁾, wurde von Guttenberg als logische Konsequenz der Regierungserklärung Kiesingers vom 12. April 1967 gerechtfertigt²⁾, in der dieser der DDR einen Katalog menschlicher Erleichterungen vorgeschlagen hatte³⁾.

Der Antwortbrief Kiesingers auf Stophs Schreiben vom 10. Mai 1967 wurde erst nach den Landtagswahlen in Niedersachsen am 13. Juni 1967 abgeschickt. Er stammte nach Aussage der DKK aus der Feder Guttenbergs, war aber mit Herbert Wehner abgesprochen und "hatte dessen volle Billigung gefunden"⁴⁾.

1) Vgl. Besson a.a.O. S.406

2) Vgl. "Welt am Sonntag" vom 21.5.1967, "Briefaufnahme keine Anerkennung". In der gleichen Ausgabe der "Welt am Sonntag" schrieb William S. Schlamm: "Wenn die deutsche Regierung den Landes- und Hochverräter Stoph 'Ministerpräsident' nennen sollte, wäre die völkerrechtlich bindende Anerkennung der DDR faktisch vollzogen."

3) abgedr. in: EA F. 14/1967, S. D 326 f

4) DKK vom 9.6.1967

Die CSU stellte sich voll hinter Kiesingers Antwortbrief. Dies geschah offensichtlich weniger aus dem Grunde, daß sie sich von ihm eine Entkrampfung der Beziehungen zwischen der BRD und der DDR versprach, sondern eher, weil sie infolge seiner voraussehbaren Ablehnung durch die DDR einen propagandistischen Erfolg der BRD bei dritten Ländern erhoffte. Die Zurückweisung des Angebots von Verhandlungen über "menschliche Erleichterungen", das die Bundesregierung in ihrer Erklärung vom 12. April gemacht hatte, konnte dazu dienen, die CSU-These zu bestätigen, daß Gespräche mit der DDR-Regierung ohnehin zwecklos seien, wenn die BRD nicht alles zu geben bereit sei¹⁾.

Diese skeptische Duldung der deutschlandpolitischen Initiativen der Bundesregierung, solange diese von den bisherigen Positionen im Verhältnis zur DDR nicht abwich, begann sich im Verlaufe des Sommers zu wandeln²⁾, und die Partei suchte ihre deutschlandpolitische Linie, die weitgehend mit einer Neigung zur Abstinenz von Kontakten mit der DDR gleichzusetzen ist, wieder in stärkerem Maße zu profilieren.

Strauß machte nach längerem Schweigen in dieser Frage deutlich, daß er Gegner einer zu starken Betonung der deutschlandpolitischen Aspekte bundesrepublikanischer Außenpolitik war und daß gemäß seiner Konzeption das

1) Vgl. Stöcklen in der CSU-Correspondenz vom 14.6.1967 (Vorabdruck eines Artikels in der "Abendzeitung" vom 15.6.1967): "Wenn Herr Stoph und seine Regierung nunmehr auf ihrem Standpunkt des Alles oder Nichts beharren, dann erbringen sie damit den Beweis, daß es ihnen nicht nur um die staatliche Zweiteilung Deutschlands, sondern darüberhinaus um die Erhaltung des Status quo eines geteilten Europa geht. Die Verantwortlichen in Ost-Berlin würden damit zeigen, daß sie eine Mitverantwortung für das Zustandekommen einer europäischen Friedensordnung nicht zu tragen gewillt sind, und daß die Verantwortlichkeit für die deutsche Nation wirklich allein in den Händen der freigewählten Bundesregierung liegt."

2) Vgl. die auf dem CSU-Parteitag vom 1.7.1967 vorgenommene Gründung des "Arbeitskreises Deutschland- und Ostpolitik"; hierzu vgl. oben S. 246 f

Schwergewicht nach wie vor auf der Schaffung einer europäischen Großraumarchitektur zu liegen habe. Gering-schätzig äußert er sich über die Initiativen der Bundesregierung, indem er in einem Rundfunkinterview sagte: "Man verwirrt nur die Gemüter, indem man so tut, als ob in der Deutschlandfrage von heute auf morgen dramatische Wendungen zum Positiven zu erreichen seien, wenn wir nur dies oder jenes täten, wenn wir Briefe auswechselten, wenn wir in der de facto-Anerkennung entgegenkommen würden usw.." ¹⁾

Aber, so muß man sich fragen, welcher verantwortliche Politiker sah in den zaghaften ersten Schritten der Bundesregierung bereits eine dramatische Wendung zum Positiven? Es gab wohl niemanden in der Regierung und auch in der FDP-Opposition, der sich Kontakte zwischen beiden deutschen Staaten als mehr als einen bescheidenen Anfang in einem langwierigen historischen Prozeß vorstellen konnte. Nur, und so sah es zumindest ein Teil der Koalition, daß dieser historische Prozeß ohne eine Klärung der Verhältnisse zwischen den beiden deutschen Staaten überhaupt nicht erst in Gang kommen würde. Daß man sich dramatische Wendungen zum Positiven in der Deutschlandfrage versprach, war eine durch nichts bewiesene Unterstellung von Strauß, der damit sein Verdikt über die innerdeutschen Kontakte bereits vorweggenommen hatte.

Auch Guttenberg, der Mitte Juni die Frage, ob es sich bei dem Antwortbrief an Stoph nicht um ein "Alibi" handele, zurückgewiesen und betont hatte, der Brief sei keine Taktik, sondern er habe seinen festen Platz in einer klaren Politik ²⁾, zog sich öffentlich auf die alten Positionen zurück, was nun doch den Kiesinger-Brief zur bloßen Taktik degradierte. Vor der Sudetendeutschen

1) Strauß, Interview mit dem DLF vom 16.7.1967, S. 7

2) Vgl. Guttenberg, Interview mit der "Bonner Rundschau" vom 18.6.1967

Ackermannngemeinde relativierte er die neuen deutschland- und ostpolitischen Ansätze, so wie er dies vor seinem Eintritt in die Regierung getan hatte. Er sagte, daß es seiner Ansicht nach "keine gewandelte Deutschlandpolitik" gebe, sondern nur das Bemühen, mit zeitgemäßen Methoden innerhalb der "sogenannten Entspannungspolitik" des Westens die deutsche Frage so zu vertreten, daß Deutschland (gemeint ist die BRD; der Verf.) nicht als der letzte "Friedensstörer" erscheine¹⁾.

Der erneute Briefwechsel vom 18. und 25. September 1967, der ein beiderseitiges Festhalten an den einmal eingenommenen Positionen beinhaltete und damit das vorläufige Scheitern der innerdeutschen Kontakte nach sich zog²⁾, beendete trotz der von Kiesinger bekundeten Verhandlungsbereitschaft³⁾ nicht nur zunächst einmal den offiziellen Dialog zwischen den beiden Regierungschefs, sondern auch die Tolerierung des neuen deutschlandpolitischen Anlaufs durch den rechten Unionsflügel.

Wenn Kiesinger hätte weitergehen wollen, als er es tat, so wäre er auf einen entschiedenen Widerstand aus den eigenen Reihen gestoßen, der sich nach dem zweiten Stoph-Brief vernehmlich artikuliert. Eine Gruppe von CSU-Bundestagsabgeordneten um Becher und Prochazka sandte ein Protesttelegramm, in dem es hieß, die Grenze möglicher Konzessionen sei erreicht. "Wir warnen vor Vorleistungen, die irreparable außen- und innenpolitische Folgen hervorrufen können."⁴⁾

1) zit. nach "Freie demokratische Korrespondenz" vom 1.8. 1967, "Die Katze aus dem Sack". Noch eindeutiger äußerte sich Guttenberg am 29.9.1967 in einer Rede vor der CDU/CSU-Fraktion: "Wir wollen das Ostberliner Regime isolieren, indem wir eine Lage schaffen, in der sie NEIN sagen müssen zu der von Bonn ausgestreckten Verständigungshand.", zit. nach: Klaus Bloemer, Das schwarz-weiß-rote Jahr der CDU/CSU, in: "Vorwärts" vom 25.9.1969

2) abgedr. in: EA F.20/1967, S. D 472 ff

3) Der Staatssekretär des Bundeskanzleramts sollte für Verhandlungen mit der DDR zur Verfügung stehen; vgl. ebenda

4) Protesttelegramm der CSU-MdB Becher, Hösl, Ott, Prochazka, Vogt an Kiesinger nach Eingang des Stoph-Briefs, abgedr. in: DKK Nr.38 vom 22.9.1967, S.3

Die CSU schwenkte zurück auf die althergebrachte Politik der Abkapselung gegenüber Kontakten mit der DDR. Ehe der innerdeutsche Meinungsaustausch über das Element des Propagandistischen hinausgelangt war, in dem beide Seiten ihre Positionen aufbauten, behielten die Tendenzen innerhalb der Großen Koalition die Oberhand, denen das Unternehmen von Anfang an als suspekt und gefährlich erschienen war.

Die CSU hatte unverkennbar die Bedingungen gesetzt, unter denen die Bundesregierung zum Dialog angetreten war. Das zu Erwartende war eingetreten. Die DDR hatte ihre eigene Existenzfrage gestellt, und diese war wiederum verneint worden. Die CSU konnte kaum etwas anderes als die von der DDR aufgestellten Forderungen erwartet haben. Indem in diesem Augenblick alles getan wurde, um den Meinungsaustausch zum Erliegen zu bringen, liegt der Schluß nahe, daß die CSU nun glaubte, mit der Bekundung des guten Willens der BRD, mit der DDR um menschlicher Erleichterungen im gespaltenen Deutschland willen ins Gespräch zu kommen, sei auch der notwendigen Bekundung eines gewissen Maßes an Entspannungsbereitschaft Genüge getan.

Nun, da die BRD ein ost- und deutschlandpolitisches Alibi vorweisen konnte, schien es höchste Zeit, die gesamte Entspannungspolitik wieder in Frage zu stellen und zur Ausgangsposition zurückzukehren: zu einer westeuropäischen Politik der Stärke im Bündnis mit den USA¹⁾.

1) Vgl. Stücklen in der "Abendzeitung" vom 28.9.1967, "Die Suche nach dem Schlüssel": "Aller guter Wille, unseren Beitrag zur Entspannung zu leisten, darf uns nicht zu einer Selbsttäuschung über die sowjetische Absicht verführen...In Theorie und Praxis dient die Deutschlandfrage Moskau und seinen Agenten nur als Instrument, mit dem das Verteidigungssystem im Westen aufgebrochen und der europäische Einigungsprozeß auf allen Ebenen zum Erliegen gebracht werden soll. Auf einer 'europäischen Sicherheitskonferenz' will man der Bundesrepublik einen Sonderstatus zudiktieren, durch den sie bündnis- und integrationsunfähig gemacht wird. Ein solches 'Versailles für Europa' werden wir nur verhindern können, indem wir schleunigst unsere politische Basis durch eine Staatenunion mit den westlichen Nachbarn verbreitern

Die CSU suchte niemals den Ausgleich mit dem Osten, der, wie die Dinge liegen, nur auf einer wechselseitigen Respektierung des Status quo beruhen konnte. Sie handelte konsequent entsprechend ihrer Konzeption, die den Weg zu einer Lösung der europäischen und deutschen Spaltung ausschließlich über die Schaffung Westeuropas anstrebt.

1.4. Die Phase der ost- und deutschlandpolitischen Stagnation

Die Erfolglosigkeit des Briefwechsels zwischen dem Bundeskanzler und dem Vorsitzenden des Ministerrats der DDR führte zu einer Verschärfung der Tonart gegenüber dem sozialdemokratischen Koalitionspartner, der in dem vorläufigen Scheitern der Gespräche noch keinen hinreichenden Grund erkennen konnte, sich wieder auf die Positionen des Kalten Krieges zurückzuziehen.

Brandts Äußerungen in Bukarest vom 8. August, als er festgestellt hatte, es bestehe Übereinstimmung zwischen der Bundesrepublik und Rumänien, daß man bei den Bemühungen um eine europäische Friedensordnung von den "gegebenen Realitäten"¹⁾ auszugehen habe und daß dies auch "für die beiden politischen Ordnungen, die gegenwärtig auf deutschem Boden bestehen", gelte²⁾, hatten die Aufmerksamkeit und die Verärgerung der "Kasuisten" der CSU hervorgerufen - um bei Guttenbergs Diktion zu blei -

Fortsetzung der Anmerkung 1 auf Seite 266 :

und gleichzeitig auf eine Erweiterung der wirtschaftlichen Gemeinschaft durch Einfluß Englands und skandinavischer Länder hinarbeiten." Vgl. auch Stücklen in der "Welt am Sonntag" vom 24.9.1967, "Die neuen Ausfälle Stophs".

1) Brandt, Rede in Bukarest vom 4.8.1967, gekürzt abgedr. in: EA F.18/1967, S. D 434

2) ebenda

ben¹⁾.

Auf der Herbsttagung der CSU-Landesgruppe vom 30.9. und 1.10. 1967 in Bad Neustadt an der Saale kam es daher in Anwesenheit des Bundeskanzlers zu einer Diskussion über die Haltung zum Koalitionspartner SPD in der Frage der Ost- und Deutschlandpolitik. Stücklen wies auf die Mißstimmung hin, die Brandts Äußerungen bei seinen Parteifreunden hervorgerufen hätten²⁾, und so enthielt die Resolution zur Außenpolitik zwei an den Außenminister und seine Partei gerichtete Tadel, ohne daß diese im Augenblick direkt beim Namen genannt wurden. Es hieß, die CSU-Landesgruppe wisse, "daß geschichtliche Entwicklungen nicht hektische Betriebsamkeit, sondern eine Politik der Zähigkeit und Geduld erfordern³⁾". Die Landesgruppe begrüße die in der Großen Koalition gegebene Möglichkeit, "in schwieriger Zeit eine von einer breiten parlamentarischen Mehrheit getragene Außenpolitik zu führen⁴⁾". Sie weise allerdings darauf hin, "daß eine gemeinsame Politik auch eine gemeinsame Sprache erfordert. Die Außenpolitik darf nicht zum Werkzeug der Innenpolitik werden; dies

-
- 1) Vgl. den Kommentar des Parlamentarischen Geschäftsführers der CSU-Landesgruppe, Leo Wagner, am 23.8.1967 im Bayerischen Rundfunk, zit. nach: "CSU-Correspondenz" vom 23.8.1967: "Der Außenminister hat eine - sagen wir einmal-zu großzügige Formulierung gebraucht ... Alle Formulierungen sind schädlich, die zu Mißdeutungen und womöglich zu Spekulationen Anlaß geben können. Der Außenminister hätte sich um eine konkretere Aussage bemühen müssen... Die Regierung der Großen Koalition ist nicht eine Regierung des breiten Buckels. Sie wurde nicht deshalb gebildet, damit eine Politik der Zugeständnisse, des Abbaus deutscher Positionen und der schrittweisen Kapitulation betrieben wird... Es gibt in dieser Regierung keine gesonderte Außen- oder Ostpolitik der CDU/CSU und der SPD. Es gibt nur eine Politik der Regierung Kiesinger, die allerdings einer Ostromantik nicht das Wort redet."
 - 2) Vgl. SZ vom 2.10.1967, "CSU-Abgeordnete mit Kiesinger einig"
 - 3) Resolution zur Außenpolitik der Tagung der CSU-Landesgruppe in Bad Neustadt/Saale vom 30.9.1967, abgedr.in: "CSU-Correspondenz" vom 30.9.1967
 - 4) ebenda

gilt vor allem für die Partner der Großen Koalition"¹⁾.

Eine Gruppe um Becher, der wenige Tage zuvor im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Berliner Konzepts zur Deutschlandpolitik, dem "Glienicker Papier", bereits von der "Kapitulationsbereitschaft zahlreicher Politiker und Meinungsbildner"²⁾ gesprochen hatte, versuchte eine schärfere Tonart anzuschlagen, drang damit aber nicht durch, da man sich, wie aus dem Teilnehmerkreis verlaute-
te, zu einer selbstkritischen Sicht der Dinge bequeme, um bestimmte Gruppen in allen drei Koalitionsparteien zu ermahnen³⁾.

Die Landesgruppentagung machte aber nicht nur deutlich, daß Meinungsunterschiede zur SPD bestanden, die in Zukunft von der CSU offen zur Sprache gebracht werden würden, sondern auch, daß die CSU erwartete, daß die Bundesregierung wieder auf den von der CSU-Konzeption vorgezeichneten Weg zurückschwenkte, der ihr im Verlaufe der ersten Phase der neuen Ostpolitik und des Kiesinger-Stoph-Briefwechsels etwas in Vergessenheit geraten zu sein schien. Sie erinnerte an die Prämisse der CDU/CSU-Außenpolitik, daß eine Lösung des deutschen und europäischen Teilungsproblems ausschließlich über die wirtschaftliche und politische Organisations Westeuropas zu erreichen sei.⁴⁾ Initiativen in der Ost- und Deutschlandpolitik erscheinen vor dem Abschluß einer solchen Entwicklung nur als Umwege oder Irrwege, die zu nichts führen und nur den europäischen Einigungsprozeß aufhalten können. Die Resolution drückte diese Überzeugung aus,

1) ebenda

2) Walter Becher, "Auf den Treppen des Irrtums", in: "West und Ost" vom 29.9.1967

3) Vgl. SZ a.a.O.

4) Vgl. Resolution a.a.O.; vgl. später: Guttenberg, "Deutschland und Europa", in: "Bulletin" Nr. 53 vom 3.5.1968 (Abdruck eines Vortrags vor dem Gerole Franco-Allemand in Paris vom 26.4.1968), S. 436

indem sie konstatierte: "Auf dem mühseligen und langwierigen Weg zu einer dauerhaften europäischen Friedensordnung müssen die ersten Schritte auch zuerst getan werden."¹⁾ Die außenpolitische Konzeption der CSU war aber weit entfernt davon, der Verbesserung des Verhältnisses der BRD zum Osten einschließlich der DDR die Priorität einzuräumen. Erste Schritte zu tun, heißt für die CSU immer, sie im Westen zu tun.

Straußens Madrider Rede vom 30.10.1967²⁾ mit ihrem tiefen Mißtrauen gegen die Entspannungspolitik unterstrich, daß die CSU den Punkt für erreicht hielt, bis zu dem die Bundesrepublik dem Osten gegenüber ihre Entspannungsbereitschaft demonstrieren konnte³⁾, aber daß weder die Sowjetunion noch Ulbricht an einer Entspannung interessiert wären, da seiner Ansicht nach weder die "Dogmatiker" in der DDR noch ihre Politik eine Annäherung zwischen Ost und West werden überstehen können⁴⁾.

Stellt man die Positionen des Warschauer Paktes und der CSU im Herbst 1967 gegenüber, kann nur noch der Stillstand konstatiert werden. Während der Osten die Anerkennung des Status quo zur Voraussetzung für weiteren Fortschritt machte, versuchte die CSU jeden Schritt zu verhindern, der auch nur den Anschein einer Hinnahme des Status quo erwecken konnte. Es war der Punkt erreicht, an dem kein Kompromiß zwischen dem, was die andere Seite forderte und dem, was der rechte Koalitionsflügel zu geben bereit war, mehr denkbar schien.

1) Resolution a.a.O.

2) abgedr. in: "Rheinischer Merkur" vom 10.11.1967

3) Vgl. ebenda: "... trotz dem rauhen Wind aus dem Osten läßt sich die deutsche Regierung nicht von ihrer Bereitschaft zur Verständigung abbringen. Für uns hat aber die Entspannung dort ihre Grenzen, wo die Freiheit und die Existenzrechte des deutschen Volkes in Frage gestellt werden."

4) Vgl. ebenda

Wenn es die SPD unternahm, die Regierungserklärung extensiver auf eine modifizierte Hinnahme des Status quo hin zu interpretieren, konnten ähnliche Friktionen wie in der Frage des Atomwaffensperrvertrages nicht ausbleiben.

Im Nachhinein gesehen und gemessen an den von der sozialliberalen Koalition unternommenen Entspannungsschritten auf der Basis der Anerkennung des Status quo und des gegenseitigen Gewaltverzichts erscheint das, was der Großen Koalition in der Ost- und Deutschlandpolitik an konkreter Zielverwirklichung gelang, gering. Aber das Verdienst der ersten Anläufe der Großen Koalition war, wenn sie auch an der Unannehmbarkeit der östlichen Forderungen und dem Beharrungsvermögen der Konservativen in den eigenen Reihen sehr schnell auflief, daß sie zum ersten Male in der Nachkriegsgeschichte die Notwendigkeit der Bereinigung der Bindungen zu Osteuropa zu einem Axiom bundesrepublikanischer Außenpolitik machte und damit einen Prozeß der Neuorientierung des außenpolitischen Denkens einleitete, der nicht nur auf die politischen Führungskreise beschränkt blieb, sondern in breiten Schichten der Bevölkerung zum Abbau des unseligen undifferenzierten Freund-Feind-Denkens in den Ost-West-Beziehungen beitrug.

1.4.1. Zwischenerfolg: Die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Jugoslawien

Trotz der unübersehbaren Tatsache, daß um die Jahreswende 1967/68 die "Bremsen in der Deutschlandpolitik ... griffen"¹⁾ und daß sich nicht nur in der Frage des Atomwaffensperrvertrages, sondern auch in der Ost- und Deutschlandpolitik die Wahlkampffronten vom Herbst 1969 bereits nach Ablauf des ersten Koalitionsjahres unver-

1) Waldemar Besson, Die Außenpolitik der Bundesrepublik, a.a.O. S.410

kennbar abzeichneten¹⁾, konnte sich die Koalition noch gemeinsam zu einer ostpolitischen Entscheidung von nicht geringer Tragweite zusammenfinden, die auch die Duldung der CSU gewann.

Der jugoslawische Außenminister Nikezio erklärte am 5. Dezember 1967 vor dem jugoslawischen Parlament, Jugoslawien sei bereit, ohne Vorbedingungen über die Wiederaufnahme der 1957 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen mit der BRD zu verhandeln²⁾. "Ohne Vorbedingungen", das hieß, daß Jugoslawien, was die Frage der deutschen Anerkennung des Status quo betraf, zu einem ähnlichen "agreement to disagree" bereit war, wie es Rumänien am Anfang des Jahres gewesen war. Jugoslawien distanzierte sich damit eindeutig von den auf der Konferenz von Karlsbad (in seiner Abwesenheit) formulierten Bedingungen für eine Normalisierung der Beziehungen³⁾, die in der Erklärung der sowjetischen Regierung zur Lage in der BRD vom 8. Dezember 1967⁴⁾ wiederholt wurden.

Eine solche Haltung Jugoslawiens zu einem Zeitpunkt einer äußerst verhärteten Haltung des Warschauer Paktes gegenüber der BRD ließ den Vorstand der CSU-Landesgruppe am 13. Dezember 1967 in Abwesenheit von Strauß⁵⁾ zu einer einstimmigen Stellungnahme kommen⁶⁾, die, ohne der Bundesregierung die Wiederaufnahme der Beziehungen ausdrücklich zu empfehlen, ihr auch keine Hindernisse für diesen Schritt in den Weg legte.

Bemerkenswert war die Zurückhaltung in der gerade im Falle Jugoslawiens nicht unwesentlichen Frage der Hallstein-Doktrin. Denn anders als Rumänien, für das die "Geburtsfehlertheorie" konstruiert worden war, hatte ja Jugoslawien 1957, ohne Mitglied des Warschauer Paktes zu sein, aus freien Stücken die DDR völkerrechtlich aner-

1) Kiesingers Wort von der "Anerkennungspartei", das er zwar nicht auf die SPD angewendet wissen wollte, durch das sie sich aber betroffen fühlte, hatte seinen Anteil an der Polarisierung, vgl. auch Besson, ebenda, S. 409 f.

2) Vgl. EA F.1/1968, S. Z 5

3) Vgl. oben S. 259

4) abgedr. in: EA F.5/1968, S. D 110 ff

5) Vgl. Bloemer, Das schwarz-weiß-rote Jahr der CDU/CSU, a.a.O.

6) Vgl. Pressemitteilung der CSU-Landesgruppe vom 13.12.1967

kannt und die Anwendung der Hallstein-Doktrin provoziert. In ihrer Stellungnahme wich die CSU-Führung einer juristischen Erörterung des Problems aus und beschränkte sich darauf zu konstatieren, daß nach den Eindrücken des Bundeskanzlers auf seiner Asienreise und nach Berichten der deutschen Botschafter in den Ländern der dritten Welt nicht damit zu rechnen sei, daß die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen von anderen Staaten unmittelbar zum Anlaß für die Anerkennung der DDR genommen werden würde¹⁾.

Ähnliche Gründe wie vor Jahresfrist scheinen die CSU bewogen zu haben, die legalistischen Argumente zugunsten politischer Opportunität hintanzustellen²⁾, zumal diese sich mit der langfristigen gesamteuropäischen Konzeption in Einklang bringen läßt. So hieß es im letzten Absatz der Stellungnahme: "Unsere einzige Chance, eine praktische Wiedervereinigungspolitik zu betreiben, liegt heute darin, auf die Solidarität der europäischen Staaten in beiden Teilen des Kontinents gegenüber den Vormachtansprüchen und der Wettbewerbsüberlegenheit der Weltmächte hinzuwirken."³⁾.

1) vgl. ebenda

2) Daß die CSU und speziell Strauß schwerwiegende Bedenken hatte, geht aus einer Äußerung von Strauß vom 8. März 1968 in einem Interview mit dem Süddeutschen Rundfunk hervor: "Ich bin auch heute noch der Meinung, daß es richtig war, diplomatische Beziehungen mit Rumänien einzurichten, Handelsmissionen mit der Tschechoslowakei auszutauschen und - ich sage das trotz mancher Bedenken - die diplomatischen Beziehungen mit Jugoslawien wiederaufzunehmen." , S.4. Deutlicher noch in einem Interview mit der katholischen Zeitung "Mann in der Zeit" vom 1.4.1968: "Ich möchte aber ausdrücklich sagen, daß ich die Maßnahmen der Bundesregierung, des Kanzlers und des Außenministers auf außenpolitischem Gebiet begrüßt und auch im Kabinett mit meiner Stimme gebilligt habe ... auch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Jugoslawien, obwohl ich hier am längsten mit mir gerungen habe."

3) "Pressemitteilung" a.a.O.

Am Ende der Stellungnahme stand ein nach den außenpolitischen Auseinandersetzungen der Erhard-Ära innerhalb der Union befremdlich klingender Versuch, die gefällte Grundsatzentscheidung in Kontinuität mit christlich-demokratischer Außenpolitik vor Begründung der Großen Koalition zu sehen, in dem es hieß, die Lösung sei eine politische Union Westeuropas als Ausgangspunkt für eine übergreifende europäische Struktur im Sinne einer gesamteuropäischen Gesamtföderation¹⁾. "Dieses Prinzip ist übrigens schon von der Regierung Erhard als richtig erkannt worden, was in der Vorbereitung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien und in der Errichtung von Wirtschaftsmissionen in anderen osteuropäischen Ländern praktisch zum Ausdruck gekommen ist."²⁾

Die späte Billigung Erhard-Schröderscher Ostpolitik in diesem Zusammenhang könnte ihre Erklärung in dem Bemühen der CSU finden, den Eindruck nicht entstehen zu lassen, sie habe auf Drängen der SPD Positionen aufgegeben. Die Erinnerung an eine Kontinuität der Ostpolitik erlaubte ihr, im Falle Jugoslawien pragmatisch zu entscheiden und trotzdem weiterhin gegen die Erfüllung aller direkt von den Warschauer-Pakt-Mitgliedern kommenden Forderungen nach der Anerkennung des Status quo ihr Veto einzulegen. Aber die Entscheidung über die Zukunft des Verhältnisses zwischen der BRD und Osteuropa fiel nicht an der Peripherie, sie war auch nicht durch eine selektive Ostpolitik zu umgehen; der Weg aus der Stagnation war nur erkennbar als der der Anerkennung des Status quo.

1.42. Die tschechoslowakische Krise und die deutsche Ostpolitik

Die militärische Besetzung der Tschechoslowakei durch die fünf Verbündeten des Warschauer Paktes bedeutete einen schweren Schock für die westlichen Entspannungs-

1) Vgl. ebenda

2) ebenda

hoffnungen. Aber sie bedeutete nicht das unmittelbare Scheitern der deutschen Ostpolitik.

Die Besetzung erfolgte nicht in einem Augenblick, da die neu konzipierte Politik der Großen Koalition auf dem Wege des Erfolges zu sein schien, sondern zu einem Zeitpunkt, da sie so, wie sie konzipiert war, keine Erfolgsaussichten mehr besaß.

Andererseits wäre der "Prager Frühling" ohne das durch die neue Ostpolitik geschaffene Entspannungsklima, das erheblich zum Abbau der osteuropäischen Furcht vor der Bedrohung durch die Bundesrepublik beitrug, wohl kaum in dem eingetretenen Ausmaß Wirklichkeit geworden.

Obwohl der "harte Kern" des Warschauer Pakts, die Sowjetunion, die DDR und Polen, bereits in Karlsbad die kontaktfreudigeren Partner mit Ausnahme Rumäniens zu einer negativen Reaktion auf die Bonner Entspannungsbekundungen festlegten, solange die BRD nicht den Status quo formell anerkannte, tat dennoch die Bonner Politik innerhalb des Paktes atmosphärisch ihre Wirkung, ohne indes in der Substanz weiterzukommen.

Die sowjetische Politik der Festlegung der Warschauer-Pakt-Staaten auf eine harte Politik mußte, wie Richard Löwenthal meint, den Preis einer gewissen Verstärkung der inneren Spannung im Block zahlen, "weil diese antideutsche, anti-Bonner Solidarität jetzt nicht mehr auf der spontanen Tendenz dieser Regierungen gegenüber einer vermeintlichen Gefahr beruhte, sondern auf der Verhinderung ihrer spontanen Tendenz, die ökonomischen Chancen besserer Kontakte zu Bonn wahrzunehmen, durch Moskauer Druck"¹⁾.

1) Richard Löwenthal, , Moskau, Osteuropa und die deutsche Frage. Referat beim 6. Colloquium der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik über Probleme der internationalen Sicherheit vom 8.10.1969, unveröffentlichtes vervielfältigstes Manuskript, hrsgg. vom Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Ausw. Politik, Bonn 1970, S.87

Die Invasion der CSSR , deren Zielsetzung zu untersuchen in diesem Zusammenhang nicht von Bedeutung ist, hatte zwei für die zukünftige Gestaltung der deutschen Ostpolitik entscheidende Konsequenzen.

- (1) Sie führte mit aller Deutlichkeit vor Augen, daß eine Ostpolitik, die an den von der Sowjetunion und ihren am entschiedensten auf die Anerkennung des Status quo pochenden Verbündeten, Polen und DDR, gesetzten Bedingungen vorbeizugehen versuchte, künftig in jedem Falle zum Scheitern verurteilt sein würde.
- (2) Sie zerstörte vorerst alle Hoffnungen und Versuche, durch eine vom Westen ermunterte Belebung des nationalen Eigenständigkeitswillens in Osteuropa den Ansatz zu einer Überwindung der europäischen Spaltung zu gewinnen und damit die sowjetische Einflußsphäre zurückzudrängen.

Klarer noch als je zuvor führte die tschechoslowakische Krise der BRD vor Augen, daß die Erfolgsaussichten aller Versuche, zu einer wahrhaften Entspannung in Europa zu kommen, sich an der Haltung zum Status quo entscheiden würden.

Die Ostpolitik der Großen Koalition war nach dem 21. August 1968 gescheitert, wenn sie geglaubt hatte, das Verhältnis zu Osteuropa einschließlich der Sowjetunion auf eine dauerhafte Entspannungsgrundlage stellen zu können, ohne die Hinnahme des Status quo zu bestätigen, sondern durch das Angebot zum Austausch von Gewaltverzichtserklärungen diese Hinnahme umgehen zu können.

Die CSU hatte frühzeitig klargestellt, daß nicht Anerkennung des Status quo, sondern seine Überwindung ihr außenpolitisches Ziel wäre. Sie war sich aber auch nie im Zweifel darüber gewesen, daß mit dem, was die BRD zu geben bereit war, der Osten nicht zufrieden sein würde.

Das Scheitern einer Politik, die sich in der Frage des Status quo in Halbheiten erschöpfte, war von ihr einkalkuliert worden. Vor die Alternative gestellt, um weiterer Fortschritte in der Ost-West-Entspannung willen den Status quo hinzunehmen und das Gespräch mit der Sowjetunion trotz der CSSR-Invasion zu suchen oder aber unter den augenblicklichen politischen Gegebenheiten auf eine aktive Ostpolitik zu verzichten und stattdessen auf eine Wiederbelebung der Optionen der 50er Jahre zu dringen, entschied sich die CSU für das letztere. Ja sie sah, wie an anderer Stelle bereits untersucht wurde, in den Ereignissen des Krisensommers 1968 eine Gelegenheit, ihre außenpolitische Konzeption bei den Westeuropäern attraktiv zu machen¹⁾.

Strauß vertrat nach der CSSR-Invasion die Ansicht, es sei richtig gewesen, daß die Bundesregierung versucht habe, mit der Sowjetunion und den anderen Ostblockländern gleichzeitig ins Gespräch zu kommen, schon um zu verhindern, daß es heiße, die Bundesrepublik versuche, die Bundesgenossen der Sowjetunion aufzuhetzen. Aber wer erwartet habe, daß Moskau darauf eingehe, sei von falschen Voraussetzungen ausgegangen und habe die falschen Zielsetzungen verfolgt²⁾.

Wenn die CSU die Ostpolitik unterstützt hatte, obwohl sie von vornherein mit einer sowjetischen Absage rechnete, dann konnten logischerweise außer der Hoffnung auf einen Propagandaerfolg dafür nur zwei Gründe maßgeblich gewesen sein: einerseits die Erkenntnis, daß die weitere Entwicklung der bundesrepublikanischen Westpolitik und, wie oben nachgewiesen wurde³⁾, insbesondere das deutsch-französische Verhältnis, einige Entspannungsgesten notwendig machte und andererseits die Absicht, die Staaten des Warschauer Paktes in ihrem Verhältnis zueinander auseinanderzuidividieren.

1) Vgl. oben S. 232 ff

2) Vgl. Interview mit Günter Gaus "Zu Protokoll" im DFS vom 8.9.1968, S.7

3) Vgl. oben S. 252 ff

Letzteres war nie ein eingestandenes Ziel der Großen Koalition, und auch Strauß bestritt solche Absichten¹⁾. Es war aber unbestreitbar, daß die Ostpolitik, vielleicht ohne es zu wollen, zeitweilig eine solche Wirkung gezeitigt hat, die der CSU als einer Partei, deren Konzeption auf eine Auflösung des sozialistischen Lagers und ein Heranziehen der osteuropäischen Staaten an ein integriertes Westeuropa hinzielt, zumindest nicht unwillkommen war²⁾.

Nun, da diese Wirkungen auf so rigorose und nachhaltige Weise zunichte gemacht worden waren und die Breschnjew-Doktrin ähnlichen zukünftigen Entwicklungen wie in der Tschechoslowakei einen Riegel vorzuschieben trachtete, sah sich die CSU mehr noch als zuvor darin bestätigt, die beste Ostpolitik im "fortgesetzte(n) Drang zur politischen Einigung Europas"³⁾ zu sehen und allen Gedanken über ein europäisches Sicherheitssystem, über eine Begrenzung von Rüstung und Streitkräften und eine Kontrolle militärischer Einrichtungen ebenso eine Absage zu erteilen wie der Hoffnung darauf, daß die Sowjetunion den Bemühungen um Entspannung in Europa auf der Basis der Nichtanerkennung des Status quo in absehbarer Zeit entgegenkommen werde⁴⁾.

Die tschechoslowakischen Ereignisse bestärkten die CSU in einer Entscheidung, die schon vorher gefallen war, nämlich das außenpolitische Steuer von der Öffnung nach Osten auf eine stärkere Konzentration auf die westeuropäischen und atlantischen Probleme herumzureißen.

1) Vgl. Interview mit Günter Gaus, a.a.O. S.8 ff

2) Vgl. auch die Äußerungen Walter Bechers über die Haltung der Sudetendeutschen Landsmannschaft zum "Prager Frühling" in der Würzburger "Deutsche Tagespost" vom 12.4.1968 und im "SPIEGEL" Nr. 31 vom 29.7.1968, S.22

3) Strauß, Deutsche Ostpolitik für den Frieden in Europa, in: "Deutschland-Archiv" 1968, 1.Jg., Heft 8, S.805

4) Vgl. ebenda, S.804

Da sie sich hierin mit großen Teilen der CDU traf, konnten die vorsichtigen Versuche der SPD, die abgerissenen Fäden wieder aufzunehmen und sich um der Entspannung willen der Anerkennung des Status quo zu nähern, von Unionsseite auf keinerlei Unterstützung rechnen. Vielmehr forderten sie den offenen oder versteckten Widerstand der Koalitionspartner heraus¹⁾.

Die Ostpolitik war nach den tschechoslowakischen Ereignissen bis zur Bundestagswahl endgültig in eine Staginationsphase geraten. Die SPD versuchte, die Entspannungspolitik über die Krise hinaus zu retten. Bei der CSU gewannen die Kräfte, denen an einer Desavouierung der Entspannungspolitik gelegen war, erheblich an Einfluß.

- 1) Hierzu gehörten auch die gegen Brandts damaligen Sonderbotschafter Egon Bahr von CSU-Seite im November 1968 erhobenen Beschuldigungen geheimer Ostkontakte hinter dem Rücken des Bundeskanzlers; vgl. hierzu auch die Äußerungen Brandts und Stücklens in der Fernsehdiskussion "Journalisten fragen - Politiker antworten" im ZDF vom 12.12.1968, S. 6 ff. Laut "SPIEGEL" Nr. 13 vom 22.3.1971, S. 24, wurde eine Kopie einer entsprechenden Bahr-Recherche des Bundesnachrichtendienstes, die von Kiesinger in Auftrag gegeben worden war, an Guttenberg weitergeleitet. In einer Gegendarstellung in der gleichen Ausgabe bestritt dieser aber, den Bayernkurier "über eine 'BND-Recherche' über Herrn Bahr ins Bild gesetzt" zu haben, wie es der "SPIEGEL" in Nr. 11 vom 8.3.1971 dargestellt hatte.
- In der gleichen Ausgabe wird ein Gespräch mit dem Minister im Bundeskanzleramt Ehmke vom 23. Juni 1970 zitiert, in dem dieser feststellte, der Bayernkurier sei seinerzeit aus dem Bundeskanzleramt und nicht vom BND informiert worden. Auf die Frage, ob es einer von den "CDU-Regierungsräten" gewesen sei, "die Ihrer Maschinenpistole entkommen sind", antwortete Ehmke: "Nein der saß schon viel höher."
- Da Guttenberg in seiner Gegendarstellung nur die Weitergabe der Information, nicht aber die Tatsache bestritten hat, daß er mit der Angelegenheit befaßt war, ist eine zumindest mittelbare politische Verantwortlichkeit Guttenbergs für den politischen Querschuß, der die gesamte außenpolitische Konzeption des Außenministers ins Zwielficht setzen sollte, nicht auszuschließen, vgl. auch Nr. 16/1972 vom 8.3.1972, S. 95.

Klaus Bloemer analysierte die Situation der CSU nach den tschechoslowakischen Ereignissen und im Wahlkampf 1969 folgendermaßen: "Die Fürsprecher eines sich selbst genügenden westeuropäischen Bundesstaates stehen plötzlich im Bündnis mit den Scharfmachern unter den Vertriebenenfunktionären und den Bismarckschen Reichsträumern, die sich von einem neuen politisch-militärischen Potential in Europa eine 'Machtverschiebung' versprechen."¹⁾

Für kurze Zeit schien es Anfang Mai 1969, als es zum Botschafteraustausch zwischen der DDR und Kambodscha kam, als wolle Strauß der damit wieder aktuell gewordenen Frage der Hallstein-Doktrin eine neue Nuance geben, indem er noch vor der offiziellen Stellungnahme der Bundesregierung und des Außenministeriums sagte, er würde den Abbruch der Beziehungen zu Kambodscha für eine Torheit halten.²⁾

Doch als vier Wochen später das Kabinett über eine im Kreßbronner Kreis beschlossene modifizierte Anwendung der Doktrin - kein de jure-Abbruch, aber Rückzug des Botschaftspersonals - diskutierte, verzichtete Strauß auf eine Stellungnahme³⁾, die nach seiner ersten Verlautbarung den Kompromiß hätte stützen müssen.

An seiner Stelle nahm Marcel Hepp im Bayernkurier zu dem im Kreßbronner Kreis ausgehandelten Kompromiß Stellung und behauptete, er sei zumindest eine de facto-Bestätigung der Hallstein-Doktrin⁴⁾.

1) Klaus Bloemer, Das schwarz-weiß-rote Jahr der CDU/CSU, a.a.O.

2) Vgl. SZ vom 9.5.1969, "Strauß: Abbruch wäre Torheit"; "SPIEGEL" Nr.20 vom 12.5.1969, "Panorama"

3) Vgl. "SPIEGEL" Nr. 24 vom 9.6.1969, S.31

4) Vgl. BK vom 7.6.1969; ähnlich Stöcklen: "Was wir gemacht haben, ist ein Quasi-Abbruch", zit. nach: "SPIEGEL" Nr. 24 vom 9.6.1969, S.32

Ein Widerspruch Straußens gegen diese Interpretation wurde nicht bekannt. Vielmehr zog er sich in dem Augenblick, da Kambodscha zur Koalitionsfrage wurde, aus der Diskussion zurück und ließ die Vertreter einer orthodoxen Interpretation der Hallstein-Doktrin seine vor-eilige Äußerung wieder zurechtrücken¹⁾.

1.5. "Neue Ostpolitik" - Mißerfolg oder notwendiger Anfang?

Außere Ereignisse und innere Widerstände hatten die mit so vielen Hoffnungen beladene "neue Ostpolitik" der Großen Koalition zur Stagnation verdammt. Was an Ansätzen zur Überwindung dieses Zustandes übrig blieb, hatte zunächst einmal die Auseinandersetzungen des Wahlkampfs zu überstehen. Und es bedurfte einer neuen politischen Konstellation in der bundesrepublikanischen Nachkriegspolitik, der kleinen sozial-liberalen Koalition, um aus den Begrenzungen der eigenen wie der gegnerischen Dogmatik herauszugelangen und die von der Großen Koalition geschaffenen Ansätze zu einer neuen Ost- und Deutschlandpolitik zu einer wahrhaft neuen bundesrepublikanischen Entspannungspolitik auszubauen.

Nachdem die CSU während der Großen Koalition sich in der rhetorischen Ablehnung einer ihr zu weit gehenden Ostpolitik, wenn man von Wahlkampftentatleistungen einmal absieht²⁾, zurückgehalten und den Atomwaffensperrvertrag

-
- 1) Laut "SPIEGEL" a.a.O. S.32, war Strauß in der entscheidenden Sitzung des Kreßbronner Kreises nicht anwesend. Als das Kabinett am Tag darauf darüber debattierte, meldete er sich nicht zu Wort.
- 2) Vgl. die Äußerungen des CSU-Generalsekretärs Streibl, Brandt sei "allzu moskauhörig" und Straußens Formulierung "auf Moskau hörend"; vgl. Strauß, Interview mit dem "Flensburger Tageblatt" vom 18.9.1969: "Die Inflationsprediger haben Unruhe und Angst erzeugt", sowie Fernsehdiskussion "Journalisten fragen - Politiker antworten" im ZDF vom 25.9.1969 mit Kiesinger, Brandt, Strauß und Scheel.

zum bevorzugten Ziel ihrer Polemik gemacht hatte, sollte nach dem Verlust der Regierungsmacht durch die Unionsparteien die Ostpolitik der neuen Koalition, die in ihrem Kern, der Anerkennung des Status quo in Europa, die von der CSU gesetzte Grenze überschritt, zum bevorzugten Ziel polemischer und auch demagogischer Angriffe werden. Niemanden, der die von der CSU während der Großen Koalition vertretenen Positionen kennt, konnte dies überraschen.

Wie der Atomwaffensperrvertrag einen Teil der CSU-Europakonzeption zerstörte, so bedeuten die Verträge von Moskau und Warschau das Ende einer von der CSU vor dem Abschluß eines Friedensvertrags juristisch für unverzichtbar gehaltenen Position, die nach der Schaffung eines geeinten Europas politisch neu aufzurollen gewesen wäre.

Diesen Schritt zu verhindern, der im Westen zwar nicht juristisch, aber doch politisch vorweggenommen worden ist und von dessen Unabänderlichkeit selbst Teile der CDU überzeugt sein dürften, konnte in der politischen Konstellation der Großen Koalition noch einmal gelingen. Doch die Dämme, die die CSU zu errichten trachtete, waren nicht stark genug, um ihn über die Große Koalition hinaus zu verhindern.

2. Zum Problem der Erweiterung der EWG

Im Januar 1963 hatte Präsident de Gaulle sein kategorisches Nein zum EWG-Aufnahmeantrag der konservativen britischen Regierung MacMillan gesprochen. Großbritannien, das nach den Worten Dean Achesons "had lost an Empire but not yet found a role" ¹⁾, hatte bei seinem Unterfangen, sich von jener Churchillschen Kreistheorie zu lösen, die das Inselreich im Zentrum der drei sich schneidenden Kreise Commonwealth, Vereinigte Staaten und

1) Dean Acheson in Westpoint am 5.12.1962

Europa sah¹⁾, nicht zuletzt wegen der Halbherzigkeit, mit der es seine neue Rolle auf dem Kontinent in Anpassung an die gewandelten politischen und wirtschaftlichen Bedingungen der Nachkriegszeit suchte²⁾, einen schweren Rückschlag erlitten.

Am 2. Mai 1967 legte eine nunmehr sozialdemokratische Regierung erneut ihr EWG-Aufnahmegesuch vor. Sie hatte inzwischen den Schluß gezogen, daß die außenpolitischen Verpflichtungen und Zielsetzungen einer zur Mittelmacht herabgesunkenen ehemaligen Großmacht ihren wirtschaftlichen Möglichkeiten entsprechen müssen. Auch wenn der französische Staatspräsident noch immer Charles de Gaulle hieß und seine Ansichten über die britische Zukunft innerhalb Europas sich nicht entscheidend gewandelt hatten, galt es für die Regierungen und politischen Parteien der EWG-Länder, sich nicht mit der weiterhin bestehenden grundsätzlichen Ablehnung de Gaulles ein bequemes Alibi zu verschaffen, sondern ihre Standpunkte auch gegenüber Frankreich mit aller Deutlichkeit zu vertreten.

Für die CSU hieß das, die grundsätzliche Einsicht in die Notwendigkeit der Zugehörigkeit Großbritanniens zu einem nach größerer Selbständigkeit von den Supermächten strebenden Westeuropa mit der feststehenden Überzeugung zu verbinden, daß alles getan werden müsse, um die darniederliegenden deutsch-französischen Beziehungen neu zu beleben und den Geist des deutsch-französischen Vertrages wieder zu erwecken. Damit geriet die Beitrittsfrage

1) Vgl. hierzu: Kenneth Younger, Changing Perspectives in British Foreign Policy, London-New York-Toronto 1964, S.7

2) Kenneth Waltz charakterisiert die britische Einstellung in den EWG-Verhandlungen: "Britain wishes to play a European role without much modifying the other parts she was playing"; ders., Foreign Policy and Democratic Politics. The American and British Experience. Boston-Toronto 1967, S.262

in einen schier unlösbaren Widerspruch zwischen Konzeption und politischem Kalkül, zwischen langfristigem Europakonzept, das Großbritannien einschloß, und der kurz- und mittelfristigen Weiterentwicklung der bestehenden europäischen Gemeinschaften, die nur mit dem Frankreich de Gaulles und nicht dagegen vorgenommen werden konnte.

Was die Situation noch komplizierter machte, war der britische Wille, zwar die ökonomische Integration zu erstreben, die politischen Endziele der CSU-Konzeption jedoch abzulehnen, womit die Briten sich wieder in Übereinstimmung mit Frankreich befanden. Dessen Mißtrauen gegenüber den besonderen Bindungen der Briten an die USA auf verteidigungspolitischem Gebiet war wiederum größer als der Wunsch, innerhalb der EWG einen Bundesgenossen gegen zu weitgehende Integrationsströmungen zu finden. Diese kann Frankreich, solange nach dem Einstimmigkeitsprinzip verfahren wird, allein abblocken.

Der Meinungsbildungsprozeß der CSU war demnach durch drei Faktoren bestimmt, die sich teilweise einander ausschlossen. Sie erzwangen ein Taktieren, das wiederum Zweifel in die Glaubwürdigkeit ihres Einsatzes für den britischen Beitritt wecken mußte. Es galt die folgenden Faktoren zu berücksichtigen:

- (1) Aus langfristigen politischen Überlegungen war ein Beitritt Großbritanniens und der anderen beitrittswilligen Staaten unumgänglich.
- (2) Gleichzeitig aber mußte sichergestellt werden, daß das Herzstück ihrer außenpolitischen Konzeption, die politische Integration Europas, auch nach dem Beitritt der Leitstern europäischen Planens und Handelns sein würde.
- (3) Trotzdem mußte einem Frankreich der Beitritt schmachhaft gemacht werden, dem bereits die Erweiterung der Wirtschaftsgemeinschaft zu weit ging.

Dem Dilemma der Unvereinbarkeit der drei Faktoren konnte nur die Zeit ein Ende bereiten. Obgleich die französische Außenpolitik nicht allein durch den starken persönlichen Willen des Generals bestimmt wurde, sondern auch auf ganz konkreten sozio-ökonomischen und machtpolitischen Interessen beruhte, die auch ohne den General existieren, spielte doch der alle Logik über Bord werfende Faktor der persönlichen Abneigung und des Mißtrauens de Gaulles gegen die Angelsachsen sowie seine Spielart des französischen Nationalismus eine so augenscheinliche Rolle, daß die begründete Hoffnung bestand, nach seinem Ausscheiden aus der Politik doch noch zu einer Lösung zu kommen.

Politische Taktik erforderte es daher, den britischen Beitritt zu fördern und die Briten gleichzeitig hinzuhalten. Verknüpft damit war die Erwartung, die britische Wirtschaft werde in der Zwischenzeit eine Regenerationsphase durchmachen, und eine größere Bereitschaft zur politischen Integration werde sich bei den Briten durchsetzen.

Zunächst sah es im Herbst 1966 so aus, als stände die Frage des britischen Beitritts überhaupt noch nicht zur Diskussion, denn weder die innere Entwicklung der EWG noch der politische Wandlungsprozeß, welchen Großbritannien durchmachte, schienen weit genug vorangeschritten, als daß konkrete Maßnahmen zu ergreifen gewesen wären.

Strauß äußerte sich in einem Aufsatz zu dem Thema. Er legte nur ein äußerst vages Bekenntnis zu einer künftigen Zugehörigkeit Großbritanniens ab, das "vom Gesichtspunkt der Kapazität her, nicht zuletzt aber auch aus psychologischen Erwägungen gegenüber Amerika"¹⁾ Mitglied einer politischen Union werden müsse, wenn Europa ein echtes Gleichgewicht innerhalb der westlichen Allianz herstellen wolle²⁾.

1) Strauß, Europa und die deutsche Frage, in: "Das Profil", Heft 6, München 1966, S.II

2) Vgl. ebenda, S.II

Aber er stellte klar, daß er mit "eines Tages" nicht die nähere Zukunft meinte, indem er fortfuhr: "Nur hat es wirklich wenig Sinn, mit England heute schon konkret über die Fragen seines Beitritts in die europäischen Gemeinschaften zu reden, solange dort noch nicht einmal die EWG als Instrument europäischer Innenpolitik mit bestimmten außenpolitischen Aspekten auf den Gebieten des Handels, der Kreditgebung, der Investition und der Entwicklungshilfe verstanden und akzeptiert wird. Nach wie vor aber scheint mir gerade auf seiten Englands noch nicht der erforderliche politische Wille vorhanden zu sein, sein Schicksal auf Gedeih und Verderb mit dem seiner kontinentalen Nachbarn zu verbinden. In England hat sich noch ein gewaltiger politischer Umdenkungsprozeß zu vollziehen, der ganz sicher nur durch das vorherige Zustandekommen einer politischen Aktionsgemeinschaft auf dem Kontinent begünstigt werden kann."¹⁾

Dies war, so schien es, eine eindeutige Festlegung, die einen britischen Beitritt erst nach Vertiefung der bestehenden Gemeinschaft und nach einem eindeutigen Wandel des britischen politischen Willens vorsah.

Straußens Worte waren ein freundlicher aber bestimmter Hinweis darauf, daß er Europa in seinem gegenwärtigen Zustand weder reif für den Beitritt der Briten noch diese reif für den Beitritt zu Europa hielt. Auch de Gaulle hatte sich auf seiner denkwürdigen Pressekonferenz vom 14. Januar 1963 im Ton konziliant, aber hart in der Sache gegeben²⁾, und daher war es Anfang 1967 kaum vorstellbar,

1) ebenda, S.II

2) Vgl. Pressekonferenz Präsident de Gaulles vom 14.1. 1963, Auszug betreffend den Beitritt Großbritanniens zur EWG, abgedr. in: Curt Gasteyger (Hrsg.), Einigung und Spaltung Europas 1942-1965. De Gaulle sagte u.a.: "Es ist jedoch nicht unmöglich, daß Großbritannien sich eines Tages genügend umstellt, um ohne Einschränkungen und Vorbehalte gleich welcher Art der Europäischen Gemeinschaft beizutreten, in welchem Falle die Sechs ihm die Tür öffnen würden. ... Letztlich ist es sehr wohl möglich, daß Großbritanniens eigene Entwicklung und die Weltentwicklung die Engländer nach und nach dem Kontinent näherbringen, wie lange es auch bis zur Erreichung des Zieles dauern mag." ; ebenda, S.377

daß die Briten schon wenige Monate später Strauß geradezu für ihren "Festlanddegen" in der Beitrittsfrage halten würden¹⁾.

Nichts deutete zu Beginn des Jahres 1967 auf eine grundlegende Meinungsänderung hin. Strauß vertrat zwar den Grundsatz der "offenen Tür" für alle Beitrittswilligen, machte aber auch deutlich, daß deren Bereitschaft zu aktiver Beteiligung an einer Weiterentwicklung der EWG zur politischen Union vorauszusetzen sei²⁾. Nach de Gaulles Pressekonferenz vom 16. Mai 1967, in der dieser die Vollmitgliedschaft zum gegenwärtigen Zeitpunkt ablehnte³⁾, umschrieb Guttenberg in einem Zeitungsinterview am 21. Mai die deutsche Haltung wie folgt: "Unsere grundsätzliche politische Einstellung zu diesen Beitrittsgesuchen ist mit dem Wort der offenen Tür präzise umschrieben worden. Das bedeutet jedoch nicht, daß wir die sachlichen Bedenken unterschätzen, von denen der französische Staatspräsident ... gesprochen hat. Großbritannien muß auch an der politischen Fortentwicklung der fusionierten Gemeinschaft aktiv mitwirken. Es muß klare Erklärungen zu den Zielen abgeben, die sich die Gemeinschaft für die Zukunft gesteckt hat."⁴⁾.

Diese Äußerungen ließen keinerlei Frontstellung gegen die neuerliche, einem Veto gleichkommende Hinhaltetaktik des Präsidenten erkennen.

Daher kam es völlig überraschend, als Strauß in seiner Rede vor der 10. Internationalen Bodensee-Tagung

-
- 1) Vgl. "The Times" vom 24.5.1967. Strauß wird dort als "Britain's great new champion within the Bonn government" bezeichnet.
 - 2) Vgl. Strauß, Interview mit Radio Beromünster (Schweiz) vom 4.4.1967, S.3
 - 3) Vgl. Pressekonferenz de Gaulles vom 16.5.1967. Auszug betr. Europäische Gemeinschaften abgedr. in: EA F.11/1967, S. D 249 ff
 - 4) Guttenberg, Interview mit "Welt am Sonntag" vom 21.5.1967, "Briefannahme keine Anerkennung".

Christlicher Politiker in Lindau am 21. Mai 1967, am gleichen Tag also, an dem Guttenbergs Interview erschien, vom vorbereiteten Redemanuskript abwich und die Europa-Politik de Gaulles offen kritisierte.

Er befürwortete¹⁾ die unverzügliche Aufnahme von Verhandlungen der sechs EWG-Staaten über den Beitritt Großbritanniens und meinte, es wäre "eine Tragödie, Großbritannien gewaltsam von diesem Kontinent abzutrennen"²⁾. England habe erkannt, daß sein Platz an der Seite Europas sei. Es sei de Gaulles unbewußt, aber vielleicht auch bewußt begangener Irrtum zu glauben, man könne durch eine ehrwürdige Vergangenheit und Tradition das ersetzen, "was uns das Gesetz der Zahl aufzwingt."³⁾ Europa müsse in einer Größenordnung auftreten, in der es anerkannt und respektiert werde.

Auch wenn der Akzent dieser Lindauer Rede vielleicht weniger pro-britisch als anti-gaullistisch gesetzt war, bedeutete sie doch eine bemerkenswerte Zäsur zu allen bisherigen Äußerungen der CSU in der Beitrittsfrage und war die härteste und direkteste öffentlich geäußerte Kritik eines Regierungsmitglieds der Großen Koalition an der französischen Position.

Trotzdem kann man nicht sagen, daß Strauß auf eine vorbehaltlose Unterstützung des britischen Beitrittswunsches umgeschwenkt ist, vielmehr ging es ihm darum, wie er in einem interpretierenden Interview mit der "WELT" ausführte, daß der britische Antrag von den sechs EWG-Mitgliedern nach sorgfältigen Vorverhandlungen intensiv geprüft werden müsse⁴⁾. "Die Engländer müßten eine faire

1) Zum Folgenden vgl. "DIE WELT" vom 22.5.1967, "Strauß kritisiert de Gaulles Politik"

2) zit. nach ebenda

3) ebenda

4) Vgl. Strauß, Interview mit "DIE WELT" vom 23.5.1967, "Großbritannien muß Farbe bekennen"

Chance erhalten, uns davon zu überzeugen, daß die Vorbehalte General de Gaulles gegen einen britischen EWG-Beitritt gegenstandslos sind."¹⁾ Straußens Kritik richtete sich also weniger gegen den politischen Gehalt der gaullistischen Vorbehalte als gegen das Verfahren, das auf eine Verhinderung der Aufnahme von Verhandlungen hinauslief. Im Gegenteil: Strauß wiederholte seine eigenen Vorbehalte in allgemein gehaltenen Formulierungen noch einmal ausdrücklich. In der Substanz deckten sie sich mit den gaullistischen. Er sagte: "Die Engländer müssen Farbe bekennen. Sie müssen beweisen, ob sie wirklich bereit sind, die Konsequenzen einer Annäherung und Mitgliedschaft im freien Europa zu ziehen. Die EWG, so wie sie ist, darf weder verwässert noch durchlöchert werden."²⁾

Strauß riet zu erwägen, ob als Übergangsphase auch eine Form der Assoziation gewählt werden könne, die aber schließlich zu einer vollen Mitgliedschaft führen müßte³⁾.

Es war ihm mit dieser Rede gelungen, ohne seine nicht unerheblichen Vorbehalte zurücknehmen zu müssen, den Briten als entschiedener Befürworter ihres Beitritts zu erscheinen. Sein Vorstoß zu dieser Zeit kann als ein Versuch gewertet werden, die Regierung der Großen Koalition davon abzuschrecken, um der Erhaltung des verbesserten deutsch-französischen Klimas nach dem Konsultationstreffen von Mitte Januar willen sich auf der bevorstehenden EWG-Gipfelkonferenz vollständig auf den französischen Kurs festlegen zu lassen und de Gaulle widerspruchsfrei die Führung in dieser für die europäische Zukunft so wichtigen Frage zu überlassen. Unmittelbare Konsequenzen für das Vorgehen der Bundesregierung hatte

1) ebenda

2) ebenda

3) Vgl. ebenda

seine Intervention nicht¹⁾, und es war auch nicht seine Absicht, wegen Großbritannien ein deutsch-französisches Zerwürfnis zu provozieren. Dazu waren zu diesem Zeitpunkt die Hoffnungen, die sich mit der deutsch-französischen Zusammenarbeit vor allem beim Atomwaffensperrvertrag²⁾ und in der Ostpolitik verbanden, viel zu hoch gesteckt.

Strauß und die Mitglieder der außenpolitischen Führungsgruppe wurden in der Folgezeit nicht müde, zwar zu beteuern, daß die Tür des Gemeinsamen Marktes für andere Länder offengehalten werden müßte, daß gleichzeitig aber eine Reihe von Schwierigkeiten zu beseitigen wäre³⁾.

Nach Straußens Lindauer Rede traten die CSU-Vorstellungen hinsichtlich der Mitgliedschaft der Briten ebenso auf der Stelle wie die der Bundesregierung insgesamt. Die Modalitäten wurden trotz des Aufbegehrens von Strauß letztlich doch in Paris und nicht in Bonn festgelegt.

Richard Stücklen ging im Herbst sogar wieder einige Schritte zurück, als er die Ansicht vertrat, Großbritanniens Eingliederung wie die anderer westeuropäischer Staaten ginge leichter und schneller vonstatten, "wenn der politische Zusammenhalt Europas durch den Kern einer Staatenunion auf dem Kontinent abgesichert würde"⁴⁾. Das bedeutet, daß die CSU oder zumindest Teile, für die Stücklen sprach, keinesfalls auf einer möglichst schnellen

- 1) Die "Neue Zürcher Zeitung" vom 28.5.1967 berichtete in einem Ausblick auf die Konferenz von Rom, daß die Regierung Kiesinger nicht bereit sein werde, "für die Labourregierung Kastanien aus dem Feuer zu holen." Kühle Worte des Stellvertretenden Bundespressesprechers Ahlers an die Adresse der Briten seien bezeichnend für das Bestreben Kiesingers, das Verhältnis zu de Gaulle in keiner Weise zu strapazieren.
- 2) Vgl. Guttenberg, Interview mit dem BK vom 4.11.1967, "Keine Anerkennung, aber Gespräche sind möglich!"
- 3) Vgl. Strauß, Rede vor der CSU-Landesversammlung am 1.7.1967, a.a.O. S.11; Guttenberg, Interview mit der "Stuttgarter Zeitung" vom 12.7.1967, "Großer Schritt im deutsch-französischen Vertrauensverhältnis"; SZ vom 29.7.1967, Bericht über Guttenbergs Rede vor der Sudeten-deutschen Kahn-Ackermann-Gemeinde.
- 4) Stücklen, Politische Union mit Vorrang, in: BK vom 14.10.1967

Eingliederung Großbritanniens in die Gemeinschaft so, wie sie im Augenblick aussah, bestanden, sondern doch zunächst der "Vertiefung" der EWG den Vorrang vor der Erweiterung gaben.

Die Bundesregierung übernahm eine Art Mittlerrolle zwischen Großbritannien und Frankreich, und die CSU drängte sie nicht zu einer entschiedenen Parteinahme¹⁾. Sie sah keine Möglichkeit der Druckausübung auf Frankreich, wenn man nicht das Risiko einer schweren Schädigung der eigenen Interessen eingehen wollte²⁾.

Im April 1968 veröffentlichte Strauß einen Aufsatz³⁾, in dem er umfassend noch einmal die mit einem britischen Beitritt verbundenen Probleme wirtschaftlicher, finanzieller und außenpolitischer Art behandelte.

Er wiederholte seine bekannte Position, daß nur das ganze Europa und nicht nur ein europäischer Kern der sechs bisherigen EWG-Mitglieder auf die Dauer eine ausgleichende Funktion in der Welt von morgen ausüben, ein bestimmendes Wort für den Frieden und Fortschritt mitreden und sich selbst die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit sichern könne. Das ändere aber nichts daran, daß die Römischen Verträge die Basis für die weitere Einigung seien. Die Entwicklung des Gemeinsamen Marktes, der die bisher erfolgreichste Integrationsmethode darstelle, dürfe beim Eintritt dritter Länder nicht gestört werden⁴⁾.

1) Vgl. Guttenberg, Interview mit dem BK vom 4.11.1967, a.a.O.: "Wer da erwarten wollte, daß sich die Bundesrepublik ganz den französischen Wünschen anschließt, wäre ebenso auf dem Holzweg wie jener, der vielleicht fordern wollte, daß wir lediglich als die Anwälte Großbritanniens auftreten sollten." ; ähnlich Jaeger, Interview mit dem Hessischen Rundfunk vom 28.11.1967, S.1 f; Guttenberg, Interview mit dem Hessischen Rundfunk vom 20.2.1968, S.2 f

2) Vgl. Jaeger a.a.O. S.2

3) Vgl. Strauß, Großbritannien und Europas Einheit, in: "Europa-Forum", Jg. 2, Heft 1, April 1968, S.74-79

4) Vgl. ebenda, S.74

Die Schwerpunkte der Gesamtproblematik des britischen Beitritts lägen auf dem Gebiet der Währungspolitik und im Agrarsektor¹⁾. Strauß stellte fest, daß in Beitrittsverhandlungen noch untersucht werden müßte, ob Großbritannien ohne weitere Stärkung seiner Wettbewerbsfähigkeit die Verpflichtungen des EWG-Vertrages auf die Dauer erfüllen könne²⁾.

Von der Hinwendung Großbritanniens zum Kontinent versprach er sich einen "Aufschwung zu einer neuen europäischen Politik, deren Ziel nur die Stärkung der Position Europas in der Welt und die Sicherung des Friedens in Europa sein kann³⁾.

Die europäischen Staaten erwarteten von Großbritannien seiner Ansicht nach in erster Linie zwei Dinge: Erstens einen Beitrag zur Verwirklichung des Ziels der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Selbständigkeit der europäischen Völkerfamilie, denn nur eine starke europäische Mächtegruppierung um das Dreieck London-Paris-Bonn biete die Chance, die Interessen der "europäischen Nation" gegenüber den Weltmächten kontinentaler Größenordnung wirkungsvoll zur Geltung zu bringen. Und zweitens erwarteten sie "eine Mitwirkung Großbritanniens zur Konsolidierung und Stärkung des atlantischen Bündnisses" im Sinne der Straußschen Vorstellungen⁴⁾.

Dies waren alles keine grundsätzlich neuen Überlegungen. Strauß hatte sie schon wiederholt vorgetragen. Von den anti-französischen Spitzen der Lindauer Rede war keine Spur mehr vorhanden, obwohl die Franzosen, die sich ja im Prinzip niemals gegen eine mögliche Mitgliedschaft der Briten ausgesprochen hatten, nicht zu den Schlüssen gekommen waren wie Strauß seinerzeit und der Rat der

1) Vgl. ebenda, S.74 f

2) Vgl. ebenda, S.75

3) ebenda, S.76

4) Vgl. ebenda, S.77

Europäischen Gemeinschaften auf seiner Dezembertagung 1967 wegen des französischen Widerstands keine Entscheidung über die Aufnahme von Verhandlungen mit den Beitrittswilligen gefällt hatte¹⁾.

Straußens seinen europäischen politischen Zukunftsvisionen folgende praktische Vorschläge zur Überwindung der Stagnation nehmen sich neben jenen bescheiden aus. Er schlug die europäische Zusammenarbeit unter Ein-schluß Englands auf dem Sektor der Technologie, des Patent- und des Gesellschaftsrechts vor, ohne konkrete Vorschläge für die Realisierung dieser Kooperation vorzu-legen²⁾.

Erst zu Beginn des Jahres 1969, als die gaullistische Herrschaft deutlich erkennbar ihrem Ende zuing und die tschechoslowakische Krise die letzten von der CSU in de Gaulle gesetzten Hoffnungen zerstört hatte, waren von Strauß wieder drängendere Worte zu vernehmen. Nachdem die Währungskrise vom November 1968 die Bundesregierung unversehens in die Nähe einer außenpolitischen Isolierung gebracht hatte, die Erinnerungen an die westliche Kriegskoalition weckte, schien es Strauß an der Zeit, sich wieder stärker für eine sofortige Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zu engagieren.

Er forderte in seinem "PUBLIK"-Interview vom Januar 1969, daß man die Verhandlungen sofort aufnehmen und die dem Beitritt entgegenstehenden Schwierigkeiten offen mit den Briten behandeln solle. Aufgabe der Verhandlungen wäre es, einen mit Bedingungen versehenen Vertrag mit festem zeitlichen Ablauf auszuhandeln, der zum Schluß nach Erfüllung der Voraussetzungen den automatischen Beitritt vorsehen würde³⁾.

1) Vgl. Zusammenfassung der Sitzungsergebnisse der Tagung des Rats der Europäischen Gemeinschaften am 18. u. 19.12.1967 in Brüssel, abgedr. in: EA F.2/1968, S.D42f

2) Vgl. Strauß a.a.O. S.79

3) Vgl. Strauß, Interview mit "PUBLIK" vom 23.1.1969, a.a.O. S.13

Als Argument zur Überwindung des anhaltenden französischen Widerstands führte er an, daß ein britischer Beitritt die deutsche Stellung innerhalb der EWG relativ schwächen würde¹⁾. Er schloß eine kritische an die Adresse Frankreichs gerichtete Bemerkung an, die in der Tat die Absurdität der französischen Position traf: "Schließlich kann man nicht sagen, die Briten seien nicht reif für den Eintritt in Europa, weil sie die Integration Europas ablehnten und dann im gleichen Atemzug die Erhaltung des souveränen Nationalstaats zum fast religiösen Prinzip entwickeln." ²⁾

Er beteuerte gegenüber den Briten, er räume ihrem Beitritt dieselbe höchste Priorität ein wie der europäischen Einheit selbst³⁾. Aber als er nach de Gaulles Rücktritt und seiner Londoner Rede vom 19. Mai 1969 nach den Initiativen befragt wurde, die die Bundesregierung in der Beitrittsfrage ergreifen könne, antwortete er: "Ich möchte offen lassen, ob es wünschenswert ist oder nicht, daß Deutschland eine Initiative ergreift. Eine deutsche Initiative könnte mißverstanden werden und zu negativen Reaktionen führen."⁴⁾

Fragt man also nach den Grenzen, die die CSU der Europapolitik der Bundesregierung in der Frage der Erweiterung der EWG setzte, so läßt sich das Fazit ziehen, daß die CSU in dieser Frage auf der Koalitionslinie lag. Sie war sich einig mit CDU und SPD, daß eine Erweiterung der EWG um die beitrittswilligen Staaten erwünscht sei, war aber weder bereit, das bisher Erreichte aufs Spiel zu setzen noch als Anwalt der Beitrittswilligen die deutsch-französischen Beziehungen nachhaltig zu gefährden.

1) Vgl. ebenda, S.12; hierzu vgl. auch "The Times" vom 9.5.1969, "Germans are reluctant to dominate"

2) ebenda, S.12

3) Vgl. Strauß, Interview mit "Daily Mail" vom 10.2.1969, "Without Britain, Europe is incomplete"

4) Strauß, Interview mit BBC Radio 4 vom 20.5.1969, S.3

Der Kurs der CSU verlief reichlich wechselhaft. Einmal hieß es, es seien im wesentlichen konkrete wirtschaftliche und finanzielle Probleme der Briten, die den Beitritt im Augenblick erschweren würden, und dann war wieder die Rede davon, bei dem britischen Gesuch könne es nicht nur um den Eintritt in den Gemeinsamen Markt gehen, sondern langfristig, d.h. in den 70er Jahren, auch um die Bildung einer politischen Union mit dem Ziel der Errichtung des europäischen Bundesstaates¹⁾. Es wurde also die Verpflichtung für den zweiten Schritt schon verlangt, während Frankreich der erste Schritt bereits zu weitgehend war.

Es läßt sich dennoch sicherlich ohne Gefahr die Feststellung treffen, daß von den aktuellen außenpolitischen Problemen, die die Große Koalition zu bewältigen hatte, die Frage der Erweiterung der EWG dasjenige war, das die Koalitionsharmonie am wenigsten belastete. Einerseits nahm de Gaulle den Zwang zur Entscheidung ab, und andererseits bestand Einigkeit in der Grundentscheidung, daß die Beitrittswilligen eine offene Tür finden müßten, man aber deswegen keinen Bruch mit Frankreich riskieren werde.

So war die Beitrittsfrage geradezu eine friedliche Idylle, ein Musterfall von Koalitionsharmonie in einer ansonsten von schweren außenpolitischen Zerwürfnissen erschütterten Koalition.

1) Vgl. Strauß, Wem die Stunde schlägt, in: BK vom 31.5.1969; Podium Außen- und Sicherheitspolitik des CSU-Parteitags am 13./14.6.1969, in: "CSU-Information" (hektogr.), S.1

D Außenwirtschaftspolitik :

Die Währungskrise von 1968/69

Seit dem Herbst 1968 befindet sich das gesamte kapitalistische Währungssystem in einer manifesten Krise, deren Wurzeln weiter zurückreichen und in der wirtschaftlichen Struktur einiger seiner Mitgliedsländer zu finden sind. Sie kam offen zum Ausbruch, als sich im Jahre 1968 nach verschiedenartigen äußeren Anlässen die Schwäche von Dollar, Pfund und Franc kumulierte und die Deutsche Mark, die seit der Rezession 1966/67 im internationalen Vergleich unterbewertet war, als aufwertungsverdächtig galt und über den Devisenzufluß infolge des riesigen deutschen Außenhandelsüberschusses die spekulative Flucht aus Dollar, Pfund und Franc in die D-Mark anlockte.

An dieser Stelle soll nicht auf die währungspolitischen Probleme der Aufwertungsdiskussion von 1968/69 eingegangen werden¹⁾. Vielmehr geht es darum, die Rolle des damaligen Finanzministers Strauß in der Aufwertungsdiskussion unter außenpolitischen Gesichtspunkten zu untersuchen. Strauß war - im Herbst 1968 noch im Bunde, im Mai 1969 in offener Konfrontation zu seinem sozialdemokratischen Kabinettskollegen Schiller - der entschiedenste Verfechter der Beibehaltung der bisherigen Parität der D-Mark, und er führte die immer erbitterter werdende Auseinandersetzung zwischen CDU/CSU auf der einen und SPD auf der anderen Seite nicht nur mit wirtschafts- und währungspolitischen Argumenten, sondern auch mit Argumenten, die eher außenpolitischer als wirtschaftspolitischer Natur waren.

1) Vgl. hierzu u.a.: F. Aschinger, Die Novemberkrise. Verlauf, Ursachen, Perspektiven, in: "Außenwirtschaft", Heft 1, 1969, S.14-27; Karl Schiller, Die internationale Währungslage nach der Bonner Konferenz der Zehnergruppe, in: EA F. 1/1969, S. 1-4; Otmar Emminger, Die Stellung der D-Mark in der Welt. Bemerkungen zur äußeren Währungspolitik, in: EA F.19/1969, S.661-670

Gleich, welche Argumente in einer derartigen Situation verwendet werden, ob sie ausschließlich binnenwirtschaftlich orientiert sind oder ob sie auch außenpolitische Motivationen erkennen lassen, versteht es sich dennoch von selbst, daß die Frage einer Paritätsänderung einer im kapitalistischen Wirtschafts- und Währungssystem verflochtenen Währung immer auch eine außenpolitische Dimension hat, weil eine Entscheidung oder Nicht-Entscheidung in jedem Falle ganz konkrete Rückwirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft der anderen Mitglieder des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems hat. Und dennoch besteht ein, wenn in seinen Konsequenzen vielleicht auch nur gradueller Unterschied, ob eine Entscheidung, wie immer sie auch ausfallen mag, ausschließlich unter dem Gesichtspunkt ihrer binnenwirtschaftlichen Auswirkungen getroffen wird oder aber eventuell sogar gegen die systemimmanente wirtschaftliche Vernunft primär außenpolitischen Zielsetzungen folgt, wobei es nicht ausgeschlossen ist, daß diese Zielsetzungen wiederum konkreten binnenwirtschaftlichen Interessen zugute kommen.

Eine Aufwertung der D-Mark hätte die kurzfristigen Interessen zweier Gruppen geschädigt, denen die CSU kurz vor der Bundestagswahl ihr besonderes Augenmerk schenken mußte, die der Bauern und die der exportorientierten Industrie. Während die CSU unter den bäuerlichen Wählern ihr großes Wählerreservoir besitzt, verbindet sie mit der exportorientierten Industrie und vor allem mit der Großindustrie, wie oben¹⁾ dargestellt wurde, eine Reihe von gemeinsamen Interessen, persönlichen Querverbindungen und auch der Wunsch nach finanzieller Förderung, zumal wenn ein aufwendiger Bundestagswahlkampf bevorsteht²⁾.

1) Siehe oben S. 122 Anm. 1

2) "Capital", 8. Jg., Nr. 9, September 1969, "Wetten, daß er Kanzler wird", berichtet, in SPD-Kreisen werde kolportiert, daß die Nicht-Aufwertung der CDU/CSU vom Bundesverband der Deutschen Industrie eine Wahlhilfe über 35 Millionen DM eingetragen habe.

Eine Aufwertung der D-Mark hätte bekanntlich zu bäuerlichen Einkommensverlusten geführt, da das EWG-Agrarsystem auf der Basis des Grünen Dollars funktioniert. Diese hätten durch Subventionen aus dem Bundeshaushalt in Höhe von 250 Millionen DM je Aufwertungsprozent ausgeglichen werden müssen¹⁾. Ein Ausgleich des dadurch entstehenden Defizits im Bundeshaushalt hätte aber nach Strauß nicht erfolgen können²⁾, so daß der Einnahmeverlust der Bauern seiner Ansicht nach zur Unruhe "in diesem wichtigen Kreis unserer Bevölkerung beigetragen (hätte) und damit vielleicht nur radikalen Demagogen einen Acker beschert (hätte), auf dem sie hätten säen können, um zu ernten"³⁾.

Für seine apodiktische Feststellung, das Haushaltsdefizit hätte nicht ausgeglichen werden können, blieb Strauß den Beweis schuldig. Es ist nicht einsehbar, weswegen in dieser Hinsicht im Herbst 1968 und Frühjahr 1969 nicht zu schaffen war, was die sozial-liberale Koalition nach erfolgter Aufwertung im Herbst 1969 bewältigen konnte. Das Argument, es habe gegolten, bäuerliche Unruhe und eine Abwanderung nach rechts zu vermeiden, ist aus der Sicht der CSU nicht unbegründet, denn nichts wäre ihr ungelegener gekommen, als ein möglicher Verlust des traditionell den Unionsparteien verhafteten konservativen bäuerlichen Wählerpotentials an die NPD, denn das Wahlziel war die absolute Mehrheit. Was Strauß aber aus wahltaktischen Gründen den bäuerlichen Wählern verschweigen mußte, war, daß sein vorgeblicher Kampf für die bäuerlichen Interessen in Wahrheit ein Barendienst war. Die Situation auf dem Agrarmarkt und die dirigistische EWG-Agrarpolitik würden die Bauern voraussehbar härter die

1) Zahlenangaben nach Strauß, Rede vor CSU-Parteitag vom 14.12.1968, abgedr. in: BK, Beilage "Union-Kurier" vom 4.1.1969; ähnlich ders. in: Interview mit "US News & World Report" vom 13.1.1969, S.56

2) ders., Rede vor dem CSU-Parteitag vom 14.12.1968, a.a.O.

3) ebenda

als Folge der Nichtaufwertung zu erwartende importierte Inflation spüren lassen als Industrie und Handel und die Arbeitnehmer. Während die einen steigende Kosten über die Preise ausgleichen und die anderen in gewissem Umfang über die Tarifverträge den Geldwertschwund auffangen können, läßt das EWG-Agrarpreissystem keine automatische Preiserhöhung von Agrarprodukten zu.

Diese Konsequenzen der Währungspolitik für den eigenen bäuerlichen Anhang, mit denen sich unvermeidlich auch eine erneut von der CDU/CSU geführte Bundesregierung nach den Wahlen hätte auseinandersetzen müssen, können dem Wirtschafts- und Finanzpolitiker Strauß nicht entgangen sein. Wenn er trotzdem zu der vordergründigen und kurzatmigen Begründung Zuflucht nahm, der Kampf gegen die Aufwertung schütze die bäuerlichen Interessen, dann diene das kurzfristigen wahltaktischen Spekulationen, die langfristig hinter bestimmten industriellen Interessen würden zurückstehen müssen. In der Tat war der größte Nutznießer und mächtigste Verfechter der Beibehaltung der alten Parität die deutsche Exportindustrie, die der unterbewerteten Mark wegen ihre Waren auf dem Weltmarkt weiterhin zu niedrigeren Preisen anbieten konnte als ihre internationale Konkurrenz¹⁾.

Die während der Zehnerkonferenz vom 20.-22.November 1968 von der Bundesrepublik als Aufwertungsersatz beschlossene Exportsteuer von 4 v.H. und Verbilligung der Importe um den gleichen Satz blieb bekanntlich ohne größere Wirkung und reduzierte die Außenhandelsüberschüsse - die nicht zuletzt dank der lohnpolitischen Zurückhaltung der Gewerkschaften in und nach der Rezessionsphase zustande gekommen waren - nicht so drastisch, daß sie einen

1) Nach den Angaben des Bundesbankdirektors Otmar Emminger, a.a.O. S.663, öffnete sich in den Jahren 1966-69 die Preisschere zwischen der Bundesrepublik und vergleichbaren westlichen Industrieländern, gemessen an den Lebenshaltungskosten, um annähernd 6 v.H.; von August 1968 bis August 1969 stiegen die Lebenshaltungskosten in der BRD um 2,7 v.H., im Durchschnitt der übrigen Industrieländer um rund 5 v.H..

spürbaren Dämpfungseffekt auf die Exportkonktur ausgeübt hätte, obwohl Strauß die Maßnahme als "ein Opfer der deutschen Wirtschaft"¹⁾ bezeichnete.

Ein solches Opfer sollte sie aber nach seinen eigenen Intentionen überhaupt nicht sein, eher eine demonstrativ-beschwichtigende Geste. Strauß strebte überhaupt nicht an, die deutschen Außenhandelsüberschüsse drastisch abzubauen, denn diese bilden die Voraussetzung für die Möglichkeit der Expansion des bundesrepublikanischen Großkapitals über die nationalen Grenzen hinaus, ohne dadurch in ähnliche Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu kommen wie Amerikaner und Briten. Ausländische Direktinvestitionen der deutschen Wirtschaft sind, wie schon dargestellt wurde, für Strauß ein Ziel des nationalen Großmachtstrebens.

Strauß legte es unverhohlen darauf an, die starke Position der deutschen Mark zu nutzen, um dieses ökonomische Korrelat zu seinen außenpolitischen Ambitionen unter allen Umständen zu erkämpfen. Er wies im Bunde mit den Spitzen der deutschen Industrie wie Abs und Berg immer wieder darauf hin, daß die durch die Exportüberschüsse entstehenden Überschüsse in der Devisenbilanz durch den Kapitalexport in Form von Direktinvestitionen der Privatwirtschaft in Europa und Nordamerika ausgeglichen werden könnten²⁾. Die Schwäche der Währungen der bedeutendsten

1) Strauß, Erklärung zum Ergebnis der Zehnerkonferenz, in: "Finanznachrichten" Nr. 32 vom 22.11.1968, S.1

2) Vgl. Strauß, ebenda, S.2; ders., Interview mit "DER SPIEGEL" vom 16.12.1968, S.36; ders., Interview mit "US News & World Report" vom 13.1.1969, S.55 f; ders., Interview mit "Der Volkswirt" vom 3.4.1969, S.15 ff. Kritisch mit der Straußschen Währungspolitik setzt sich Herbert Giersch, Interview mit "DER SPIEGEL" Nr.21 vom 19.5.1969, "Export als Ersatz-Nationalismus" auseinander. Mit praktisch den gleichen Argumenten wie Strauß verteidigte BDI-Präsident Fritz Berg die Nichtaufwertung. Er nannte den Nutzen einer Aufwertung "höchst zweifelhaft". Er empfahl stattdessen, die Defizitländer sollten sich kurieren. Es sei wenig sinnvoll, mit unserem Geld die Wettbewerber im Ausland zu finanzieren. Besser wäre es, wenn durch Kapitalexporte die deutschen Auslandspositionen direkt gestärkt würden; vgl. FAZ vom 7.5.1969, "Geteilte Meinung der Wirtschaftsverbände zur Aufwertung."

westlichen Partner sollte den Durchbruch zum Neuaufbau eines deutschen Wirtschaftsimperiums verschaffen, aber Strauß hielt den Vorwurf des Wirtschaftsimperialismus für "töricht"¹⁾. Gestützt wurde sein Vorhaben von "Fachleuten" aus der Wirtschaft, "deren Erfahrungen nicht nur aus der akademischen Lehre, sondern aus einer lebenslangen Bewährung im Kampf um Weltmarktanteile und Exportmärkte stammen"²⁾. Deutlicher konnte sich der Gleichschritt von trotz des europäischen Bekenntnisses nationalen außenpolitischen Ambitionen und wirtschaftlichen Expansionsinteressen nicht manifestieren. Die vielbeschworene Partnerschaftsideologie im westlichen System zerplatzte in dem Augenblick wie eine Luftblase, da sich wirtschaftliches Kalkül und außenpolitisches Machtstreben miteinander verbanden. Wie im Falle des Atomwaffensperrvertrags wurden nüchterne Überlegungen beiseitegeschoben. Die Frage, ob der Bissen, den die BRD unter Straußens Kommando zu schlucken sich anschickte, nicht ein wenig zu groß wäre, wurde weder von CSU noch von CDU gestellt. Strauß selbst bewies wieder einmal als sein in entscheidenden Fragen immer wieder zutage tretendes persönliches Manko, daß ihm Augenmaß und der Sinn für politische Proportionen fehlen, daß er in der Lage ist, um der Erreichung eines einmal gesetzten Zieles willen die Möglichkeiten der Bundesrepublik zu überschätzen und ihr alle Welt zum Feinde zu machen. Mit einer im außenpolitischen Verkehr unter befreundeten Partnern ungewöhnlichen lauthalsigen Unverfrorenheit schwang er sich zum Lehrmeister von Amerika-

1) Strauß, Interview mit der "Nürnberger Zeitung" vom 26.7.1969, "Ich kann nicht nur Banalitäten sagen"; vgl. dazu auch: Rudolf Augstein, Von Strauß, Tieren und anderen Menschen, in: "DER SPIEGEL" Nr. 34 vom 18.8.1969; Augstein zitiert Straußens Interview mit der "Neuen Revue", in dem dieser u.a. sagte: "Die wirtschaftliche Kraft der Bundesrepublik und ihre Geltung auf den Weltmärkten müssen systematisch ausgebaut und verstärkt werden."

2) Strauß, Interview mit der "Nürnberger Zeitung", a.a.O.

nern, Briten und Franzosen auf. Der Repräsentant jener deutschen Nachkriegsmentalität, die die deutsche Vergangenheitsbewältigung durch die Nachkriegsprosperität für hinreichend geleistet hält, glaubte, jene Staaten, die den ökonomischen Aufstieg ihrer ehemaligen Besatzungszonen durch deren Eingliederung in das westlich-kapitalistische Bündnis ermöglicht hatten, nunmehr ohne Auswirkungen auf die gesamte außenpolitische Position der BRD¹⁾ einem ökonomischen Diktat unterwerfen zu können. Wen wundert es, daß unter diesen Umständen auch das Frankreich nach de Gaulle lieber wider die ökonomische Vernunft handelte und nicht abwertete?

Nicht die D-Mark sei es, die auf der Anklagebank sitze²⁾, und die Bundesrepublik sei am gestörten Währungsgefüge nicht schuld³⁾. Vielmehr sollten die Länder mit chronischen Zahlungsbilanzdefiziten durch "nationale Gesundheitsmaßnahmen die Wirksamkeit internationaler Maßnahmen ermöglichen und ... verstärken"⁴⁾. Das waren Worte, die Strauß an die Adresse der Defizitländer richtete und die wenig von der oft beschworenen internationalen Solidarität erkennen ließen. Sie waren vielmehr Ausdruck eines

-
- 1) Zum internationalen Presseecho auf die Haltung der BRD in der Mai-Krise vgl. "DER SPIEGEL" Nr. 21 vom 19.5.1969, S.28; vgl. hierzu auch: Ulrich Scheuner, Die außenpolitischen Probleme der neuen Bundesregierung, in: Außenpolitik nach der Wahl des 6. Bundestages, a.a.O. S.19 f
 - 2) Vgl. Strauß, Erklärung zur Zehnerkonferenz, a.a.O. S.1
 - 3) Vgl. ders., Interview mit "DER SPIEGEL" Nr. 51 vom 16.12.1968, S.36
 - 4) Strauß, s. Anm.2. Vor dem Bundestag sagte Strauß in der Debatte vom 26.11.1968: "Wir sind nicht die währungs-, wirtschafts- oder finanzpolitischen praeceptores mundi. Aber eine Frage dürfen wir doch stellen: haben wir (gesperrt im Original) mit unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik das Weltwährungsgefüge in Unordnung gebracht? Auf diese Frage möchte ich ohne jeden furor teutonicus sagen: nein, wir haben das Weltwährungsgefüge nicht in Unordnung gebracht." , Stenogr.Berichte, 5. Wp., 197 S., S.10623

deutschen ökonomischen Nationalismus¹⁾, der drei der vier Hauptaiegermächte des Zweiten Weltkriegs, deren Geschöpf die Bundesrepublik ist, ohne Rücksicht auf die sozio-ökonomischen Ursachen der jeweiligen Zahlungsbilanzschwierigkeiten am deutschen Wesen genesen lassen wollte²⁾. Die Kritik aber an den außenpolitischen Ursachen der Schwierigkeiten, wie dem amerikanischen Vietnamkrieg und der Politik des over-commitment, deren indirekter oder direkter Nutznießer die Bundesrepublik ist, blieb aus.

Strauß verfocht in der Aufwertungsdebatte eine engstirnige Interessenpolitik, die ein Axiom bundesrepublikanischer Außenpolitik seit Adenauer, die Interessensolidarität mit dem Westen, ohne die auch seine eigene Konzeption nicht realisierbar ist, gefährdete, während wirtschaftlich von der Nichtaufwertung nur wenige profitierten, und die Lohnabhängigen, wie auch Bauern und kleine Selbständige, in der Folgezeit die Kosten einer von außen induzierten Inflation zu bezahlen hatten.

Als die öffentliche Meinung des Auslands, vor allem aber die britische, sich aufs äußerste von der unnachgiebigen Haltung der BRD betroffen zeigte und selbst eine so zurückhaltend wertende konservative Zeitung wie "The Times" den Schluß zog, die BRD habe Frankreich als vor-

- 1) Prof. Herbert Giersch, Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sprach in seinem "SPIEGEL"-Interview, a.a.O. S.52 davon, daß die durch die Unterbewertung der D-Mark subventionierte Exportoffensive zu einer "Art Ersatznationalismus" zu werden drohe.
- 2) In einem Interview mit "Epoca" Nr. 8 vom August 1969, S.6 rühmte Strauß die deutsche Haltung: "Ich glaube, daß unsere stabile Währungspolitik einen heilsamen Einfluß auf die Länder ausübt, in denen eine Politik des leichten Geldes betrieben wird."

herrschende Macht in Europa abgelöst, und Spekulationen über die künftige Kanzlerschaft Straußens anstellte¹⁾, fragte sich Strauß, "ob diese hinterhältigen Lobpreisungen nicht eigentlich einen ganz anderen Zweck verfolgen, nämlich alte Ressentiments und Empfindlichkeiten zu wecken?"²⁾

Strauß nahm hier mit einer nicht mehr recht glaubwürdigen Naivität eine Umwertung der sich außerhalb der Bundesrepublik artikulierenden Bestürzung und Furcht vor einer deutschen ökonomischen Dominanz vor, der nur zu leicht eine politische folgen könnte, indem er sie als "Lobpreisungen", wenn auch mit dem Adjektiv "hinterhältig" versehen, bezeichnete. Er warf die ausländischen Stimmen, die bestürzt von der führenden Rolle der BRD in Europa sprachen, geschickt in den gleichen Topf mit der jubelnden, einer nationalistischen Hochstimmung Ausdruck verleihenden Überschrift der "Bild-Zeitung" seines Duz-Freundes Peter Boenisch, die einen Tag nach der Zehnerkonferenz mit der Balkenüberschrift erschien: "Jetzt sind die Deutschen Nummer 1 in Europa"³⁾. Straußens spät vorgenommene Distanzierung von derartigen "Lobpreisungen", seien sie negativ oder positiv zu verstehen, konnte eine doppelte Funktion haben. Man konnte sie einmal als einen zur Beschwichtigung des Auslands bestimmten Absatzversuch von den nach dem deutschen Auftrumpfen auf der Währungskonferenz sich ermuntert fühlenden nationalistischen Kräften in der Bundesrepublik interpretieren, da Strauß auf Grund der Reaktionen bei den Bündnispartnern selbst Zweifel kommen mußten, ob die Bundesrepublik nicht zu weit gegangen sei. Gleichzeitig wurde aber durch die unterschiedslose Distanzierung von dem, was "Le Monde

1) Vgl. SZ vom 25.11.1968

2) Strauß, Wir wollen weder Nr. 1 noch Nummer X sein, in: "Bonner Rundschau" vom 5.12.1968; ähnlich ders., Interview mit "DIE ZEIT" vom 6.12.1968

3) "Bild-Zeitung" vom 23.11.1968

oder "Le Combat" und "The Times" auf der einen, die "Bild-Zeitung" und andere deutsch-nationale Gazetten auf der anderen Seite schrieben, die Distanzierung von der eigenen publizistischen Basis, der im bevorstehenden Wahlkampf eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zukommen sollte, so diskret betrieben, daß diese sie kaum spüren konnte.

Dazu hätte sich Strauß allzuweit von sich selbst und den Fundamenten seiner Politik entfernen müssen. Denn Strauß selbst war es ja, der im November 1968 und später noch einmal im Mai 1969 die Bundesrepublik dahin drängte, um ihrer europäischen Machtposition willen die europäische und atlantische Solidarität nur noch als Lippenbekenntnis zu benutzen, obgleich gerade die Übung dieser Solidarität der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, allerdings nicht bestimmten kurzfristigen Profitinteressen zum Vorteil gereicht hätte.

Damit war, wie Waldemar Besson schreibt, "die volle Gegenbewegung gegen den Europakurs der frühen fünfziger Jahre erreicht"¹⁾.

Strauß, der sich in der Rolle des europäischen Architekten gefällt, hatte in dieser wie auch in anderen Fragen seinen Anteil an der Re-Nationalisierung der europäischen Politik.

1) Waldemar Besson, Die Außenpolitik der Bundesrepublik, a.a.O. S.421

Schlußbemerkungen

1. Zusammenfassende Thesen

Die wichtigsten Ergebnisse dieser Untersuchung lassen sich in den folgenden 15 Thesen zusammenfassen:

1. Die CSU verfügt über eine in sich geschlossene außenpolitische Konzeption. Sie wird weitgehend formuliert von Franz Josef Strauß. Sie verbindet ein konservatives Gesellschaftsbild mit technokratisch-kapitalistischem Leistungsdenken zu der außenpolitischen Zielprojektion eines hochindustrialisierten, hochgerüsteten, gegenüber dem Kommunismus als innerem Feind der Gesellschaftsverfassung immunisierten, als äußerem Feind abwehrbereiten europäischen Bundesstaates.
2. Die Partei geht von der Bundesrepublik als selbständiger Handlungseinheit im internationalen System aus, die schließlich einmal in der größeren Handlungseinheit des von den Weltmächten unabhängigen europäischen Bundesstaates aufgehen soll. Bis zu diesem Zeitpunkt ist die Nichtanerkennung des Status quo in Europa ein axiomatischer Grundsatz ihrer Politik. Über den Status quo kann nach ihrer Überzeugung erst von der Position eines starken integrierten Europas mit der Sowjetunion verhandelt werden. Seiner Verfestigung soll durch eine vom Westen unterstützte Wiederbelebung des osteuropäischen Nationalismus als Kampfmittel gegen die Vorherrschaft der Sowjetunion in Osteuropa entgegengewirkt werden.
3. Die nationalstaatliche Restauration des Deutschen Reiches wird für ausgeschlossen gehalten. Damit wird jedoch nicht die Forderung nach der Wiedervereinigung Deutschlands aufgegeben. Der Weg dorthin soll über ein geeintes "europäisches" Europa führen.

Die CSU betrachtet die Lösung der deutschen Frage als eine gemeinsame europäische Angelegenheit. Verhandlungen mit der DDR dürfen nicht zur Festschreibung des Status quo führen. Sie können nur unter der Voraussetzung der Nichtanerkennung der Souveränität der DDR und der Aufrechterhaltung des bundesrepublikanischen Alleinvertretungsanspruchs stattfinden. Dies hat die Konsequenz, daß ein Dialog mit einer ihre völkerrechtliche Anerkennung fordernden DDR für sinnlos oder für gefährlich gehalten wird: Für sinnlos, weil die DDR die Anerkennung zur Bedingung für "menschliche Erleichterungen" machte, für gefährlich, weil nach Überzeugung der Partei um kurzfristiger Erfolge willen die Politik der Nichtanerkennung des Status quo und der völkerrechtlichen Existenz der DDR aufgegeben werden könnte.

4. Die Entwicklung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen und der west-östlichen Entspannungspolitik wird mit Unbehagen verfolgt. Die CSU sieht in der Entspannung auf der Grundlage der wechselseitigen Garantie des Status quo durch die Weltmächte eine Gefahr für die westliche Sicherheit. In ihrer Ablehnung der Entspannungstendenzen spiegelt sich die Sehnsucht nach den eindeutigen politischen Verhältnissen des Kalten Krieges wider. Eine Atmosphäre der europäischen und weltpolitischen Entspannung vermindert die Realisierungschancen der außenpolitischen Konzeption der Partei.
5. Höchstes außenpolitisches Ziel der Partei ist die Schaffung eines von den Weltmächten unabhängigen, aber im Bündnis mit den USA verbleibenden europäischen Bundesstaats, der mit einer eigenen atomaren Rüstung ausgestattet zu sein hätte. Er soll zunächst ein integriertes Westeuropa umfassen, das dann auf die unter sowjetischer Hegemonie stehenden osteuropäischen Staaten eine derartige Anziehungskraft aus-

übt, daß diese eines Tages ebenfalls Teil des integrierten Europas werden können, von dem die Sowjetunion ausgeschlossen bleibt.

6. Die CSU stemmte sich gegen eine entscheidende Kurskorrektur der bundesrepublikanischen Außenpolitik, die die BRD bereits zur Zeit der Großen Koalition voll in die west-östliche Entspannungspolitik eingereiht hätte. Sie versuchte, wichtige anstehende Entscheidungen zu verhindern und bestimmte Entwicklungen, deren Verhinderung außerhalb ihrer Möglichkeiten lag, zumindest zu bremsen. Gemessen an ihren eigenen Absichten war diese Politik erfolgreich. Impulse für die Außenpolitik der Koalition, die der Tatsache Rechnung trugen, daß die BRD aus ihrer passiven Rolle im Entspannungsprozeß zu einer aktiven gelangen mußte, gingen von ihr nicht aus.
7. Das Schergewicht ihres außenpolitischen Energieaufwands lag auf der Verhinderung der deutschen Unterschrift unter den Atomwaffensperrvertrag. Er entzieht einem wesentlichen Element ihrer Europakonzeption auch die theoretische Chance der Verwirklichung. Der Weg zum europäischen Bundesstaat soll in Anknüpfung an die Vorstellungen einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) über eine gemeinsame europäische Rüstung und eine europäische Atomstreitmacht führen. Der Atomwaffensperrvertrag gestattet dagegen die "europäische Option", d.h. die Möglichkeit der Gründung einer europäischen Atomstreitmacht, erst nach der Vollendung eines europäischen Bundesstaates in Sukzession der existierenden nationalen Atomstreitmächte.
8. Die CSU hält eine europäische Atomstreitmacht für die unabdingbare Voraussetzung der europäischen Unabhängigkeit von den Weltmächten. Die Gleichberechtigung der Bundesrepublik im westlichen Bündnis ist für sie erst durch den Mitbesitz von Atomwaffen und die Mitverfügung darüber gegeben. Daher verhindert ihrer An-

sicht nach der Atomwaffensperrvertrag ein nationales wie ein europäisches Ziel: die volle Gleichberechtigung der Bundesrepublik mit ihren westlichen Bundesgenossen sowie die Schaffung des europäischen Bundesstaates mit Hilfe des funktionalen Integrationsinstruments einer gemeinsamen Atomstreitmacht.

9. Nachdem die CSU zu Beginn der Koalition die vorsichtige ostpolitische Öffnung der BRD auch um der Verbesserung des deutsch-französischen Verhältnisses willen toleriert hatte, ließ sie bald erkennen, daß sie keine Normalisierung der Beziehungen zu den Warschauer-Pakt-Staaten zulassen würde, die eine Anerkennung des Status quo voraussetzte. Die Besetzung der CSSR war spektakulärer Anlaß, eine Politik endgültig aufzukündigen, welche die CSU spätestens seit dem Abbruch des Briefwechsels zwischen Kiesinger und Stoph für gescheitert hielt. In der durch die CSSR-Invasion verursachten Vertrauenskrise im Ost-West-Verhältnis sah die CSU die Möglichkeit zur Beendigung der beargwöhnten Entspannungspolitik. Ihre Alternative war die Rückkehr zu einer Politik der Stärke, da ihr ein Klima der Spannung in Europa als eine bessere Voraussetzung für die Realisierung ihrer Konzeption erscheint als eines der Entspannung.
10. Die Partei unternahm wiederholte Versuche, das gaullistische Frankreich für die Übernahme ihrer integrationistischen Europakonzeption und als Mitstreiter für ihren Kampf gegen eine Unterschrift unter den Atomwaffensperrvertrag zu gewinnen. Sie scheiterte an der gaullistischen Ablehnung des Integrationsgedankens, der unterschiedlichen Einschätzung der politischen Perspektiven der europäischen Entspannungspolitik und am französischen Unwillen, die eigene atomare Selbständigkeit einer Integrationslösung zum Opfer zu bringen, die das politische Gewicht der BRD in Europa nur erhöhen kann.

11. In der Frage des britischen EWG-Beitritts verfocht die Partei eine hinhaltende Politik. Sie hielt eine britische EWG-Mitgliedschaft auf die Dauer für unumgänglich, wollte aber wie die Koalition insgesamt in dieser Frage keinen Bruch mit Frankreich riskieren.
12. Mit Hilfe der deutschen Wirtschaftsmacht, die in der Währungskrise 1968/69 die BRD zum dominanten ökonomischen Faktor in Europa machte, soll die politische Gleichberechtigung der BRD im internationalen System erzwungen werden. In der Währungskrise 1968/69 wurde der Gleichklang von außenpolitischen Interessen der CSU sowie langfristigen Expansionswünschen und kurzfristigen Profitinteressen des bundesrepublikanischen Großkapitals offensichtlich.
13. Die CSU versuchte, ihre Vorstellungen in der Koalition unter allen Umständen durchzusetzen. Eine oftmals schwankende CDU wurde mit der Drohung, aus der Koalition auszutreten oder eine CSU auf Bundesebene zu gründen, unter Druck gesetzt. In der Auseinandersetzung mit dem Koalitionspartner SPD nahm mit näherrückenden Wahlen die Schärfe der Angriffe zu. Trotz des europäischen Bekenntnisses der Partei entfachte sie im Zusammenhang mit dem Atomwaffensperrvertrag und der Ostpolitik eine nationalistische Kampagne, die einerseits die SPD in den Geruch nationaler Unzuverlässigkeit bringen, andererseits die NPD ihr von Landtagswahl zu Landtagswahl gewachsenes Wählerpotential wieder entreißen und an die Unionsparteien binden sollte.
14. Die Zusammenarbeit der vormaligen innen- wie außenpolitischen Gegner in der Großen Koalition verschleierte zeitweilig die weiterhin bestehenden Differenzen in der außenpolitischen Lageanalyse und in den Zielvorstellungen für die bundesrepublikanische Außenpolitik im Zeichen der Entspannungspolitik. Die entscheidenden Ursachen für die außenpolitischen Divergenzen

der Koalition waren die Entschlossenheit von CSU und CDU, eine Anerkennung des Status quo nicht vorzunehmen und der bei der SPD sichtbar werdende Trend zur Anerkennung des Status quo als Voraussetzung für eine weitergehende Ost-West-Entspannung und eine langfristige Sicherung des Friedens im Rahmen einer europäischen Friedensordnung als Ersatz für den durch die wechselseitige Abschreckung garantierten Zustand des Nicht-Kriegs sowie die unterschiedliche Beurteilung der Notwendigkeit einer deutschen Beteiligung an der Nuklearbewaffnung.

15. Eine Koalition, die auf die Dauer unvereinbare außenpolitische Ziel-Mittelvorstellungen umfaßte, konnte und mußte nur ein Bündnis auf Zeit sein. Die Lähmung der außenpolitischen Entscheidungskraft, die die Koalition schon 1968 befiel, hätte bei einer Weiterführung über den Herbst 1969 hinaus in völligem außenpolitischen Immobilismus enden müssen. Dieser aber bedeutet in einer sich wandelnden und ständig außenpolitische Entscheidungen fordernden Welt den Rückzug in die außenpolitische Isolierung.

2. Ausblick

Zu dem Zeitpunkt, da diese Studie abgeschlossen wird, liegt das Ende der Großen Koalition über zwei Jahre zurück. Die Verträge von Moskau und Warschau sind nach Unterzeichnung der Berlin-Abkommen dem Bundesrat zur Eröffnung des Ratifizierungsverfahrens zugeleitet worden. Die erbitterten innenpolitischen Auseinandersetzungen über die Ostpolitik der Kleinen Koalition, die neue Polarisierung der deutschen Politik, die weitreichenden und in ihren Konsequenzen noch gar nicht übersehbaren Veränderungen des bundesrepublikanischen Verhältnisses zum Osten, lassen die Auseinandersetzungen über den außenpolitischen

Kurs der Großen Koalition schon beinahe in Vergessenheit geraten. Und in der Tat wird deren Übergangscharakter heute deutlicher, als man es während der erregten Diskussionen der Jahre 1967-1969 über Atomwaffensperrvertrag, Ost- und Deutschlandpolitik, Europa- und Währungspolitik hat wahrhaben wollen. Im Nachhinein wird offenbar: Die Koalition beschäftigte sich zu sehr mit sich selbst, war in sich viel zu heterogen, als daß ihr, von der unseligen Notstandsgesetzgebung abgesehen, der Durchbruch zu weitreichenden Kurskorrekturen der bundesrepublikanischen Nachkriegspolitik gelungen wäre. Trotz dieser Erfolglosigkeit kann ihr aber ein historisches Verdienst zukommen: Die von ihr in Anfängen vorgenommene und in ihrem allerersten Stadium von allen drei Koalitionspartnern tolerierte Öffnung nach Osten ermöglichte die Entwicklung eines differenzierteren Osteuropa-Bildes in der Bundesrepublik und trug auch zu einer Haltungsänderung der bundesrepublikanischen Bevölkerung gegenüber Osteuropa bei. Damit war die Voraussetzung für die viel weiter gehende Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition geschaffen worden, die, wie die jüngsten Meinungsumfragen zeigen, heute bis in die Anhängerschaft der CDU/CSU hinein populär ist. Dies ist, so scheint es, ein angesichts der bundesrepublikanischen Nachkriegsentwicklung noch nicht in vollem Umfange gewürdigtes Phänomen.

Gerade die Popularität dieser Ostpolitik aber ist es, die CSU und auch große Teile der CDU zu wütenden Angriffen verleiten und die sie entgegen allen wahltaktischen Überlegungen auch zu Beginn des Ratifizierungsprozesses noch auf ihrer Ablehnung der Vertragswerke beharren läßt.

Der Damm, den die Unionsparteien durch die Eingliederung der Bundesrepublik in das westliche Lager außenpolitisch gegen das kommunistische Osteuropa bauten, hatte bekanntlich auch eine innenpolitische Funktion. Das fortwährend beschworene Gespenst des Kommunismus, der aggressionsbereit darauf lauerte, ganz Europa zu überrennen, diente

auch der Desavouierung der sozialistischen innenpolitischen Opposition und damit der Rechtfertigung der Restauration der privatkapitalistischen Gesellschaftsordnung, die selbst die CDU in ihrem Ahlener Programm von 1947 für überholt gehalten hatte. Mit der Restauration dieser Gesellschaftsordnung konnte der Wille zu ihrer Veränderung unter der Herrschaft einer die innergesellschaftlichen Widersprüche verschleiern den antikommunistischen Ideologie nur die Vorbereitung oder Beihilfe zum aus dem Osten gesteuerten, Recht und Freiheit des Individuums zerstörenden Umsturz sein. Um aber den innenpolitischen Gegner so leicht, wie das in der Ära Adenauer möglich war, zum Agenten des außenpolitischen Feindes machen zu können, war die Existenz eines außenpolitischen Feindbildes vonnöten, das sich nach Belieben auf die innenpolitischen Oppositionskräfte projizieren ließ.

Mit dem Schwinden der immer wieder an den Rand des heißen Krieges führenden Konfrontation in Europa und der Normalisierung der Ost-West-Beziehungen erscheint auch die innenpolitische Konfrontation in einem neuen Licht. Die Denkschablonen eines militanten und geistig sterilen Antikommunismus, der die bundesrepublikanische Bevölkerung zum Zwecke der Herrschaftsstabilisierung politisch bewußt zu verdummen trachtete, beginnen immer unglaubwürdiger zu werden. Es gibt erste Anzeichen dafür, daß die bundesrepublikanische Gesellschaft ihre Widersprüche zu begreifen beginnt, ohne daß dieser allmähliche Prozeß der Bewußtseinsbildung einfach mit dem Verweis abgewürgt werden kann, daß, wer die eigene gesellschaftliche Ordnung verändern wolle, dem außenpolitischen Feind direkt in die Hände arbeite oder sogar in dessen Auftrag handle. Der Abbau des außenpolitischen Freund-Feind-Verhältnisses ist die Voraussetzung für die Wiedererlangung "produktiver politischer Vorstellungskraft"¹⁾, die den "ökonomisch-agilen politischen

1) Eugen Kogon, Die Funktion des Antikommunismus in der Bundesrepublik Deutschland. a.a.O. S. 90

Quietismus" ¹⁾ der äußeren wie der inneren Verhältnisse der Bundesrepublik überwinden muß.

Das bedingungslose Nein der CSU und das gewundene, mehr auf die internationalen Rückwirkungen achtende der CDU zur Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel ist letztlich nur damit erklärbar, daß die Unionsparteien die innen- und gesellschaftspolitischen Rückwirkungen einer erfolgreichen Ostpolitik negativer einschätzen als die Vorteile der neu errungenen außenpolitischen Bewegungsfreiheit der Bundesrepublik und der Sicherung der Fortentwicklung friedlicher Beziehungen auch zwischen den Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen.

1) ebenda, S. 90

Literaturverzeichnis

1. Ämtliche Publikationen, Dokumente

Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung 1966 - 1969

Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, 5. Wp., Dezember 1966 - Herbst 1969

Finanznachrichten, hrsgg. vom Bundesministerium der Finanzen,
Nr. 1 vom 16. 9. 1968 -
Nr. 146 vom 24. 9. 1969

Kommentarübersicht (Rundfunk- und Fernsehdienst), Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 1966-1969

Heinrich von Siegler, Wiedervereinigung und Sicherheit Deutschlands. Band I 1944 - 1963,
Band II 1964 - 1967

Bonn-Wien-Zürich, 6. erweiterte Auflage 1967 (Bd. I)
1968 (Bd. II)

2. Publikationen der CSU, der CDU und ihnen nahestehender Organisationen

Bayernkurier (bis Nr. 1/1968 Bayern Kurier), Jg. 1966-1969

CSU-Correspondenz, Schnelldienst der CSU-Landesgruppe in der CDU/CSU-Fraktion des Bundestages, Jg. 1966-1969

CSU-Information, Hrsg.: Christlich-Soziale Union in Bayern, Presseabteilung der Landesleitung, Februar 1969 - Oktober 1969

CSU-Kommentar, Hrsg.: Christlich-Soziale Union in Bayern, Presseabteilung der Landesleitung, 20.1.1969 - 28.9.1969

Demokratisch-Konservative Korrespondenz, Informationsdienst und Artikeldienst, Hrsg.: Pressa Korrespondenz-Verlagsgesellschaft, Jg. 1966 (ab Nr. 40) - Jg. 1969

Deutscher Ostdienst, Hrsg.: Bund der Vertriebenen, Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände Jg. 1969

Deutschlandmagazin, Hrsg.: Deutschland-Stiftung E.V., Heft 1-3, 1969

Die Entscheidung. Stimme der Jungen Generation. Organ der Jungen Union Deutschlands. Jg. 1966-1969

Europa-Forum, Hrsg.: Europäisches Institut für politische, wirtschaftliche und soziale Fragen, München, Jg. 1967-1969

Politisch-Soziale Korrespondenz, Organ der Gemeinschaft für christlich-soziale Schulung und öffentliche Meinungsbildung, Jg. 1966-1969

Die politische Meinung. Vierteljahreshefte für Fragen der Zeit. Jg. 1967-1969

Union in Deutschland (DUD). Informationsdienst der CDU und CSU. Jg. 1966-1969

West und Ost. Informationen und Kommentare für Deutschland. Ausgaben A: Allgemeiner Artikeldienst

B: Sudetendeutscher Artikeldienst

Hrsg.: Sudetendeutscher Rat. Redaktion: Walter Becher

3. Zeitungen, Zeitschriften, Archive, Pressedienste
(Jg. 1966-1969)

Archiv der Gegenwart

Aussenpolitik

Deutschland-Archiv, Zeitschrift für Fragen der DDR und der Deutschlandpolitik

Europa-Archiv

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Frankfurter Rundschau

Freie demokratische Korrespondenz (FdK)

Moderne Welt

Parlamentarisch-Politischer Pressedienst (PPP), Meldungsdienst

Politische Dokumentation, Hrsg.: Leitstelle Politische Dokumentation in Verbindung mit dem Otto-Suhr-Institut an der Freien Universität Berlin

SPD-Pressedienst

DER SPIEGEL

Süddeutsche Zeitung

Wehrkunde

Wehr und Wirtschaft

DIE WELT

Welt am Sonntag

DIE ZEIT

sowie die in den Archiven des Deutschen Bundestags, des Otto-Suhr-Instituts und von RIAS-Berlin ausgewerteten Zeitungen (s. Anmerkungen im Text).

4. Veröffentlichungen der Mitglieder der CSU-Führungsgruppe ⁺⁾
in chronologischer Reihenfolge

a) Walter Becher

Nonproliferation auf Kosten Deutschlands, in: BK vom 23.7.1966

Leserbrief an die Frankfurter Allgemeine Zeitung, "Das Münchener Abkommen annullieren?" vom 8.9.1966

Die Mobilität der Fliegen. Der Sozialdemokrat Helmut Schmidt und das Fehlkonzzept einer Ostpolitik, in: BK vom 8.10.1966

Münchener Abkommen nicht dramatisieren, hektogr. Umdruck des Pressereferats der CSU-Landesgruppe vom 23.1.1967

Interview mit dem Norddeutschen Rundfunk, "Deutsches Forum", zur Ostpolitik, vom 8.9.1967

Auf den Treppen des Irrtums, in: West und Ost, vom 29.9.1967

Artikel in West und Ost zur atomaren Selbstverteidigung, vom 24.11.1967

Rede vor der Landesversammlung der Sudetendeutschen vom 27.1.1968 anlässlich seiner Wahl als Sprecher, auszugsweise abgedruckt in: Deutsche National-Zeitung und Soldaten-Zeitung vom 9.2.1968

Interview mit Echo der Zeit, "Mehr Mut zur Demokratie" vom 25.2.1968

Rede vor dem Deutschen Bundestag in der Debatte "Zur Lage der Nation", Stenogr. Berichte, 5. Wp., 160. S., vom 14.3.1968, S. 8349 ff

Interview mit Deutsche Tagespost (Würzburg), "Ein Botschafter in die Tschechoslowakei", vom 12.4.1968

+) Rundfunk- und Fernsehpublikationen werden, sofern nicht anders vermerkt nach der Kommentärübersicht (Rundfunk- und Fernsehdienst) des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung zitiert.

Becher

Zum Gespräch bereit, aber nicht mit Snejdžarek, in: West und Ost, vom 28.6.1968

Interview mit dem SPIEGEL, "Brandt steht unter dem Druck von Kapitulant", Nr. 31 vom 29.7.1969

Interview mit Heynowski und Scheumann vom DDR-Fernsehfunk, in Buchform veröffentlicht unter dem Titel: "Der Präsident im Exil", Berlin (Ost) 1969, S.11 ff

Rede vor der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landmannschaft vom 26.10.1968, auszugsweise abgedruckt in: Ost-West-Kurier vom 2.11.1968, sowie Deutsche National-Zeitung und Soldaten-Zeitung vom 15.11.1968

Faktor der Stabilität, in: Sudetendeutsche Zeitung vom 14.2.1969

Interview mit dem Deutschen Fernsehen, "Bericht aus Bonn" zu seinen Gesprächen mit amerikanischen Politikern vom 25.4.1969

Interview mit dem BK, "Plebiszit für die Freiheit", vom 24.5.1969

Appell an die Vertriebenen. Totale Mobilmachung, in: BK vom 20.9.1969

b) Klaus Bloemer

Das zukünftige Verhältnis Europas zu den USA. Hrsg.: Institut für die Niedersächsische Wirtschaft e.V., Hannover 1965

Für eine Weltmacht Europa, in: Theo Sommer, (Hrsg.) Denken an Deutschland. Zum Problem der Wiedervereinigung.- Ansichten und Einsichten. Hamburg 1966, S.175 ff

Fünf Jahre nach dem Abkommen von Nassau, in: Außenpolitik, 18. Jg., Heft 12, 1967, S.719 ff

Interview mit dem Westdeutschen Rundfunk zu seinem west-europäischen Konföderationsplan vom 27.12.1967

Zwei Deutschlands, ein Europa. Modell für die Europäisierung der deutschen Frage, in: DIE ZEIT vom 5.1.1968

Europäische Konföderation mit zwei deutschen Staaten. Auszüge aus seinem Artikel zur Deutschlandpolitik in Agenor (Brüssel), abgedruckt in: Süddeutsche Zeitung vom 9.8.1968

Bloemer

Ohne die DDR geht es nicht. Der Hauptmangel unserer Ostpolitik, in: DIE ZEIT vom 20.9.1968

Deutsche Frage im europäischen Stufenplan, in: Moderne Welt, 9. Jg., Heft 3, 1968, S.318 f

Konzept einer europäischen Konföderation. Hrg.: Institut für die Niedersächsische Wirtschaft e.V., Hannover 1968

Gespräch mit Der Monat, "Versäumte Gelegenheiten", Jg. 21, Heft 249, Juni 1969, S. 17 ff

Das schwarz-weiß-rote Jahr der CDU/CSU, in: Vorwärts Nr.39 vom 25.9.1969

c) Karl Theodor Freiherr zu Guttenberg

1. Buchveröffentlichungen, Veröffentlichungen in Sammelbänden (in chronologischer Reihenfolge)

Wenn der Westen will. Plädoyer für eine mutige Politik.
2. Auflage, Stuttgart 1965

Eine koordinierte Politik gegenüber Osteuropa, in: Alfred Domes (Hrsg.), Die Politik des Westens und Osteuropa.
Köln 1966, S.222 ff

Ein deutscher Beitrag zur Entspannungs- und Friedenspolitik, in: Alfred Domes (Hrsg.), Entspannung, Sicherheit, Frieden. Köln 1968, S.180 ff

Was heißt konservative Politik heute, in: Hans Julius Schoeps und Christopher Dannenmann (Hrsg.), Formeln deutscher Politik. München-Esslingen 1969

Im Interesse der Freiheit. Hrsgg. von Paul Pucher, Vorwort von Franz Josef Strauß. Stuttgart-Bonn 1970

2. Reden, Aufsätze, Interviews

1964/65

Gespräch mit Alfred Grosser, "Wohin Deutschland in Europa"? vom 4.9.1964, Protokoll 14 des Bergedorfer Gesprächskreises zu Fragen der freien industriellen Gesellschaft, Hamburg-Bergedorf 1964

Für eine beständige deutsche Politik, in: Politisch-Soziale Korrespondenz, 14. Jg. Nr. 10 vom 15.5.1965

Guttenberg

Leserbrief an The Times (London), "Concern in Germany on Geneva Talks", vom 19.10.1965

1966

Staatsmann der deutschen Erneuerung. Zum 90. Geburtstag Konrad Adenauers, in: Schweizer Monatshefte (Zürich), Jg.45, Heft 10, 1966, S.88 ff

Interview mit dem Deutschen Fernsehen, "Bürger fragen Prominente", vom 30.3.1966

Die grundlegenden Probleme der NATO, in: Wehrkunde, XV.Jg., Heft 4, April 1966, S.176 ff

Widerstand gegen eine europäische Tragödie, in: BK vom 28.5.1966

Aktivität ist notwendig, in: Der europäische Osten, Jg. 12, Nr. 136, Juli 1966, S.390 ff

Leserbrief an die Welt am Sonntag zur Osteuropa-Reise Helmut Schmidts vom 21.8.1966

Deutschland-Politik - warum nicht mit de Gaulle, in: DIE ZEIT vom 7.10.1966

Interview mit dem Südwestfunk, "Tribüne", zu Fragen der Europapolitik, vom 16.10.1966

Nicht an Frankreich vorbei, in: Welt am Sonntag vom 30.10.1966

1967

Entspannung und Wiedervereinigung, in: Abendzeitung vom 5.1.1967

Der Wille zu neuem Anfang auf der Basis der Konzentration, in: BK vom 21.1.1967

Interview mit dem Deutschen Fernsehen, "Panorama", zur Ostpolitik der Bundesregierung, vom 30.1.1967

Europäisierung der Deutschlandfrage, in: Abendzeitung vom 2.2.1967

Ohne Titelangabe, Kolumne in der Abendzeitung zum Atomwaffensperrvertrag, vom 9.2.1967

Vortrag im Bayerischen Rundfunk, "Aus erster Hand", zu Grundsätzen europäischer Politik, vom 15.2.1967

Guttenberg

- Das Wehner-Interview, in: Abendzeitung vom 16.2.1967
- England und die EWG, in: Abendzeitung vom 23.2.1967
- Neuanfang auch in Washington, in: Abendzeitung vom 9.3.1967
- FDP-Politik im Niemandsland, in: Abendzeitung vom 23.3.1967
- Braucht Deutschland eine neue Außenpolitik?, in: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 7, Heft 1, 1967, S.16 ff
- Vorsicht vor den Kommunisten, in: Abendzeitung vom 6.4.1967
- Nachruf auf einen Parteitag, in: Abendzeitung vom 13.4.1967
- Interview mit dem Westdeutschen Rundfunk, "Die Woche in Bonn", zu seiner Aufgabe als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeskanzleramt, vom 16.4.1967
- Interview mit dem BK, "Politischer Gehilfe des Bundeskanzlers", vom 22.4.1967
- Leserbrief an das Sonntagsblatt (Hamburg) vom 23.4.1967
- Interview mit der Welt am Sonntag, "Briefannahme keine Anerkennung", vom 21.5.1967
- Interview mit dem Deutschen Fernsehen, "Bericht aus Bonn", zur Frage der Beantwortung des Stoph-Briefes, vom 2.6.1967
- Interview mit dem Südwestfunk zu aktuellen politischen Fragen, vom 4.6.1967
- Interview mit der Bonner Rundschau, "Die Lehre der Nahostkrise heißt Europa", vom 18.6.1967
- Interview mit dem Hessischen Rundfunk, zur deutsch-französischen Zusammenarbeit, vom 11.7.1967
- Interview mit der Stuttgarter Zeitung, "Großer Schritt im deutsch-französischen Vertrauensverhältnis", vom 12.7.1967
- Interview mit dem Mannheimer Morgen, "Historische Verzahnung zwischen Paris und Bonn", vom 18.7.1967
- Interview mit dem Norddeutschen Rundfunk zu aktuellen politischen Fragen, vom 12.8.1967
- Interview mit der Welt am Sonntag, "Kommt Kiesinger mit Johnson klar?" vom 13.8.1967

Güttenberg

Interview mit dem Südwestfunk, "Tribüne der Zeit", zu den Auswirkungen der Amerikareise Kiesingers auf das deutsch-französische Verhältnis, vom 21.8.1967

Diskussion im Zweiten Deutschen Fernsehen mit Erhard Eppler über verteidigungspolitische Probleme vom 8.10.1967

Diskussionsbeitrag in der Europadebatte des Deutschen Bundestags, Stenogr. Berichte, 5. Wp., 129.S., vom 26.10.1967, S. 6548

Interview mit dem BK, "Keine Anerkennung - aber Gespräche sind möglich", vom 4.11.1967

Interview mit dem Deutschen Fernsehen, "Panorama", zu Fragen der Deutschland- und Ostpolitik, vom 31.11.1967

Ein Jahr Bundesregierung der Großen Koalition, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 146 vom 1.12.1967, S.1229 f

1968

Interview mit dem Deutschlandfunk zu außenpolitischen Fragen, "Das Interview der Woche", vom 11.2.1968

Interview mit dem Hessischen Rundfunk, "Probleme der deutschen Politik", vom 20.2.1968

Fernsehdiskussion im Zweiten Deutschen Fernsehen, "Journalisten fragen - Politiker antworten", mit Heck, Heinemann, Scheel, vom 23.2.1968

Interview mit der Welt am Sonntag, "Guttenberg: Beziehungen sind gut", vom 31.3.1968

Europäische Selbstbehauptung, in: Moderne Welt, Jg. 9, Heft 2, 1968, S.121 ff

Interview mit der Deutschen Welle zu seiner USA-Reise, vom 1.4.1968

Interview mit dem BK, "Zurück aus Washington", vom 6.4.1968

Leserbrief an die Neue Bildpost, "Nicht auf Gegenkurs", vom 14.4.1968

Deutschland und Europa, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 53 vom 3.5.1968, S.434 ff

Interview mit Das Profil, "NPD: Koalitionspartner von morgen?", 3.Jg., Heft 6, Juni 1968

Guttenberg

Erste Aufgabe bleibt Europas Einigung, in: Ost-West-Kurier vom 1.6.1968

Interview mit Deutsche Tagespost (Würzburg), "Bonn ist nicht Stuttgart," vom 7.6.1968

Interview mit dem Deutschen Fernsehen, "Report", zum Paß- und Visumzwang der DDR, vom 14.6.1968

Interview mit der Bild-Zeitung, "Nach dem Schock von Prag: Europa braucht eigenen Atomschutz", vom 26.8.1968

Diskussion im Zweiten Deutschen Fernsehen mit Helmut Schmidt zur Sicherheitspolitik der BRD und der NATO nach der CSSR-Invasion, vom 1.9.1968

Vortrag im Bayerischen Rundfunk, "Aus erster Hand", zur deutschen Außenpolitik, vom 9.10.1968

Diskussion im Hessischen Rundfunk mit Jahn und Mischnik zu Fragen der Europapolitik, vom 15.12.1968

1969

Diskussion im Westdeutschen Rundfunk, "Mittagmagazin", mit Dietrich Genscher, vom 8.1.1969

Interview mit dem General-Anzeiger (Bonn), "Atomsperrvertrag ist noch nicht unterschriftsreif", vom 11.1.1969

Interview mit "DER SPIEGEL", "Am Text des Vertrages ist nichts mehr zu ändern", Nr. 7 vom 10.2.1969

Atomsperrvertrag. Worum geht es wirklich?, in: Deutsches Monatsblatt Nr. 2/1969

Leserbrief an DIE ZEIT zu den umstrittenen Äußerungen der Botschafter Grewe und Schnippenkoetter auf der Münchener Wehrkundetagung, vom 28.2.1969

Interview mit der Stuttgarter Zeitung, "Begrüßenswerte Fortschritte in Paris", vom 15.3.1969

Interview mit Welt am Sonntag vom 16.3.1969

Der Aufruf von Budapest, in: CSU-Kommentar Nr. 9 vom 27.3.1969

Gewaltverzicht ja - Anerkennung nein, in: BK vom 14.6.1969

d) Marcel Hepp

Der Atomsperrvertrag. Die Supermächte verteilen die Welt.
Stuttgart 1968

Seine ab 6.5.1967 regelmäßig wöchentlich erscheinenden
Artikel im Bayernkurier werden nicht im einzelnen auf-
geführt. Es wird hier auf die Anmerkungen verwiesen.

e) Richard Jaeger

Der deutsche Rat ist überflüssig. Allein die Bundesregie-
rung kann für die Wiedervereinigungspolitik verantwor-
tlich sein, in: Rheinischer Merkur vom 10.6.1966

Interview mit dem Hessischen Rundfunk zur Pressekonferenz
de Gaulles und zu NATO-Fragen, vom 28.11.1967

Rede in der Verteidigungsdebatte des Deutschen Bundestages,
Stenogr. Berichte, 5. Wp., 141. S., vom 7.12.1967,
S. 7238 ff

Die Krise der nordatlantischen Gemeinschaft, in: Europa-
Forum, Jg. 1, Heft 4, 1967, S. 220 ff

Entspannung und Sicherheit, in: Abendzeitung vom 25.1.1968

Ausverkauf in Außenpolitik, in: Abendzeitung vom 14.8.1968

Vorabdruck eines Artikels in der Abendzeitung vom 5.9.1968
zu einigen Aspekten des Einmarsches in die CSSR, auszugs-
weise abgedruckt in: CSU-Correspondenz vom 5.9.1968

Gestern Prag - morgen München, in: Abendzeitung vom 3.10.
1968

Vortrag im Bayerischen Rundfunk, "Politik aus erster Hand",
zu den außenpolitischen Gefahren nach dem 21. August 1968,
vom 20.11.1968 (hektogr. Manuskript)

Die Schatten werden länger, in: Abendzeitung vom 24.4.1969

Illusion statt Politik, in: Abendzeitung vom 17.7.1969

f) Franz Josef Strauß

1. Buchveröffentlichungen, Veröffentlichungen in
Sammelbänden, Vorworte

Grundfragen deutscher Politik. Politische Schriftenreihe
des Neuen Presseclubs München, Gegenwartsfragen der Politik.
Heft 5, München 1965

The Grand Design. A European Solution to German Reunifi-
cation. London 1965

Entwurf für Europa. Stuttgart 1966

Allianz zwischen zwei Kontinenten, in: Wolfram von Raven
(Hrsg.), Armee gegen den Krieg. Wert und Wirkung der Bun-
deswehr. Stuttgart 1966

Vorwort zu: J.-J. Servan Schreiber, Die amerikanische Her-
ausforderung. Hamburg 1968

Herausforderung und Antwort. Ein Programm für Europa.
Vorwort von Jean-Jacques Servan-Schreiber. Stuttgart 1968

Bundestagsreden. Hrsg. Leo Wagner. Bonn 1968

Vorwort zu: Karl Theodor Freiherr zu Guttenberg, Im Inter-
esse der Freiheit. Stuttgart-Bonn 1970

Vorwort zu: Richard Coudenhove-Kalergi, Weltmacht Europa.
Stuttgart 1971

2. Reden, Aufsätze, Interviews

1961-1965

Strategie der Freiheit und des Friedens. Rede vor der
Georgetown University, abgedr. in: Bulletin des Presse-
und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 224 vom
1.12.1961, S.2097 ff

Interview mit Günter Gaus im Deutschen Fernsehen vom 29.4.
1964, "Zur Person", abgedr. in: Günter Gaus, Zur Person.
Porträts in Frage und Antwort. München 1965, S.121 ff

An Alliance of continents, in: International Affairs
(London), Vol. 41, No. 2, 1965, S.191 ff

Die große Mission der Vertriebenen, in: Der europäische
Osten, Heft 123, Juni 1965, S.326 ff

Strauß

Diskussion mit Helmut Schmidt und Siegfried Zoglmann über Probleme der atomaren Verteidigung. Hessischer Rundfunk, "Frankfurter Gespräch", vom 5.12.1965

1966

Interview mit dem Westdeutschen Rundfunk zu aktuellen militärpolitischen, Fragen vom 3.1.1966

Interview mit dem Süddeutschen Rundfunk zu aktuellen außenpolitischen Fragen, vom 25.1.1966

Sicherheit in Gleichberechtigung, in: BK vom 5.3.1966

Interview mit dem Westdeutschen Rundfunk zur NATO-Krise und NATO-Reform, vom 23.3.1966

Interview mit dem Westdeutschen Rundfunk zu Fragen der Deutschlandpolitik, vom 6.4.1966

Interview mit der ZEIT vom 8.4.1966

Wiedersehen in Europa. Stellungnahme zu einem Diskussionsbeitrag Gerhard Nennings: Deutschland deine Außenpolitik, in: Neues Forum, Wien, Heft 148-49, April/Mai 1966, S.228 f

Interview mit US News & World Report vom 18.4.1966, S.68 ff

"Wenn ich Kanzler wäre". Was Strauß de Gaulle schriebe, abgedr. in: Süddeutsche Zeitung vom 23.5.1966

Europa und die deutsche Frage, in: Das Profil, Heft 6, 1966, S.II-IV

Rede vor dem Royal Institute of International Affairs London, vom 17.6.1966, abgedr. in: EA F. 15/1966, S. D 396 ff; auszugsweise abgedruckt in: BK vom 25.6.1966

Interview mit dem Westdeutschen Rundfunk zu seiner Londoner Rede und Barzels Washingtoner Rede am 17. Juni 1966, vom 20.6.1966

Interview mit der Süddeutschen Zeitung, "Große Koalition unter drei Voraussetzungen", vom 23./24.7.1966

Interview "Neues Selbstverständnis der Deutschen" mit Die Entscheidung, 14. Jg., Nr. 8, August 1966, S.12 ff

Die Nationen bleiben. Europa wird stärker sein. Fernsehansprache zur Deutschlandpolitik, abgedr. in: BK vom 6.8.1966

Deutschland-Frage behält Vorrang, in: Stimme im Exil, Nr. 39, Berlin, Oktober 1966, S.2

Strauß

Interview mit der Welt am Sonntag, "Nicht völlig an USA binden", vom 2.10.1966

Der Weg Europas. Redeauszug ohne Angabe von Ort und Datum der Rede, abgedr. in: BK vom 24.9.1966

Interview mit dem Bayerischen Rundfunk zu Problemen der europäischen Integration anlässlich der Studientagung der christlich-demokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments in München, vom 6.10.1966

Europas eigene Verteidigung, in: Rheinischer Merkur vom 7.10.1966

Bayerns deutsche Aufgabe für Sicherheit und Wohlstand, in: BK vom 8.10.1966

Rede vor der CSU-Landesversammlung, "Die deutsche Aufgabe Bayerns", abgedr. in: Dokumentation Landesversammlung 1966, "Die deutsche Aufgabe Bayerns", Hrg.: Abt. Öffentlichkeitsarbeit der CSU-Landesleitung, München 1966

Der Auftrag Bayerns, in: Deutsches Monatsblatt, 13. Jg., Nr. 11, Bonn, November 1966, S.4

Interview mit dem Saarländischen Rundfunk zum Deutschlandproblem und zu Verteidigungsfragen, vom 30.11.1966

Die nächsten Aufgaben der deutschen Politik, in: Bonner Rundschau vom 30.11.1966

Die deutsche Frage, in: Europa, Heft 12, 1966, S. 12 ff (Auszug aus: Entwurf für Europa)

1967

Das Jahr der großen Aufgaben, in: BK vom 1.1.1967

Interview mit dem SPIEGEL, "Gegen die Zukunftsdrohung eine Zukunftsmusik", abgedr. in: SPIEGEL Nr. 1/2, vom 2.1.1967

Brief an Bundeskanzler Kiesinger zum Thema Atomwaffensperrvertrag, auszugsweise abgedruckt in: Demokratisch-Konservative Korrespondenz (DKK), Nr. 8, vom 22.2.1967

Interview mit Le Monde, "Je n'ai jamais parlé d'un nouveau diktat de Versailles", vom 11.3.1967

Kein nationaler Besitz. Bundesfinanzminister zur Frage der Atomwaffen, in: Neue Rhein-Ruhr-Zeitung vom 18.3.1967

Strauß

Interview mit Radio Beromünster (Schweiz) zu Problemen der Großen Koalition und außenpolitischen Fragen, vom 4.4.1967

Deutsche Rechtspositionen nicht ins Zwielficht rücken, in: West und Ost vom 21.4.1967; sowie BK vom 15.4.1967

Baumeister Deutschlands und Europas. Nachruf auf Konrad Adenauer, in: BK vom 29.4.1967

Interview mit dem Zweiten Deutschen Fernsehen zu aktuellen politischen Fragen, "Deutschland-Gespräch", vom 11.5.1967

Rechtspositionen nicht aufgeben, in: Ost-West-Kurier vom 13.5.1967

Interview mit der WELT, Großbritannien muß Farbe bekennen", vom 23.5.1967

Rede vor der CSU-Landesversammlung vom 30.6./1.7.1967, abgedr. in: BK Dokumentation vom 8.7.1967

Interview mit dem Zweiten Deutschen Fernsehen zu den politischen Aspekten der CSU-Landesversammlung, vom 1.7.1967

Interview mit dem Deutschlandfunk, "Interview der Woche", vom 16.7.1967

Interview mit der Welt am Sonntag, "Strauß: Gegen jede Unterwerfung", vom 3.9.1967

Interview mit der Deutschen Welle vom 15.10.1967

Deutsche Politik zwischen Ost und West. Ausschnitte aus der Madrider Rede vom 30.10.1967, abgedr. in: Rheinischer Merkur vom 10.11.1967

Nation mit neuem Auftrag. Die Einheit der Deutschen im geeinten Europa, in: Die Politische Meinung, Jg. 12, 1967, Heft 120, S.13 ff

Interview mit der Bonner Rundschau vom 2.12.1967

1968

Interview mit dem Saarländischen Rundfunk zur deutsch-französischen Zusammenarbeit in der Währungspolitik, vom 25.1.1968

Vom Nationalstaat zum Kontinentalstaat, in: Rheinischer Merkur vom 2.2.1968

Interview mit dem Deutschen Fernsehen zum deutsch-französischen Konsultationstreffen in Paris, vom 16.2.1968

Strauß

Interview mit dem Süddeutschen Rundfunk zum Devisenausgleich mit den USA und aktuellen ostpolitischen Fragen, vom 8.3.1968

Zum SPD-Parteitag, in: CSU-Correspondenz, Nr. 33, vom 21.3.1968

Gespräch mit Mann in der Zeit, "Noch läßt das Tauwetter auf sich warten", vom 1.4.1968

Großbritannien und Europas Einheit, in: Europa-Forum, 2.Jg., Heft 1, München, April 1968, S.74 ff

Rede vor der CSU-Landesversammlung vom 12./13.7.1968, abgedr. in: BK vom 19.7.1968

Interview mit dem Süddeutschen Rundfunk zu aktuellen Fragen der Außen- und Innenpolitik, vom 13.7.1968

Gespräch mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, "Amerika braucht europäische Hilfen", vom 29.7.1968

Interview mit der Welt am Sonntag, "Strauß: Persönliche Angriffe unterlassen", vom 4.8.1968

Interview mit dem Deutschen Fernsehen, Günter Gaus: "Zu Protokoll", "Über den Krisensommer und die daraus zu ziehenden Folgerungen", vom 8.9.1968

Interview mit Welt am Sonntag, "Jetzt mit Johnson über NATO reden", vom 1.9.1968

Interview mit der Rheinischen Post, "Schweigen zum Verhältnis Bonn-Paris", vom 1.11.1968

Deutsche Ostpolitik für den Frieden in Europa, in: Deutschland-Archiv, 1. Jg., Heft 8, November 1968, S.804 f

Interview mit der Deutschen Welle zum Ergebnis der amerikanischen Präsidentenwahl, vom 7.11.1968

Rede vor dem europäischen Parlamentarierkongreß in Den Haag. Kurzfassung in: Finanznachrichten, Nr. 26, vom 12.11.1968

Strauß zur Zehnerkonferenz, in: Finanznachrichten, Nr.32, vom 22.11.1968

Rede vor dem Deutschen Bundestag zur Währungspolitik, Stenogr. Berichte, 5. Wp., 197 S., vom 26.11.1968, S.10622 ff

Phrasen schaffen kein Europa, in: Europäische Gemeinschaft, Heft 12, 1968, S.3 ff

Wir wollen weder Nr. 1 noch Nummer X sein, in: Bonner Rundschau vom 5.12.1968

Strauß

Interview mit der ZEIT, "Die Mark ist nicht an allem schuld", vom 6.12.1968

Interview mit The Times (London), "Why I defended the D-Mark", vom 12.12.1968

Partei ohne Profilneurose, in: BK vom 14.12.1968

Rede vor der CSU-Landesversammlung vom 14.12.1968, "Politik und gültige Grundsätze", auszugsweise abgedruckt in: Union-Kurier, Beilage zum BK vom 4.1.1969

Interview mit dem SPIEGEL, "Ich höre lieber Gebell als Geheul", Nr. 51, vom 16.12.1968, S.36 ff

Interview mit The Times (London), "Industry failed Wilson, says Strauss", vom 18.12.1968

Der Friede und Europa, in: Deutsche Tagespost (Würzburg), vom 24.12.1968

Sicherheit und Freiheit. Auf der Suche nach dem echten Frieden, in: Allgemeine Sonntags-Zeitung (Hamburg) vom 29.12.1968

1969

Interview mit Capital, "Lieber Ananas-Farmer in Alaska als Bundeskanzler", Jg. 8, Nr. 1, 1969, S.20 f

Interview mit der Welt am Sonntag vom 12.1.1969

Interview mit US News & World Report, "For America, 'Europe should be No.1 again' ", vom 13.1.1969, S. 54 ff

Interview mit PUBLIK vom 23.1.1969, abgedr. in: CSU-Correspondenz, Nr. 6/1969, vom 23.1.1969

Interview mit dem Deutschlandfunk, "Interview der Woche", vom 26.1.1969

Interview mit Daily Mail (London), "Without Britain, Europe is incomplete", vom 10.2.1969

Dokumentation zum Briefwechsel Strauß-Brandt über den Atomwaffensperrvertrag, abgedr. in: BK vom 15.2.1969

Diskussion im Zweiten Deutschen Fernsehen, "Journalisten fragen - Politiker antworten" mit Benda, Schiller, Scheel u.a. vom 27.2.1969

Interview mit dem Saarländischen Rundfunk zur Europapolitik vom 23.3.1969

Strauß

Interview mit dem Südwestfunk zu aktuellen Themen der Innen- und Außenpolitik vom 23.3.1969

Rede vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, "Politik der großen und kleinen Schritte auf dem Weg nach Europa", unveröffentlichter Umdruck, vom 27.3.1969

Appell für Europa, in: Politisch-Soziale Korrespondenz, XVIII. Jg., Nr. 6, vom 1.4.1969, S.4 f

Von der nationalstaatlichen zur europäischen Finanzpolitik. Ein Beitrag zum Jubiläumsjahr des Finanzressorts, in: Deutsche Steuerzeitung, Heidelberg, Jg. 57, Nr. 13, 1969 S.193 ff

Interview mit dem Volkswirt, "Konzept für die 70er Jahre. 'Auch die Wirtschaft steht im Dienst der Außenpolitik'", Nr. 14, vom 3.4.1969

Interview mit der Welt am Sonntag vom 6.4.1969

Interview mit der Welt am Sonntag vom 13.4.1969

Schluß mit dem Gerede, in: Finanznachrichten, Nr. 89, vom 12.4.1969; sowie BK vom 12.4.1969

Interview mit dem Deutschen Fernsehen zur Bedeutung des Konflikts Moskau-Peking für die deutsche Politik, vom 7.5.1969

Rede vor der European-Atlantic-Group in London vom 18.5. 1969, "European Identity within the Atlantic Alliance", abgedr. in: Finanznachrichten, Nr. 109, vom 21.5.1969; auszugsweise auch in: The Times (London) vom 20.5.1969

Interview mit BBC vom 20.5.1969

Europa-Initiative. Wem die Stunde schlägt, in: BK vom 31.5.1969

Ortsbestimmung. Entschlossen die Zukunft sichern. Freiheit des Einzelnen - Souveränität der Nation, in: BK vom 14.6. 1969

Rede vor dem CSU-Landesparteitag vom 13./14.6.1969, "Die ganze Wahrheit. Schluß mit dem Doppelspiel", abgedr. in: BK Dokumentation vom 21.6.1969

Bayern ist kein Politzirkus, in: BK vom 5.7.1969

Interview mit dem Westdeutschen Rundfunk vom 8.7.1969

Interview mit L'Express (Paris), No. 940, vom 14.7.1969, S.56 ff

Interview mit der Nürnberger Zeitung, "Ich kann nicht nur Banalitäten sagen", vom 26.7.1969

Strauß

Interview mit EPOCA (München), "Der Mann an der Kasse", Nr. 8, August 1969, S.4 ff

Interview mit der Welt am Sonntag zur Moskaureise Schmidts, Möllers und Frankes, vom 17.8.1969

Schmidt & Co. Sinnlose Wallfahrt nach Moskau. Traumtänzer und Dampfplauderer, in: BK vom 30.8.1969

Interview mit dem SPIEGEL, "Man soll die Hoffnung nie aufgeben", Nr. 36, vom 1.9.1969

Willkommen Herr Pompidou, in: BK vom 6.9.1969

Der Wähler weiß, was er hat, in: BK vom 13.9.1969, BK-Report

Karten auf den Tisch, Herr Brandt, in: BK vom 13.9.1969

Interview mit dem Flensburger Tageblatt, "Die Inflationsprediger haben Unruhe und Angst erzeugt", vom 18.9.1969

Interview mit der ZEIT, "Zur Not auch wieder mit Schiller", vom 19.9.1969

Diskussion im Zweiten Deutschen Fernsehen, "Journalisten fragen - Politiker antworten" mit Kiesinger, Brandt und Scheel vom 25.9.1969

Bessere Einrichtung des deutschen Hauses, in: Süddeutsche Zeitung vom 26.9.1969

Kiesinger oder Brandt. Gegen die Fahrt ins Abenteuer, in: BK vom 27.9.1969

g) Richard Stücklen

1967

Vortrag im Bayerischen Rundfunk, "Aus erster Hand", vom 25.1.1967, auszugsweise abgedruckt in: CSU-Correspondenz vom 26.1.1967

Mitteilung zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien, in: CSU-Correspondenz vom 27.1.1967

Zukunft der Völker im Großbraunsystem Europa, in: BK vom 4.2.1967

Stellungnahme zum Atomwaffensperrvertrag auf einer CSU-Versammlung in Ansbach, auszugsweise abgedruckt in: CSU-Correspondenz vom 7.2.1967

Erklärung zum FDP-Parteitag in Hannover, abgedr. in: CSU-Correspondenz vom 5.4.1967

Stücklen

Die EWG und England, in: Abendzeitung vom 11.5.1967

Rede in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestags zu den Haushalten des Bundeskanzlers, des Bundeskanzleramtes und des Außenministers, Stenogr. Berichte, 5. Wp., 111. S., vom 7.6.1967, S.5288

Sprache des Friedens, in: Abendzeitung vom 15.6.1967

Rede vor der CSU-Landesversammlung vom 30.6.1967, abgedr. in: BK Dokumentation vom 8.7.1967

Europas Solidarität, in: Abendzeitung vom 17.8.1967

Stellungnahme zum USA-Besuch Kiesingers, abgedr. in: CSU-Correspondenz vom 17.8.1967

Ein hoffnungsvolles Wort, in: Abendzeitung vom 24.8.1967

Harmonie und Mißklang, in: Abendzeitung vom 15.9.1967

Die neuen Ausfälle Stophs, in: Welt am Sonntag vom 24.9.1967

Die Suche nach dem Schlüssel, in: Abendzeitung vom 28.9.1967

Stellungnahme zum Schreiben Kiesingers an Stoph, abgedr. in: CSU-Correspondenz vom 30.9.1967

Interview mit dem Deutschlandfunk, "Interview der Woche", zu aktuellen politischen Fragen, vom 8.10.1967

Politische Union mit Vorrang, in: BK vom 14.10.1967

Der Pulsschlag Europas in Berlin, in: BK vom 28.10.1967

Europapolitik auf geradem Kurs, in: Abendzeitung vom 2.11.1967

Ein Jahr Große Koalition in Bonn, in: BK vom 25.11.1967

Moskau und die NPD, in: Abendzeitung vom 14.12.1967

1968

Der Dollar und die Sicherheit, in: Abendzeitung vom 11.1.1968

Mehr Solidarität im Bündnis, in: Bunte Illustrierte vom 14.3.1968, Vorabdruck in: CSU-Correspondenz vom 13.3.1968

Stücklen

Diskussion im Zweiten Deutschen Fernsehen, "Journalisten fragen - Politiker antworten" mit von Hassel, Wehner, Genscher vom 28.3.1968

Stellungnahme zu den Vorgängen in der CSSR, abgedr. in: CSU-Correspondenz vom 21.8.1968

Interview mit DIE WELT, "Bündnis- und Ostpolitik muß neu überdacht werden", vom 23.8.1968

Vorabdruck eines Artikels in der Abendzeitung vom 19.9.1968, in: CSU-Correspondenz vom 18.9.1968

Interview mit der Welt am Sonntag, "CSU drängt Kiesinger: General de Gaulle jetzt konkrete Fragen stellen", vom 22.9.1968

Interview mit dem Deutschen Fernsehen, "Monitor", zu den Ergebnissen der Tagung der CSU-Landesgruppe in Bad Berneck, vom 23.9.1968

Rede in der Außenpolitischen Debatte des Deutschen Bundestages, Stenogr. Berichte, 5. Wp., 186. S., vom 26.9.1968, S.10116 ff

Diskussion im Zweiten Deutschen Fernsehen, "Journalisten fragen - Politiker antworten" mit Gerstenmaier, Wehner, Scheel, vom 26.9.1968

Interview mit der Nürnberger Zeitung vom 3.10.1968, auszugsweise abgedruckt in: CSU-Correspondenz vom 2.10.1968

Bevorzugte Zusammenarbeit zwischen Bonn und Paris, in: Bonner Rundschau vom 12.10.1968

Diskussion im Zweiten Deutschen Fernsehen, "Journalisten fragen - Politiker antworten" mit Brandt, Scheel, Gerstenmaier, vom 12.12.1968

1969

Stellungnahme zum Vorwurf Helmut Schmidts, die CSU sei in der Frage der Unterzeichnung und Ratifizierung des Atomwaffensperrvertrags innerlich völlig zerrissen, abgedr. in: CSU-Correspondenz vom 20.1.1969

Interview mit dem Sender Freies Berlin zu aktuellen politischen Fragen, vom 19.3.1969

Aufgaben für das nächste Jahrzehnt. Die CSU als politische Kraft, in: BK vom 14.6.1969

Stücklen

Rede vor dem CSU-Parteitag vom 13./14.6.1969, "Mit Legenden aufräumen", abgedr. in: BK vom 21.6.1969

Diskussion im Zweiten Deutschen Fernsehen, "Journalisten fragen - Politiker antworten" mit Helmut Schmidt, Mischnick vom 26.6.1969

Antwort an Chaban-Delmas, in: Abendzeitung vom 3.7.1969

Illusionen den Kampf angesagt, in: BK vom 13.9.1969

h) Friedrich Zimmermann

Interview mit der Bonner Rundschau, "Atomsperrvertrag bringt Industriespionage", vom 19.2.1967

Vortrag vor der IV. Internationalen Wehrkunde-Tagung am 28.1.1967 in München, abgedruckt unter dem Titel "Probleme der deutschen Verteidigungspolitik", in: Wehrkunde, XVI. Jg., Heft 3, März 1967, S.113 ff

Rede vor dem Deutschen Bundestag in der Debatte über den Atomwaffensperrvertrag, Stenogr. Berichte, 5. Wp., 106. S., vom 27.4.1967, S. 4961 ff

Interview mit der Neuen Ruhr-Zeitung, zum Fatex-Manöver, vom 27.10.1967

Diskussion mit den Journalisten Casdorff und Scholl-Latour im Deutschen Fernsehen, "Monitor", zum Fatex-Manöver, vom 3.10.1967

Interview mit dem Deutschlandfunk zu verteidigungspolitischen Fragen, vom 3.12.1967

Rede vor dem Deutschen Bundestag zur deutschen Verteidigungskonzeption, in der Debatte über die Ausrüstung der Bundeswehr, Stenogr. Berichte, 5. Wp., 140. S., vom 6.12.1967, S. 7158 ff

Die Entspannungs-Lüge, in: BK vom 16.12.1967

Stellungnahme zum Resolutionsentwurf der auf der Genfer Abrüstungskonferenz vertretenen Atommächte, abgedr. in: CSU-Correspondenz vom 8.3.1968

Rede vor dem Deutschen Bundestag in der Debatte "Zur Lage der Nation", Stenogr. Berichte, 5. Wp., 160.S., vom 14.3.1968, S. 8321 ff

Zimmermann

Interview mit dem Westdeutschen Rundfunk, "Kritische Chronik", vom 22.3.1968

Nachtrag zu seiner Rede in der Bundestagsdebatte vom 14.3.1968, in: BK vom 23.3.1968

Interview mit Deutsche Tagespost (Würzburg), "Irgendwann ohne Gänsefüßchen", vom 5.4.1968

Interview mit der Welt am Sonntag, "Konföderation Bonn-Paris?", vom 5.5.1968

Rede vor der Gesellschaft für politische und strategische Studien in Wien vom 21.5.1968, auszugsweise abgedruckt in: CSU-Correspondenz vom 21.5.1968

Sperrvertragskomplott gegen Europas Zukunft, in: BK vom 25.5.1968

Rede vor dem Deutschen Bundestag zur Verteidigungspolitik, Stenogr. Berichte, 5. Wp., 201 S., vom 4.12.1968, S.10847

Rüstungspolitik und Verteidigungswirtschaft, in: Wehr und Wirtschaft (München), Jg. 13, Heft 1, 1969, S.19 ff

Erst Moskaus Drohung vom Tisch, in: Neue Rhein-Ruhr-Zeitung vom 22.2.1969

Kanada und die NATO, in: CSU-Kommentar, Nr. 14, vom 10.4.1969

i) Andere CSU-Autoren

Konstantin von Bayern

Bundeswehr und NATO-Doktrin, in: Civis, Heft 10, Oktober 1966

Deutschland heute. Gekürzter Abdruck eines Vortrags vor dem Goethe-Institut in New York, in: BK vom 21.1.1967

Beziehungen mit Prag, in: Süddeutsche Zeitung vom 10.2.1967

Rede vor dem Deutschen Bundestag in der Debatte über den Verteidigungshaushalt, Stenogr. Berichte, 5. Wp., 167 S., vom 4.4.1968, S.8816

Gegen den Alleskitt des Mißtrauens, in: BK vom 3.8.1968

Drei Thesen für Europa. Sicherheitssystem mit Frankreich, in: BK vom 28.9.1968

Rede vor dem Deutschen Bundestag in der außenpolitischen Debatte zur Deutschland- und Ostpolitik, Stenogr. Berichte, 5. Wp., 180 S., vom 20.6.1969, S.9763 f

Franz Heubl

Der fragwürdige Atomsperrvertrag, in: BK vom 18.2.1967

Ostpolitik ohne Illusionen, in: BK vom 14.6.1969

Max Schulze-Vorberg

Friedliche Nutzung der Atomenergie nicht behindern, in: CSU-Correspondenz vom 10.2.1967

Abschreckung noch glaubwürdig, in: Echo der Zeit, vom 24.2.1967, abgedr. in: CSU-Correspondenz vom 23.2.1967

Sprecher der CSU in der Aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages zur Deutschlandpolitik, Stenogr. Berichte, 5. Wp., 108. S., vom 10.5.1967, S.5096 f

Diskussionsbeitrag anlässlich einer Tagung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland vom 8.-10.12.1967 zum Deutschland-Memorandum des Kuratoriumsvorsitzenden W.W. Schütz, abgedruckt in: W.W. Schütz, Deutschland-Memorandum. Eine Denkschrift und ihre Folgen. Frankfurt a.M. 1968, S.93 ff

Rede vor dem Deutschen Bundestag in der Deutschlanddebatte, Stenogr. Berichte, 5. Wp., 180. S., vom 20.6.1968, S.9757

Diskussion im Zweiten Deutschen Fernsehen, "Journalisten fragen - Politiker antworten", vom 29.5.1969

5. Bücher, Veröffentlichungen in Sammelbänden

Heinrich Albertz und Dietrich Goldschmidt (Hrsg.), Konsequenzen oder Thesen, Analysen und Dokumente zur Deutschlandpolitik. Reinbek bei Hamburg 1969

Rudolf Augstein, Konrad Adenauer und seine Epoche. In: Die Ära Adenauer. Einsichten und Ausblicke. Frankfurt a.M. 1964

Außenpolitik nach der Wahl des 6. Bundestages. Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik: Aktuelle Außenpolitik. Opladen 1969

George W. Ball, Disziplin der Macht. Voraussetzungen für eine neue Weltordnung. Frankfurt a.M. 1968

Arnulf Baring, Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie. Bonns Beitrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bd. 28. München-Wien 1969

- Friedhelm Baukloh, Die Verräter stehen rechts. In: Immanuel Geiß und Volker Ullrich (Hrsg.), 15 Millionen beleidigte Deutsche oder Woher kommt die CDU? Reinbek bei Hamburg 1970
- Peter Bender, Offensive Entspannung. Möglichkeiten für Deutschland. Köln 1964
- Derselbe, Zehn Gründe für die Anerkennung der DDR. Frankfurt a.M. 1968
- Waldemar Besson, Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Erfahrungen und Maßstäbe. München 1970
- Immanuel Birnbaum, Entzweite Nachbarn. Deutsche Politik in Osteuropa. Frankfurt a.M. 1968
- Georg Bluhm, Die Oder-Neiße-Linie in der deutschen Außenpolitik. Freiburger Studien zur Politik und Soziologie, hrsgg. von Arnold Bergstraesser. Freiburg 1963
- Achim von Borries, Ehrbar? Zur Selbstdarstellung der CSU. In: Immanuel Geiß und Volker Ullrich (Hrsg.), 15 Millionen Deutsche oder Woher kommt die CDU? a.a.O.
- Karl-Dietrich Bracher, Zum Primat der Außenpolitik. In: Uwe Nerlich (Hrsg.), Krieg und Frieden in der modernen Staatenwelt. Beiträge der Sozialwissenschaft II. Gütersloh 1966
- Derselbe und Ernst Fraenkel (Hrsg.), Internationale Beziehungen. Fischer Lexikon, Band 7, Frankfurt a.M. 1969
- Derselbe (Hrsg.), Nach 25 Jahren. Eine Deutschland-Bilanz. München 1970
- Gerhard Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik. Studien zur politischen und gesellschaftlichen Situation der Bundeswehr, Folge 3, hrsgg. von Georg Picht. Witten-Berlin 1966
- Willy Brandt, Friedenspolitik in Europa. Frankfurt a.M. 1968
- Derselbe, Außenpolitik - Deutschlandpolitik - Europapolitik. Grundsätzliche Erklärungen während des ersten Jahres im Auswärtigen Amt. Berlin 1968
- Zbigniew Brzezinski, Alternative zur Teilung. Neue Möglichkeiten für eine gesamteuropäische Politik. Köln-Berlin 1966
- Ernst-Otto Czempiel (Hrsg.), Die anachronistische Souveränität. Zum Verhältnis von Innen- und Außenpolitik. Sonderheft 1/1969 der Politischen Vierteljahresschrift. Köln und Opladen 1969
- Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. München 1965

- Thomas Dalberg, Franz Josef Strauß. Porträt eines Politikers.
Gütersloh 1968
- Ernst Deuerlein, Deklamation oder Ersatzfrieden? Die Konferenz von Potsdam 1945. Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1970
- Hellmut Diwald, Die Anerkennung. Bericht zur Klage der Nation.
München-Eßlingen 1970
- Hans Frederik, Franz Josef Strauß. Weder Heiliger noch Dämon.
3. erweiterte Auflage, München 1969
- Leonhard Froese (Hrsg.), Was soll aus Deutschland werden?
Neue Aspekte zur Deutschlandpolitik. München 1968
- Curt Gasteyger (Hrsg.), Einigung und Spaltung Europas 1942-
1965. Frankfurt a.M. 1966
- Günter Gaus, Zur Person. Porträts in Frage und Antwort.
München 1965
- Theodor Geiger, Ideologie. In: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 5. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1956
- Immanuel Geiß und Volker Ullrich (Hrsg.), 15 Millionen beleidigte Deutsche oder Woher kommt die CDU? Reinbek bei Hamburg 1970
- Eugen Gerstenmaier, Neuer Nationalismus? Stuttgart 1965
- Wolf Grabendorff, Gleichförmigkeit und Abweichung im Profil von CDU und CSU. Unveröffentl. Diplom-Arbeit am Otto-Suhr-Institut an der Freien Universität Berlin, Berlin 1965
- Alfred Grosser, Die Bundesrepublik Deutschland. Bilanz einer Entwicklung. Tübingen 1967
- Claus Grossner, Ein militärisch-industrieller Komplex in der Bundesrepublik? Zur Theorie von Richard J. Barnet. In: Richard J. Barnet, Der amerikanische Rüstungswahn oder die Ökonomie des Todes. Reinbek bei Hamburg 1971
- Lothar Gruchmann, Der Zweite Weltkrieg. dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Band 10. München 1967
- Sebastian Haffner, Die bedingungslose Integration. In: Karl-Dietrich Bracher (Hrsg.), Nach 25 Jahren. Eine Deutschland-Bilanz. a.a.O.
- Wolfram F. Hanrieder, West German Foreign Policy 1949-1963. International Pressure and Domestic Response. Stanford 1967
- Derselbe, The Stable Crisis. Two Decades of German Foreign Policy. New York-Evanston-London 1970
- Gustav W. Heinemann, Verfehlte Deutschlandpolitik. Irreführung und Selbsttäuschung. 2. Aufl., Frankfurt a.M. 1969

- Wilhelm Hennis, Große Koalition ohne Ende? München 1968
- John H. Herz, Weltpolitik im Atomzeitalter. Stuttgart 1961
- Jörg Huffschild, Die Politik des Kapitals. Konzentration und Wirtschaftspolitik. 4. Aufl., Frankfurt a.M. 1969
- Hans Graf Huyn, Die Sackgasse. Deutschlands Weg in die Isolierung. Stuttgart 1966
- Urs Jaeggi, Macht und Herrschaft in der Bundesrepublik. Frankfurt a.M. 1969
- Helmut Wolfgang Kahn, Die Russen kommen nicht. Fehlleistungen unserer Sicherheitspolitik. München-Bern-Wien 1969
- Karl Kaiser, German Foreign Policy in Transition. Bonn Between East and West. London-Oxford-New York 1968
- Kurt Georg Kiesinger, Reden und Interviews 1968. Bonn o.J. (1969)
- Eckart Kehr, Englandhaß und Weltpolitik. In: ders., Der Primat der Innenpolitik. Berlin 1965
- Erich Kuby u.a., Franz Josef Strauß. Ein Typus unserer Zeit. Wien-München-Basel 1963
- Kurt Lenk (Hrsg.), Ideologie, Ideologiekritik und Wissenssoziologie. 3. Aufl., Neuwied 1967
- Peter-Christian Ludz, Parteilite im Wandel. 2. unveränderte Auflage, Köln-Opladen 1968
- August Lutzeyer (Hrsg.), F.J. Strauß. Freudenstadt 1968
- Ernst Majonica, Möglichkeiten und Grenzen der deutschen Außenpolitik. Stuttgart 1969
- Ernest Mandel, Die EWG und die Konkurrenz Europa-Amerika. Eine Antwort auf Servan-Schreibers "Amerikanische Herausforderung". Frankfurt a.M. 1968
- Armin Mohler, Was die Deutschen fürchten. Frankfurt-Berlin 1967
- Wolf-Dieter Narr, CDU-SPD. Programm und Praxis seit 1945. Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1966
- Oskar Negt, Gesellschaftsbild und Geschichtsbewußtsein der wirtschaftlichen und militärischen Führungsschichten. Zur Ideologie der autoritären Leistungsgesellschaft. In: Gert Schäfer und Carl Nedelmann (Hrsg.), Der CDU-Staat 2. Analysen zur Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik. Frankfurt a.M. 1969

- Heinrich Popitz, Hans Paul Bahrdt, Ernst August Jüres, Hanno Kesting, Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Tübingen 1957
- Alois Rummel (Redaktion), Die Große Koalition 1966-1969. Eine kritische Bestandsaufnahme. Freudenstadt 1970
- James L. Richardson, Deutschland und die NATO. Köln und Opladen 1967
- Helmuth Schmidt, Verteidigung oder Vergeltung? Ein deutscher Beitrag zum strategischen Problem der NATO. 5. Aufl., Stuttgart 1968
- Robert H. Schmidt (Hrsg.), Methoden der Politologie. Darmstadt 1967
- Carl Schmöller, Kennen Sie eigentlich die CSU? Bonn 1964
- Franz Schneider, Große Koalition. Ende oder Neubeginn. München 1969
- W.W. Schütz, Deutschland-Memorandum. Eine Denkschrift und ihre Folgen. Frankfurt a.M. 1968
- Eberhard Schulz, An Ulbricht führt kein Weg mehr vorbei. Provozierende Thesen zur deutschen Frage. Hamburg 1967
- Dieter Senghaas, Abschreckung und Frieden. Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit. Frankfurt a.M. 1969
- Derselbe, Sozialkybernetik und Herrschaft. In: Robert H. Schmidt (Hrsg.), Methoden der Politologie. a.a.O.
- J.-J. Servan-Schreiber, Die amerikanische Herausforderung. Vorwort Franz Josef Strauß. Hamburg 1969
- Theo Sommer (Hrsg.), Denken an Deutschland. Zum Problem der Wiedervereinigung Ansichten und Einsichten. Hamburg 1966
- Kurt Sontheimer, Eberhard Stammler, Hans Heigert, Sehnsucht nach der Nation? München 1966
- Studiengesellschaft für staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit in Frankfurt (Main) (Hrsg.), Apropos Strauß. Mit einem Vorwort von Konrad Adenauer. Stuttgart 1965
- o.Verf., Menschen unserer Zeit. Franz Josef Strauß. Zürich 1967/68
- Fritz Vilmar, Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus. Neu bearbeitete und erweiterte Auflage, Frankfurt a.M. 1969
- Thilo Vogelsang, Das geteilte Deutschland. dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Band 11, 2. Aufl., München 1966

Wolfgang Wagner, Europa zwischen Aufbruch und Restauration.
dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 14, München
1968

Samuel Wahrhaftig, Franz Josef Strauß. München-Berlin-Wien 1965

Kenneth Waltz, Foreign Policy and Democratic Politics.
The American and British Experience. Boston-Toronto 1967

Kenneth Younger, Changing Perspectives in British Foreign
Policy. London-New York-Toronto 1964

Wolfgang Zapf (Hrsg.), Beiträge zur Analyse der deutschen
Oberschicht. Tübingen 1964

Derselbe, Wandlungen der deutschen Elite. Ein Zirkulations-
modell deutscher Führungsgruppen 1919-1961. 2. Aufl.,
München 1966

Gilbert Zieburg, Die deutsch-französischen Beziehungen seit
1945. Mythen und Realitäten. Pfullingen 1970

Derselbe, Europapolitik nach de Gaulle, in: Außenpolitik nach
der Wahl des 6. Bundestages. a.a.O.

6. Zeitschriftenaufsätze

Conrad Ahlers, Strauß hat sich gewandelt. In: Civis, Heft 1,
Januar 1966

Fritz René Allemann, Bonns verschränkte Fronten, Parteien-
system und internationale Politik. In: Der Monat Nr. 209,
Februar 1966

F. Aschinger, Die Novemberkrise. Verlauf, Ursachen, Perspek-
tiven. In: Außenwirtschaft, Heft 1, 1969, S.14-27

George W. Ball, Atommacht und auswärtige Politik. Vortrag an
der John-Hopkins-Universität in Washington am 3.5.1967.
Gekürzt abgedr. in: EA F. 14/1967

Arnulf Baring, Über deutsche Kanzler. In: Der Monat, Heft 253,
Oktober 1969

Friedhelm Baukloh, Bonns Rückkehr zum Kalten Krieg. CSU als
Gralshüter der Rüstungseskalation und Antreiber der CDU.
In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg.13,
Heft 11, 1968

Derselbe, Strauß auf dem Wege nach Bonn. In: Frankfurter Hefte,
20. Jg., Heft 6, 1965

- Heinrich Bechtoldt, Vom Sinn deutscher Ostpolitik. In: Außenpolitik, 18. Jg., Heft 2, 1967
- Peter Bender, Verzögerte Einsichten, Wandlungen in der Deutschlandpolitik. In: Der Monat Nr. 221, Februar 1967
- Derselbe, Zehn Gründe für die Anerkennung der DDR. In: Der Monat, Heft 238, Juli 1968
- Manfred Behrend, Strauß und das neue Bonner Expansionsprogramm. In: Dokumentation der Zeit, Heft 12, Mai 1969
- Christoph Bertram, Vor den sowjetisch-amerikanischen Rüstungsgesprächen. Aussichten und Auswirkungen von "SALT". In: EA F. 20/1969
- Waldemar Besson, Die Frage nach Deutschland. Aspekte der nationalen Selbstidentifikation der Bundesrepublik. In: Moderne Welt, 8. Jg., Heft 2, 1967
- Derselbe, Der europäische Regionalismus im Widerstreit von Integration und Nation. In: Moderne Welt, 10. Jg., Heft 2, 1969
- Derselbe, Prinzipienfragen der westdeutschen Außenpolitik. In: Politische Vierteljahresschrift, 9. Jg., Heft 1, März 1968
- Kurt Birrenbach, Aktuelle Fragen der Deutschland-Politik. In: EA F. 8/1967
- Rudolf Botzian, Die internationale Atom-Energie-Organisation und der Kernwaffensperrvertrag. In: EA F. 6/1969
- Willy Brandt, Entspannungspolitik mit langem Atem. In: Außenpolitik, 18. Jg., Heft 8, 1967
- Derselbe, Ost- und Westpolitik im Zusammenhang. In: Moderne Welt, 8. Jg., Heft 4, 1967
- derselbe, Deutschland und der Atomsperrvertrag. In: Außenpolitik, 18. Jg., Heft 5, 1967
- Claudia von Braunnühl, Das Europäische Sicherheitssystem. In: Moderne Welt, 10. Jg., Heft 4, 1969
- Karlheinz Deschner, Franz Josef Strauß, der Architekt Europas. Analyse seines Buches "Entwurf für Europa". In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 12, Heft 7, 1967
- Karl W. Deutsch, Rüstungskontrolle und Integrationsbestrebungen im Geflecht der europäischen Politik. In: Politische Vierteljahresschrift, 7. Jg., Heft 3, 1966
- Jürgen Diesel, Die Verhandlungen über den Kernwaffensperrvertrag seit Herbst 1966. In: EA F. 8/1968
- Stefan Doernberg, Zur Konzeption des Franz Josef Strauß. In: Einheit, Jg. 22, Heft 4/5, 1967

- Georg Ferdinand Duckwitz, Gewaltverzicht und Interventionsrecht. In: Aussenpolitik, 19. Jg., Heft 9, 1968
- Lewis Edinger, Political Science and Political Biography. Reflections on the Study of Political Leadership. In: Journal of Politics, 26. Jg., Heft 2 und Heft 3, Mai und August 1964
- Derselbe, Continuity and Change in the Background of German Decision-Makers. In: The Western Political Quarterly, Vol. IV, No. 1, Part 1, March 1961
- Otmar Emminger, Die Stellung der D-Mark in der Welt. Bemerkungen zur äußeren Währungspolitik. In: EA F. 19/1969
- Hubert Feigl, Technischer Stand und Entwicklungsmöglichkeiten der Raketenabwehr. In: EA F. 3/1968
- John Kenneth Galbraith, Die Lehren aus einem schlechten Jahrzehnt amerikanischer Außenpolitik. In: EA F. 5/1971
- Curt Gasteyer, Atomsperrvertrag und weltpolitische Ordnung. In: Moderne Welt, 8. Jg., Heft 4, 1967
- Hans-Dietrich Genscher, Auch auf die DDR einwirken. In: DIE ZEIT vom 14.10.1966
- Dieter Gescher, Die Debatte über den Nichtverbreitungsvertrag in den Vereinten Nationen. In: EA F. 14/1968
- William E. Griffith, Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion in Europa. In: Moderne Welt, 8. Jg., Heft 4, 1967
- Sebastian Haffner, Die Anerkennung der DDR. In: Neue Rundschau, 81. Jg., Heft 3, 1970
- Pierre Hasner, Entspannungspolitik à la française. In: Moderne Welt, 8. Jg., Heft 3, 1967
- Hartmut Jäckel, Zehn Gründe dagegen. In: Der Monat, Heft 238, Juli 1968
- Gerhard Jahn, Ostpolitik nicht hinter dem Rücken der Sowjetunion. In: Deutschland-Archiv, 1. Jg., Heft 8, November 1968
- Reinhold Jeske, Die Ostexpansion der deutschen Monopolkapitalismus und die Europakonzeption von Franz Josef Strauß. In: Deutsche Außenpolitik, 14. Jg., Heft 4, April 1969
- Heinz Kabermann, Europäische Sicherheit und deutsche Frage. In: Deutschland-Archiv, 1. Jg., Heft 8, November 1968
- Karl Kaiser, Deutsche Außenpolitik nach der tschechoslowakischen Krise von 1968. In: EA F. 10/1969
- Arnold Kramish, Der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen am Scheideweg. In: EA F. 24/1968

- Ekkehart Krippendorf, Ist Außenpolitik A u s s e n p o l i -
t i k ? In: Politische Vierteljahresschrift, 4. Jg.,
Heft 3, 1963
- Theo M. Loch, Der Streit um die Kontrollen. In: Moderne
Welt, 10. Jg., Heft 2, 1969
- Richard Löwenthal, Moskau, Osteuropa und die deutsche Frage.
Referat beim 6. Colloquium der Deutschen Gesellschaft für
Auswärtige Politik über Probleme der internationalen Sicher-
heit vom 8.10.1969. Unveröffentl. vervielfältigtes Manuskript
- Ernst Majonica, Kleine Schritte an Frankreich vorbei.
Plädoyer für einen europäischen Einigungsversuch. In: DIE
ZEIT vom 18.4.1969
- Golo Mann, Was gilt uns die Nation? In: DIE ZEIT vom 30.1.
1970
- Eberhard Menzel, Gewaltverzicht als erster Schritt für eine
Entspannung in Mitteleuropa? In: Moderne Welt, 10. Jg.,
Heft 2, 1969
- Erich Peter Neumann, Furcht vor der Wiedervereinigung. In:
Die politische Meinung, 14. Jg., Heft 3, 1969
- Heinz Theo Risse, Strauß ante portas. In: Atomzeitalter,
Heft 10, Oktober 1966
- Thomas C. Schelling, Kontinuität und Neubeginn in der NATO.
Gedanken zur Zukunft der Atlantischen Allianz. In:
EA F. 13/1966
- Erwin K. Scheuch, Führungsgruppen und Demokratie in Deutsch-
land. In: Die neue Gesellschaft, 13. Jg., Heft 5, September/
Oktober 1966
- Karl Schiller, Die internationale Währungslage nach der
Bonner Konferenz der Zehnergruppe. In: EA F. 1/1969
- James R. Schlesinger, Die Verbreitung von Kernwaffen. Mög-
lichkeiten und Grenzen der Eindämmung der Proliferation.
In: EA F. 14/1967
- Swidbert Schnippenkoetter, Sicherheitsgarantien für die Nicht-
nuklearen? In: Aussenpolitik, 19. Jg., Heft 11, 1968
- Gerhard Schomberg, Gesetzmäßigkeiten und Perspektive des
imperialistischen Währungssystems. In: Deutsche Außen-
politik, 14. Jg., Heft 4, April 1969
- Klaus Schütz, Unsere Politik gegenüber Polen. In: DIE ZEIT
vom 27.7.1969
- Walter Schütze, Die Zielsetzung der französischen Europa-
Politik. In: EA F. 21/1966

- Theo Sommer, . Verkehrsregeln für den Rüstungswettkampf. In:
Moderne Welt, 10. Jg., Heft 4, 1969
- Derselbe, Deutsche Nuklearpolitik. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, 7. Jg., Heft 1, 1967
- Paul Stehlin, Partnerschaft zwischen Nordamerika und Europa. In: EA F. 4/1968
- Jeremy Stone, Die ABM-Debatte in den Vereinigten Staaten. Entstehung, Verlauf und Bedeutung. In: EA F. 4/1970
- Conrad Taler, Die Wiederkehr des Franz Josef Strauß. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 12, Heft 6, 1967
- Derselbe, Das Verhältnis der CSU zur CDU. In: Neue Rundschau, 81. Jg., Heft 2, 1970
- o.Verf., Profile: Franz Josef Strauss. The Tail Wags the Dog. In: New Statesman (London) vom 13.12.1968
- Jacques Vernant, Europa im Stadium des Übergangs. Französische Vorstellungen über eine europäische Staatenordnung. In: EA F, 10/1969
- Gerhard Vogt, Harzburg in München. In: Die neue Gesellschaft, 16. Jg., Heft 3, Mai/Juni 1969
- Wolfgang Wagner, Die Teilung des europäischen Kontinents. Ein Ergebnis der Konferenz von Jalta? In: EA F. 21/1968
- Derselbe, Auf der Suche nach einem neuen Weg. Die Zukunft Europas und die deutsche Frage. In: EA F. 18/1966
- Herbert Wehner, Die programmierte CDU. In: Die neue Gesellschaft, 16. Jg., Heft 1, Januar/Februar 1969
- Gilbert Ziebura, Ideologische Grundlagen der Außenpolitik de Gaulles. In: EA F.8/1965

Abkürzungsverzeichnis

ASV	- Atomwaffensperrvertrag
BK	- Bayernkurier (bis Nr. 52 / 1967: Bayern Kurier)
BBC	- British Broadcasting Company
BtagsDeb	- Bundestagsdebatte
Bulletin	- Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung
BRD	- Bundesrepublik Deutschland
CDU	- Christlich-Demokratische Union
CSU	- Christlich-Soziale Union
DDR	- Deutsche Demokratische Republik
DFS	- Deutsches Fernsehen
DKK	- Demokratisch-Konservative Korrespondenz
DUD	- Deutschland-Union-Dienst
EA	- Europa-Archiv
EVG	- Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG	- Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FAZ	- Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP	- Freie Demokratische Partei
NATO	- North Atlantic Treaty Organisation
NPD	- Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NZZ	- Neue Zürcher Zeitung
SPD	- Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Stenogr. Berichte	- Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte
SZ	- Süddeutsche Zeitung
WDR	- Westdeutscher Rundfunk
ZDF	- Zweites Deutsches Fernsehen

Lebenslauf

Detlef Bischoff, Diplom-Politologe, geboren am 27.12.1942 in Brieg. Abitur 1962 am Gymnasium für Jungen in Cuxhaven, anschließend Wehrdienst.

Studium der Politologie am Otto-Suhr-Institut an der Freien Universität Berlin und an der London School of Economics and Political Science 1964-1968.

Im Dezember 1968 politologische Diplomprüfung mit dem Hauptfach Außenpolitik bei Prof. Gilbert Zieburg (Diplom-Arbeit: "Die Bedeutung des ökonomischen Faktors für die Ziele der britischen Außenpolitik unter dem Kabinett Wilson").

1967/68 Wissenschaftlicher Tutor für Englisch am Otto-Suhr-Institut.

1969/70 Forschungsstipendium der Stiftung Volkswagenwerk; gleichzeitig Aufbaustudium der Pädagogik mit Schwerpunkt Erwachsenenbildung.

Seit Februar 1971 Wissenschaftlicher Assistent für Erwachsenenpädagogik an der Pädagogischen Hochschule Berlin.

